C 21734 D



DGB: "Friedenspolitik" im Schlepptau der Militaristen

Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 207 31.8.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3 Förderpreis DM 5,–

BGH-Urteil – Freibrief für Vergewaltiger
S. 28

Rassisten raus aus Angola

Letzte Woche fielen nach Angaben des angolanischen Verteidigungsministeriums zwei motorisierte Kolonnen der südafrikanischen Armee mit 45.000 Soldaten tief in Angola ein (FR, 27.8.). Allein eine Marschkolonne war mit 32 Panzern und 82 weiteren Fahrzeugen ausgerüstet. Die Invasion wurde durch massive Luftunterstützung (Mirage- und Buccanew-Kampfflugzeuge) begleitet.

Die Kämpfe konzentrierten sich auf Orte in der Südwest-Provinz Cunene, hier besonders auf die Provinzhauptstadt Ngiva, die von den Rassisten in den frühen Morgenstunden des 27.8. bombadiert wurde (FAZ, 28.8.). Gleichzeitig wurde die Stadt von drei bis vier Brigaden mit 135 Panzern, 140 anderen Fahrzeugen und 38 Hubschraubern angegriffen (SZ, 29.8), wobei es zu schweren Gefechten in den Außenbezirken kam, bei denen mehrere hundert südafrikanische Soldaten gefallen sein sollen (FAZ, 29.8.). Bei ihrem Vormarsch auf der Straße nach Lubango (früher Sa da Bandeira) eroberten die Rassisten-Truppen jedoch die Orte Cataquero (früher Humbe) und Xangongo, wo sie angeblich ein Regionalhauptquartier der SWAPO zerstörten, sowie die strategisch wichtige Brücke über den Cunene-Fluß (SZ, 29.8.). Die Orte Cahama und Chibemba (ca. 300 km von der Grenze entfernt!) wurden durch Luftangriffe vollständig eingeäschert (Guardian, 28.8.), die Hafenstadt Porto Alexandre (250 km von der Grenze) wurde ebenfalls bombadiert (Le Monde, 28.8.). Der Flughafen Odongwa in Nordnamibia ist wegen der ständigen Luftangriffe die die Rassisten von dort starten, für den zivilen Flugverkehr gesperrt worden (LM, 29.8.).

Forts. S. 2

Kriegsprovokation gegen Libyen

Am 19.8. schossen US-Kampfflugzeuge vom Typ F-14 zwei libysche Maschinen vom sowjetischen Typ SU 22 über den von Libyen beanspruchten Hoheitsgewässern ab. Nach US-Darstellung waren zwei ihrer Flugzeuge den libyschen Maschinen entgegengeflogen. Als die eine libysche Maschine das Feuer eröffnet habe, hätten sie „zurückgeschossen". – Nach libyscher Version fand das Gefecht nicht 60, sondern 24 Seemeilen vor der Küste statt, zudem seien daran acht F-14-Maschinen beteiligt gewesen, von denen eine abgeschossen worden sei; entsprechende Funkaufzeichnungen lägen vor.

Schon vor dem Zwischenfall berichtete das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek", daß die US-Administration *„beschlossen habe, die Reaktion des libyschen Staatschefs zu testen. Weinberger habe mit Billigung des Präsidenten die Sechste Flotte angewiesen, ihre Routineübung im Golf von Sidra (= Syrte) durchzuführen ... Washington sei darüberhinaus daran interessiert, zu sehen, wie Ghadafi ‚und seine Verbündeten in Moskau' die als zufällig bezeichnete Tatsache hinnehmen, daß gleichzeitig die ägyptische Armee im Grenzgebiet zu Libyen Truppenmanöver abhalte"* („Neue Zürcher", 21.8.).

Reagan erklärte auf einer Pressekonferenz, daß er es „für gut befunden" habe, mit der 6. Flotte, einschließlich zweier Flugzeugträger, innerhalb der von Libyen beanspruchten Hoheitsgewässer „Routineübungen" abzuhalten, nachdem die US-Flotte in den letzten Jahren diese Region gemieden hatte. Während die US-Regierung behauptete, sie habe zwar mit dem Zwischenfall „gerechnet", jedoch *„gehofft ..., daß es nicht dazu kommen würde"* (FR, 21.8.), erklärte US-Senator Bennett Johnson ohne Umschweife: **„Offengestanden, ich denke, wir haben eine Flotte dahin geschickt, um einen Zwischenfall zu provozieren. Und einen Zwischenfall provoziert haben wir. Und wir haben gewonnen. Ich glaube, das war ganz sauber, was wir gemacht haben. Und wenn wir nur einigen dieser Diktatoren die Grenzen aufgezeigt haben, so werden wir dadurch ihren Einfluß in der Welt beschneiden"** („Neue", 22.8.).

Forts. S. 2

1000 DM für Brandanschlag

Mörfelden-Walldorf. Nachdem sich bereits seit einiger Zeit Vermutungen verdichtet hatten, daß die Polizei versucht, Spitzel und Provokateure ins Hüttendorf der Startbahngegner einzuschleusen, kann die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung dies in einem Fall dokumentarisch beweisen.

Das gab ein BI-Sprecher auf einer öffentlichen Versammlung in Mörfelden-Walldorf am 14.8. bekannt. Der Mann, um den es geht, ist rauschgiftabhängig und wurde beim Dealen von der Polizei erwischt, die ihn vor die Alternative Knast oder Spitzeldienst stellte. Er stand in regelmäßigem Kontakt zur Polizei und erhielt dafür 1000 DM. Er soll ebenfalls verantwortlich sein für einen Brandanschlag, der im Anschluß an das Fest im Wald-Dorf auf eine Bauhütte am Flughafen verübt wurde.

Diese Enthüllungen lassen Äußerungen des hessischen Innenministers in einem interessanten Licht erscheinen. Gries hatte Ende Juni, bei Vorlage des hessischen Verfassungsschutzberichtes, versichert, die Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau sei nicht Gegenstand geheimdienstlicher „Ausspähungen". Ferner hatte der FDP-Minister im Zusammenhang mit seiner Narita-Reise den Vorwurf weit von sich gewiesen, daß er selbst zur Gewalt anstifte. Die „Faz" – immer hilfsbereit – sprach gar von „absurden Behauptungen". Mal sehen, wie diese Kreise die „Ungeheuerlichkeit" erklären, daß Leute, die in ihrem Sold stehen, im Flughafenwald mit Mollies hantieren ...

AUFRUF

Zur zentralen Demonstration zum Jahrestag des Militärputsches in der Türkei

Am 12. September 1981 jährt sich zum ersten Mal der Tag des Militärputsches in der Türkei. Die Bilanz dieser Gewaltherrschaft bedeutet:

150 000 politische Gefangene
150 Foltertote
500 Exekutionen (bei Razzien Erschossene)
1500 beantragte Todesstrafen
80 verhängte Todesstrafen
10 vollstreckte Todesstrafen

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich verdoppelt und beträgt nun 5 Millionen, das sind ein Drittel der Bürger im erwerbsfähigen Alter. Trotz einer Inflationsrate von über 100 % (1980) werden die Arbeiter mit Hungerlöhnen abgespeist. Streikrecht und Tarifautonomie sind ebenso abgeschafft wie das Recht auf gewerkschaftliche und politische Betätigung. Während die Gewerkschafter der Türk-Is den Arbeitern das drastische Programm der Militärjunta schmackhaft machen sollen, stehen Vertreter der Konförderation DISK unter Anklagen, für die in 52 Fällen die Todesstrafe gefordert wird. In gleicher Weise sind weitere 1500 Demokraten aus den Massenorganisationen angeklagt worden. Seit dem Putsch gab es 8 Hinrichtungen und niemand zweifelt daran, daß die Generäle weiterhin einen solch harten Kurs verfolgen werden.
10 Millionen Kurden sind einer besonderen Unterdrückung ausgesetzt. Ohne ein Recht auf ihre Sprache und Kultur wird ihnen auch das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Die Dörfer in Türkisch-Kurdistan werden ständig überfallen und nicht selten kommt es dabei zu Massakern unter der Bevölkerung.
Demagogisch werden die Repressionsmaßnahmen unter dem Etikett 'Demokratisierung' präsentiert. Alle Schritte in dieser Richtung deuten jedoch auf eine Absicherung der Gewaltherrschaft hin. So behält sich die Junta auch die Kontrolle der neuen Verfassung vor, für die man
sentiert. Alle Schritte in dieser Richtung deuten jedoch auf eine Absicherung der Gewaltherrschaft hin. So behält sich die Junta auch die Kontrolle der neuen Verfassung vor, für die man
sich auch entsprechend lange Zeit läßt. Trotzdem unterstützt der Westen weiterhin die faschistische Militärjunta mit Wirtschafts-, Finanz- und Militärhilfen in Milliardenhöhe. Auch die Bundesregierung ist führend mit Steuergeldern der deutschen Bürger beteiligt.
Die Konsequenzen in der BRD (Ausbürgerung, Verschärfung des Asylrechts). Sie bedürfen unserer besonderen Solidarität.
Protestieren wir gegen die Gewaltherrschaft in dem NATO-Land Türkei und die Hilfen aus dem Westen, unterstützen wir den Widerstand in der Türkei und Türkisch-Kurdistan, demonstrieren wir gemeinsam mit den türkischen und kurdischen Kollegen und Kolleginnen am 12. September 1981 in Duisburg!

Gegen die faschistische Militärjunta in der Türkei – Protest gegen Folter und Hinrichtungen

Für die Stärkung des Widerstands gegen die Junta in der Türkei und Türkisch-Kurdistan, für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung

Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes

Gegen die finanzielle, militärische und politische Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung und den Westen.

Sorgen wir durch massenhafte Beteiligung für einen starken Protest gegen die herrschenden Verhältnisse in der Türkei und bezeugen wir unsere Solidarität mit den Demokraten in der Türkei und Kurdistan.
Bitte teilt uns so schnell wie möglich mit, ob ihr diese Demonstration auf der Grundlage der genannten vier Punkte unterstützt.

12. September in DUISBURG

Duisburg, Hamborn, [August-Bebel-Platz] 12.9.1981, 11 Uhr

TÜRKEIKOMITEES IN DER BUNDESREPUBLIK
TÜRKEI-KURDISTANKOMITEES IM RUHRGEBIET
FREIHEIT FÜR DIE TÜRKEI
KOORDINATIONSKOMITEE FÜR UNTERSCHRIFTENAKTION

TEILNEHMER / UNTERSTÜTZER:
Rizgarim Devrimci Isci, PKK, DIDF, Halkin Kurtulusu, Devrimci Sol, Devrimci Yol, Proleter Dayanisma, DHB, Partizan, Yol, Halkin Yolu, ATIF/ATÖF. Kurtulus, Solidaritätskomitee mit den Völkern der Türkei, Kawa, KB, GIM, KABD, BWK, Alternative Türkeihilfe, Manfred Coppik (MdB), Jürgen Roth, Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD

Rassisten raus aus Angola

Forts. v. S. 1

Die angolanische Regierung ordnete unmittelbar nach der Invasion eine Generalmobilmachung und Ausgangssperre an. Präsident dos Santos forderte die Einberufung des UNO-Sicherheitsrates, außerdem bat er die derzeitigen Vorsitzenden der Bewegung der blockfreien Länder (Fidel Castro) und der OAU (Daniel Moi), auf eine sofortige Beendigung der südafrikanischen Aggression zu drängen, weil sonst *„ein Krieg mit nicht wieder gutzumachenden Konsequenzen"* ausbrechen könne („FR", 27. und 28.8.). Nigeria und Libyen boten Angola und der SWAPO militärische Hilfe an („LM", 28.8.). Die Verurteilung des kriegerischen Überfalls auf Angola war fast weltweit; auch Genscher nutzte den Besuch einer OAU-Delegation (zur Namibia-Frage) in Bonn dazu, die Invasion Südafrikas als „inakzeptabel" zu bezeichnen, wobei er allerdings die militärische Unterstützung der Bundesregierung für das Rassistenregime zu erwähnen „vergaß" (so sind aus der BRD allein ca. 2.500 Militär-LKWs an Südafrika geliefert worden, vgl. blätter des iz3w, Nr. 95). Lediglich der Vertreter der USA war im UNO-Sicherheitsrat nicht bereit, die RSA zu verurteilen (NDR 2-Nachrichten, 29.8.).

Südafrika startete schon einmal, im Oktober 1975, eine großangelegte militärische Invasion, um die Befreiung Angolas zu verhindern. Im Februar 1976 gelang es der MPLA mit internationalistischer Hilfe, besonders durch kubanische Genoss(inn)en, die Rassisten zurückzudrängen. Seitdem unternahm Südafrika ständig militärische Überfälle auf angolanisches Territorium, wobei die Rassisten selbst Gift und Napalm gegen die Zivilbevölkerung einsetzten. Unvergessen bleibt der 4. Mai 1978, als südafrikanische Kampfflugzeuge 582 Flüchtlinge in Kassinga ermordeten und über 400 verwundeten. Kassinga war ein Dorf im Süden Angolas, wohin über 3000 namibische Flüchtlinge geflohen waren, um der südafrikanischen Unterdrückung in Namibia zu entgehen.

Allein im ersten Halbjahr 1980 unternahm die RSA an die 600 militärische Aktionen wie Aufklärungsflüge, Luft- und Artillerieangriffe in den südlichen Provinzen Angolas, wobei über 600 Menschen starben, wichtige Industrieanlagen, Infrastrukturen und Nahrungsmittel vernichtet wurden (Anti-Apartheid-News, Sept. 80).

Bereits im Juni 1980 war ein südafrikanischer Überfall von angolanischen Streitkräften zurückgeschlagen worden. Auch jetzt scheint der Vormarsch der Rassisten-Truppen wegen des Widerstands in Angola ins Stocken gekommen zu sein (vgl. „SZ", 28.8.). Am 28.8. verkündete Südafrika den Rückzug seiner Truppen, das gesteckte Ziel sei erreicht („SZ", 29.8.). In Johannesburg meinten Militärexperten zuvor noch, daß es um die Zerstörung angeblich installierter SAM-Luftabwehrraketen ginge, die allerdings 400 km nördlich der Position der Rassistenarmee liegen sollen („LM", 28.8.).

Insgesamt will das Rassistenregime jedenfalls erreichen, daß die international als alleinige Vertreterin des Volkes von Namibia anerkannte SWAPO ihr Hinterland verliert und damit militärische Fakten für die von Südafrika geplante interne Namibia-„Lösung" geschaffen werden. Angola warf der südafrikanischen Regierung vor, mit der Vernichtung ganzer Ortschaften einen unbewohnten Korridor an der Grenze zu Namibia schaffen zu wollen („SZ", 29.8.). Außerdem plant die RSA offenbar, die Provinzhauptstadt Ngiva an die UNITA zu übergeben (lt. „LM", 29.8.), die als quasi-südafrikanische Sondertruppe in Südostangola seit Jahren Terror- und Sabotageakte verübt (mehrfach erwiesen sich gefallene UNITA-„Kämpfer" als weiße Söldner mit geschwärzten Gesichtern). Damit wäre nicht nur der namibische Befreiungskampf enorm erschwert, sondern auch ein weiterer Schritt zur Destabilisierung der Volksrepublik Angola getan, die von Südafrika seit Reagans Regierungsantritt verstärkt betrieben wird.

Reagan selbst verkündete im März dieses Jahres, daß die USA Südafrika nicht im Stich lassen würden: „Ein Land, das uns bei jedem bisher stattfindenden Krieg beigestanden hat, ein Land, das hinsichtlich der westlichen Rohstoffbedürfnisse von entscheidender strategischer Bedeutung ist" („Vorwärts", 26.3.81). Die USA-Regierung intensivierte die Gespräche mit südafrikanischen Politikern, Militärs und Geheimdienstlern. So reisten z.B. im März führende südafrikanische Militärs offen durch die USA und sprachen dort mit hohen US-Militärs und Offiziellen des Weißen Hauses, obwohl die Ausstellung von Visa für südafrikanische Militärs nicht erlaubt ist. Die jetzige US-Regierung ist offenbar bereit, auf diplomatische Winkelzüge zu verzichten und offen ihre ungeteilten Sympathien für das rassistische Südafrika zu zeigen. Darüber hinaus will Reagan die militärische Zusammenarbeit mit Südafrika verstärken und sich dafür einsetzen, daß das bestehende Waffenembargo – das ohnehin ständig durchbrochen wird – aufgehoben wird. Außerdem wollen die USA Südafrika wieder mit angereichertem Uran beliefern („Africa", Nr. 117) und den UNITA-Söldnerbanden finanzielle und militärische Hilfe gewähren.

Südafrika wurde durch derartige Unterstützung ermutigt, seine politischen Ziele aggressiver durchzusetzen. So ließ es im Januar die Namibia-Konferenz in Genf scheitern und verschärfte gleichzeitig die militärische und polizeiliche Unterstützung in Namibia, u.a. durch Vergrößerung seiner Truppen auf 100.000 Soldaten. In einem Handstreich überfiel ein südafrikanisches Kommando Ende Januar drei von ANC (südafrikanische Befreiungsbewegung)-Mitgliedern bewohnte Häuser in einem Vorort der mozambikanischen Hauptstadt Maputo und ermordete elf Genossen.

Auch die jetzt erfolgte offene Invasion gegenüber Angola wurde von den USA indirekt gebilligt, indem der Überfall mit der Anwesenheit namibischer Freiheitskämpfer und kubanischer Soldaten in Angola entschuldigt wurde („FR", 28.8.).

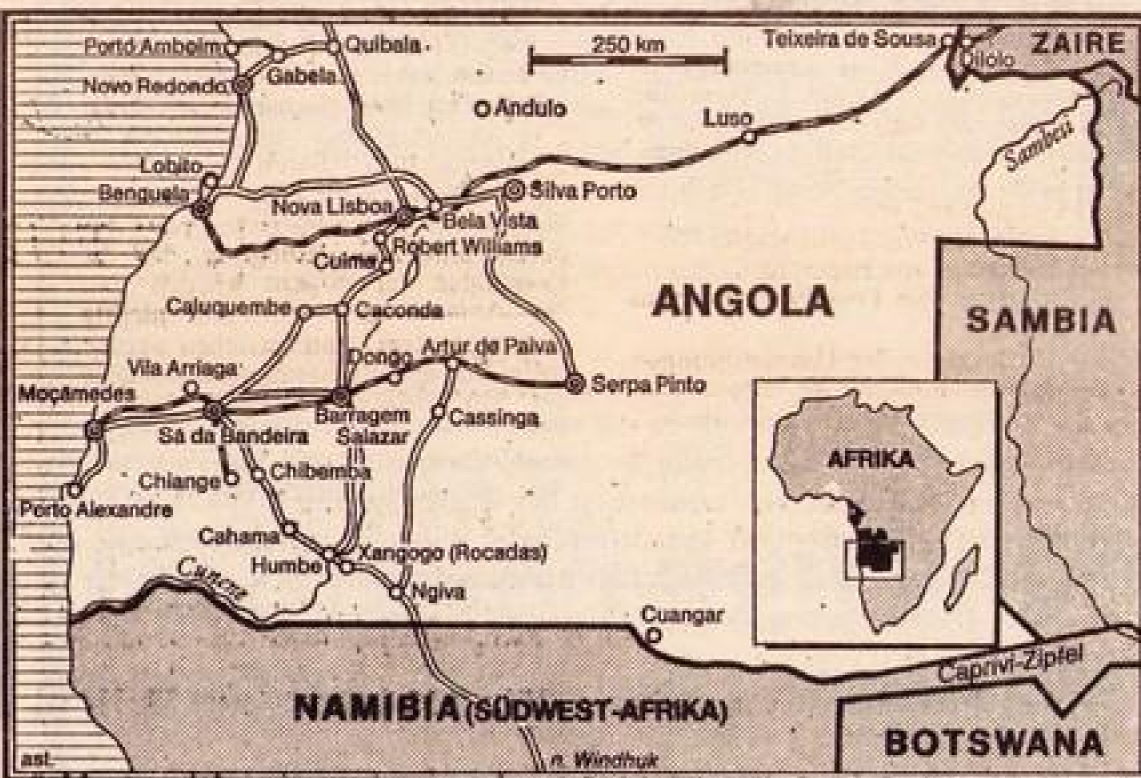
In der RSA selbst, wo die total geknebelte Presse kaum über den Krieg gegen Angola berichtete, verlangte die rechte Opposition ein Ende der Geheimhaltung, um die Erfolge der Rassistenarmee öffentlich abfeiern zu können, während die Liberalen sich nicht einmal zu einer Verurteilung durchringen konnten, sondern nur um „bessere Information" baten („LM", 29.8.). RSA Ministerpräsident Botha ließ in einem Brief an Waldheim den Frontstaaten nur noch „wenig Zeit", ihre Unterstützung der SWAPO aufzugeben, sonst würde es zu einer *„turbulenten Ära, die katastrophale Ausmaße annehmen könnte"*, kommen (lt. „LM", 29.8.).

Bereits letztes Jahr erklärte der stellvertretende südafrikanische Kriegsminister Coetzce, daß seine Regierung *„als letztes Mittel"* Atomwaffen einsetzen werde („AIB", 12/80). US-Kriegsminister Weinberger äußerte kürzlich, daß die Neutronenbombe zuerst in der 3. Welt eingesetzt werden könnte. Nachdem der Abschuß der libyschen Flugzeuge der UdSSR den „Willen zur Selbstverteidigung" der USA gezeigt hätte, so meinte der US-Senator Richard Lugar, könnte als nächstes Angola, das **„nur eine Ausdehnung der sowjetischen Macht über Stellvertreter" sei, „ein Druckpunkt sein, den wir ausbeuten können"** („SZ", 26.8.).

Afrika-Kommission



Flugabwehr der angolanischen Armee



Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Kriegsprovokation gegen Libyen

Forts. v. S. 1

Ägyptens Sadat, dessen Truppen an der Grenze gleichzeitig Manöver abhielten, forderte gleich, daß Ghaddafi für *„die verrückte Aktion hingerichtet werden"* müsse (nach FAZ, 25.8.). – Zwar erklärte die US-Regierung inzwischen, daß für sie der Zwischenfall „erledigt" sei; es wäre aber eine gefährliche Unterschätzung, wenn man das Ganze als einmaliges Muskelspiel des US-Cowboy Reagan betrachten wollte: Die US-Regierung ließ verkünden, daß es jederzeit zu weiteren Zwischenfällen kommen könne. **Tatsächlich waren solche „Zwischenfälle" allemal Ankündigungen bzw. der Beginn von US-Interventionensabsichten.**

Ein neuer Tonking-Zwischenfall

Im August 1964 provozierten die USA im Golf von Tonking eine Schießerei mit vietnamesischen Küstenkriegsschiffen. Danach ließ sich Präsident Johnson vom Parlament ermächtigen, den Krieg auf Nordvietnam auszudehenen. 10 Jahre später wurde durch die Enthüllungen der Pentagon-Papiere bekannt, daß dies das vorher geplante Ziel der Provokation gewesen war. (s. Knauer-Taschenbuch Nr. 271, S. 230 ff).

Ähnliche Absichten verfolgte die Carter-Regierung mit der versuchten Geiselbefreiung im Iran, die allerdings scheiterte. Endlich wollen die USA das „Vietnam-Trauma" loswerden, d.h. endlich zu einer offenen militärischen Interventionspolitik zurückkehren. Was die US-Regierung dabei vor allem im Auge hat, ist offensichtlich: Laut US-Außenminister Haig war der Zwischenfall vor der libyschen Küste *„Beispiel für die Art, wie die Sowjetunion durch Drittparteien Krisen schüre. Die Völkergemeinschaft könne derartige Akte nicht länger übersehen: 'Ganz gleich, ob sie von Libyen, Kuba oder der Sowjetunion unternommen werden, es ist höchste Zeit, daß die freie Welt und die Vereinigten Staaten als deren Führer sich in dieser Frage zu Wort melden und gehört werden'* "(FAZ, 25.8.).

Vorbereitung des Ghaddafi-Sturzes

Gleich nach Antritt der Reagan-Regierung wurden vom Nationalen Sicherheitsrat der USA Drohungen gegen Ghaddafi ausgesprochen; man werde seinen „Expansionismus" und „Terrorismus" stoppen. Die USA würden alle Feinde Libyens unterstützen, wenn diese von den USA Hilfe erbitten. Tatsächlich wurde die US-Militärhilfe für alle angrenzenden Feinde Libyens mindestens verdoppelt. Im Mai wurde das diplomatische Corps Libyens aus den USA ausgewiesen. Dies hatte vor allem den Hintergrund, zugleich die 2.200 US-Techniker, die in Libyen die Schaltstellen der Ölproduktion bedienen, nach Hause zu ordern, wovon allerdings erst ein Teil Folge geleistet hat. Im vergangenen Jahr bezogen die USA immerhin noch 11% ihres Öls aus Libyen (für neun Mrd. Dollar). Inzwischen ist der Anteil auf 5% reduziert worden. Bekanntlich nutzt Saudi-Arabien das Mittel der Ölschwemme, d.h. erhöhter Exporte, um die übrigen Ölproduzierenden Länder zu Ölpreis-Senkungen zu zwingen (Libyen ist zwar zu keinerlei Ölboykott bereit, verlangt aber 40 Dollar pro Barrel). Im Juni dieses Jahres wurden der „Newsweek" zufolge Putschpläne des CIA gegen Libyen aus Kreisen des Repräsentantenhauses zugespielt, um diese zu durchkreuzen (veröffentlicht am 22.6.). Danach hatte Max Hegel, CIA-Chef für derartige Operationen, die Rückendeckung von Casey (dem Obersten des CIA) und auch des Weißen Hauses gehabt. In Abstimmung mit den Regimes von Saudi-Arabien, Sudan, Ägypten und Marokko sollte der Sturz und die Ermordung Ghaddafis betrieben werden (Angaben nach „Monde arab" vom 17.8.).

Es ist offensichtlich, daß die Putschpläne bzw. Interventionspläne weiter betrieben werden, wobei gleichzeitig eskaliert durch solche Zwischenfälle die Lahmlegung der stark US-abhängigen Ölproduktion Libyens betrieben wird.

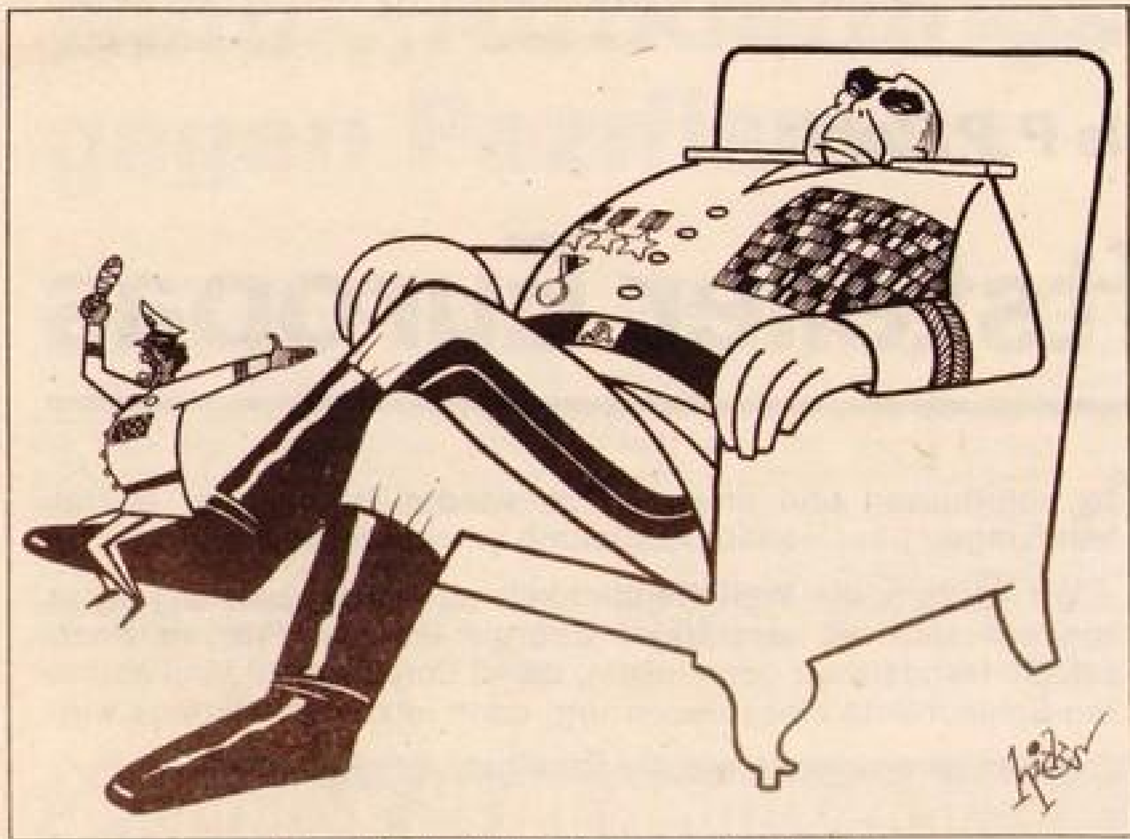


Libyen: US-Feind Nr. 3

Seit dem Sturz des Königs Idris durch Ghaddafi und andere junge Offiziere 1969 ist Libyen dem Imperialismus ein Dorn im Auge. Schon im zweiten Jahr der neuen libyschen Regierung mußten die USA ihren Luftwaffenstützpunkt Wheelus Field bei Tripolis räumen. Dort waren seit Beginn der 50er Jahre insgesamt etwa 6.000 Soldaten und Zivilisten stationiert gewesen (FR, 20.8.81).

Von Anfang an betrachtete Li-

Fortsetzung nächste Seite



Gelernt ist gelernt: Alt-Nazi Hicks in Springers DIE WELT vom 21.8.81

Fortsetzung von vorig. Seite

byen Israel und die USA als F
und unterstützte die palästinensi
Befreiungsbewegung und andere Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, wobei den wortradikalen Parolen allerdings nicht immer Taten folgten. Obwohl Libyen keineswegs nur immer fortschrittliche Bewegungen unterstützte, handelte es sich sehr schnell von den USA das Prädikat *„Unterstützer des Internationalen Terrorismus"* und *„Feind Nr. 3"* (nach der Sowjetunion und Kuba) ein. **Beispiele sind die Hilfe des libyschen Regimes für die nationalistische eritreische Befreiungsbewegung ELF (die EPLF wurde hingegen nicht unterstützt),** die sehr bald zugunsten massiver Unterstützung des äthiopischen Mengistu-Regimes eingestellt wurde („Mediterranean News", 21.5.77; NZZ, 30.6.77), sowie die militärische Unterstützung (Truppen und Waffen, gemeinsam mit Marokko) Idi Amins in Uganda gegen die Opposition („IHT", 7.3.79; „TG", 12.6.79).

Trotz massiver Propaganda gegen den US-Imperialismus hat Libyen nie versucht, die vielfach angedrohte „Erdölwaffe" einzusetzen. Die ame-
versucht, die vielfach angedrohte „Erdölwaffe" einzusetzen. Die ame-
rikanischen Erdölkonzerne machen trotz Nationalisierung der Erdölquellen durch das Ghaddafi-Regime in Libyen die größten Profite, verglichen mit anderen OPEC-Ländern; Libyen ist drittgrößter Erdöllieferant der USA (IHT", 3.8.79).

Trotz der manchmal zweideutigen Politik ist Libyen für viele Befreiungsbewegungen eine wichtige Stütze, besonders im arabischen Raum, und damit für den US-Imperialismus ein Störfaktor im Mittelmeerraum, der beseitigt werden muß. Eine besondere Rolle spielt dabei das ägyptische Sadat-Regime, das von Libyen wegen seiner proimperialistischen Haltung und des israelisch-ägyptischen Friedensschlusses scharf angegriffen wird und das Libyen – mit freiem Rücken zu Israel – militärisch bedroht.

Ständige Angriffe gegen Libyen

Das Manöver der 6. US-Flotte und der Abschuß der beiden libyschen Flugzeuge sind der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Provokationen der USA gegen Libyen.

– 1973 tauchte ein US-Transportflugzeug vor der libyschen Küste auf; es wurde von zwei libyschen Maschinen beschossen und vertrieben. (NZZ, 21.8.81)

– 1977 setzte das Pentagon in öffentlichen Erklärungen Libyen auf die offizielle „Feindesliste" der USA. (IHT, 29.1.77)

– 1978 beschlossen das US-State Department und der Nationale Sicherheitsrat ein Embargo gegen Libyen. Waren im Wert von 400 Millionen Dollar sollten zurückgehalten werden. Hierunter fiel auch der Stop sämtlicher Ersatzteillieferungen für die acht Hercules C-130 Maschinen, die Libyen von den USA gekauft und erhalten hatte. Weitere
nen, die Libyen von den USA gekauft und erhalten hatte. Weitere
acht Flugzeuge dieses Typs, die Libyen bereits bezahlt hatte, wollten die USA zusammen mit drei bestellten Jumbos 747 nicht mehr ausliefern (NZZ, 27.6.78; FR 23.2.78).

– 1979 bedrängte ein US-Flugzeug eine libysche Linienmaschine auf ihrem Flug von Bengasi nach Damaskus („Neue", 11.5.79).

– **1979 führten die USA mit ihrer 6. Flotte bereits ein Manöver im Golf von Syrte durch.**

– 1980 schlossen die USA ihre Botschaft in Tripolis; Vorwand waren antiamerikanische Demonstrationen in Libyen.

– Im September 1980 berichtete die „Süddeutsche Zeitung" (19.9.), daß wahrscheinlich ein US-Luftaufklärer an der libyschen Luftraumgrenze von zwei libyschen Abfangjägern abgeschossen wurde. Eine Woche später drangen zum zweitenmal US-**Aufklärer in den libyschen Luftraum ein. Acht libysche Kampfflugzeuge versuchten, die US-Flugzeuge vom** Typ F-14 und C-135 zu Boden zu zwingen. Als zwei weitere F-14 vom Flugzeugträger „Kennedy" zur Hilfe kamen, mußten die Libyer abdrehen (SZ, 27.9.80). Bereits seit 1972 fliegen die USA regelmäßig zur Aufklärung durch den libyschen Luftraum (IHT, 29.10.80)!

– Am 6. Mai 1981 ordneten die USA die Schließung der libyschen Botschaft in Washington an. Gleichzeitig wurde den 2.200 in Libyen arbeitenden Amerikanern mitgeteilt, daß die USA ihnen keine konsularische Hilfe mehr geben könnten (FR, 8.5.81).

– Im Juni 81 forderte Haig, daß die USA verstärkt andere Staaten gegen Libyen unterstützen sollten. Er forderte für 1982 Militärhilfe an Tunesien über 95 Millionen Dollar (bisher 15 Mio.), an Sudan über 100 **Mio. Dollar (bisher 30 Mio.) und an Ägypten über 900 Mio. Dollar (bisher 550 Mio.) (FR, 5.6.81).**



(aus Neue Presse, 22./23.8.81)

Am 22.6.81 berichtete die amerikanische Zeitschrift „Newsweek", daß CIA-Chef Casey bereits Pläne zur Ermordung Ghaddafis gebilligt haben soll (FR, 28.7.81).

– Eine weitere akute Bedrohung für Libyen geht von Ägypten aus. Nach dem Schwenk Sadats zum Imperialismus hin wurde Libyen zum Hauptfeind Ägyptens erklärt. Im Sommer 1977 provozierte Ägypten einige Grenzzwischenfälle, um diese dann zu einem Angriff mit schweren Luft- und Bodenkräften gegen Libyen zu nutzen (s. AK 109). So ist es sicherlich kein Zufall, daß zeitgleich mit dem Manöver der 6. Flotte, bei dem es zu dem Abschuß der zwei libyschen Maschinen kam, Ägypten eine umfangreiche Truppenübung an der libyschen Grenze durchführte. (NZZ, 21.8.81) Libyen befürchtet neue Überfälle von Ägypten. Daß ein solcher **Angriff mit Billigung Israels erfolgen würde, ist klar. Eine B e t e i l i g u n g Israels in diesem Fall – wie Ghaddafi wiederholt öffentlich angedeutet hat – scheint nach letzten Meldungen keineswegs abwegig. Die „Neue" (21.8.81, nach „As-Safir") berichtete von drei Besuchen des israelischen Generalstabschefs Eytan der libysch-ägyptischen Grenze.**

Internationale Reaktion

Syrien, Iran, Äthiopien, die OAU, Südjemen, die PLO, die RGW-Staaten, sogar Jordanien und eine ganze Reihe weiterer Staaten der Dritten Welt protestierten gegen die amerikanische Provokation im Mittelmeer. Israel und Ägypten blieb es vorbehalten, die USA zu ihrer Aktion ausdrücklich zu beglückwünschen. Die Stellungnahmen aus Westeuropa fielen etwas dezenter aus. Die europäischen Nato-Partner *„dankten den USA lediglich für die schnelle Unterrichtung, die ihnen wenige Stunden nach dem Luftkampf im Nato-Rat zuteil geworden war"* (SZ, 21.8.).

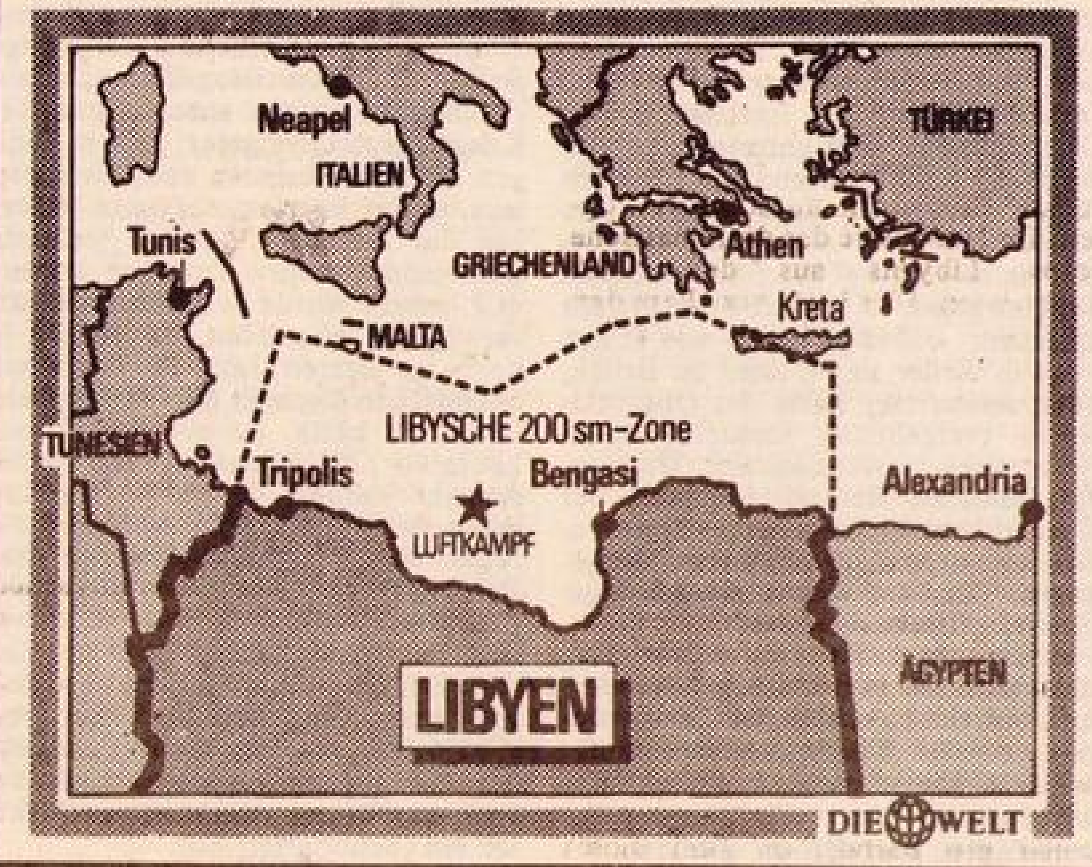
Der amerikanische Kriegsminister Weinberger gab sich bescheiden: *„60 Meilen vor der Küste auf See sollte man eigentlich Manöver abhalten dürfen, wenn man sie vorher bekanntgemacht hat"* (SZ, 21.8.). Wie würde wohl die Reaktion der Imperialisten aussehen, wenn die UdSSR ihrerseits Manöver vor Helgoland abziehen würde?!

Nahost-Kommission

Im Hintergrund: Die Auseinandersetzung um die Seerechte

Penetrant wurde von der bürgerlichen Presse behauptet, der Zwischenfall in der Syrte sei zustandegekommen, weil Libyen für sich 200 Seemeilen im Mittelmeer beanspruche.

Tatsächlich betrachtet Libyen ein Gebiet von 12 Seemeilen als sein Hoheitsgewässer, zudem betrachtet es die Syrte (Gewässer südlich der Verbindungslinie Tripolis-Bengasi), in dem jetzt die 6. US-Flotte ihre Manöver abhielt, als Binnenmeer. Tatsächlich fordert die Mehrheit der Länder der 3. Welt auf den laufenden Seerechtskonferenzen eine 200 Seemeilen-Hoheitszone, bzw. die Küstenländer fordern die Meeresschätze innerhalb dieses Gebietes. Die USA erklärten inzwischen, daß sie keinen der ausgehandelten Vorschläge der Seerechtskonferenzen akzeptieren wollen; für sie gelte die 3-Meilen-Zone. (Die „Welt"-Karte ist zusätzlich absurd, weil tatsächlich auch bei einer 200-Meilen-Zone die Hoheitsgewässer maximal bis zur Mitte des Raums zwischen Libyen und dem gegenüberliegenden Land reichen.)



AKW-Export: Das Geschäft floriert

BRD – Indonesien

Da jubelt die sonst so trockene FAZ: *„Der deutschen Kernkraftindustrie ist in Indonesien ein wichtiger Durchbruch gelungen – unter schriller Begleitmusik der unterlegenen amerikanischen Interessen"* (FAZ, 19.8.).

In einem Vorvertrag zwischen Siemens und der indonesischen Atombehörde wurde die Lieferung eines 25 MW-Forschungsreaktors „Janus" vereinbart, Kostenpunkt 135 Mio DM. Dieses an sich nicht besonders große Geschäft bedeutet mal wieder einen Durchbruch für die bundesdeutsche Atomindustrie, hat sie doch den Zuschlag gegen erhebliche Konkurrenz der USA, Frankreichs, Kanadas, Italiens und Englands bekommen. Die ersten Pläne für den Bau eines 1200 MW-Reaktors in Indonesien liegen bereits vor. Die Konkurrenten sind sauer, frohlockt die FAZ und zitiert aus der Hongkonger Kapitalistenzeitung „Asian Wall Street Journal": *„Präsident Suharto hat Anbieter verbittert, Gerüchten über unlautere Machenschaften Auftrieb gegeben und für Reibungen innerhalb seiner Administration gesorgt".* Von „günstigeren Kreditbedingungen" der BRD, von der „deutschen Mafia" usw. ist die Rede. In der Tat scheint Bonn ordentlich zugebuttert zu haben, um das Einstiegsgeschäft zu machen: Lambsdorf bestätigte auf seiner Asien-Reise, Bonn habe der indonesischen Seite einen Kredit in Höhe von 30 Mio DM angeboten, der nicht zurückgezahlt werden müsse und den Preis des deutschen Angebots entsprechen senke. Dieser „einmalige" Schritt sei aus technologischen Gründen unternommen worden, um Indonesien bei der „Entwicklung seines jungen Nuklearprogramms zu helfen" (Lambsdorf).

Das Geschäft lief keineswegs unvorbereitet. Bereits am 2. November 1976 war zwischen Indonesien und der BRD eins der üblichen „Technologie-Abkommen" geschlossen worden. Das Abkommen sah vor:
— Austausch von Technologie;
— Austausch von Experten;
— gemeinsame Forschungsprogramme;
— Exploration der Uranvorkommen in West-Sumatra, in dessen Rah-
me;
— Exploration der Uranvorkommen in West-Sumatra, in dessen Rah-
men die westdeutsche Seite die Ausbildung indonesischer Experten übernimmt und 90 % der Kosten trägt, in Form eines „verlorenen" Zuschusses der Bundesregierung;
— die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) stellt für das erste Forschungsjahr 2,08 Mio DM zur Verfügung (nach „3. Welt-Magazin", 5-7/76).

Diese Investition hat sich jetzt wohl bezahlt gemacht. Deutlich wird, wie langfristig solche Projekte angelegt werden, gerade im Bereich der Ausbildungs- und Personalpolitik. Welche Früchte die trägt, zeigt das jüngste Geschäft: Besonders stark gemacht für den BRD-Reaktor hat sich in Indonesien der Staatsminister für Forschung und Technologie, B.J.Habibie, der in Aachen studiert und mehrere Jahre an verantwortlicher Stelle bei Messerschmitt gearbeitet hat (nach. FAZ). Natürlich gehört zur jetzigen Lieferung des Forschungsreaktors „Janus" wieder ein umfangreiches Ausbildungsprogramm für indonesische Physiker und ein langfristiger wissenschaftlicher Erfahrungsaustausch zwischen Indonesien und BRD.

Es wundert einen kaum noch, daß es die Bundesregierung weder stört, daß sie damit dem faschistischen Suharto-Regime massive Unterstützung gewährt, noch daß Indonesien im vergangenen Jahr einen Atomvertrag mit Pakistan zwecks „Austauschs wissenschaftlicher Ergebnisse" abgeschlossen hat. Welche Art von Ergebnissen das sind, die da ausgetauscht werden, **kann man sich denken: Pakistan bastelt ganz hektisch an einer eigenen Atombombe, und die indonesischen Militärs sprachen bereits 1976, nach dem ersten Abkommen mit der Bundesrepublik, von der künftigen „Atommacht Indonesien".**

BRD – Ägypten

Ebenfalls „gebongt" scheint das Geschäft mit Ägypten über die Lieferung von zwei 1.000 MW-AKWs zu insgesamt etwa sechs Milliarden DM. Diesmal bemüht sich die BRD, nicht unangenehm aufzufallen, und verzichtet großzügig auf die Lieferung von „sensitiven Anlagen", d.h. Anlagen, mit denen ohne weiteres Atombomben hergestellt werden könnten. Der Hintergrund scheint zum einen ein gewisser wirtschaftlicher Druck der Atom-Industrie zu sein, die möglichst schnell zu Abschlüssen gelangen will; zum anderen gibt es offenbar politische Erwägungen, die eine offene Konfrontation mit den USA wie im Fall Brasilien nicht opportun erscheinen lassen. Die „FAZ" erklärt das in einem Kommentar („Reaktoren für Ägypten", 16.7.81) so: *„Für die Bundesrepublik liegt das politische Interesse in der Stärkung Ägyptens; der deutsche Beitrag zur Stabilisierung des Mittleren Ostens besteht vor allem in der Förderung der beiden Länder, die zwischen Europa und dieser Region strategische Positionen einnehmen: der Türkei und Ägyptens".*

Nach Angaben der „Neuen Zürcher Zeitung" hat Ägypten sich schon durch Verträge mit Frankreich und den USA in den Besitz von sensitiven Anlagen gebracht. Zudem meldete die „Le Monde" wenige Tage später einen sensationellen Uranfund in Ägypten. Eine kanadische Firma wird die Uranlagerstätte betreiben und dafür in Ägypten eine Anreicherungsanlage bauen.

Frankreich – Irak

Nachdem der irakische Reaktor Tamuz durch einen israelischen Bombenangriff zerstört worden war, entfaltete die irakische Regierung zahlreiche Aktivitäten, um Partner für den Wiederaufbau des Reaktors zu finden. Dies gestaltete sich etwas schwierig, da der Irak nach dem Anschlag keinerlei Hehl mehr aus seinen militärischen Absichten machte. Auf einer Konferenz, die kurz nach der Zerstörung des Reaktors in Bagdad unter Teilnahme zahlreicher arabischer Staaten stattfand, verkündete der irakische Ministerpräsident offen, daß es nicht angehe, wenn die imperialistischen Staaten Israel den Zugang zu Atombomben ermöglichten, dies aber der arabischen Welt verweigerten. Nachdem sich Saudi-Arabien bereit erklärt hatte, die Finanzierung des Wiederaufbaus der irakischen Atomforschungsanlagen zu übernehmen, forderte der Irak immer wieder die französische Regierung auf, diesen Aufbau zu übernehmen. Schließlich erklärte sich die französische Regierung gesprächsbereit, unter der Bedingung, daß die Kontrollen vervielfacht würden und die Anlage nur noch mit niedrig angereichertem Uran betrieben werden solle. Vor den Verhandlungen erklärte
die Anlage nur noch mit niedrig angereichertem Uran betrieben werden solle. Vor den Verhandlungen erklärte
der Irak, daß er beide Forderungen ablehne und insbesondere die Kontrollen als Eingriffe in seine nationale Souveränität ansehe. Letzte Woche einigte man sich in Paris auf einen Wiederaufbau der Anlagen, zwar unter stärkerer Einschaltung von Kontrollen der internationalen Atomenergiebehörde und häufigeren und längeren französischen Kontrollen, aber der Reaktor wird auch weiterhin mit hochangereichertem Uran betrieben. Pünktlich zum Vertragsabschluß wurde auch bekannt, daß der Irak 125 Tonnen Uran in Nigeria gekauft hat.

Die Kontrollen sind als reine Farce zu bezeichnen, da erstens der Irak, seine Absicht, eine „arabische Atombombe" zu bauen, überhaupt nicht mehr zu verheimlichen versucht, und zweitens der von Frankreich gelieferte Reaktortyp sich hervorragend zur Gewinnung von Plutonium eignet. Die technische Ausrüstung, um dieses aus den Brennstäben wiederaufzuarbeiten und abzutrennen, besorgte sich der Irak schon vor einigen Jahren.

Sowjetunion – Argentinien

Laut „Atomwirtschaft" 2/81, S. 57 hat sich die Sowjetunion bereiterklärt, dem argentinischen Mörderregime das für den Betrieb seines ersten Atucha-Reaktors unerläßliche „Schwere Wasser" (D2O) zu liefern.

Bisher blieb es der BRD vorbehalten, gegen Proteste des linken SPD-Flügels Atomanlagen nach Argentinien zu liefern. Selbst Carter verzichtete auf solche Dinge, da Argentinien zu den Regimes gehört, die den Atomwaffensperrvertrag bewußt nicht unterschrieben haben. Die D2O-Lieferung aus der Sowjetunion gibt vermutlich den argentinischen Militärs die Möglichkeit, die Zeit bis zur Fertigstellung einer eigenen geplanten „Schwerwasser"-Anlage problemlos zu überbrücken.

Daß sie für Geld alles macht, beweist die Sowjetunion hier nicht zum ersten Mal. Wie kürzlich bekannt wurde (AK 205), reichert sie das aus Namibia stammende Uran für die Brennelemente-Fertigung in der BRD an, obwohl sie in der UNO verbal Sanktionen gegen Südafrika unterstützt.

Sollten sich tatsächlich alle mit den alternativen Listen kokettierenden Mitglieder der DKP in dieser Gesellschaft wohlfühlen?

KB/Gruppe Nürnberg & ein Genosse aus Lüneburg

Internationales Friedenstreffen 1981

Appell von Larzac

Der Sommer 1981 stellt ein dramatisches Moment im neuen Wettrüsten dar. Dies liegt in der Entscheidung von Präsident Reagan begründet, die Serienproduktion der Neutronenbombe aufzunehmen, wie auch in der Verfolgung der Pläne, neue Atomwaffen in Europa aufzustellen. Die sowjetischen SS 2o einerseits und die amerikanischen Mittelstreckenraketen „Cruise" und „Pershing II", die in fünf Nachbarländern von Frankreich stationiert werden sollen, andererseits erhöhen auf erhebliche Weise die Gefahren eines Atomkrieges in Europa selbst.

Eine Anwendung dieser Waffen nuklearer Kriegsführung würde Europa einäschern, Millionen Menschen unmittelbar töten und die Übriggebliebenen zu einem qualvollen Todeskampf verurteilen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Internationalen Friedenstreffens vom August 1981 in Larzac, Mitglieder zahlreicher Bewegungen in Frankreich, Europa und anderer Kontinenten, rufen die französische Bevölkerung dringend dazu auf, sich über die Schwere dieser Bedrohung bewußt zu werden und sich der aktuellen Eskalation zu widersetzen.

In verschiedenen westeuropäischen Ländern entwickeln sich schon jetzt machtvolle Bewegungen gegen den Krieg und insbesondere gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Atomwaffen. So versetzt in der Bundesrepublik eine breite Opposition den Kanzler Schmidt in Schwierigkeiten. Eine Million Menschen haben einen Aufruf gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in ihrem Land unterschrieben; 1oo ooo demonstrierten in Hamburg gegen die Kriegsvorbereitungen. In den Niederlanden hat die Kampagne der christlichen Bewegung IKV eine Mehrheit Kriegsvorbereitungen. In den Niederlanden hat die Kampagne der christlichen Bewegung IKV eine Mehrheit von Bürgern von der Möglichkeit überzeugen können, mit der Entnuklearisierung Europas in Holland den Anfang zu machen. In Großbritannien hat eine Demonstration von 1oo ooo Menschen die Wiedergeburt der „Kampagne für die nukleare Abrüstung" markiert. Die beeindruckende Protestbewegung zählt heute über 25o ooo Mitglieder in über 1ooo lokalen Gruppen.

In Frankreich haben die Wahlen vom Mai und Juni die Hoffnung des Volkes auf eine neue Politik in den Fragen der nationalen Verteidigung und der militärischen Bündnisse ausgedrückt. Die neue Regierung hat immer noch nicht mit den Positionen der vorherigen Mehrheit gebrochen. Allerdings:

- Sie könnte einen Baustopp für neue Atom-U-Boote verfügen wie auch die Nicht-Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf der Albion-Ebene, deren Zielsetzung die Vernichtung unschuldiger Bevölkerung ist.
- Sie könnte solchen gefährlichen Projekten wie den Super-Plutos, der Neutronenbombe und der mobilen strategischen Rakete SX ein Ende setzen.
- Sie könnte einerseits Druck ausüben auf die ausländischen Regierungen, die der Stationierung amerikanischer Raketen in Europa wohlgesonnen sind, um sie zu einer Ablehnung dieser Vorhaben zu bringen, wie es ein immer größerer Teil der betroffenen Bevölkerung wünscht. Andererseits könnte sie auf die Regierung der UDSSR Druck ausüben.

Eine Wirklich linke Politik, die den tiefen Bedürfnissen der Völker entspräche, ist sich selbst verpflichtet, klare Positionen gegen die Strategie der militärischen Blöcke und Bündnisse einzunehmen und damit einen Beitrag zur Beendigung des weltweiten Wettrüstens zu liefern.

Wir rufen also in Frankreich zur Bildung einer breiten Bewegung gegen den Krieg und gegen die Atombewaffnung auf, die sich in die europäische Bewegung einreihen soll und mit ihr gemeinsam und kraftvoll gegen die Verbreitung der Atomwaffen in West und Ost eintritt.

Der Widerstand des Larzac hat erreicht, daß die Ausweitung eines Militärlagers gestoppt wurde. Der solidarische Widerstand der Völker Europas muß die Ausbreitung der atomaren Gefahr stoppen.

(Übersetzung:
Frankreich-Kommission)

Deutsche Volkszeitung -vom 27. August 1981

Von Golo Mann bis P.P.Zahl:

Appell der Schriftsteller Europas

Die Menschheit soll jetzt an den verbrecherischen Gedanken gewöhnt werden, daß ein begrenzter Atomkrieg führbar sei – mit neuen Raketen, Neutronenbomben, Marschflugkörpern etc.

Wir setzen dagegen: mit Atomwaffen ist kein begrenzter Krieg führbar; er würde die ganze Welt vernichten.

Über alle Grenzen von Staaten und Gesellschaftssystemen, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg richten wir an die Verantwortlichen den dringenden Appell, das neue Wettrüsten zu unterlassen und unverzüglich wieder miteinander in Verhandlungen über weitere Abrüstung einzutreten.

Wir fordern die Weltöffentlichkeit auf, nicht zu resignieren, sondern sich mit verstärkter Energie für den Frieden einzusetzen. Handeln wir gemeinsam, damit Europa nicht zum atomaren Schlachtfeld eines neuen und dann letzten Weltkriegs wird.

Nichts ist so wichtig wie die Erhaltung des Friedens!

Bertus Aafjes, Swolgen, NL; James Aldridge, London, GB; Carl Amery, München; Benny Andersen, Lyngby, DK; Vita Andersen, Kopenhagen, DK; Hanus Andreassen, Torshavn, Färöer; Jurek Becker, z. Z. West-Berlin; Franz Berliner, Skanderborg, DK; Hans Peter Bleuel, München; Annemarie Böll, Köln; Heinrich Böll, Köln; Jytte Borberg, Kopenhagen, DK; Gerrit Borgers, Leidschendam, NL; Guy de Bosschère, Paris, F; Mies Bovhuys, Amsterdam, NL; Willem Brakman, Enschede, NL; Radoslav Bratik, Belgrad, YU; Irmela Brender, Sindelfingen; Jurij Brezan, Bautzen, DDR; Christine Brückner, Kassel; Günter de Bruyn, Berlin, DDR; Peter O. Chotjewitz, Kruspis; Günther Cwojdrak, Berlin, DDR; Franz Josef Degenhardt, Quickborn; Miep Diekman, Den Haag, NL; Walter Dirks, Wittnau/Breisgau; Ingeborg Drewitz, West-Berlin; Axel Eggebrecht, Hamburg; Margarete Ekström, Stockholm, S; Bernt Engelmann, Rottach-Egern; Anne Marie Fabian, Köln; Walter Fabian, Köln; Jean-Pierre Faye, Paris, F; Margaretha Ferguson, Den Haag, NL; Erich Fried, London, GB; Fritz Rudolf Fries, Petershagen, DDR; Max Frisch, Berzona, CH; Günter Görlich, Berlin, DDR; Günter Grass, West-Berlin; Martin Gregor-Dellin, Gröbenzell; Max von der Grün, Dortmund; Eugène Guillevic, Paris, F; Rita Haaviko, Espoo, SF; Peter Hacks, Berlin, DDR; Bent Haller, Kopenhagen, DK; Margarete Hannsmann, Stuttgart; Ludwig Harig, Sulzbach/Saar; Peter Härtling, Mörfelden-Walldorf; Christine Haidegger, Salzburg, A; Gerd Henniger, Berlin, DDR; Günter Herburger, München; Stefan Hermlin, Berlin, DDR; Wieland Herzfelde, Berlin, DDR; Richard Hey, West-Berlin; Stefan Heym, Berlin, DDR; Wolfgang Hildesheimer, Poschiavo, CH; Gerd E. Hoffmann, Köln; Gerhard Holtz-Baumert, Berlin, DDR; Norbert Honsza, Wroclaw, PL; Urs Jaeggi, West-Berlin; Karl-Heinz Jakobs, z. Z. Bochum; Ernst Jandl, Wien, A; Walter Jens, Tübingen; Robert Jungk, Salzburg, A; Sten Kaalo, Mosbjerg, DK; Heinz Kamnitzer, Berlin, DDR; Hermann Kant, Berlin, DDR; Hendryk Keisch, Berlin, DDR; Walter Kempowski, Nartum; Rainer Kerndl, Berlin, DDR, Irmgard Keun, Köln; Heinar Kipphardt, Angelsbruck; Sarah Kirsch, z. Z. West-Berlin; Soren B. Knudsen, Mosbjerg, DK; Lew Kopelew, z. Z. Göttingen; Juri Korienez, Moskau, UdSSR; Irina Korschunow, Gräfrath; Mirko Kovac, Belgrad, YU; Ursula Krechel, Frankfurt/M.; Vuk Krnjevic, Belgrad, YU; Franz Xaver Kroetz, Altenmarkt; Kirsi Kunnas, Yujain, SF; Ludwig Laher, Salzburg, A; Marianne Larsen, Kopenhagen, DK; Dieter Lattmann, München; Siegfried Lenz, Hamburg; Birgitte Livbjerg, Kopenhagen, DK; Golo Mann, Kilchberg b. Zürich, CH; Friederike Mayröcker, Wien, A; Angelika Mechtel, Ginsbach; Peter de Mendelssohn, München; Veijo Meri, Helsinki, SF; Doeschka Meysing, Amsterdam, NL; Michael Molsner, München; Irmtraut Morgner, Berlin, DDR; Harry Mulisch, Amsterdam, NL; Ase-Marie Nesse, Oslo, N; Werner Neubert, Berlin, DDR; Kathleen Nott, London, GB; Dusko Novakovic, Belgrad, YU; Walter Nowojski, Berlin, DDR; Joachim Nowotny, Leipzig, DDR; Edwin Ortmann, München; Leonie Ossowski, West-Berlin; Jo Pestum, Billerbeck; Werner Peterich, Holzen; Ankie Peypers, Amsterdam, NL; Bernard Pingaud, Paris, F; Heinz Piontek, München; Johannes Poethen, Stuttgart; Mauro Ponzi, Rom, I; Peter Poulsen, Kopenhagen, DK; J. B. Priestley, Stratford-on-Avon, GB; Armand Rapoport, Paris, F; Bjarne Reuter, Bagsvaerd, DK; Horst-Eberhard Richter, Gießen; Klaus Rifbjerg, Kopenhagen, DK; Paavo Rintala, Kirkkomummi, SF; Luise Rinser, Rocco di Papa, I; Peter Rühmkorf, Hamburg; Gerhard Ruiss, Wien, A; Helmut Sakowski, Neustrelitz, DDR; Milisav Savic, Belgrad, YU; Mineke Schipper, Utrecht, NL; Max Walter Schulz, Leipzig, DDR; Paul Schuster, RU, z. Z. West-Berlin; Johannes Mario Simmel, Monte Carlo, MC; Knud Sorensen, Nyksbing, DK; Klaus Staeck, Heidelberg; Vagn Steen, Tranehuse, DK; Erik Stinus, Kopenhagen, DK; Sara Stinus, Kopenhagen, DK; Horst Stern, Grünenbach/Allgäu; Rudi Strahl, Berlin, DDR; Guntram Vesper, Göttingen; Walter Vogt, Muri, BE, CH; Johannes Vyoral, Wien, A; Günter Wallraff, Köln; Martin Walser, Überlingen-Nußdorf; Per Wästberg, Heby, S; Hans Weber, Fredersdorf, DDR; Paul Wiens, Berlin, DDR; Gabriele Wohmann, Darmstadt; Wim Zaal, Muiden, NL; Peter Paul Zahl, z. Z. West-Berlin; Gerhard Zwerenz, Schmitten/Taunus.

Bernt Engelmann:

Einhalt gebieten!

Am vergangenen Donnerstag wurde in München der vom Verband Deutscher Schriftsteller angeregte „Appell der Schriftsteller Europas" mit der Liste der Erstunterzeichner der Öffentlichkeit übergeben. VS-Vorsitzender Bernt Engelmann gab dabei folgende Erklärung ab:

*

Vor kurzem erschreckte US-Außenminister Alexander Haig die Welt mit der ebenso zynischen wie törichten Feststellung, daß es „wichtigere Dinge als den Frieden" gebe. Die Schriftsteller Europas haben ihm und allen anderen, die von einem „führbar" gewordenen Atomkrieg schwärmen, eine Antwort erteilt. Die rund 150 Erstunterzeichner des Friedensappells, den der Verband deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier — erstmals zugleich im Namen einer ganzen Reihe anderer europäischer Autorenverbände — heute in München bekanntgegeben hat, sind sich über alles sie sonst Trennende hinweg darin einig: das Wettrüsten muß sofort gestoppt werden. Ernsthafte Verhandlungen darüber müssen unverzüglich beginnen: „Es gibt nichts Wichtigeres als die Erhaltung des Friedens!"

Auf diesen kleinsten, aber auch lebenswichtigsten Nenner konnten sich, wie ein Blick auf die Liste der Erstunterzeichner zeigt, Autoren einigen, die sich nach Nationalität, politischem Standort und literarischem Genre sowie in mancher anderen Hinsicht deutlich unterscheiden: Heinrich Böll und Golo Mann, Stephan Heym und Hermann Kant, Walter Kempowski und Max Frisch, Heinz Piontek und Günter Wallraff, Sarah Kirsch und Johannes Mario Simmel — um nur ein paar Namen aus dem deutschen Sprachbereich zu nennen — kennzeichnen sowohl die Verschiedenheiten, die es um der Priorität des bedrohten Friedens willen zu überbrücken galt, als auch die eindrucksvolle „Solidarität der Einzelgänger", die sich, anders als die Politiker, nicht angeblichen „Sachzwängen" unterwerfen, sondern Vernunft walten lassen. Sie wollen damit allen Menschen, die guten Willens sind, ein Beispiel geben, sich über ihre sonstigen Meinungsverschiedenheiten hinweg in der Friedensbewegung zusammenfinden. Sie wollen damit jedermann klarmachen: Nur gemeinsam können wir den Wahnsinn des Wettrüstens und der diesem Wahnsinn dienenden Volksverdummung und Hetze Einhalt gebieten.

Wir, die im VS gewerkschaftlich organisierten Autoren der Bundesrepublik, haben über diesen gesamteuropäischen kleinsten gemeinsamen Nenner hinaus das konkrete Ziel, die unserem Land drohende weitere Bestückung mit neuen Kategorien von nuklearen Angriffswaffen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln verhindern zu helfen. Denn durch diese — verharmlosend „Nachrüstung" genannte — Vermehrung des hier stationierten Vernichtungspotentials um großenteils nur zum „Erstschlag" geeignete Raketen, deren Aufstellung nach Meinung des US-Abrüstungsbeauftragten Rostow gar „nicht verhandlungsfähig" sei und deren Einsatz nach dem erklärten Willen des Pentagons keine bundesdeutsche Regierung verhindern können soll, würde unser Land zum atomaren Schießplatz der Supermächte und unser Volk zum — notfalls für die europafernen Hasardeure verschmerzbaren — Pockereinsatz degradiert

Wir wollen alles tun, was in unserer Kraft steht, damit unsere Staatsführung sich zurückbesinnt auf ihren Eid, „Schaden vom deutschen Volke abzuwenden", und auf die vor zwölf Jahren begonnene Politik der Friedenssicherung durch Gewaltverzicht, Versöhnung und vernünftigen Interessenausgleichs. Der größenwahnsinnigen „Politik der Stärke", die von der Macht- und Profitgier anonymer Gruppen bestimmt wird, müssen wir schleunigst eine klare und endgültige Absage erteilen. Unser Land darf nicht noch einmal zum Ausgangspunkt eines Weltkrieges werden, der diesmal, mindestens für die meisten Europäer, die totale Vernichtung und ihr Ausscheiden aus der Menschheitsgeschichte bedeuten würde.

Sorgen wir deshalb für möglichst rasche kontrollierte Abrüstung in Ost und West, schaffen wir schnellstens ein atomwaffenfreies Deutschland als erste Stufe eines atomwaffenfreien Europas und einer atomwaffenfreien, friedlichen Welt, ächten wir die immer perverseren Erfindungen der Rüstungsindustrie, erhalten wir den Kindern unseres bedrohten Kontinents die Chance, ihr Leben zu vollenden, anstatt sie mit wachsender Wahrscheinlichkeit dem Wahnsinn eines Atomkrieges auszusetzen. Verwenden wir die bislang für das Wettrüsten vergeudeten Milliarden zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Elend bei uns und dort, wo die Not am größten ist, und schaffen wir, anstatt immer neuer Vernichtungswaffen, endlich menschenwürdige Zustände auf unserem Planeten.

Frankfurt

1500 demonstrierten gegen die Neutronenbombe

Am 22.8. gingen in Frankfurt 1500 Menschen auf die Straße, um ihren Protest gegen den Neutronenbomben-Beschluß der Reagan-Gang zu bekunden. Trotz kurzer Vorbereitungszeit war ein recht ansehnliches Spektrum von Organisationen und Einzelpersonen zustandegekommen, darunter u.a. DKP, DFG-VK, Jusos, Falken, Judos, KB, Frauenforum, Stadtschülerrat und die AG 'Keine Startbahn West'. Die Breite des Aufruferkreises schlug sich leider nicht in der Teilnehmerzahl nieder.

Die Initiative zu dieser Demonstration kam aus den Reihen der Frankfurter 'Grünen', obwohl deren Beteiligung lange fraglich blieb. Das Bündnis hatte ihrem Drängen nach einem Redner der Grünen stattgegeben. Anfangs wollten sie Andreas Buro (SB und Vertreter der Konzeption „alternative Verteidigung") oder Egbert Jahn (SPD- und SB-Mitglied) sprechen lassen; schließlich redete dann Milan Horacek, Stadtverordneter der Grünen, selbst. Die Aufnahme der Forderung nach "Auflösung der beiden großen Militärkräfte" wurde allerdings von der DKP und ihnen nahestehenden Kräften abgelehnt. Das Bündnis einigte sich auf die allgemeine Parole "Für Abrüstung in Ost und West", um einen für alle Seiten tragfähigen gemeinsamen Aufruf zu erreichen.

(Nach einem Bericht der KB-Gruppe Frankfurt)

• • •

Meuterei?

Drei inzwischen ehemalige Soldaten sind in Ulm wegen „Meuterei" angeklagt (das heißt auf 6 Monate bis 5 Jahre Knast). Am 26.3. war es in der Rommel-Kaserne in Dornstadt/Ulm am Entlassungstag von Reservisten hoch hergegangen. Um 6 Uhr morgens großes Hallo, Fanfaren, Hupen, die Reservisten schon in Zivil freuen sich auf ihre Entlassung. Der Oberfeldwebel läßt antreten und vier Kollegen stellvertretend als „Rädelsführer" noch 21 Tage in den Bau schicken. Bei der Abschiedsfeier vorher hatte sich bei reichlich Alkohol der Haß gegen 15 Monate Bundeswehr entladen, dabei gingen – wie üblich – auch Teller und Tassen zu Bruch, doch schon hier hatte der Oberfeldwebel (vergeblich) versucht, einen Reservisten festzunehmen. Umringt von anderen Reservisten hatte der Oberfeldwebel schließlich Angst bekommen und sein Vorhaben aufgegeben. Nun ist das angeblich „gemeinschaftliche Meuterei".

Inzwischen hat der 1.Prozeßtag stattgefunden (am 21.8.), über 300 Aufmerksame haben den Prozeßbeginn verfolgt. Zur Solidarität mit den Angeklagten hat sich in Ulm ein Aktionskomitee 'zur Freilassung der angeklagten Kameraden' gebildet.

Soldat im Hungerstreik

Für die Bundeswehr ist der seit dem 10.8. Hungerstreikende 20-jährige Soldat Johannes Bermüller eher ein Psychopath als ein anzuerkennender Kriegsdienstverweigerer. Nach einigen Horrorerlebnissen des Kriegsspielens bei der Bundeswehr hatte Johannes die Schnauze voll, er weigerte sich, weiter Uniform zu tragen. Bereits in 2.Instanz wurde er als Kriegsdienstverweigerer abgelehnt, da er sich ja noch im letzten Jahr für den zivil-technischen Bereich der Bundeswehr beworben hätte. Da in der BRD nur Leute als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden, die jedes Töten zu jeder Zeit prinzipiell ablehnen und sogar selbst Notwehraktionen zur Rettung von Freunden ablehnen (Standard-Gewissensfrage), kann es sich also bei Johannes nicht um Gewissensfragen handeln. Da er sich mit dem Hungerstreik "selbst verstümmelt", wies ihn die Bundeswehr auf die psychiatrische Station des Bundeswehrkrankenhauses in Giessen ein (Schubertstr.60).

Nato-„Aufklärungsoffensive" gegen Pazifismus

Am 28.8. veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau" einen Artikel unter der Überschrift: *„USA wollen Verbündete über Stärke der UdSSR aufklären"*. Dort stand zu lesen, daß die USA den Verbündeten *„bislang geheimes Material über die militärische Stärke der Sowjetunion zugänglich machen (wollen), um sie von der Notwendigkeit höherer Verteidigungsausgaben zu überzeugen"*. Das Material umfaßt *„mehrere Hundert Bücher mit den Abmessungen kleiner*


Gefährlicher als die Neutronenbombe
Giftgas der Sowjets
THEMA DES TAGES

Lothar Rühl vergleicht Neutronenwaffen mit chemischen Kampfmitteln

Telefonbücher und (sei) vollgepackt mit bislang geheimen Informationen". Dazu gehörten *„von Satelliten- und Luftaufnahmen gefertigte Skizzen etwa über die Rüstung mit Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 und anderer Waffen zum Einsatz gegen Westeuropa (...) Ferner enthalte das Material Einzelheiten aus der Rüstungsindustrie, darunter einen Plan der über anderthalb Kilometer langen Montagehalle einer Panzerfabrik"*. Angeregt durch diese Meldung über Bücher voller „Geheiminformationen" stöberten wir sofort die Posteingänge durch, um mehr zu erfahren. Und richtig: Die neueste Ausgabe der „Europäischen Wehrkunde" (8/81) ließ uns fündig werden. Auf Seite 345 steht's: *„Das National Security Council (USA) bereitet die Freigabe eines SS-20-Fotos und anderer Informationsunterlagen z.Zt. vor"*. Diese Information ist einem Artikel *„Schwachstellen der NATO in der Verwirklichung des Doppelbeschlusses"* entnommen. Er stammt von einem gewissen Hubertus Hoffmann, sog. Assistent im Deutschen Bundestag (Assi-BuTa). Der Artikel beruht auf einem Vortrag Hoffmanns vor der 9th Conference on the Atlantic Community in Washington D.C. vom 20. -26.April 81.(Es handelt sich um ein 'atlantisches' Diskussionsforum, wo die Oberideologen und vorgeschickte Unterchargen im Auftrag höchster Regierungsstellen ihre Strategien diskutieren. Nach unseren Informationen nahm in diesem Jahr auch der SPD-Ex-Linke Voigt teil). Assi-BuTa Hoffmann untertitelte seinen Vortrag mit *„Grundprobleme einer euronuklearen Dominanz Moskaus und der Auswirkungen eines anti-amerikanischen Pazifismus"* und begann in den düstersten Farben auszumalen, was passieren würde, wenn die NATO nicht „nach"-rüstet: Die NATO-Strategie der flexible response und die Abschreckung würden *„für immer unglaubwürdig"* angesichts der *„mehrfache(n) Überlegenheit Moskaus"*; das Bündnis wäre *„nicht mehr verteidigungsfähig ... Die NATO-Mitglieder müßten sich dann nolens volens der eindeutigen konventionellen und atomaren Dominanz Moskaus in Europa politisch beugen. (...) Der konventionelle Krieg wäre damit ... allein für Moskau denkbar und planbar (...) Nichtverteidigungsfähigkeit durch akzeptierte atomare Unterlegenheit der NATO in Europa könnte auslösender Faktor einer gewaltigen Machtverschiebung werden, die zu mehr Spannungen führt, die sich u.U. in einem Waffengang der Hegemonialmacht UdSSR entladen würden."* Also entweder „Nach"-Rüstung, oder Westeuropa wird sowjetischer Einflußbereich.

Hoffmann faßt dann zusammen: *„Westeuropa stehen ... nur die drei Grundentscheidungen offen:*
1) Anpassung an die sich abzeichnende militärpolitische Hegemonie Moskaus, 2) Beschränkung und Abbau des sowjetischen Potentials in Rüstungskontrollvereinbarungen (was Hoffmann für ausgeschlossen hält, Anm.AK), *3) Nachrüstung im konventionellen und atomaren Bereich"*. Diese „Alternative" in den Raum gestellt, kommt Hoffmann zur Bewertung der pazifistischen Bewegung: *„Für eine Anpassung an die sich abzeichnende militärische Überlegenheit Moskaus treten in diesen Jahren insbesondere die pazifistischen Bewegungen ein. Der neue Pazifismus ist keine Massenbewegung der kommunistischen Parteien Westeuropas, sondern eine Sammlung verschiedener Strömungen, die aus unterschiedlichen Lagern – kirchlichen Vereinigungen, alternativen und ökologischen Strömungen, sozialistischen Kreisen und kommunistischen Organisationen – gespeist wird. Es ist eine besonders aus dem jungen linksliberal orientierten Wohlstandsbürgertum rekrutierte Bewegung, die bestehende Werte und Axiome der NATO-Sicherheitspolitik wirkungsvoll in Frage stellt, und insbesondere Verzicht auf mehr (Atom-)Waffen fordert.*

Die pazifistische Welle in Westeuropa repräsentiert nicht die sogenannte 'schweigende Mehrheit'. Sie hat jedoch ein wirkungsvolles Echo in den linksintellektuellen Medien Europas erzeugt und beherrscht mit ihren Abrüstungs- und Appeasement-Thesen die Strasse und den politischen Aktionismus. Der Propagandaapparat dieser pazifistischen Bewegung zeigt eindeutig kommunistische Methoden. Der kommunistische Einfluß in den Führungsspitzen der Pazifismusbewegung ist beachtlich. Moskau braucht jedoch nur sekundäre Unterstützung zu leisten. Die pazifistische Bewegung, die in den letzten Jahren auf dem Humus des überfütterten intellektuellen Wohlstandsbürgertums gediehen ist, benötigt keine Regieanweisungen aus Moskau. Sie läuft mit ihrer Dynamik von selbst und überbietet sich teilweise in der Verharmlosung der sowjetischen Rüstung. (...) Der neue Pazifismus in Westeuropa ist weniger die Ausprägung einer echten Friedensinitiative, die für beiderseitige Abrüstung gleich energisch eintritt, sondern eher eine linksgeführte Bewegung, die das demokratisch geführte westlich orientierte Europa von der Seite Amerikas in eine Position zwischen Ost und West bringen will. Sie propagiert ... eine neutralistische Politik gegenüber beiden Supermächten. Die politische Linie, wie sie von linkssozialistischen und kommunistischen Führungsspitzen bestimmt wird, führt in Richtung auf eine Anpassung gegenüber der UdSSR.(...) Die pazifistisch, neutralistische Bewegung ist ... am trügerischten: Gelingt ihr der politische Durchbruch, so wird die NATO langfristig zerbrechen und sich die Politik der Anpassung gegenüber der UdSSR durchsetzen". Die Bewertung der „pazifistischen Bewegung" abschließend, kommt
Bewegung" abschließend, kommt
Hoffmann zum Fazit: *„Die NATO ... muß ihre Sicherheitspolitik nach innen und außen dieser Gefährdung einer revolutionären Umorientierung Westeuropas anpassen. Der Doppelbeschluß ist hierbei Ausgangspunkt und Kernbereich dieser neuen atlantischen Sicherheitspolitik für die 80er Jahre. Wird der Doppelbeschluß nicht mit beiden Teilen realisiert, so ist die NATO essentiell gefährdet. Heute muß es insbesondere darum gehen, die Schwachstellen in der Durchsetzung und Rechtfertigung des Doppelbeschlusses zu beseitigen"*.

Schwachstellen ...

Als *„Schwachstellen in der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses"* führt Hoffmann die Verwässerung der *„Glaubwürdigkeit westlicher Entschlossenheit"* durch das *„innenpolitisch begründete Taktieren"* westeuropäischer Regierungen bei der Realisierung der „Nachrüstung" an; er kritisiert, daß die USA Zweifel an ihrem Willen an „ernsthaften" Verhandlungen zuliessen:*„Die neue Reagan-Administration maß der Rüstungskontrolle im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses nicht die politisch-psychologische Rolle zu, die ihr in Westeuropa zukommt. (...) Nur wenn ... Reagan sein klares Einverständnis zu ... Verhandlungen ... erklärt, kann die pazifistische Bewegung in Europa wirksam eingedämmt und gestoppt werden"*.

Die dritte Schwachstelle ist für Hoffmann die NATO-Informationspolitik. Am Beispiel der im Zusammenhang mit dem „Nachrüstungs"-Beschluß gefaßten Entscheidung, 1000 veraltete US-Atomsprengköpfe aus Europa abzuziehen, kritisiert er, daß diese „Reduzierung" *„bisher praktisch im Geheimen durchgeführt"* worden sei, statt sie als eine *„echte, einseitige NATO-Abrüstung"* anzupreisen. *„Während der Kreml z. B. mit einem Teilabzug sowjetischer Panzer aus der DDR monatelang Propagandavorteile zog, findet eine Beeinflussung der westeuropäischen Bevölkerung durch wahrheitsgemäße Information praktisch kaum statt.(...) In unserer offenen Meinungsdemokratie ist der Informations-Input der wichtigste Schlüssel zur politischen Durchsetzbarkeit. (...) Um diese wichtige Schwachstelle der Durchsetzung des Doppelbeschlusses zu stoppen, sollten die europäischen Regierungen eine g e n e r a l s t a b s m ä ß i g geplante, politisch kalkulierte und abgestimmte, massenwirksame Aufklärungskampagne in Europa starten"*.Und hier sind wir wieder am Anfang, nämlich bei den mehreren Hundert Büchern mit Geheiminformationen über die sowjetische Rüstung. *"Diese Informationskampagne"* so Hoffmann weiter, *"muß die weitverbreiteten Wissenslücken füllen, die vorrangig zur Ablehnung der Nachrüstung geführt haben; sie wird die pazifistische Demagogie durch sachliche Aufklärungsarbeit zurückdrängen. Hier sind Ideen genauso wichtig wie finanzielle Unterstützung"*. Und "Ideen", wenn auch idiotische, hat Assi Hoffmann. Den Abbau verrotteter Atomsprengköpfe, die in keinen Werfer mehr passen, als "echte, einseitige Abrüstung" hinzustellen, ist wirklich ein toller Einfall! Weiter schlägt er vor, künftig zu behaupten, daß die NATO "nur 224 neue Waffensysteme" einführt, (die *"572 Gefechtsköpfe sind in (nur) 224 Waffensystemen untergebracht"*) dagegen die Sowjetunion mit ihrer SS-20 (220 Stück) "1320 Ziele" bekämpfen könne, da die SS-20 angeblich einen Mehrfachsprengkopf mit je drei Gefechtsköpfen habe und die SU pro Werfer eine Ersatzrakete bereithalte. Pikanterweise "untermauert" Hoffmann derartige Behauptungen und Spielereien über und mit Zahlen mit der Bemerkung: *"Selbst sicherheitspolitischen Fachleuten ist weitgehend unbekannt, daß Moskau ..."*. Hoffmann gibt dann noch einige Beispiele. Aus diesen Beispielen wird deutlich, daß die Kampagne bereits auf europäischer Seite anrollt: Neben der geplanten Veröffentlichung eines SS-20-Bildes sollen Greuelmärchen über die sowjetische Rüstung verbreitet werden. Die Friedensbewegung erscheint in dieser Kampagne als "uninformiert" oder "Moskau-gesteuert".

Bundeswehr hetzt: Krefelder Initiatoren „Befehlsempfänger Moskaus"

In einer Dokumentation des Bundesverteidigungsministeriums für Presse- und Jugendoffiziere waren die „Befehlswege" zwischen Moskau und den Initiatoren des Krefelder Appells in einer Graphik dargestellt. Das Ganze wurde als *„Schema der organisatorischen Einordnung des Weltfriedensrates und seiner deutschen Filialen in die kommunistischen Befehlswege"* bezeichnet, die „Befehlswege" führten vom ZK der KPDSU zu Bastian, Strässer, Niemöller, Prof. Kade und Petra Kelly. Zwischenstation dabei ist die DKP.

Nach Protesten von Lutz und Bastian gegen dies „üble Pamphlet", wo mit „gezielter Diffamierung.. ein Klima erzeugt" werden solle, „in welchem Aufrüstung und höhere Verteidigungsausgaben propagiert werden können", zog das Verteidigungsministerium die „absolut unqualifizierte" Darstellung zurück (nach FR, 26.8.). Darüberhinaus erklärten die Initiatoren des Krefelder Appells in einer gemeinsamen Erklärung am 22.8., daß es „kein Argument" gegen Friedensinitiativen sein könne, wenn diese auch von Kommunisten unterstützt werden; es gebe ein gemeinsames Interesse *„an der Erhaltung des Friedens und der Verhinderung eines Krieges, der sowohl kommunistische wie nichtkommunistische Länder in atomare Wüsten verwandeln würde"* (zit. nach DVZ, 27.8.).

Inzwischen mußte Bastian Verteidigungsminister Apel auffordern, sich von einer weiteren Lüge zu distanzieren: Auf dem SPD-Forum in Bonn am 27.8. erklärte Bastian, daß in einem internen Bundeswehrrundschreiben die Lüge verbreitet werde, daß er auf dem letzten Treffen von „Ökologie und Frieden" (am 17.6. in Hannover) anwesend gewesen sei; das Treffen war natürlich wiederum von den Drahtziehern aus Moskau organisiert. Apel sagte zu, die Sache richtig zu stellen, wenn Bastians Aussagen zuträfen.

6. Mai 1980: Knast für Anti-Kriegs-Demonstranten!

Die Prozesse wegen des Widerstands gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion gehen weiter: Nachdem in vier Jugendgerichtsprozessen unter Ausschluß der Öffentlichkeit Bewährungsstrafen oder Jugendarrest verhängt worden waren, und zwei Angeklagte vor dem Amtsgericht freigesprochen werden mußten, da sich die Polizei-Kronzeugen in erhebliche Widersprüche verstrickten, hagelte es beim ersten Landgerichtsprozeß hohe Haftstrafen.

Uwe wurde zu zehn Monaten mit Bewährung verknackt und Walter muß für 15 (!) Monate in den Knast. Uwe war von einem Maschinenschlosser denunziert worden, der seine Neigung für die Bundeswehr auch vor Gericht nicht verhehlte: *„Ich war empört, denn ich bin beim Katastrophenschutz, der die ausgedienten Bundeswehrfahrzeuge erhält. Wir warten auf die Wagen – und dann werden Steuergelder auf diese Weise verpulvert, nur weil manchen Leuten solche Veranstaltungen nicht passen"* („Bremer Nachrichten", 15.8.). Der Zeuge wollte vor acht Monaten noch Uwe und Walter beim Anzünden eines Bundeswehrfahrzeugs erkannt haben, konnte sich vor Gericht jedoch allein an Uwe erinnern. Die Aussagen dieses Zeugen, getrieben von einem *„gewissen Jagdeifer"*, wurden von der Verteidigung als wertlos und widersprüchlich zurückgewiesen. Außerdem gab ein So-
rückgewiesen. Außerdem gab ein So-
zialarbeiter, der Uwe betreut, eine positive Sozialprognose ab. Uwe selbst erklärte, rein zufällig in die Demonstration hineingeraten zu sein, in deren Verlauf er zugegebenermaßen mit Steinen und einem Knüppel gegen die Polizisten vorgegangen sei.

Beweise für eine konkrete Tatbeteiligung von Walter gab es nach der Aussage des Zeugen überhaupt nicht: ein Polizeifoto zeige den Angeklagten *„mit einer Handstellung, die ‚auf Aktivitäten' hinweist"* („Weser-Kurier, 20.8.) und ein anderes lasse Walter beim *„Sturm auf das Westtor"* erkennen. In einer Stellungnahme distanzierte Walter sich nicht grundsätzlich von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung und rechtfertigte sie im Rahmen des Widerstandsrechts. Der Staatsanwalt bezeichnete Walter als *„herumvagabundierenden Straftäter"* und forderte 18 Monate Knast, während Uwe eine Haftstrafe von 15 Monaten auf Bewährung erhalten sollte. Den Hintergrund der Ereignisse zeichnete der Staatsanwalt wie folgt: *„In der öffentlichen Diskussion hätten sich auch demokratische Politiker gegen die Veranstaltung gewandt. Dadurch (!) sei das Störpotential bundesweit mobilisiert worden"* („BN", 19.8.). – Uwes Verteidiger plädierte für die Mindeststrafe von sechs Monaten, der Verteidiger von Walter auf Freispruch.

Das Gericht allerdings will Walter 15 Monate wegen Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall im Knast sehen, da *„es kein Widerstandsrecht in dieser Form gibt"*. Es handele sich zwar nicht um einen politischen Prozeß, *„es kann aber nicht hingenommen werden, daß radikale Gruppen gewalttätig werden, wenn sie ihre Forderungen nicht demokratisch durchzusetzen vermögen"*. Zugunsten von Walter wurde gewertet, daß er sich nicht *„vermummt und einen Helm übergestülpt"* hatte und *„nicht als Rädelsführer angesehen"* werden
könne, „Ausgewogenheit" wollte das
könne. „Ausgewogenheit" wollte das Gericht wohl beim Urteil gegen Uwe zeigen: In der Mitte der Forderungen von Staatsanwalt und Verteidigung verknackte es ihn zu zehn Monaten auf Bewährung. Zusätzlich hat die Wehrbereichsverwaltung nun begonnen, angeklagten 6. Mai-Demonstranten Schadensrechnungen in Höhe von 108.551,92 Mark zuzuschicken, für die sie gesamtschuldnerisch aufkommen sollen!

KB/Gruppe Bremen

Totalverweigerer: »Nur« 2 Monate Strafarrest

Thomas Hansen aus Gelsenkirchen war als Kriegsdienstverweigerer in allen drei Prüfungsinstanzen abgelehnt worden. In der letzten Instanz vor dem Verwaltungsgericht hatte Thomas bereits erklärt, daß er auch den Zivildienst als „Ersatz-Kriegsdienst" ablehne. Am 1.7.81 wurde er dann in die Wildeshauser Wittekindskaserne einberufen. Thomas weigerte sich, Uniform anzuziehen und sich die Haare abschneiden zu lassen. Dafür kam er in den Bau — 42 Tage insgesamt. Auch ein — selbst unter den Kameraden — weit verbreitetes Solidaritätsflugblatt und eine ganze Reihe weiterer Protest- und Solidaritätserklärungen zeigten zunächst keine Wirkung.

Am 24.8. wurde Thomas vor dem Amtsgericht Oldenburg wegen „Gehorsamsverweigerung" (§ 20 Wehrstrafgesetzgebung) der Prozeß gemacht. Das Gericht entschied auf zwei Monate Strafarrest unter Anrechnung der bereits verbüßten Strafe. Die Strafe wurde auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Damit folgte das Gericht weitgehend dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Thomas gilt für das Gericht als „Überzeugungstäter" aufgrund der bestehenden Gesetze, die die Totalverweigerung und die Gehorsamsverweigerung generell verbieten. So könnte „Bewährung" für Thomas heißen, daß er wiederum in den Knast kommt, wenn er seine Haltung nicht aufgibt. Das Gericht ging in diesem Falle aber davon aus, daß dem Entlassungsantrag aus der Bundeswehr, den Oberleutnant Bohlen, Thomas Vorgesetzter, gestellt hat, stattgegeben wird.

Interessant ist dabei, daß sich damit in der Praxis der „Recht"sprechung gegen Totalverweigerer in der letzten Zeit eine gewisse „Verbesserung" abzeichnet. Ein Hinweis darauf ist auch das Urteil des Landgerichtes Hamburg, das zwei Wochen vorher eine Verurteilung des 22jährigen Detlev Döring (zu sechs Monaten Haft) aufhob und „nur" eine Geldstrafe von DM 4050, d.h. 90 Tagessätzen, verhängte. Die Staatsanwaltschaft hat allerdings dagegen Berufung eingelegt.

Tatsache ist ja, daß Totalverweigerung ebenso wie Kriegsdienstverweigerung im Kriegs- und Notstandsfall (sofern es sich nicht um den Dienst mit der Waffe handelt) im Gesetz nicht vorgesehen sind und somit solche Leute jederzeit mit entsprechenden Knaststrafen bedroht sind. Die jetzt ausgesprochenen einmaligen Abschreckungsurteile sind zwar ein gewisses Zugeständnis an die Tatsache, daß immer mehr Menschen den Kriegseinsatz verweigern, ändern aber nichts daran, daß nach wie vor jeder, der jeden Kriegseinsatz verweigern will, als „Straftäter" gilt.

Nach einem Bericht der KB/Gruppe Delmenhorst

Geen Vrouw, Geen Man, Geen Cent voor het Leger

(Keine Frau, kein Mann, keinen Pfennig für das Militär)

Vom 1.8. bis 14.8. haben wir teilgenommen am „6. internationalen gewaltfreien Marsch für Entmilitarisierung" in Beilen/Niederlande. Insgesamt waren etwa 1.000 Menschen aus elf Ländern da.

Seit Sommer 1976 werden diese Märsche regelmäßig durchgeführt. Ziel des 1. Marsches war es, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Frankreich bekannt zu machen. Etwa 400 Pazifisten liefen von Metz nach Verdun entlang der Kriegsschauplätze des 1. Weltkrieges. Der bekannteste Marsch ist der von 1979: Mit einer Busfahrt von Brüssel nach Warschau sollte die Forderung des Marsches nach Aufhebung beider Militärblöcke, Nato und Warschauer Pakt, verdeutlicht werden. An der Berliner Mauer wurde ein Großteil der Teilnehmer durch einen gesamtdeutschen Knüppeleinsatz aufgehalten. Die anderen konnten doch noch in Warschau eine Aktion machen.

Die Forderungen des Marsches sind:
- Einseitige Abrüstung in allen Ländern;
- Abschaffung aller Militärblöcke, insbesondere der Nato und des Warschauer Paktes;
- Umwandlung der Rüstungsproduktion in Produktion sozial-nützlicher Güter (Konversion);
- Entwicklung und Einsatz gewaltloser Formen nichtmilitärischer Verteidigung (soziale Verteidigung);
- Die Bekämpfung des Militärs als Unterdrückungsinstrument gegen Völker im Kampf um ihre Selbstbestimmung.

Die Niederlande als „Vorbild der Friedensbewegung"

Von der Vorbereitungsgruppe wurde beschlossen, dieses Jahr den Marsch in den Niederlanden zu machen. Die gesamte niederländische Friedensbewegung will am 21. November, wenn über die Stationierung von Mittelstreckenraketen im niederländischen Parlament entschieden wird, auf die Straße gehen.

Dieser Widerstand sollte unterstützt werden und der internationale Charakter des Widerstandes gegen Militarismus hervorgehoben werden. Die Niederlande haben eine große Anti-Kernwaffenbewegung, die in allen Schichten der Bevölkerung verwurzelt ist. Im Gegensatz zu den „Atom-Pazifisten" (Leute, die nur gegen die Atomwaffen, nicht aber gegen das Militär insgesamt sind) sind die Antimilitaristen weniger stark vertreten. „Vollständige Abrüstung" und „Raus aus der Nato" wer- stark vertreten. „Vollständige Abrüstung" und „Raus aus der Nato" wer- den jetzt zunehmend diskutiert. 3.000 Menschen berufen sich pro Jahr auf das KDV-Gesetz (nur Gewissensgründe), um so nicht innerhalb der Armee funktionieren zu müssen. Auch in den Niederlanden gibt es viele Totalverweigerer, die sich nicht auf das Gesetz berufen. Diese Menschen werden strafrechtlich verfolgt und verschwinden für mindestens ein Jahr hinter Gittern.

Drenthe, die Militärprovinz

Die Niederlande sind in elf Provinzen aufgeteilt. Drenthe ist eine davon im Norden des Landes. Die Provinz Drenthe kann man im Moment als den „Abfalleimer der Niederlande" bezeichnen. Die Militarisierung Drenthes nimmt gigantische Ausmaße an: Neben militärischen Übungsplätzen, Kasernen und Atomabfall in Salzstöcken liegt die Planung für Nato-Depots schon vor. Um die Bevölkerung von Drenthe zu beschwichtigen, brauchen die Politiker immer wieder das Argument, das Rüstung Arbeitsplätze schafft (alle Informationen aus dem Aktionshandbuch des Marsches).

Deshalb wurde Beilen in der Provinz Drenthe als Standort für ein Zeltdorf ausgewählt, von dem aus viele Aktionen gegen militärische Anlagen in der Umgebung laufen sollten. Nicht die Regierung sollte der Ansprechpartner sein, sondern die Bevölkerung sollte informiert und zum aktiven Widerstand aufgerufen werden. Dabei war an ein Nebeneinander von einem breitem Aktionsspektrum gedacht, von Informationsständen, Demos bis hin zur direkten (Stör-)Aktionen wie Blockaden u.ä.

Als Organisaationsform wurde ein System mit Bezugsgruppen und Sprecherrat vorgeschlagen. Mobilisiert wurde in der BRD hauptsächlich von der Graswurzel und der Gewaltfreien Aktion, aber auch zum ersten Mal unterstützt vom DFG-VK Bundesvorstand. Dadurch war von vorneherein festgelegt, daß die Mehrheit der Teilnehmer Gewaltfreiheit als oberstes Prinzip sah.

Erster Aktionstag in Coevorden

Ein Sternmarsch mit Straßentheater durch Coevorden leitete die vielseitigen Aktionen des Friedenscamps ein. Am Rathaus wurde dem Bürgermeister ein Protestschreiben gegen die Errichtung des amerikanischen Militärdepots in Coevorden überreicht. Danach ging es zum Marktplatz, wo ein fiktiver Alexander Haig auftrat, seine Kriegspläne erläuterte und daraufhin ein Massensterben einsetzte. An dem Denkmal des General van Heutz wurden Holzkreuze aufgestellt. Er ist verantwortlich für viele Todesopfer im Indonesischen Befreiungskrieg und perverserweise wird ihm zu Ehren alle Jahre in Coevorden ein Fest gefeiert. Ziel dieses Aktionstages war es, die örtliche Bürgerinitiative gegen das Militärdepot in publikumswirksamer Form zu unterstützen. Ein Aktionsvorschlag, das Kriegerdenkmal einzupacken und ein Flugblatt gegen dieses Schandmal zu verteilen, wurde leider als „zu aggressiver Akt" abgelehnt.

Hiroshimatag

Durch einen einstündigen Menschenteppich in der Einkaufsstraße von Assen wurde eindringlich an den Bombenabwurf auf Hiroshima erinnert. Alle, die durch die Straße gehen wollten, waren gezwungen, über die eng am Boden liegenden symbolischen Opfer zu steigen. Bei vielen Leuten war Betroffenheit und Verunsicherung festzustellen, aber bei einigen Ladenbesitzern und einigen beim Einkauf gestörten Passanten waren auch Hetzparolen zu hören, ähnlich wie in der BRD: „Wascht euch, arbeitet erstmal, wir brauchen die Amerikaner, sonst kommen die Russen!"

Harrie vrij (Harrie frei)

Vor dem Gefängnis von Assen forderten ca. 200 Menschen lautstark die Freilassung von Harrie, einem Totalverweigerer, der seit Februar dort einsitzt. Mit einer symbolischen Ankettung von sechs Antimilitarist/inn/en aus verschiedenen Ländern sollte auf die Repression gegen Kriegsdienst- und Totalverweigerern hingewiesen werden. Auf dem Gefängnisdach wurde ein riesiges Transparent „Harrie vrij" den. Auf dem Gefängnisdach wurde ein riesiges Transparent „Harrie vrij" angebracht. Vergeblich versuchte eine Delegation ihr Protestschreiben dem Gefängnisdirektor zu überreichen, doch die Beharrlichkeit einiger Niederländer hatte zumindest einen kleinen Erfolg zu verbuchen, so daß einige Tage später eine internationale Gruppe von Kriegsdienstverweiger/inne/n Harrie im Gefängnis besuchen konnte. Außerdem wurden in einer Nachtaktion einige Autobahnbrücken mit Parolen wie „Harrie vrij", „kein Totalverweigerer ins Gefängnis", „Die Waffen nieder" verziert.

Blockade am Havelter Berg

Wöchentlich werden 80 niederländische Wachsoldaten an der vermutlichen Atomwaffenbasis Havelter Berg ausgewechselt. Um diese Ablösung zu stören, sollte vor der Toreinfahrt ein breiter Menschenteppich gebildet werden. Vor der Toreinfahrt eine Blockade zu machen, um den Zutritt zu verhindern, wurde zu Beginn von einem Großteil entschieden abgelehnt und fast mit einem Veto belegt. Nach langer Diskussion einigten sich die Gruppen auf einen Kompromiß, der den Menschenteppich mit der Blockade kombinierte. Ab Freitag morgen (7.8.) um 7 Uhr versammelten sich ca. 200 Menschen vor dem Waffenlager. Die auf 9 Uhr angesetzte Wachablösung der Soldaten fand nicht statt — die niederländischen Militärs entschieden sich, nicht auf Konfrontationskurs zu gehen. Presse, TV und Radio berichteten ausführlich von der Aktion. Bis zum Abend blieben etwa 100 Menschen übrig, die sich entschlossen, in der Nacht vor dem Tor zu schlafen, damit die Soldaten nicht in der Nacht abgewechselt werden. Bis auf ein kleines Polizeiauto war von Bullen keine Spur. Selbst die Niederländer haben sich gewundert. Die Blockade wurde bis Sonntagabend aufrechterhalten und am Ende einer gemeinsamen Demonstration mit der örtlichen Bevölkerung abgebrochen.

Parallel zur Blockade fand in der Nähe eine viertägige Fastenaktion statt.

Frauentag in Den Haag, 8.8.

Die „Vrouwen voor Vrede" (Frauen für Frieden) hatten geplant, vom 6.8. bis 8.8. zum dritten Mal eine Mahnwache vor dem Friedenspalast in Den Haag durchzuführen. Dabei haben sie Infostände aufgebaut, Friedenspoesie gelesen und einen Wunschbaum aufgestellt. Mit weißen Regenschirmen mit blauem Peacezeichen wurde eine Wache vom Friedenspalast zum Verteidigungsministerium gelaufen. Die Frauen vom Marsch wurden eingeladen, an einem Tag an ihren Aktionen teilzunehmen.

Bereits in der Vorbereitungsphase gab es zwei Tage vorher ein Frauenfrühstück mit 160 Frauen und anschließend Arbeitsgruppen, wo Erfahrungen über Militarismus und seine Auswirkungen auf die Frauen in verschiedenen Ländern ausgetauscht wurden.

Bei der Ankunft in Den Haag mußten wir enttäuscht feststellen, daß trotz der großen nationalen Mobilisierung der Friedensfrauen nur ein verlorenes Häuflein vor dem Friedenspalast rumstand. Die Friedensfrauen forderten, daß wir in Zweier-Reihen auf dem Gehsteig zum Verteidigungsministerium gehen sollten. Dies funktionierten wir zu einer kämpferischen Demo um. Vor dem Verteidigungsministerium wurde erklärt, daß wir es satt haben, ständig mit Blumen (wie die Friedensfrauen) auf Bomben zu reagieren. Alle Frauen brachten Disteln mit und warfen sie vor den Eingang des Verteidigungsministeriums, wo ein großes blutbeflecktes Transparent mit der Aufschrift „Vernichtungsministerium" angebracht wurde. Dann wurde das Märchen vom Sandmännchen pantomimisch dargestellt und vorgelesen. Es hat ungefähr folgenden Inhalt: Die Herren haben den Frauen Sand in die Augen gestreut, um sie als nützliche Idiotinnen gebrauchen zu können. Jetzt sind die Frauen aufgewacht und bringen den Sand zurück. Dann haben alle Frauen ein Säckchen Sand vor dem Verteidigungsministerium ausgeleert.

Anfangs gab es Bedenken einiger Marschfrauen, die Friedensfrauen würden durch eigenständige „militantere" Aktionen abgeschreckt. Es hat sich aber gezeigt, daß sie bei unseren tere" Aktionen abgeschreckt. Es hat sich aber gezeigt, daß sie bei unseren phantasievollen Aktionen begeistert mitgemacht haben.

Westerbork, 10.8.

In der Nähe von Beilen war im Faschismus das Konzentrationslager Westerbork, von wo aus niederländische Juden in die Vernichtungslager deportiert wurden. Eine Gruppe hauptsächlich deutscher Teilnehmer legte an der Gedenkstätte Blumen und Steine (ein alter jüdischer Brauch) nieder und verbrannte dort Wehrpässe. Anschließend zogen sie schweigend in die Innenstadt. Bei der Vorbereitung wurde vorgeschlagen, eine Veranstaltung zum Thema „Faschismus heute" im Camp zu machen.

Dies wurde niedergebügelt mit dem Argument, wir als Deutsche seien doch nicht hier, um die Niederländer über Faschismus zu belehren!

Die Botschaftsbesetzungen

Am 11.8. wurden in Den Haag sechs Botschaften (die italienische, französische, spanische, amerikanische, sowjetische und die bundesdeutsche) besetzt bzw. blockiert.

Die französische, italienische und die spanische Gruppe planten schon ziemlich früh die Besetzung ihrer Botschaften. Gründe dafür waren die miserablen Bedingungen für Kriegsdienstverweigerer und die Nicht-Berichterstattung über den Marsch in den drei Ländern. Als dann die Entscheidung von Reagan, die Neutronenbombe zu bauen und zu stationieren, bekannt wurde, entschloß sich eine ziemlich große Gruppe dafür, ihren Protest direkt an der amerikanischen Botschaft deutlich zu machen. Eine kleine Gruppe meinte, dann auch die sowjetische Botschaft blockieren zu müssen, schließlich fordere man ja auch die Auflösung des Warschauer Paktes.

Es bildete sich ebenfalls eine Gruppe von deutschen Teilnehmern, die beschloß, die Botschaft der BRD zu besetzen, um Protest und Widerstand gegen die Erklärung der Bundesregierung zum Neutronenbombenbeschluß auszudrücken.

Der Rüstungskonzern in Hengelo

Die Holland Signal Apparatefabrik (HSA) ist der größte Waffenbetrieb in den Niederlanden. 20 % der gesamten Bevölkerung von Hengelo ist direkt von dem Arbeitseinkommen aus der Waffenfabrik abhängig. Um die Arbeiter vor die Entscheidung zu stellen, ob sie weiterhin so eine „unmoralische" Arbeit verrichten wollen, wurde vorgeschlagen, vor Arbeitsbeginn sämtliche Nebeneingänge zu blockieren und vor dem Haupteingang einen Menschenteppich zu machen. Dabei sollte sich jeder einzelne Arbeiter entscheiden, ob er über die Menschen geht, um zu arbeiten, oder ob er die Arbeit verweigert. Gegen diesen Vorschlag wurde argumentiert, daß die Arbeiter keine andere Wahl haben, als dort zu arbeiten, und daß die Aktion völlig unvermittelt kommt. Ziel darf es nicht sein, die Arbeiter moralisch verantwortlich zu machen, sondern den Rüstungsbetrieb zu blockieren und die Arbeiter zu agitieren. Mit derartigen Aktionen würden wir nur den Zorn der Arbeiter auf uns ziehen. Schließlich wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß in der Mittagspause ein großes Fest vor dem Fabriktor stattfinden sollte, wo die Arbeiter zu Gesprächen eingeladen werden. Das fand nicht statt, da die Konzernleitung den Arbeitern untersagte, das Firmengelände zu verlassen, um damit den Kontakt zwischen den Arbeitern und den Antimilitarist/inn/en zu verhindern.

In der vorangegangenen Nacht hatten einige Antimilitaristinnen auf den Parkplatz der Rüstungsfabrik das Bild von Schierb Ernst (Titelbild vom Buntbuchverlag: „Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern") groß aufgemalt. Die Konzernleitung hatte es sehr eilig, die Zerstörung des Gemäldes zu veranlassen.

Reaktionen auf den Friedensmarsch

In der niederländischen — sowohl örtlichen als auch überregionalen — Presse wurde täglich ausführlich berichtet. Dabei wurden die einzelnen Aktionen sehr detailliert und positiv geschildert. Auch die örtliche Bevölkerung war uns sehr detailliert und positiv geschildert. Auch die örtliche Bevölkerung war uns gegenüber sehr aufgeschlossen und kam häufig zu Besuch ins Camp. Dementsprechend vorsichtig und wohlwollend (es war schon fast peinlich) reagierte die Polizei.

Zusammenfassend kann frau sagen, daß die Ausgangsbedingungen für breit angelegt antimilitaristische Aktionen ideal waren. Allerdings wollen wir auch nicht verschweigen, daß die Vorbereitungen und die Aktionen selbst durch Formalismus und Kleinkariertheit eines Teiles der Campteilnehmer begleitet waren, wodurch das Camp zu einer erheblichen Strapaze wurde. Daß dieses offensichtlich mit zum „politischen Verständnis" dieses Marsches gehört, wurde gleich bei Workshops am Tag deutlich. Dort wurden ganz formalistisch und abstrakt Themen wie Konsensus, Entscheidungsfindung, Lebensstil, Strategie und Utopie, Meditation und Aktion „trainiert". Verzichts- und Verweigerungsideologie wurden ohne Inhalte per Gruppendynamik eingeübt.

Diese Lebensstilpropaganda bis hin zur Suche der „Ursachen des Krieges in der aggressiven Natur des Menschen" wirkte nicht nur auf nicht-Eingeweihte abstoßend. Das gleichzeitig propagierte Harmoniestreben wurde massiv dafür mißbraucht, unliebsamere Positionen, z.B. bei den Aktionsvorbereitungen zu unterdrücken. Das schränkt den internationalen gewaltfreien Marsch auch auf Träger bestimmter Lebensstil-Ideologien ein. Trotzdem haben wir die Aktionen hier genauer und schwerpunktmäßig dargestellt, um Ansätze davon in unsere eigene Friedensarbeit einbauen zu können.

Genossinnen und Sympathisantinnen aus Nürnberg
(mit redaktionellen Kürzungen)

Zur Geschichte des Kampfes gegen die Wiederaufrüstung

»Friedenspolitik« im Schlepptau der Militaristen

„Die Gewerkschaftsbewegung ist auch immer eine Friedensbewegung" – so heißt es im Friedensaufruf 1981, mit dem der DGB zum Antikriegstag eine zentrale Unterschriftenaktion startet. Diese Aussage ist nur zum Teil richtig. Tatsächlich zeigt die Geschichte des DGB, daß dessen Führung versucht hat, eine positive Haltung der Gewerkschaften zur Remilitarisierung durchzusetzen und dabei auf den erbitterten Widerstand der Mitgliedschaft gestoßen ist. Ein DGB-Vorsitzender wurde über diese Frage sogar gestürzt.

Wie etliche Gewerkschaftsbeschlüsse zeigen, ist es der DGB-Führung nie gelungen, eine Unterstützung der Remilitarisierung in der Mitgliedschaft durchzusetzen – wohl aber wurde durch die Haltung der DGB-Führer ein wirksamer Kampf gegen die Wiederaufrüstung, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Atombewaffnung sabotiert.

Sich diese historischen Erfahrungen zu vergegenwärtigen ist wichtig, um die gegenwärtige Debatte um die Verhinderung der „Nachrüstungs"beschlüsse der NATO im DGB beurteilen zu können. Die folgende Zusammenfassung ist notwendigerweise stark verkürzt. Ergänzende Informationen bietet die im Anhang angegebene Literatur.



1958: 150 000 bei der u.a. vom DGB organisierten Kundgebung 'Kampf dem Atomtod' auf dem Hamburger Rathausmarkt

Kuhhandel mit Adenauer

Unmittelbar nach der Gründung der Bundesrepublik begannen die Bestrebungen zur Militarisierung. Das Haupthindernis war hierbei die antimilitaristische Stimmung in der Bevölkerung, von der selbst Adenauer sagte, „*daß die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes dem Gedanken an die Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht völlig negativ gegenüberstand*" (Adenauer, S. 360). Für Adenauer war das kein Hinderungsgrund, die Aufrüstung zu betreiben, wohl aber die Verpflichtung, taktisch geschickt zu Werke zu gehen. So sind die ersten Abkommen über die Aufstellung einer westdeutschen Armee in einer Geheimklausel zum Petersberger Abkommen vom 22.11.49 zwischen Adenauer und den Hohen Kommissaren (Vertreter der westlichen Besatzungsmächte) enthalten, die nie veröffentlicht wurde.

„*Um meine Ansicht über einen möglichen deutschen Verteidigungsbeitrag darzulegen*" (Adenauer, S. 361), übergab Adenauer am 29.8.50 den Hohen Kommissaren ein Memo-
den Hohen Kommissaren ein Memo-
randum, in dem er sich für die Aufstellung eigener Streitkräfte im Rahmen einer 'Europa-Armee' aussprach. Dieses Dokument war so brisant, daß der damalige Innenminister Gustav Heinemann aus Protest dagegen zurücktrat.

Interessant in unserem Zusammenhang ist nun, daß am 28.8.50, also einen Tag, bevor Adenauer seine Denkschrift zur Wiederbewaffnung abschickte, ein Treffen zwischen Adenauer und dem damaligen DGB-Vorsitzenden Böckler stattfand. Böckler sagte später über dieses Gespräch: „*Erfülle man 'gewisse Bedingungen', würden die Gewerkschaften der Wiederbewaffnung nichts in den Weg legen. Schon im August 1950 habe er Adenauer auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Arbeitern für die Unterstützung seiner Verteidigungspläne eine 'Gegengabe' anzubieten. Die Welthandelspreise stiegen, darauf habe der Kanzler keinen Einfluß. Die Verteidigung werde zwangsläufig einen weiteren Teil des Volkseinkommens verbrauchen. Eine Senkung des Lebensstandards sei damit unvermeidlich. Wenn es aber unmöglich sei, den Arbeitnehmern irgendeinen materiellen Vorteil einzuräumen, dann sei es doch wohl angebracht, 'ihnen einen ideellen Gewinn zu bieten, wie ihn eine größere Kontrolle der Industrie, d.h. die Mitbestimmung, darstelle'* " (Baring, Seite 198).

Die Handschrift Böcklers trug auch die Erklärung des DGB-Bundesvorstandes vom 21.11.50 zur Frage der Wiederbewaffnung. In dieser Erklärung wurde zwar die „*Wiedererrichtung einer selbstständigen deutschen Armee*" abgelehnt, aber gleichzeitig die Notwendigkeit der „*Verteidigung der westlichen Kultur und der persönlichen Freiheit*" betont. Unter der Bedingung, daß „*eine echte Einheit der freien und gleichberechtigten Völker Europas geschaffen*" und innenpolitisch „*die demokratische Kontrolle aller militärischen Formationen und besonders ihres Führungskorps gesichert*" sei, „*sage der Bundesvorstand des DGB 'Ja' zur Beteiligung Deutscher an militärischen Sicherheitsmaßnahmen*" (Baring, S. 197; Krause, S. 43 + 59).

Um den Lohn für die Zustimmung zum außenpolitischen Kurs der Bundesregierung mußte die DGB-Führung dann doch noch kämpfen. Zum Jahreswechsel spitzte sich die Auseinandersetzung um die Montan-Mitbestimmung zu. In einem Schreiben vom 29.12.50 erinnerte Böckler Adenauer an die getroffenen Vereinbarungen: „*Bei der letzten Unterredung, die ich mit Ihnen am 28. August in Bonn hatte, habe ich unter Hinweis auf die Vorgänge in Korea und im übrigen ostasiatischen Raum mit aller Eidringlichkeit betont, daß es endlich an der Zeit sei, in der Bundesrepublik eine soziale und zeitgemäße Wirtschaftsordnung zu schaffen (...) Damals teilten Sie weitgehend meine Auffassung*" (Pirker I, S. 195). Es bedurfte dann noch einer Streikdrohung und einer Urabstimmung, bis Adenauer – übrigens gegen erheblichen Widerstand aus dem Unternehmerlager – die Montanmitbestimmung am 25.1.1951 durchsetzte.

Mit dem Tode Böcklers war diese Phase der Kooperation beendet, nicht aber die Hoffnung der DGB-Führung, durch Zustimmung zum außenpolitischen Kurs Adenauers innenpolitische Zugeständnisse zu erreichen.

Ein Gewerkschafter an der Spitze der Aufrüstungsorganisation

Derweil ging die Wiederaufrüstung zügig voran. Am 23. Oktober 1950 wurde eine neue Dienststelle unter der irreführenden Bezeichnung „*Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen*" eingerichtet, zu deren Chef der ehemalige 3. Vorsitzende der IG Bergbau, Theodor Blank, bestellt wurde. „*Weil dieser als Gewerkschafter die Hinnahme der Remilitarisierung durch die Arbeiterschaft erleichtern sollte*" (Huster u.a. S. 225), wurde er von Adenauer auf diesen Posten berufen. Das 'Amt Blank', in dem „*rund hundert Offiziere des faschistischen Generalstabes mit Vorarbeiten zum Aufbau westdeutscher Streitkräfte*" (Krause, S. 37) beschäftigt waren, war die Grundlage des späteren 'Verteidigungs'ministeriums. Blank wurde später 'Verteidigungs'-minister.

Anfang 1951 begannen die Verhandlungen über die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft unter Einschluß der BRD. Am 19.7.1951 wurde von der Alliierten-Kommission das Gesetz über die Verhinderung der Wiederaufrüstung gestrichen. Die Frage des deutschen Wehrbeitrags wurde in der Öffentlichkeit breit diskutiert.

An der Basis: „Ohne mich"

Gegen diese Pläne gab es recht breiten Protest. Es hatte sich eine „Ohne-mich"-Bewegung gebildet, die wesentlich von der FDJ – der Jugendorganisation der KPD – getragen war, aber auch von Teilen des DGB und der SPD-Jugend unterstützt wurde. Auf einem antimilitaristischen Kongreß in Essen wurde eine Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung beschlossen. Die Adenauer-Administration ging gegen diese Bewegung äußerst repressiv vor. Die Volksabstimmung wurde am 24.4.51 auf Antrag der Bundesregierung verboten. Sie wurde dennoch illegal durchgeführt, wobei sich von 6.267.212 an der Abstimmung Beteiligten 5.917.683 gegen die Remilitarisierung aussprachen. Während der Aktion wurden 7331 Helfer verhaftet und mehr als 1000 Gerichtsverfahren eingeleitet (Krause, S. 103). Am 26.6.51 wurde die FDJ verboten; vierzehn Tage vorher war ein Antrag auf Verbot der KPD gestellt worden. Dies waren in etwa die Rahmenbedingungen, in denen die folgenden Ereignisse zu sehen sind.

Die Führung: „Mit uns!"

Im Juni 1951 wurde auf einem außerordentlichen DGB-Bundeskongreß Christian Fette zum Nachfolger des verstorbenen Hans Böckler gewählt. Auf der Schlußkundgebung dieses Kongresses erklärte er: „*Auch wir haben mehr zu verlieren als nur unsere Ketten und müssen daher bereit sein, für die Erhaltung unserer Freiheit bei selbstverständlicher vollkommener Gleichstellung mit den übrigen freien Staaten der Welt unseren Beitrag zur Verteidigung zu leisten*" (Baring, Seite 430). Im August erklärte Fette vor der Auslandspresse: „*Als Vorsitzender einer großen demokratischen Organisation halte ich es für absolut notwendig, daß wir unsere Freiheit gegen jeden totalen Angriff verteidigen*" (Krause, S. 68). Diese Äußerungen führten zu etlichen Protestresolutionen im DGB, in denen häufig auch die Abberufung Fettes gefordert wurde. Unbeirrt setzte die Bundesführung ihren provokatorischen Kurs fort. Auf dem IBFG-Kongreß in Mailand sagte Fette, „*daß die Frage der militärischen Sicherung und die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik eins seien*" (Pirker I, S. 234). Bei einer DGB-Bundesausschußsitzung im Dezember hielt das Mitglied des Bundesvorstandes, Rosenberg, ein Referat, in dem er die Mitarbeit der Gewerkschaften in dieser Frage empfahl. Er erntete keinen Widerspruch. Georg Reuter vom DGB-Bundesvorstand überschrieb einen Artikel zur Wiederaufrüstung in der DGB-Zeitung 'Quelle' mit der Losung: „*Mit uns!*" (Pirker I, S. 234). Das Faß kam zum Überlaufen, als das Bundesvorstandsmitglied vom Hoff am 20.1.52 im Hüttenwerk Oberhausen für den Wehrbeitrag Stimmung machen wollte: „*Man kann die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß im Osten im starken Maße die Aufrüstung vorwärts getrieben wird und der Westen zur Verhinderung von Aggressionen Abwehrmaßnahmen treffen muß. Man kann es auch dem deutschen Volk nicht zumuten, seinerseits mit Abwehrmaßnahmen zu warten, bis etwa durch eine Aggression vollendete Tatsachen geschaffen sind. Jeder vernünftig gelenkte Betrieb muß eine Betriebsfeuerwehr haben, die dazu dient, die Sicherheit des Betriebes zu gewährleisten und Störungen in der Abwicklung der Produktion zu vermeiden*" (Baring, S. 432). Es hagelte Protesttelegramme und Resolutionen. So forderten beispielsweise 200 Betriebsräte aus dem Kreis Ludwigsburg auf einer Betriebsrätevollversammlung den sofortigen Ausschluß vom Hoffs aus der Gewerkschaft. „*Infolge der großen Erregung breiter Mitgliederkreise*", wie die 'Quelle' eingestand, wurde für den 23.1.52 der DGB-Bundesausschuß zusammengerufen. Auch hier wurde die Remilitarisierung nicht eindeutig abgelehnt, sondern lediglich der Beschluß vom 21.11.50 bestätigt. Die großbürgerliche 'FAZ' war begeistert: „*Wenn es die Gewerkschaften nicht gäbe, müßte man sie erfinden*" („FAZ", 24.1.52).

Am folgenden Tage versuchte der DGB-Vorsitzende Fette in einer Rundfunkrede die Wogen zu glätten. Die Zustimmung vom Hoffs zur Remilitarisierung sei „*für den DGB nicht verbindlich*"; außerdem versuchte er, „*Presseberichte mit sensationellen Überschriften*" für die Erregung verantwortlich zu machen.

Ausgerechnet vom Hoff gab dann am 7.2. für den DGB die Erklärung ab, daß der DGB alle Streiks gegen die Remilitarisierung ablehnen müsse. Hintergrund dieser Erklärung war, daß die Belegschaften einer Schachtanlage in Gelsenkirchen und anderer Betriebe der Schwerindustrie einen 24-stündigen Warnstreik gegen den Wehrbeitrag und den Schumannplan (europäischer Zusammenschluß der Schwerindustrie; der Plan wurde vom DGB unterstützt, aber von der SPD abgelehnt) beschlossen hatten.

In Bayern, wo der Antimilitarismus besonders tief im Bewustsein der Gewerkschafter verwurzelt war, wurde für den 10.2.52 eine außerordentliche Landesbezirkskonferenz des DGB durchgesetzt, auf der vom Hoff und Fette schwer unter Beschuß genommen wurden. Die Konferenz lehnte „*auf Grund geschichtlicher Erfahrungen und den daraus abzuleitenden Erfahrungen jeden deutschen Wehrbeitrag ab*" (Krause, S. 94), was für den stellvertretenden Chefredakteur der 'Welt der Arbeit' „*eine gewerkschaftliche Katastrophe*" (Pirker I, S. 236) war. Es blieb nicht bei dieser 'Katastrophe': Der DGB-Landesbezirk Hessen forderte einen außerordentlichen Bundeskongreß, der ÖTV-Gewerkschafttag lehnte einen Wehrbeitrag ab.

Amerikanische Schützenhilfe

Aber auch von anderer Seite wurde Druck gemacht: „*So widmete der AFL* (Amerikanische Gewerkschaft – Anm.) *Deutschland-Repräsentant Rutz im Februar/März 1952 einen großen Teil seiner Zeit persönlichen Gesprächen mit zahlreichen deutschen Gewerkschaftern und sozialdemokratischen Politikern, um sie zu einer positiven Einstellung zum deutschen Wehrbeitrag zu gewinnen, bzw. um denjenigen DGB-Führern, die (wie Christian Fette und Hans vom Hoff) im Bundesvorstand einen positiven Kurs vorsichtig und gegen den Widerstand breiter Gewerkschaftskreise durchzusetzen versuchten, den Rücken zu stärken. Obwohl die AFL-Position inzwischen weitgehend identisch war mit der Politik der US-Regierung, wurden die diesbezüglichen gewerkschaftlichen Aktivitäten unabhängig von der Regierung durchgeführt. Gerade dadurch waren sie besonders wertvoll*" (Link, S. 89). Nun waren es nicht nur Gespräche, die hier geführt wurden. Dazu gehörte auch die „*Drohung der Einstellung der amerikanischen Hilfe*" (Link, S. 90).

Aufgrund der massenhaften Proteste gegen die Äußerungen Fettes und vom Hoffs mußte am 28./29.2.52 eine erweiterte Bundesvorstandssitzung durchgeführt werden, an der alle DGB-Orts- und Kreisausschußvorsitzenden teilnahmen. Es wurde beschlossen, „*daß der Bundesvorstand mit allen demokratischen politischen Parteien Verbindung aufnehmen und diesen nahelegen soll, unter Beachtung des Grundgesetzes die Entscheidung über einen deutschen Verteidigungsbeitrag in die Hände des gesamten deutschen Volkes zu legen*" (Krause, S. 97). Mit dieser Erklärung waren die Gewerkschaftsführer noch mal mit einem blauen Auge davongekommen, den-
blauen Auge davongekommen, den-
noch beschimpfte der Justizminister Dehler diese Entschließung als Androhung des Rechtsbruchs, „*die normalerweise mit Zuchthaus bestraft*" werde (Pirker I, Seite 247).

Trotz des eindeutigen Willens der Mitgliedschaft ergriff die DGB-Führung nur Aktivitäten gegen das vor der Verabschiedung stehende Betriebsverfassungsgesetz und setzte alles daran, um eine Verbindung des Kampfes gegen die Remilitarisierung zu verhindern.

Am 11.5.52 wurde auf einer antimilitaristischen Demonstration in Essen zum ersten Mal in der BRD ein Demonstrant von der Polizei erschossen, zwei weitere verletzt und 260 festgenommen. Nur wenige Tage später, am 15.5., führte der DGB in Düsseldorf eine große Kundgebung gegen das BVG durch, auf der von den Rednern kein Wort gegen die Militarisierung zu hören war. Zwar streikten in den Tagen, in denen der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft von Adenauer unterschrieben wurde, die Drucker, doch betonten die Gewerkschaften immer wieder, daß dieser Zeitungsstreik vom 28./29.5. nur gegen das BVG gerichtet sei. Allerdings kam es in Bayern aus Protest gegen die Militärverträge zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen (Krause, S. 132).

Der DGB-Vorsitzende wird gestürzt

Auf dem 2. ordentlichen Bundeskongreß des DGB vom 13. - 17.10. 1952 wurde dann dem DGB-Vorsitzenden Fette und vom Hoff die Quittung für ihre Haltung zur Remilitarisierung serviert. Allerdings gelang es den loyalen Sozialdemokraten recht gut, die Kritik auf diese Personen zu konzentrieren und bei den Wahlen Leute aus dem eigenen Lager durchzubringen, die – wie sich später zeigen sollte – in der Frage der Remilitarisierung auch keine besseren Positionen vertraten.

Als Fette in seinem Rechenschaftsbericht seine Position zu den Militärverträgen, zum Schumannplan und das Abwürgen des Kampfes gegen das BVG rechtfertigte, erntete er heftige Kritik von fast allen Diskussionsrednern. *„Die Mitglieder mißbilligen die Politik ihrer Führung. Sie sind mit der von ihr getroffenen Entscheidung nicht einverstanden"*, erklärte ein Delegierter aus Bremerhaven.

Der IG-Metall-Vorsitzende Freitag, der sich in den Reden als Gegner Fettes profilierte, wurde in einer Kampfabstimmung zum neuen DGB-Vorsitzenden gewählt, eine Entscheidung, die nun allerdings schon Wochen vor dem Kongreß hinter den Kulissen ausgehandelt worden war. Auch Hans vom Hoff mußte seinen Platz im Bundesvorstand räumen. Vorantreibende Beschlüsse zur Frage der Remilitarisierung wurden auf dem Kongreß allerdings nicht gefaßt. Ein Antrag, der empfahl, sich den Beschluß der bayerischen Landesbezirkskonferenz vom Februar 1952 zu eigen zu machen, wurde abgelehnt.

Gegen Generalstreik

Als im März 1953 der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vor der Verabschiedung durch den Bundestag stand, schlugen die Wogen des Protestes wieder hoch. Der DGB war vollauf damit beschäftigt, Generalstreikgerüchte zu dementieren: *„Sollten außergewerkschaftliche, respektive ungewerkschaftliche Kreise mit dem Gedanken eines politischen Streiks spielen, so könnten sie sich keinesfalls auf eine Mitbeteiligung oder Mitwirkung der Gewerkschaften berufen. Der Bundesvorstand des DGB richtet an alle gewerkschaftlichen Organe und an die Gewerkschaftmitglieder die Bitte, sich an einem frivolen Spiel mit dem Generalstreik keinesfalls zu beteiligen und darüber zu wachen, daß evtl. Vorbereitungsmaßnahmen unterbleiben"* (Pirker II, S. 59).

Wenige Tage später schob der DGB eine Erklärung nach, in der es hieß: *„Nach wie vor wendet sich der Deutsche Gewerkschaftsbund mit aller Entschiedenheit dagegen, daß von unberufener Seite die Gewerkschaften mit dem Plan eines politischen Streiks in Zusammenhang gebracht werden"*.

Mit dieser Erklärung verzichtete die DGB-Führung auf das politische Streikrecht, das sie selbst beim Druckerstreik gegen das BVG noch proklamiert und für sich in Anspruch genommen hatte.

Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheiterte schließlich am Widerspruch des französischen Parlaments. Das Ziel der Militaristen war es nun, die Bundesrepublik in die NATO einzugliedern. Die Stationen auf diesem Weg (Grundgesetzänderung, die die Einführung der Wehrpflicht ermöglichte, 'Neun-Mächte-Konferenz' im September '54 in London und die Unterzeichnung der 'Pariser Verträge' im
tember '54 in London und die Unterzeichnung der 'Pariser Verträge' im
Oktober) waren begleitet von gewerkschaftlichen Protesten gegen die Remilitarisierung. Die Wiederaufrüstüng wurde von den Landesbezirkskonferenzen des DGB von Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz sowie von der DGB-Bundesjugendkonferenz abgelehnt. Diese Frage stand auch im Mittelpunkt des 3. ordentlichen DGB-Bundeskongresses, der vom 4. - 9.10.54 in Frankfurt tagte. Als der DGB-Vorsitzende Freitag in seinem Rechenschaftsbericht die Frage der Wiederaufrüstung überhaupt nicht erwähnte, erntete er von fast allen Diskussionsrednern schärfsten Protest. Die DGB-Führung sei *„in das Kielwasser der Regierungspolitik und der Bundestagsmehrheit manövriert"* (Krause, S.174), meinte ein Delegierter.

Doch Walter Freitag erklärte in der Diskussion: *„Die Frage der Gestaltung der neuen Wehrmacht steht für uns im Vordergrund"* (Pirker II, S. 133). Diese Äußerung wurde von der Presse natürlich als Votum des DGB-Vorsitzenden für die Wiederaufrüstung ausgelegt, was Freitag dann wieder dementieren mußte. Intern hatte Freitag hier noch viel drastischere Ansichten. In privaten Gesprächen erklärte er, *„daß die SPD-Politik in der NATO-Frage selbstmörderisch für die deutsche Arbeiterbewegung und das Land insgesamt sei und daß er diese seine Auffassung auch Bundeskanzler Adenauer mitgeteilt habe"* (Link, S. 91).

Ein Beschluß ohne Folgen

Der Kongreß sprach sich dann aber einhellig gegen die Wiederaufrüstung aus. In der von Otto Brenner eingebrachten Entschließung heißt es: *„Der 3. ordentliche Bundeskongreß des DGB stellt mit großer Besorgnis fest, daß durch die Beschlüsse der Londoner Konferenz die Eingliederung der Bundesrepublik in ein machtpolitisches Bündnissystem vorbereitet wurde und durch die Ratifizierung der Londoner Abmachung vollendet werden soll (...) Der Bundeskongreß lehnt jeden Wehrbeitrag ab, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind mit dem Ziele, eine Verständigung der Völker untereinander herbeizuführen, und die Einheit Deutschlands wiederhergestellt ist"* (Pirker II, S. 136).

Doch diese Entschließung sollte Papier bleiben. Gleich auf der ersten Sitzung des DGB-Bundesausschusses nach dem Kongreß erklärten Spitzenfunktionäre: *„Der Beschluß von Frankfurt trägt den Charakter einer reinen Demonstration und verpflichtet uns nicht zur Aktivität"* (Pirker II, S. 141). Anfang des Jahres 1955 häuften sich die Proteste gegen die offensichtliche Mißachtung des Frankfurter Beschlusses. Dazu hatte beigetragen, daß Walter Freitag in seiner Neujahrsansprache das Problem mal wieder ausgelassen hatte. Die Stimmung unter den Gewerkschaftern kennzeichnet eine Entschließung der Landesdelegiertenkonferenz des DGB-Bayern, in der gefordert wurde: *„eine Aufklärungswelle gegen die Wiederaufrüstung mit Versammlungen, Kundgebungen und Fahrzeugkorsos ... eine geheime Abstimmung der Gewerkschaftsmitglieder über die geplante Aufrüstung. Weiter fordern die bayrischen Delegierten die Einleitung von Volksbegehren und Volksentscheiden in allen Bundesländern, wo das gesetzlich möglich ist"* (Pirker II, S. 144).

Doch die DGB-Führung begnügte sich mit einem Appell an den Bundestag und die Bundesregierung, die Ratifizierung der Pariser Verträge auszusetzen und *„umgehend Schritte für die Wiedervereinigung Deutschlands zu unternehmen"* (Pirker II, S. 149).

Hinter den Kulissen wollte der DGB-Vorsitzende Freitag sogar große Politik machen, indem er die *„Bildung einer großen Koalition zur Sammlung aller demokratischen Kräfte"* (Link, S. 92) vorschlug.

Als dann am 27.2.55 die Pariser Verträge vom Bundestag ratifiziert wurden, kommentierte die gewerkschaftliche 'Welt der Arbeit': *„Die Entscheidung ist, da sie durch ein demokratisch gewähltes Parlament gefällt wurde, verpflichtendes Gesetz"* (Krause, S. 182).

Wehrpflicht eingeführt – der DGB bleibt passiv

Verpflichtendes Gesetz wurde im Juli 1956 auch die Wehrpflicht. Einen Monat später wurde – vom DGB freudig begrüßt – die KPD, die einen wesentlichen Anteil am Kampf gegen die Remilitarisierung gehabt hatte, verboten. Als dann im Oktober der DGB zu seinem Hamburger Kongreß
DGB zu seinem Hamburger Kongreß
zusammenkam, konnte dort Konrad Adenauer unter dem Beifall der Delegierten erklären: *„Die Gewerkschaften sind ein wichtiger Bestandteil unseres gesamten wirtschaftlichen Organismus geworden. Sie sind nicht nur ein wichtiger Bestandteil, sie sind auch ein notwendiger Bestandteil. Ich kann mir ein gutes Funktionieren unserer Wirtschaft ohne die Gewerkschaften überhaupt nicht vorstellen"* (Pirker II, S. 197).

Trotzdem sprachen sich die Delegierten gegen die Wiederaufrüstung und Wehrpflicht aus. Allerdings zeigte die Entschließung auch, daß der DGB gewillt war, sich an die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie zu halten: *„In der Bundesrepublik haben Bundesregierung und Bundestag über die Warnungen und Willensbekundungen auch der Gewerkschaften hinweg die Errichtung einer 'Bundeswehr' auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen. Der DGB bedauert diese Entwicklung. Er lehnt die Wiederaufrüstung in beiden Teilen Deutschlands nach wie vor ab (...) Der DGB wird die Kräfte unterstützen, die willens sind, mit demokratischen Mitteln die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland und die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen"* (Pirker II, S. 200).

Aber auch durch diesen Beschluß fühlte sich die Gewerkschaftsführung zu nichts verpflichtet. Im Gegenteil: *„Interne Diskussionen* (führender DGB-Funktionäre, Anm.) *machten deutlich, daß es für die weitere demokratische Entwicklung nicht sinnvoll sein würde, wenn zwei so entscheidende Kräfte in unserer Gesellschaft, wie die Gewerkschaften und die Bundeswehr, in einem feindlichen Verhältnis zueinander stehen würden"* (DGB-Bundesvorstandsmitglied Werner Hansen, lt. Rupp, S. 56).

„Kampf dem Atomtod"

Allerdings sollte sich die Annäherung von Gewerkschaften und Bundeswehr noch um einige Jahre durch eine Debatte verzögern, die die breiteste Massenbewegung in der Geschichte der BRD hervorbrachte: die Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Im Mai 1957 kam es zu einer ersten großen Debatte im Bundestag; zuvor hatten 18 deutsche Atomforscher eine aufsehenerregende Erklärung veröffentlicht. Diese Erklärung wurde vom DGB-Landesbezirk Niedersachsen begrüßt, und auch der DGB-Bundesvorstand sprach sich im April gegen die Lagerung von Atomwaffen in der BRD aus.

So richtig in Gang kamen die gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen die Atomwaffen aber erst, als im Februar 1958 44 Professoren einen an die Gewerkschaften gerichteten Aufruf verfaßten: *„Wir wenden uns besonders an die Gewerkschaften als größte berufsständische Organisation. Die Gewerkschaften sind politisch neutral. Als Organisation freier Staatsbürger haben sie sich jedoch das Recht vorbehalten, zu entscheidenden Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen. Uns scheint, dieses Recht ist jetzt zu einer Pflicht geworden. Jetzt geht es nicht mehr allein um Tarifverhandlungen. Was nützen höhere Löhne und besserer Lebensstandard, wenn die friedlichen Voraussetzungen hierfür nicht politisch gesichert werden. Die Fortsetzung und die Steigerung des Wettrüstens aber untergräbt unvermeidlich die Grundlagen jedes sozialen und wirtschaftlichen Aufstiegs"* (Pirker II, S. 252).

Zustimmungserklärungen kamen vom Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden, der Bezirksleitung Niedersachsens der IG Chemie und zahlreichen DGB-Orts- und Kreisausschüssen. Die Bezirkskonferenz NRW II der ÖTV forderte den DGB gar auf, *„den 44 Universitätsprofessoren ... jede gewerkschaftlich mögliche Form der Unterstützung zuteil werden zu lassen, einschließlich der Stillegung von Betrieben"* (Rupp, S. 142). Der verantwortliche Redakteur der Gewerkschaftszeitung 'Quelle' schrieb unter der Überschrift 'Dem Atomtod entschlossenen Kampf': *„Der Bundesvorstand des DGB nimmt diese Mahnungen von hochangesehenen Vertretern der Wirtschaft sehr ernst... Papierne Proteste und Parlamentsdebatten reichen nicht mehr aus, um dem Ernst der Lage zu begegnen"* (Rupp, S. 141).

Streiks gegen Atomrüstung

Diese harten Worte hingen sicherlich auch damit zusammen, daß von 83 % der westdeutschen Bevölkerung die Stationierung von Atomwaffen abgelehnt wurde. Dennoch wurde die Atomrüstung am 25.3.58 vom Bundestag beschlossen. Bei den Kasseler
Atomrüstung am 25.3.58 vom Bundestag beschlossen. Bei den Kasseler
Henschel-Werken traten an diesem Tag mehrere hundert Arbeiter in Streik und formierten sich unter der Parole 'Kampf dem Atomtod' zu einem Demonstrationszug. Auf dieser Demonstration wurde die Forderung nach einem Generalstreik erhoben. Auch wenn sich anderntags der örtliche IG-Metall-Vorsitzende von diesem 'wilden' Streik scharf distanzierte, war die Welle der Empörung nicht mehr aufzuhalten. In Bielefeld versammelten sich 2500 Arbeiter der Anker-Werke zu einer spontanen Protest-Kundgebung, in Mölln legten 250 Arbeiter für eine Stunde die Arbeit nieder und demonstrierten durch die Stadt. Am 27.3. fand in einem Teil des Hamburger Hafens eine Arbeitsniederlegung statt.

Um die spontanen Bewegungen unter seine Kontrolle zu bekommen, trommelte der DGB für den 28.3. eiligst den Bundesvorstand zusammen. An diesem Tag streikten 3000 Arbeiter des Braunschweiger Volkswagenwerks und ein großer Teil der VW-Arbeiter in Wolfsburg. Zur Sitzung des Bundesvorstandes lagen zahlreiche Resolutionen vor, in denen Kampfmaßnahmen gefordert wurden. Der Vorstand beschloß stattdessen: *„Der Bundesvorstand wird einheitliche Protesdemonstrationen gemeinsam mit dem Arbeitsausschuß 'Kampf dem Atomtod' im ganzen Lande durchführen. Der Bundesvorstand hält die Durchführung einer Volksbefragung über die atomare Bewaffnung für erforderlich. Er wird prüfen, ob die Gewerkschaften eine Befragung ihrer Mitglieder durchführen sollen, wenn keine amtliche Volksbefragung erfolgt ... Der Bundesvorstand behält sich notfalls weitere Schritte vor"* (Pirker II, S. 255).

Mit der Forderung nach einer Volksbefragung ließen sich die Streikforderungen, die in den folgenden Tagen unvermindert auf den DGB-Vorstand einprasselten, abwehren. Die DGB-Bezirksdelegiertenkonferenz Wuppertal und die Frankfurter Delegiertenversammlung der HBV forderten einen Generalstreik. Die Forderung nach Kampfmaßnahmen kam u.a. von einer Konferenz von 700 sozialdemokratischen Hamburger Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären und von 300 Opel-Betriebsräten und Vertrauensleuten.

Als am 31.3. eine Aussprache zwischen der DGB-Führung und Adenauer stattfand, auf der der DGB die Bundesregierung bat, den Beschluß vom 25.3. nicht auszuführen, streikten in Braunschweig die Beschäftigten der Büssing-Werke und die Bauarbeiter. Damit war die Streikwelle beendet.



DGB-Demonstration am 1.Mai 1955

Zu den Streikforderungen schrieb die 'Quelle': *„Ob die* (im Vorstandsbeschluß, Anm.) *'notfalls' vorgesehenen weiteren Schritte, zu denen auch Warnstreiks gehören können, gegangen werden, wird einmal von dem Verhalten der Bundesregierung bestimmt. Die weiteren Entscheidungen hängen aber auch von der Entschlossenheit der Gewerkschaftmitglieder und der Entwicklung des Volkswiderstands ab"* (Pirker II, S. 256).

Tatsächlich wurden vom DGB aber alle Aktionen, die über das Sammeln von Unterschriften und das Abhalten von Kundgebungen hinausgingen, abgelehnt. So schlug der Arbeitsausschuß 'Kampf dem Atomtod', dem auch die drei DGB-Vorsitzenden angehörten, im April vor, eine nur
angehörten, im April vor, eine nur
fünf Minuten dauernde bundesweite Arbeitsruhe anläßlich einer NATO-Konferenz durchzuführen. Mit dem Argument, *„daß das Volk für eine derartige Aktion noch nicht reif sei"* (Rupp, S. 172), lehnte der DGB ab. Als Ersatzaktion wurde nur ein Protesttelegramm an die NATO-Tagung abgeschickt.

Im April fanden dann in den meisten großen Städten der BRD Kundgebungen gegen die Atombewaffnung statt. So organisierten Sozialdemokratie und Gewerkschaften am 17.4. in Hamburg eine Kundgebung, an der ca. 150 000 Menschen teilnahmen. Auf einer Kundgebung am 24.4. in Westberlin erklärte der Westberliner DGB-Vorsitzende Scharnowski, *„daß die Atombombe in amerikanischen Händen sowohl den 2. Weltkrieg verkürzt als auch, wenn auch unsichtbar, zur Beendigung der Berliner Blockade beigetragen habe"* (Rupp, S. 189). Als empörte Zwischenrufe laut wurden, erklärte Scharnowski seinen Austritt aus dem Arbeitsausschuß 'Kampf dem Atomtod' und der Versammlungsleiter Willy Brandt stempelte die Zwischenrufer zu Kommunisten.

Die SPD-Fraktion, deren maßgebliches Mitglied Herbert Wehner noch 1951 – erfolgreich – gefordert hatte, daß eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung verboten gehöre, brachte Ende April einen Gesetzentwurf über eine Volksbefragung in den Bundestag ein, wo sie erwartungsgemäß nicht verabschiedet wurde. Sozialdemokratischen Länderregierungen wurde die Durchführung von Volksbefragungen auf Betreiben der Bundesregierung verboten. Der DGB, der ja für diesen Fall die Befragung seiner Mitglieder beschlossen hatte, verzichtete auf die Mitgliederbefragung.

Mit dem Abflauen der Massenbewegung hatte die Gewerkschaftsführung an den Aktivitäten des Arbeitsausschusses 'Kampf dem Atomtod' kein Interesse mehr. 1959 schlug der DGB-Bundesvorstand vor, den Ausschuß in 'Vereinigung zur Bekämpfung atomarer Gefahren' umzubenennen (Rupp, S. 226). Der Vorschlag des Arbeitsausschusses, in die Landtagswahlkämpfe im Herbst '58 mit einer Informationskampagne einzugreifen, wurde von den SPD- und DGB-Führungen abgelehnt.

DGB kontra Ostermarschbewegung

Aus der 'Kampf dem Atomtod'-Kampagne ging dann Anfang der 60er Jahre die Ostermarsch-Bewegung hervor, der gegenüber sich die DGB-Führung von Anfang an feindselig verhielt. Im März '61 lehnte es der DGB-Bundesvorstand *„entschieden ab, zuzulassen, daß sich unsere Kollegen an Aktionen beteiligen, die nicht von Idealisten, sondern von politisch undurchsichtigen Kräften und Hintermännern im Interesse gegnerischer Ziele gesteuert werden"* (Otto, S. 137). Nach Protesten wurden diese Diffamierungen zurückgenommen, gleichzeitig aber den Gewerkschaftsmitgliedern die Beteiligung an den Ostermärschen untersagt. Der DGB-Vorsitzende Richter kündigte an, mit anders Handelnden werde man *„hart ins Gericht gehen"*. Vor dem '62er Ostermarsch erklärte der DGB: *„Ostermärsche und ähnliche Willenskundgebungen des Pazifismus und Neutralismus sind auch dann nicht*
kundgebungen des Pazifismus und Neutralismus sind auch dann nicht
geeignet, dem Ziel einer kontrollierten Abrüstung in Ost und West näherzukommen, wenn sie nicht von prokommunistischen Kreisen mißbraucht würden zur Propagierung und Förderung einer einseitigen Abrüstung und zur Schwächung des Verteidigungswillens der Demokratie" (Otto, S. 138).

Dennoch konnte unter dem Druck der Mitglieder die DGB-Führung ihre Ablehnung der Ostermärsche nicht durchhalten. Bahnbrechend wirkte 1962 ein Beschluß der Jugendkonferenz der IG Metall für den Oster marsch. 1963 folgten zahlreiche weitere Beschlüsse zur Unterstützung der Ostermärsche. 1964 stellten die IG Metall, die IG Chemie und die IG Druck ihren Mitgliedern die Teilnahme frei. Die DGB-Führung zog sich darauf zurück, zu fordern, daß Unterschriftenleistungen mit Funktionsbezeichnungen unterbleiben.

Annäherung an die Vaterlandsverteidigung

So wie schon die SPD mit ihrem Godesberger Programm 1959 ihr Verhältnis zur Bundeswehr korrigiert hatte, in dem sie die *„Landesverteidigung bejahte"*, so bemühten sich auch die Gewerkschaftsführer in den 60er Jahren, ihr Verhältnis zur Bundeswehr zu korrigieren.

Tölpelhaft waren da noch die Ausfälle des späteren 'Verteidigungs'ministers Helmut Schmidt auf der Jugendkonferenz der IG Chemie 1960: *„Derjenige jedenfalls, der meint, er würde als Demokrat seine Pflicht erfüllen, indem er kräftig auf die Bundeswehr schimpft, der ist politisch unzurechnungsfähig, das muß ich noch einmal sagen"* (Fleckenstein, S. 20). Geschickter ging schon das DGB-Vorstandsmitglied Hansen zu

Werke, als er auf der Bundesjugendkonferenz des DGB 1962 erklärte: *„Angesichts eines solchen Nachbarn, der verantwortungs- und hemmungslos die Politik der Erpressung bis an den Rand der militärischen Auseinandersetzung anwendet, müssen wir uns selbstverständlich fragen, ob die Gewerkschaften ihre bisherige unklare Haltung zur Frage der Landesverteidigung noch aufrecht erhalten können"* (ebd., S. 21).

Die 'Normalisierung' des Verhältnisses zur Bundeswehr vollzog sich hauptsächlich über das Argument, daß man den Gewerkschaftsbeitritt von Soldaten fördern müsse. 1964 richtete die ÖTV eine Fachgruppe 'Soldaten' ein.

So richtig herzlich wurden die Beziehungen erst mit dem Regierungsantritt der SPD. Im Herbst 1971 kam es erstmals zu einem Spitzengespräch zwischen der DGB-Führung und dem damaligen 'Verteidigungs'minister Helmut Schmidt. Zu dieser Zeit hielt der Vorstand der IG Bergbau demonstrativ eine Vorstandssitzung in einer Kaserne in Unna ab und bezeichnete



Hamburg:
Demonstration am Kirchentag 1981



Hamburg:
Demonstration am Kirchentag 1981

dies später als *„epochales Ereignis"*. Mit der Übernahme des 'Verteidigungs'ministeriums durch den früheren Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Georg Leber (1972), wurden die Bande zwischen DGB-Führung und Bundeswehr noch enger geknüpft.

Aber auch wenn die DGB-Führung in ihrer kürzlich veröffentlichten gemeinsamen Erklärung mit der Bundeswehr (siehe AK 206, S. 17) feststellt, daß die überkommenen gegenseitigen Vorbehalte *„heute jeglicher Grundlage entbehren"*, so muß doch gesagt werden, daß die DGB-Führung für ihren Kurs bis heute keine gewerkschaftliche Legitimation vorweisen kann. Die 'Bejahung der Landesverteidigung', die die SPD schon 1959 in ihr Grundsatzprogramm aufnahm, findet sich bis heute nicht in gewerkschaftlichen Grundsatzprogrammen. Die Erfahrung zeigt, daß die DGB-Führung bei ihre Zustimmung zu den Rüstungsmaßnahmen der Regierung immer mit erheblichen Schwierigkeiten in den eigenen Reihen zu kämpfen hatte.

Benutzte Literatur:

Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945 - 1953. Stuttgart 1965.
Arnulf Baring: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. München 1969.
Bernhard Fleckenstein: Militär und Gewerkschaften in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte v. 22.5.1976.
Huster, Kraiker, Scherer, Schlotmann, Welteke: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 - 1949. Fankfurt 1972 (edition suhrkamp 575).
Fritz Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD 1945 - 55. Frankfurt 1971 (Marxistische Taschenbücher).
Werner Link: Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945 - 1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen. Düsseldorf 1978.
Karl A. Otto: Vom Ostermarsch zur APO. Frankfurt 1977.
Theo Pirker: Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik. Teil I + II, 1960.
Hans Karl Rupp: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Köln 1970.

Veröffentlichungen des KB zum Thema:

Seit 1945: Kampf gegen Remilitarisierung, Atombewaffnung und Kriegsvorbereitungen. In AK 161, Seite 7.
Atomkriegsgegnerbewegung in den 50er Jahren. In: Die Internationale 29/30.
Die Bewegung der Atomwaffengegner in den 50er Jahren und die Politik der SPD. In: Unser Weg 33.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Zum Friedensaufruf des DGB

Eines muß man den DGB-Führern lassen: mit ihrem für den 1.September vorbereiteten Aufruf *„DGB – Frieden durch Abrüstung"* (siehe nebenstehendes Faksimile) haben sie viel Geschick bewiesen. Im großen und ganzen ist dieser Aufruf in seinen allgemeinen Aussagen kaum greifbar und vor allem „ausgewogen". Da werden gleichermaßen beide Supermächte für das Wettrüsten verantwortlich gemacht, da wird sowohl das sowjetische Engagement in Afghanistan kritisiert, als auch westliches und US-Engangement für Militärdiktaturen in der Türkei und westliches und US-Engagement für Militärdiktaturen in der Türkei und El Salvador. Stoßrichtung des Aufrufs: die Supermächte müssen verhandeln, verhandeln und nochmals verhandeln – wichtige Voraussetzung: die Sowjets sollen zunächst aus Afghanistan abziehen und die USA ihren Widerstand gegen die Ratifizierung von SALT II aufgeben. Nimmt man dazu die allgemeinen Grundsatz-Bekenntnisse zum Frieden und zur Völkerverständigung, so scheint sich der DGB ganz achtbar aus der Affäre gezogen zu haben, in die er durch die Existenz der nicht von den Gewerkschaften initiierten Friedensbewegung und solche Aufrufe wie den „Krefelder Appell" geraten ist. Welcher Gewerkschafter wollte nicht die meisten der im DGB-Aufruf enthaltenen allgemeinen Appelle unterzeichnen?

Die eigentliche Problematik dieses Aufrufes liegt daher nicht in dem, was in diesem Appell drinsteht, sondern vielmehr in dem, was nicht drinsteht

Bundesregierung von Verantwortung für Aufrüstung entlastet

Helmut Schmidt dürfte mit dem DGB-Text einigermaßen zufrieden sein. Die Bundesregierung wird in dem langen Text nur einmal erwähnt, in dem Sinn, daß sie *„alle ihre Möglichkeiten zur schnellen Ingangsetzung solcher Verhandlungen"* zwischen den Supermächten nutzen soll. Kein Wort von der Zustimmung zur NATO-Nachrüstung, kein Wort im Text gegen die Neutronenbombe, deren Bau Kanzler Schmidt bereits 1978 zugestimmt hat. Zu den Mittelstreckenraketen wird lediglich gesagt, daß es Ziel von Verhandlungen sein soll, eine weitere Stationierung in Ost und West zu verhindern. So wird die Bundesregierung von jeglicher Eigen-Verantwortung für das Wettrüsten entlastet. Gleichermaßen verhält es sich mit der Formel von der *„allgemeinen, ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung"*, die in dieser 'Konkretheit' über Jahre hinweg das rasante Aufrüsten begleitet hat, ohne daß sich hieran etwas veränderte. Die Stoßrichtung dürfte vielmehr gegen alle einseitigen aber letztlich wirksamen Abrüstungsforderungen gerichtet sein (wie etwa: weg mit dem „Nach"rüstungsbeschluß, einseitiger Verzicht auf Stationierung von Atomwaffen etc), die im Sinne der Herrschenden überhaupt erst die Brisanz der Friedensbewegung ausmachen. Mit dem DGB-Aufruf allerdings wird Schmidt gut und ruhig schlafen können, zerrt er doch den Friedens k a m p f auf die Ebene allgemeinster Appelle ohne Adressaten, dessen Politik hierzulande auch die Gewerkschaften erheblich beeinflussen könnten.

Zustimmung von rechts

Horst Niggemeier, Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung „einheit" (IG Bergbau) ist bei der Beurteilung des DGB-Aufrufes guter Dinge: *„Dies ist zugleich eine deutliche Absage an die sogenannten Friedensinitiativen, die sich um und durch den DKP-gesteuerten 'Krefelder-Appell' entwickelt haben und die der einseitigen Abrüstung des Westens das Wort reden"* („einheit", 1.9.81). Niggemeier, SPD-Bürgermeister von Datteln in Nordrhein-Westfalen, ist Mitinitiator des „Dattelner Aufrufes", der ein eindeutiges Bekenntnis zur NATO und zur Bundeswehr und eine Legitimation des NATO-„Nach"-rüstungsbeschlusses enthält. Dieser von rechten Sozialdemokraten bis hin zur CSU unterstützte Aufruf („Frankfurter Allgemeine" vom 21.8.: *„Der Dattelner Aufruf verdient Unterstützung"*), war bewußt zur Flankendeckung dür die Bundesregierung gedacht, doch hat er bislang wegen seiner offensichtlichen Pro-Aufrüstungs-Tendenz nur wenig Zustimmung insbesondere in den Gewerkschaften gefunden.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" nun weiß zu berichten, daß die Abgrenzung von „Krefeld" und die geringe Resonanz für „Datteln" den DGB-Bundesvorstand zu einer eigenen Friedensinitiative veranlaßt hätten. Die „FAZ" analysiert den DGB-Aufruf als am geeignesten, Helmut Schmidt zu unterstützen, da er keinerlei konkrete Forderungen an die Bundesregierung' stelle. Positiv wird vor allem vermerkt, daß wenn 2 Millionen Gewerkschafter unterschreiben (so das Ziel des DGB-Bundesvorstands), dies erhebliche Auswirkung auf die zahlreichen gewerkschaftlich organisierten Delegierten des SPD-Parteitags haben könne. Fazit der „FAZ": „Der DGB-Aufruf 'Frieden durch Abrüstung' steht der Regierungspolitik am nächsten" („FAZ", 22.8.).

Wie also umgehen mit dem DGB-Aufruf? Es dürfte wenig Sinn haben, den Aufruf im Sinne von Unterschriften-Boykott zu behandeln, dies läßt u.E. die positive Friedensaussage des Textes nicht zu. Sinnvoller erscheint es, die daran auch in den Gewerkschaften verstärkt geführte Friedensdiskussion zu nutzen, um d i e Aktivitäten von gewerkschaftlicher Seite zu unterstützen, die auf eine tatsächliche Abrüstung abzielen. In diesem Sinne zeigt sich heute schon, daß das von DGB-Chef Vetter gegen die DGB-Jugend ausgesprochene Teilnahmeverbot für die große Demonstration am 1o.Oktober in Bonn faktisch unwirksam werden wird, da zahlreiche Gewerkschaftsgruppen trotz alledem ihre Teilnahme zugesagt haben und mit Georg Benz vom Vorstand der IG Metall ein prominenter Gewerkschaftsführer als Sprecher auftreten wird. Das Problem, wie faktisch die Friedensbewegung auf Regierungskurs getrimmt werden kann, hat der DGB-Bundesvorstand mit seinem Aufruf nicht gelöst.

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

DGB – Frieden durch Abrüstung

In diesem Jahrhundert haben zwei Weltkriege unermeßliches ... um der lebensbedrohenden Gefährdung insbesondere durch Mas-

DGB – Frieden durch Abrüstung

In diesem Jahrhundert haben zwei Weltkriege unermeßliches menschliches Leid gebracht und Millionen von Opfern gefordert. Besonders die Arbeitnehmer und ihre Familien haben die verheerenden Folgen dieser Kriege erfahren und tragen müssen.

- **Frieden ist die Grundlage für die Beseitigung von Hunger und Elend und die Erreichung sozialer Sicherheit in allen Teilen der Welt.**
- **Frieden ist eine elementare Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt und für die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft.**
- **Nur im Frieden kann das Lebens- und Selbstbestimmungsrecht aller Nationen verwirklicht und die Verständigung zwischen den Völkern gefördert werden.**
- **Nur im Frieden können sich die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen entfalten und demokratische Strukturen entwickeln.**
- **Nur im Frieden können freie und unabhängige Gewerkschaften ihren Auftrag erfüllen.**

In diesem Bewußtsein haben sich die Gewerkschaften stets für einen dauerhaften Völkerfrieden eingesetzt. Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung.

Heute ist der Frieden mehr denn je gefährdet. Überall auf der Welt wachsen die Spannungen. Konflikte werden immer häufiger mit militärischer Gewalt ausgetragen:

- **Die Besetzung Afghanistans verletzt das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes und versetzte der Entspannungspolitik einen schweren Schlag. Weitere militärische Aktionen dieser Art könnten das Ende jeder Verständigungsbereitschaft bedeuten.**
- **Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Nahen Ostens läßt die militärischen Konfrontationen in diesem Gebiet zu einer ständigen Bedrohung des Weltfriedens werden.**
- **Bürgerkriege und militärische Unterdrückung, wie in El Salvador oder wie in der Türkei, fordern täglich neue Opfer an Menschenleben. Die Unterstützung der regierenden Militärs verlängert die Leiden der unterdrückten Völker.**
- **Politische Auseinandersetzungen in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika fordern täglich unzählige Menschenleben, führen oft zu Massenvernichtungen und selbst zum Völkermord.**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften lehnen die Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme ab. Sie fordern, daß Friedenspolitik Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben hat. Die einzige Chance für eine dauerhafte Friedenssicherung besteht in der Fortsetzung der Entspannungspolitik. Internationale Konflikte können nur durch Verhandlungen abgebaut und gelöst werden.

Eine wirkliche Entspannung kann nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens gedeihen. Die Gewerkschaften erwarten, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um durch vertrauensbildende Maßnahmen ein Klima der Verständigung zwischen den Völkern zu schaffen. Hierzu gehören insbesondere die Beendigung der Besetzung Afghanistans und die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens.

Die weltweit angehäuften Rüstungspotentiale beschwören die Gefahr herauf, daß ein Krieg alles Leben vernichtet. Ein weiteres Wettrüsten macht das militärische Risiko nicht kalkulierbar. Es steigert die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verurteilt mit aller Entschiedenheit die jede menschliche Existenz bedrohende Vorstellung eines begrenzbaren atomaren Krieges. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften fordern eine allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung, um der lebensbedrohenden Gefährdung insbesondere durch Massenvernichtungswaffen Einhalt zu gebieten. Sie erwarten, daß zwischen den Regierungen alle Gesprächschancen genutzt werden, um zu einer Reduzierung der Rüstungen zu gelangen. Besondere Verantwortung tragen hierbei die großen Militärpakte und insbesondere die beiden Supermächte.

Die Gewerkschaften fordern, daß umgehend Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen abzubauen. Dies liegt im gemeinsamen europäischen Interesse.

Unvereinbar mit der Politik der Friedenssicherung ist der Export von Waffen in Spannungsgebiete und Entwicklungsländer. Dadurch werden enorme Mittel gebunden, die für die Überwindung von Hunger und Not notwendig sind.

Eine stabile Friedensordnung setzt deshalb auch die weltweite Beseitigung von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und Unterdrückung voraus. Die Gewerkschaften verlangen, daß die Industriestaaten in West und Ost ihrer politischen und moralischen Verpflichtung nachkommen, ihren Einsatz für die Entwicklung der Dritten Welt zu verstärken. Die Gewerkschaften bekräftigen ihren unerschütterlichen Willen, mit ihren Mitteln die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker zu ermöglichen.

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die Regierungen der USA und der Sowjetunion auf, unverzüglich Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen und Rüstungsabbau aufzunehmen. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, alle ihre Möglichkeiten zur schnellen Ingangsetzung solcher Verhandlungen zu nutzen.

Ziel dieser Verhandlungen muß sein:

- **auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten,**
- **die Produktion von Atomwaffen einzustellen,**
- **die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.**

Dies sind die unerläßlichen Voraussetzungen für Vereinbarungen über das Verbot

- **der Entwicklung**
- **der Herstellung**
- **der Lagerung**
- **der Weitergabe und**
- **der Anwendung**

**atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien,
mit dem Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung.**

Dafür trete ich ein!

Erstunterzeichner:

Heinz Oskar Vetter, Maria Weber, Gerd Muhr, Irmgard Blättel, Alois Pfeiffer, Gerhard Schmidt, Karl Schwab, Günter Stephan, Gerhard Vater, Rudi Sperner, Adolf Schmidt, Karl Hauenschild, Leonhard Mahlein, Ernst Haar, Erich Frister, Willi Lojewski, Günter Volkmar, Kurt Georgi, Alfred Horné, Helmut Teitzel, Eugen Loderer, Günter Döding, Heinz Kluncker, Günter Schröder, Ernst Breit, Berthold Keller, Lothar Zimmermann, Jakob Deffner, Walter Sickert, Jochen Richert, Georg Drescher, Jan Sierks, Siegfried Bleicher, Julius Lehlbach, Manfred Wagner.

aus: „einheit", 1.9.81

Im Zeichen des Kalten Krieges –

Die Europa-Politik des DGB

Nach einer Reise zu den vom DGB unterstützten spanischen und portugiesischen Gewerkschaften (UGT und UGT-P) drohte der DGB-Vorsitzende Vetter wie schon zwei Jahre zuvor auf dem Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) mit dem Austritt aus dieser Organisation, um zu verhindern, daß die spanischen Comisiones Obreras und portugiesische Gewerkschaft Intersindical, in denen die Kommunisten bzw. Eurokommunisten stark sind, in den EGB aufgenommen werden (Neue, 6.8.81).

Die sozialdemokratische UGT und UGT-P wurden seinerzeit mit starker Unterstützung des DGB in bewußter Konkurrenz zu den Comisiones und der Intersindical aufgebaut. *„Kein Journalist kennt die genaue Zahl der Millionen, die aus deutschen Gewerkschaftskassen direkt an die UGT bezahlt"* wurden (Vorwärts, 29.11.79).

Für die sozialistischen und kommunistischen Gewerkschafter in Spanien und Portugal hat Vetter nur Zynismus übrig: *„Sowohl für die gewerkschaftliche Entwicklung in Europa wie auch in Spanien und Portugal, die dringend weiterer Demokratisierung bedürfen, kann eine Aufnahme der spanischen Comisiones Obreras und der portugiesischen Intersindical nur gefährliche Folgen haben"* (Neue, 6.8.81).

Das muß Vetter gerade denjenigen Gewerkschaftern sagen, die jahrelang an vorderster Front gegen den Faschismus gekämpft haben und dafür im Gefängnis saßen!

1949 – Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes

Mit dieser Spaltungspolitik gegen links setzt der DGB eine alte Tradition fort, die in den letzten 30 Jahren besonders von den westdeutschen und den US-amerikanischen Gewerkschaftsführern gepflegt wurde.

Als im Oktober 1945 nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus in Paris eine Konferenz der Gewerkschaften der Siegermächte und der befreiten Länder stattfand, auf der der neue Weltgewerkschaftsbund gegründet wurde, *„hielt nur die American Federation of Labour an ihrem Standpunkt fest, jede Zusammenarbeit mit den kommunistischen ‚Staatsgewerkschaften' abzulehnen"* (Pirker, Die blinde Macht, Teil 1, S. 64).

In Westdeutschland ging es in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg um die Frage: kapitalistische Restauration oder wirkliche Beseitigung der alten Machtzentren des Faschismus und schrittweiser Übergang zum Sozialismus. Die Alliierten und besonders die USA setzten über ihre politischen Kanäle (CIA/amerikanische Gewerkschaften) alles daran, in Westdeutschland zusammen mit rechten Sozialdemokraten die Bildung wirklich freier, sozialistischer Gewerkschaften zu verhindern. So wurden massenweise Kommunisten aus gewerkschaftlichen Funktionen gefeuert.

1948 spalteten sich in Berlin die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschafter vom FDGB-Großberlin ab und bildeten die „Unabhängige Gewerkschaftsorganisation", die dann anstelle des FDGB der damaligen sowjetisch besetzten Zone auf dem Gründungskongreß des DGB 1949 anwesend war.

Diese Spaltungstendenzen gab es zu der Zeit auch in anderen europäischen Ländern. So spalteten in Italien erst die katholischen, dann die sozialdemokratischen Tendenzen die CGIL. In Frankreich waren es ebenfalls Sozialdemokraten, die die Einheit der CGT brachen.

Ursache dieser Spaltungstendenzen war offensichtlich, daß die in der Erfahrung des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes geborenen Einheitsgewerkschaften nicht mehr zum Kalten Krieg paßten, der sich damals unter Führung der USA immer mehr entfaltete. So zerbrach 1949 auch der Weltgewerkschaftsbund.

„Die englischen, amerikanischen und deutschen Gewerkschaftler entdeckten in dieser Zeit, daß die kommunistischen Gewerkschaften" (nicht nur im Ostblock sondern auch in Italien und Frankreich) *„im Grunde keine Gewerkschaften seien"* (Pirker). Noch im selben Jahr wurde dann in London, unter Führung der US-amerikanischen Gewerkschaften der neue Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) gegründet, während die an den revisionistischen Parteien orientierten Gewerkschaften sich weiterhin Weltgewerkschaftsbund (WGB) nannten.

1970 trennte sich der US-amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL/CIO wieder vom IBFG. Der Grund war, daß der IBFG den Amerikanern nicht antikommunistisch genug war.

Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes ohne CGT und CGIL

Parallel zum Ausbau der Europäischen Gemeinschaft wurde 1973 der EGB gegründet.

Den Grundstock bildeten die jeweiligen europäischen Regionalorganisationen des IBFG und des christlichen Weltverbands der Arbeit. Sozialdemokratische und „sozialistische" Gewerkschaften stellen jedoch die eindeutige Mehrheit der Mitglieder.

1979 lag dem EGB-Kongreß in München, neben 18 anderen, auch ein Aufnahmeantrag der CGT vor. Unter dem Druck des DGB, bei Aufnahme der CGT selbst aus dem EGB auszuscheiden, entschied sich der Kongreß, die endgültige Entscheidung zu vertagen und stattdessen Aufnahmebedingungen für den EGB zu entwickeln.

In einem Beitrag Vetters in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" (5/79) begründet er das Erpressungsmanöver des DGB zum einen mit der Mitgliedschaft der CGT im Weltgewerkschaftsbund, zum anderen damit: *„Die Kampagne der Kommunistischen Partei Frankreichs und der ihr eng verbundenen CGT gegen die europäische Integration und insbesondere die Agitation gegen die ‚westdeutsche Hegemonie' muß erhebliche Teile der französischen Arbeiterschaft auf nationalistische Haltungen zurückfallen lassen."* Vetter, der sich hier fälschlich in die Rolle des Internationalisten begibt, bezieht sich in diesem Punkt auf die Aktionen der französischen Stahlarbeiter, die unterstützt von der CGT, massiv die Rationalisierungs- und Entlassungspolitik der BRD-Konzerne und der Bundesregierung angriffen.

Der CGT-Führer Seguy antwortete Vetter: *„In Deutschland wie in Frankreich gibt es Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Verurteilung der deutschen Arbeitgeber durch die französischen Gewerkschaften ist genauso wenig antideutsch wie es auch nicht antifranzösisch ist, wenn die französischen Arbeitgeber durch deutsche Gewerkschaften verurteilt werden"* (FR, 12.5.79).

In Vetters Beitrag in den „Monatsheften" lobt er auf der anderen Seite die italienische CGIL, die ihre *„organisatorischen Bindungen zum WGB gelöst"* habe. *„Die drei italienischen Gewerkschaften, also auch die CGIL, haben im Rahmen der Föderation eine klare europäische Option entwickelt, sie treten für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Griechenland, Spanien und Portugal ein..."* (die CGIL ist übrigens inzwischen EGB-Mitglied). Vetter macht somit ganz deutlich, daß er auch von den südeuropäischen Gewerkschaften verlangt, daß sie dem Aufbau der EG unter kapitalistischen Vorzeichen zustimmen, mit allen negativen Auswirkungen, die das für die europäischen Arbeiter, Bauern usw. hat.

Die Reaktion der CGT-Führung: Wir sind doch gar nicht so!

In einem Beitrag in der Zeitschrift „Kritik" (22/79) weist Georges Croese von der CGT die Sonderbedingungen, die Vetter gegenüber der CGT aufstellt, entschieden zurück. Weiterhin weist er darauf hin, daß von *„den 2.4 Mio Mitgliedern der CGT ... 700.000 KPF-Mitglieder sind ... von denen die Hälfte sich aus Bauern, Händlern, Intellektuellen usw. rekrutiert. Man kann der CGT nicht den Prozeß machen, weil ein Sechstel ihrer Mitglieder gleichzeitig auch in der KPF organisiert ist!"*

Zum Vorwurf der Mitgliedschaft im WGB weist Croese darauf hin, daß auch der DGB, der britische TUC oder die französische FO Mitglied im IBFG bzw. die christlichen Gewerkschaften Mitglied im WVA geblieben sind.

Außerdem, so Croese, kämpfe die CGT im WGB für Reformen. So habe man innerhalb des WGB *„die Position der Gewerkschaften in den sozialistischen Staaten"* kritisiert. *„Sie müssen eine klarere Stellungnahme für die gewerkschaftliche Unabhängigkeit gegenüber ihren Regierungen abgeben"*.

Zum Vorwurf der europafeindlichen Politik betont Croese, daß die CGT sich, anders als die KPF, *„nicht gegen die Erweiterung der EG ausgesprochen"* habe.

Die CFDT: inhaltlich einig mit Vetter

Die Reaktion der französischen Gewerkschaft CFDT (der Sozialistischen Partei nahestehend) auf die Aufnahmekriterien Vetters bestand im wesentlichen darin, daß die inhaltliche Kritik Vetters weitgehend geteilt wird, allerdings eine flexiblere Taktik gegenüber der CGT vorgeschlagen wird. Angeblich zeigten sich in der CGT seit ihrem 40. Kongreß *„ernsthafte Bestrebungen in Richtung einer ‚Loslösung' von der KPF ... Eine Ablehnung des CGT-Antrags würde solche Versuche im Keim ersticken und die orthodoxen Kräfte in der CGT stärken"*. Und zur WGB-Mitgliedgliedschaft: *„Es ist pragmatischer, diese Vorbedingung fallenzulassen und abzuwarten, ob nicht vielleicht auch die CGT wie die CGIL ihre Beziehungen zum WGB abschwächen wird."*

Sozialdemokraten fürchten um Dominanz im EGB

Der EGB-Kongreß von 1979 beauftragte den Exekutivausschuß binnen eines Jahres zu den Aufnahme-Anträgen von insgesamt 18 Gewerkschaftsorganisationen — fast alle aus den Mittelmeerländern — Stellung zu nehmen.

Der Exekutivausschuß entschied sich, besonders unter dem Druck der westdeutschen, schwedischen und dänischen Gewerkschaftsführer (Neue, 9.7.80) dahingehend, den CGT-Antrag abzulehnen. Die Entscheidung für die türkischen, portugiesischen und spanischen Beitrittsanträge wurden bis 1981 aufgeschoben (EGB-Vorstandssitzung am 8./9.10.81). *„Für Portugal schien — wieder mit Ausnahme des DGB und der schwedischen LO — ein Konsens vorhanden, entweder beide aufzunehmen, jedenfalls nicht nur die DGB-geförderte UGT-P alleine"* (ebenda. Bezeichnend für das Vorgehen der Sozialdemokraten ist auch, daß die Comisiones Obreras nicht aufgenommen wurden, *„obwohl doch der Bund der Comisiones Obreras zu westlichen Anschluß-Kriterien wie ‚Demokratie', ‚Afghanistan' und EG-Erweiterung schon längst Wohlverhaltens-Erklärungen abgegeben habe"* (ebenda).

Die Sozialdemokraten befinden sich hier in einem Dilemma. Auf der einen Seite sehen sie ihre Dominanz in den Leitungsgremien des EGB gefährdet, denn laut Satzung steht jedem Mitglied des EGB eine seiner Mitgliederzahl entsprechende Vertretung in der Führung zu. Auf der anderen Seite gibt es Bedenken in westeuropäischen Gewerkschaftszentralen, daß die „Ablehnung der Mitgliederschaft der großen südeuropäischen Gewerkschaften im EGB so gut wie der Startschuß für die Bildung eines autonomen, südeuropäischen, womöglich sogar eurokommunistischen Gewerkschaftsbundes" sein könne (ebenda).

Offensichtlich nicht zufällig vor dem Wahlgang des EGB-Exekutivausschusses im Juni 1980 kam der neue Präsident des US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO, Lane Kirkland, in die Düsseldorfer DGB-Zentrale zu Besuch. Der DGB-Vorstand ließ wissen, daß von nun an wieder ein *„dauernder Gedankenaustausch initiiert"* würde. *„Worum es Kirkland bei seiner Europa-Reise ging, sagte er am lautesten vor dem Kongreß der französischen Mini-Gewerkschaft ‚Force Ouvriere': Er forderte die westeuropäischen Kollegen schlicht und direkt zur sofortigen Wiederaufnahme des Kalten Krieges auf"* (ebenda).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Wahlfälschung und Neuwahl bei Zeiss-Ikon

Die Betriebsrätewahl 1981 bei der Zeiss-Ikon AG in Westberlin brachte im wesentlichen nichts Neues: Wiederwahl und Vorsitz für die rechte BR-Clique (7 Sitze) und eine bunte „Opposition" (4 Sitze) aus Demokraten, Sozialdemokraten und einem Mitglied der Alternativen Liste. Aber gerade das war für eine Gruppe von Angestellten Grund genug, mißtrauisch zu sein und die Wahlunterlagen zu überprüfen. Vor allem weil niemand glauben wollte, daß der alte BR-Vorsitzende wieder die meisten Stimmen bekommen haben soll. In allen Abteilungen hörte man nur: Ich hab den nicht gewählt. Dieses Mißtrauen wurde noch verstärkt, als der BR-Vorsitzende und der Wahlvorstand sich weigerten, die Wahlunterlagen auszuhändigen. Erst als sie über die Rechtslage aufgeklärt wurden (eigentlich sollten sie die kennen), rückten sie das Wählerverzeichnis und die Stimmzettel raus.

Schon eine stichprobenartige Überprüfung der Namen im Wählerverzeichnis ergab, daß 30-40 Kollegen gar nicht gewählt hatten, aber als solche abgehakt worden sind. Noch immer weigerten sich die BR-Clique und der Wahlvorstand ernsthaft in Erwägung zu ziehen, daß da geschummelt worden sein könnte. Da waren alle Reaktionen zu sehen: empört, erstaunt, ungläubig, wie und wer sollte denn usw. Vor allem: „ ... das kann nicht sein, bei uns nicht, sowas macht bei uns keiner". Wie hätte er es auch machen sollen?

In der Belegschaft hält sich hartnäckig der Verdacht, daß der BR-Vorsitzende da seine Finger im Spiel hatte. Die Stimmzettel waren zwar über's Wochenende im Tresor der Firma eingeschlossen, aber der Vorsitzende half am Montag die Wahlurnen auszuschütten. Wie leicht kann man da einen Packen aus der Jackentasche ziehen. Und günstigerweise lag das Wählerverzeichnis im Tresor des Betriebsratszimmers, also konnte er auch die notwendigen Häkchen machen. Und siehe da, es waren sogar drei Häkchen mehr als Stimmzettel.

Aber das galt immer noch als undenkbar. Mittlerweile hatte die Angestelltengruppe die Wahl offiziell beim Arbeitsgericht angefochten. Bei der ersten Anhörung sah es noch nicht einmal gut für die Gruppe aus. Doch da kam nach 3 Monaten der große Hammer: Die Personalabteilung hatte die Idee, mal zu überprüfen, wieviele Mitarbeiter am Tage der Wahl überhaupt in der Firma waren. Anwesend waren 756 und 46 waren Briefwähler, macht 802. Ausgezählte Stimmen gab es 845, was schon eine Differenz von 43 Stimmen ist. Da aber nur ca. 85 % von 756 gewählt haben, ist bewiesen, daß jemand über 100 Stimmzettel dazu geschummelt hat. Daraufhin trat der Gesamte BR zurück und leitete Neuwahlen ein. Das war ein geschickter Schachzug, denn nun war die Klärung vorm Arbeitsgericht hinfällig und das Verfahren wurde eingestellt. Jetzt wird wohl nie bewiesen werden, wer der Täter wirklich war.

Es bleibt zu hoffen, daß die „Opposition" die Neuwahlen politisch nutzen und ihre Position ausbauen kann.

Ein Sympathisant aus Westberlin

IG Metall Hamburg:

Weiter Konflikte um die Gaßmann-Solidarität

„Die Ortsverwaltung wird dafür sorgen, daß ... in Abstimmung mit Hermanns neuem Anwalt für die Hamburger Metaller eine Diskussionsveranstaltung angeboten wird." Mit dieser Ankündigung auf der Hamburg-Seite der Gewerkschaftszeitung „metall" (Nr. 15, 29.7.) schien die Hamburger Ortsverwaltung nach mehrmonatigem Zögern endlich auf eine lange vorgetragene Forderung vieler Metaller einzugehen, nachdem ihr bisheriges Konzept: den Anwalt zu zahlen und ansonsten zu schweigen, zunehmend der Kritik ausgesetzt worden war.

Doch statt der angekündigten (gewerkschafts-)öffentlichen Veranstaltung, die im übrigen auch von einer Großen Funktionärsversammlung einstimmig beschlossen worden war, gab es dann doch wieder nur eine „geschlossene Gesellschaft". Diskutiert wurde am 20.8. auf der Vertreterversammlung, die nicht-öffentlich tagt. Die weiterhin große Anteilnahme der Metaller am Schicksal ihres Kollegen Hermann Gaßmann zeigte sich bereits am Eingang zum Saal: die von einem Unterstützerkreis herausgegebene Dokumentation zur Gaßmann-Verhaftung fand reißenden Absatz.

Daß es um die Solidarität mit Hermann *„eine kontroverse Diskussion (gegeben habe), die manchmal das notwendige Vertrauen in die Arbeit der Gewerkschaft vermissen ließ"*, hatte die Ortsverwaltung schon in der „metall" konstatieren müssen. Nun mußte der Erste Bevollmächtigte Johannes Müllner einen *„neuen schwerwiegenden Konflikt"* benennen, da es heftige Kritik daran gegeben hatte, daß die Geschäftsführung dem ermittelnden Bundeskriminalamt eine Liste mit den Namen sämtlicher Mitglieder des Referenten-Arbeitskreises herausgegeben hatte. Müllner verteidigte die Herausgabe damit, daß das BKA sonst erneut eine Hausdurchsuchung vorgenommen hätte.

Diese Auffassung wurde von Hermanns neuem Anwalt Dr. Glückert bekräftigt. Ihm war es in seiner Rede deutlich darum zu tun, *„Berührungsängste gegenüber dem BKA"* abzubauen. Seiner Meinung nach gehe es dem BKA nicht um die Ausspähung innergewerkschaftlicher Vorgänge oder um Hermanns Gesinnung, sondern lediglich um seine Besuche in Ost-Berlin.

Kopfschütteln löste in der Diskussion ein Beitrag eines Vertreters aus dem vom Verfassungsschutz gebeutelten Hamburger Rüstungsbetrieb Blohm & Voss aus, der die Listen-Herausgabe verteidigte. Ihn würde es nicht stören, wenn das BKA seine Daten speicherte, schließlich habe er nichts zu verbergen! Mehrfach hielten ihm andere Redner eigene Erfahrungen mit der Daten-Sammelei vor und fragten, wieso dieses Thema immer wieder von der „metall" behandelt würde, wenn das alles so harmlos sei. Es wurde von Vernehmungen durch das BKA berichtet, bei denen sich der Großteil der Fragen nicht etwa auf Hermanns Besuche in Ost-Berlin bezogen, sondern auf die Bildungsarbeit der Hamburger IGM; die BKA-Leute kannten sich da inzwischen ziemlich gut aus, was an ihren Fragen deutlich wurde.

Immer wieder wurde in der Diskussion der berüchtigte § 99 des Strafgesetzbuches („Geheimdienstliche Agententätigkeit") angegriffen. Dieser Gummiparagraph, mit dem fast jeder DDR-Besucher in einen BRD-Knast gebracht werden kann, soll auch gegen Hermann angewendet werden. Die Ortsverwaltung hatte in der schon erwähnten „metall" auch angekündigt, daß dieser Paragraph in der Gewerkschaftszeitung *„kritisch durchleuchtet"* werden soll. Johannes Müllner konnte dazu jetzt allerdings nur sagen, daß er in dieser Sache schon zweimal beim IGM-Vorstand gewesen sei, dort aber immer ein „Nein" geerntet habe.

Der 2. Bevollmächtigte, Wolfgang Engelmann, machte dann noch einen super-schlauen Vorschlag: Man könne ja beim nächsten Gewerkschaftstag einen Antrag gegen den § 99 StGB einbringen. Die Sache hat nur einen Haken: der nächste Gewerkschaftstag ist 1983!

Und so lange wollen wir doch den Hermann nicht sitzen lassen.

Beschlüsse zur Friedenspolitik

Einstimmig billigte die Vertreterversammlung eine von der Ortsverwaltung eingebrachte Entschließung, in der ein weltweites Produktionsverbot für Neutronenbomben und die Aufhebung des NATO-„Nachrüstungs"beschlusses gefordert wird.

Engagierte Diskussionen löste ein Antrag aus, die Friedens-Demo am 10. Oktober in Bonn zu unterstützen. Die Ortsverwaltung wehrte ab: der ablehnende Beschluß des DGB-Bundesvorstands müsse respektiert werden. Schließlich fand sich eine deutliche Mehrheit für einen Antrag, der den DGB-Vorstand aufforderte, seinen Beschluß zu korrigieren. Immerhin!

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Sparpolitik ohne Tabus:

Noch ist Schmidt nicht Reagan

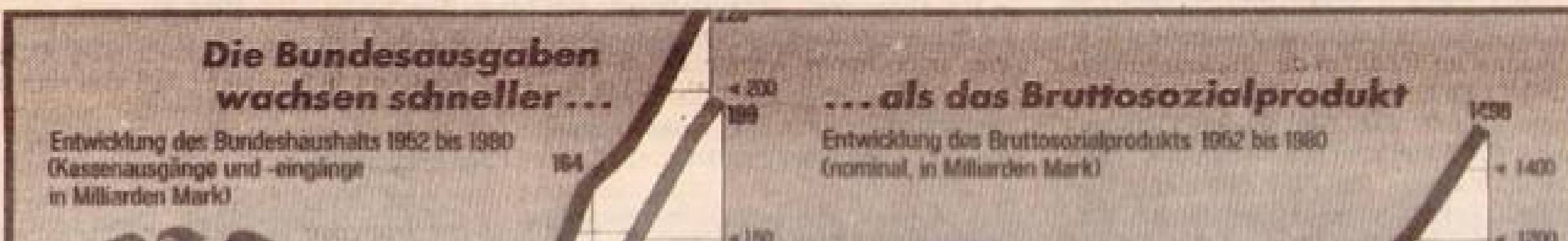
Als Franz Josef Strauß 1980 Kandidat der CDU für die Bundestagswahlen war, versprach er dem Kapital: mehr Marktwirtschaft und weniger Staat oder in Zahlen ausgedrückt: Senkung der Quote der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt von 46% auf 40%. Die so freiwerdenden Mittel sollten der „freien Unternehmerinitiative" zufließen. Strauß konnte sich u.a. deswegen beim Kapital nicht voll durchsetzen, weil andere ihm dieses Programm streitig machten: Das Gespann Lambsdorff/Schmidt versprach vor und nach der Wahl eine ‚marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik', die unter ihrer Regie besser als bei einer CDU-Machtübernahme zu bewerkstelligen sei, da ihre Regierung eine Einbindung der Gewerkschaften garantiere. Mit dem jetzt vorgelegten Haushaltsplan für 1982, der Anfang September im Bundestag beraten werden soll, macht die Bundesregierung zumindest dieses Wahlversprechen für das Kapital wahr. Nach den bislang konkretisierten Plänen sollen im neuen Haushalt 16,6 Milliarden DM durch den Abbau sozialer Leistungen eingespart werden.

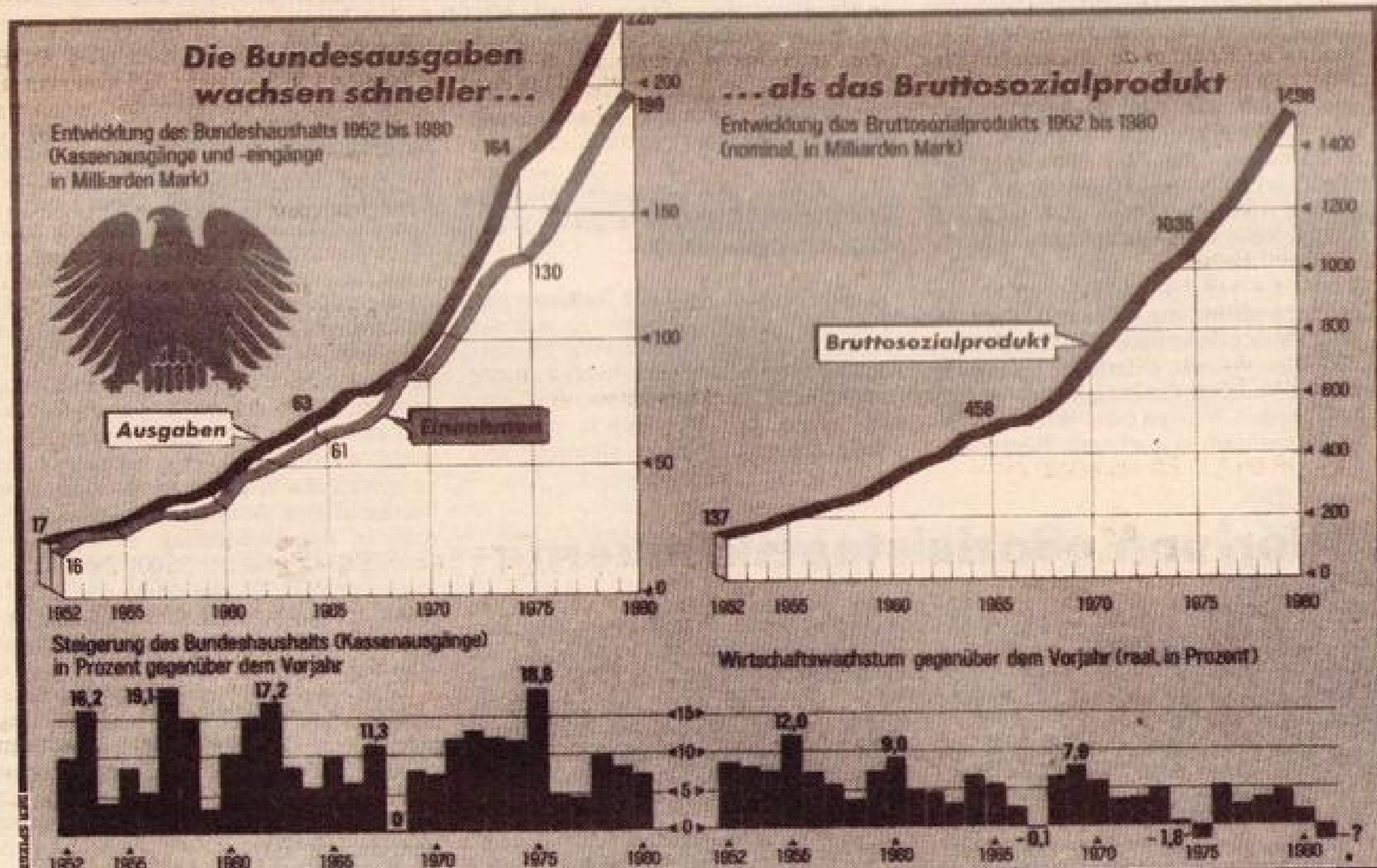
Die neue Sparpolitik muß vor dem Hintergrund der latenten Krise des Kapitalismus, der massiven Kriegs- und Aufrüstungspolitik und der damit verbundenen konservativ-reaktionären Krisen-Lösungs-Modelle der Reagan-Regierung in den USA und der Regierung Thatcher in Großbritannien gesehen werden. Ein Blick auf die dort praktizierten Modelle läßt ahnen, daß bei Fortschreiten der politischen Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik die heutigen Sparmaßnahmen noch ‚harmlos' sind, verglichen mit dem, was auf die Lohnabhängigen in der Bundesrepublik zukommt.

Gleichzeitig markiert der Sparhaushalt 1982 das endgültige Ende sozialdemokratischer Reformpolitik, die zwölf Jahre lang erfolgreich, wenn auch in den letzten Jahren mit sinkender Tendenz, in der Lage war, die immer tiefer greifenden sozialen Konflikte politisch zu beherrschen und zu integrieren.

Anhaltende Krise des Kapitalismus

Seit Mitte der siebziger Jahre hält die Krise des Kapitalismus unvermindert an. Wichtigstes Kennzeichen hierfür sind: neben der Massenarbeitslosigkeit und der Inflation zunächst geringer werdende, dann stagnierende und letztlich sinkende Raten des wirtschaftlichen Wachstums. Dieses Wachstum hat den Expansionsdrang der imperialistischen Länder enorm beschleunigt und gleichzeitig die Grenzen schnell erreicht. Im Bereich der Rohstoff- und Energiepolitik ist die Krise am offensichtlichsten. Der enorme Anstieg des Rohstoff- und Energiebedarfs hat zu steigender Konkurrenz und Preisen geführt und den Konflikt der imperialistischen Hauptländer untereinander sowie zu den Lieferländern der „Dritten Welt" verschärft. Das ungebremste Wachstum als Hauptquelle des Profits ist nicht mehr gegeben. Das





Vor dem Hintergrund verringerten Wachstums als Ausdruck der wirtschaftlichen Krise steigen die Staatsausgaben relativ stärker, während die Einnahmen – u.a. durch steigenden Steuerausfall immer mehr Arbeitsloser – zurückgeblieben. Einsparungen, sowie Deckung steigender Ausageben durch die Verschuldung des Staates sollen hier die Lösung bringen.

Kapital muß neue Wege suchen. Ein Element dieser neuen Politik ist der umfassende Angriff auf das Lebensniveau der werktätigen Bevölkerung, ein weiteres ist die massive Rüstung für den nächsten Krieg, in dem die Imperialisten ihren Einflußbereich vergrößern und neue Profitquellen erschließen wollen. Bedroht von dieser Entwicklung sind neben den Arbeiterklassen in den imperialistischen Ländern vor allem die Länder der „Dritten Welt" und die Länder, die heute außerhalb des Einflußbereichs des Imperialismus liegen (und zumeist im Einflußbereich der Sowjetunion).

Politisch hat dies in den letzten Jahren zu einer enormen Rechtsentwicklung in den imperialistischen Ländern geführt. Ablesbar ist dies zum einen an der Krise der sozialdemokratischen Herrschaftsvariante des Regierens (Ausnahme hiervon: Frankreich), die sich überall widerspiegelt: in der Rechtsentwicklung der SPD (unter Helmut Schmit) in der BRD; in der Ablösung der Labour Party 1979 in Großbritannien; in der Ablösung der sozialdemoratischen Regierungen in Schweden durch eine bürgerliche Regierung 1976 und den Niederlanden 1977; zum anderen in der Stärkung bürgerlicher Regierungen und christdemokratischer Parteien in Portugal und Luxemburg sowie in Italien, sowie dem Übergang von der sozialdemokratischen Regierung zur konservativen hin zur derzeitigen Militärdiktatur in der Türkei, die vom Imperialismus gestützt wird.

Die Wirtschaftskrise und die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, sie zu lösen, hat konservativ-autoritäre Lösungen begünstigt, die heute am deutlichsten in Großbritannien und seit dem Amtsantritt Reagans in den USA zutag treten. Im Zeichen gescheiterter sozialdemokratischer Politik und fehlender revolutionärer Alternativen ist die konservative Strömung derzeit um eine schnelle Offensive zur Festigung ihrer Macht bemüht.

In diesem Artikel soll dieser Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich gemacht werden.

Amerika: „Härte gegen sich selbst und gegen andere"

Dies kennzeichne, so begeistert sich die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), das neue Wirtschaftsprogramm des US-Präsidenten Reagan gegenüber *„dem verzagten zwischen Vorsorge und Verweichlichung nicht mehr klar unterscheidenden Europa"* (31.7.).

Was ist es, was das Herz der Kapitalisten und ihrer konservativ-reaktionären Publizisten in der Bundesrepublik so hochschlagen läßt? Das Wirtschaftsprogramm Reagans ist zutiefst unsozial und von der Motivation bestimmt, dem Großkapital ungehemmte Entwicklungsmöglichkeiten für seine Profite zu verschaffen. Aus diesem Grunde will Reagen den Staatshaushalt drastisch senken und vom verbliebenen Haushalt die Ausgabenprogramme vor allem auf den militärisch-industriellen Komplex konzentrieren. Die erste Maßnahme der Regierung Reagan war eine allgemeine Steuersenkung um 25% (5% ab Oktober 1981 und jeweils 10% zum 1. Juli 1982 und 1983). Auf diese Weise werden im ersten Jahr 40 Milliarden Dollar, in drei Jahren 150 Milliarden und in sechs Jahren insgesamt 732 Milliarden Dollar Einnahmen aus der Steuer fehlen (das sind mehr als das Ausgabenvolumen des diesjährigen US-Haushalts). Gleichzeitig wurden Steuersenkungen für die Industrie sowie enorme Verbesserungen der Abschreibungsmöglichkeiten für das Kapital beschlossen.

Im neuen Haushalt soll parallel zu dieser Kürzung durch weniger Steuereinnahmen der Anteil der Militärausgaben von 24% 1981 auf 32% bis 1984 steigen.

Was bedeuten nun diese Maßnahmen im einzelnen: Die allgemeine Steuersenkung bezieht sich auf den Grenzsteuersatz. Das wird zur Folge haben, daß im Rahmen der Steuerprogression der niedrigste Steuersatz von derzeit 14% auf ca 10% gesenkt wird, während der höchste von 70% auf 50% sinkt, also ein überproportionaler Vorteil für die Großverdiener (Angaben nach „FAZ", 31.7. sowie „Sozialismus" 2/81).

Die durch die gewollten Einsparungen erzwungenen Kürzungen treffen vor allem die Sozialleistungen sowie die Bundeshilfe für die großen Städte, in denen heute schon Getthos der Armut existieren. Zusätzlich werden Leistungen abgebaut, die bisher vor allem das kleine und mittlere Kapital gestützt haben, so daß massenhaft Konkurse und damit weiter ansteigende Arbeitslosigkeit drohen, was wiederum die soziale Notlage verschärft.

Unter Beschwörung des alten amerikanischen „Pioniergeistes" soll jetzt in den USA die Devise gelten, daß jeder sich selbst zu versorgen habe. Dieser Ideologie folgend hat jeder seine Chance („Vom Tellerwäscher zum Millionär"), wenn erst das unheilvolle Mitwirtschaften des Staates beseitigt sei. Die Reagan-Politik wird die schon bestehende tiefe soziale Kluft in den USA noch weiter verschärfen.

Finanzpolitisch wird der Reagan-Kurs von der Hochzinspolitik der Banken begleitet, durch die die Kredite verteuert werden. Ziel ist es dabei, durch Verringerung der Geldmenge den Dollar international aufzuwerten und gegenüber den imperialistischen Konkurrenten wieder als stabile Leitwährung durchzusetzen. Im Inneren führt dies zu einem Rückgang der Kreditaufnahme und der Investitionen, wobei nur die großen Kapitale eine Ausnahme bilden, weil nur sie genügend hohe Profitraten erwirtschaften, um auch diese Zinsen zahlen zu können. Erreicht werden soll so eine „natürliche", marktwirtschaftliche Selbstreinigung der Wirtschaft, bei der die schwachen Teile rausfallen, während die starken Teile der Wirtschaft gestärkt hervorgehen sollen.

Insgesamt erhofft sich die Reagan-Administration durch ihren radikalen Schritt zur Förderung der privaten Initiative einen wirtschaftlichen Neuaufschwung ohne die derzeitig hohe Inflation (über 10%). Kapitalisten aller Länder starren begeistert auf dieses „Experiment" und schieben derzeit die damit verbunden Risiken (Massenarbeitslosigkeit und -armut sowie den damit verbundenen sozialen Sprengstoff, neue Inflationswelle durch das enorme Aufblähen der Verteidigungsausgaben) liebend gern beiseite. Typisch für diese vom Profit geblendete haltung sind die folgenden Kommentare: Für die „FAZ" ist die Verabschiedung von Reagans Programm der *„Beweis dafür, daß mit politischem Mut, Furchtlosigkeit vor Kritik und dem Durchsetzungsvermögen eines von der Richtigkeit seines Vorhabens überzeugten Präsidenten das scheinbar Unmögliche doch erreicht werden kann"*. Und die „New York Times" in ihrem Wirtschaftskommentar nach dem Steuerbeschluß: *„Alles was jetzt zu tun bleibt ist zu B e t e n , daß der Z a u b e r der Angebotstheorie auch tatsächlich zu wirken beginnt; zu h o f f e n , daß die große Steuersenkung die Produktivität steigert, die Defizite verringert und die Inflation dämpft"*. Der starke Mann ist wieder gefragt.



Jahr für Jahr wächst der staatliche Schuldenberg, damit aber auch die Zinsen, die die Banken einstecken. Für 1984 wird erwartet, daß die Kreditaufnahme des Bundes von den Zinsen getilgt wird.

1967 1972 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84

Jahr für Jahr wächst der staatliche Schuldenberg, damit aber auch die Zinsen, die die Banken einstecken. Für 1984 wird erwartet, daß die Kreditaufnahme des Bundes von den Zinsen getilgt wird.

‚Thatcherismus' auf der Kippe

Als im Juni 1981 die Arbeitslosigkeit in Großbritannien mit fast 3 Millionen Arbeitslosen den höchsten Stand seit den dreißiger Jahren erreicht hatte, hatte die konservative Regierung Thatcher hierfür nur ein müdes Schulterzucken übrig: Man habe nichts anderes erwartet, dies sei sowieso nicht das Ende des Arbeitslosenanstiegs (Thatchers Wirtschaftsberater kalkulieren für die nächsten zwei Jahre bis zu 5 Millionen Arbeitslose, ehe eine Wende möglich sei).

Als die schweren sozialen Unruhen der Jugendlichen sich wie ein Flächenbrand über das Land ausbreiteten, wußte die konservative Regierung nur eine Antwort: Law and Order. Die Polizei wurde verstärkt und besser ausgerüstet, soziale Hilfsprogramme für Jugendliche, im heutigen Großbritannien eine Rarität, wurden auf Eis gelegt, um das Stillhalten zu erpressen.

Als die Regierung der Konservativen 1979 an die Macht kam, verwirklichte sie von Anfang an ihr reaktionäres wirtschaftspolitisches Programm:

- Hochrüstung und volle Unterstützung des scharfen antisowjetischen Kurses der USA;
- Scharfer Monetarismus zur Dämpfung der Inflation durch Stabilisierung der Geldmenge und Hochzinspolitik;
- Abbau des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt von 42% 1980 auf 40% 1984;
- Reduzierung der öffentlichen Dienste (im Gefolge Massenentlassungen), Privatisierung öffentlicher Leistungen und der verstaatlichten Betriebe;
- Steuererleichterungen für das Kapital (u.a. wurde unmittelbar nach Regierungsantritt der Höchstsatz bei der Einkommenssteuer von 83% auf 60% gesenkt);
- Abbau der sozialen Leistungen (im November dieses Jahres wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 1 % erhöht; die staatlichen Zuschüsse zur Sozialversicherung werden von 18% auf 14% gesenkt; die Renten werden nur noch unterhalb der Inflationsrate angepaßt; die staatlichen Zuschüsse bei Kurzarbeit werden von 75% auf 50% des Tagessatzes gekürzt);
- Senkung der Reallöhne (eine Politik, die noch unter der Labour-Regierung begonnen wurde).

Politisch war dieser Kurs begleitet von einer Verschärfung der Kriegspropaganda, verstärkter Unterdrückung in Nordirland (siehe den Kurs in der Frage des Hungerstreiks irisch-republikanischer Gefangener) sowie drastischen Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte (dazu sind allen 16 Gesetze verabschiedet worden bzw. sind noch in der Mache — das schärfste Gesetz verbietet Solidaritätsstreiks sowie das Streikposten-Stehen!).

Ziel des harten monetaristischen Kurses in der Wirtschaftspolitik ist es, eine radikale Wende in der Wirtschaft zugunsten des privaten Kapitals zu erreichen. Dazu soll eine starke Senkung des konsumtiven Sektors (also zu Lasten der Massen) im Verhältnis zum produktiven Sektor (also zugunsten der großen Kapitale) durchgesetzt werden. Ein Absinken der Produktion und ein Selbsterneuerungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft (morbide Betriebe und nicht-profitable Industriezweige fallen raus) soll dann einen wirtschaftlichen Neuaufschwung auf tieferer Stufenleiter der Produktion einleiten. Voraussetzung dafür ist, daß die hohe Inflationsrate (bis 18%) gesenkt und die Staatsverschuldung abgebaut wird.

Zur Zielsetzung gehörte es, bereits nach zwei Jahren konservativen Regierens und nachhaltiger Umverteilung zugunsten der Besitzenden die Wende einzuleiten. Hiermit ist die Regierung allerdings gescheitert: Die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung waren trotz harter Geld- und Lohnpolitik bescheiden. Bei der Staatsverschuldung konnte bislang nur die jährliche Neuverschuldung abgemildert werden. Insbesondere die infolge der sinkenden Produktion (sie ist heute niedriger als im Krisenjahr 1975) und des Abbaus der öffentlichen Dienste steigende Arbeitslosigkeit (sie hat sich in zwei Jahren fast verdoppelt) — die ja gewollt und gewünscht ist — hat das Tempo des Abbaus staatlicher Leistungen verlangsamt. Zusätzlich gerät die Regierung Thatcher zunehmend unter Druck von Teilen des Kapitals, die staatliche Subventionen und Unterstützung fordern, da sie unter dem harten Kurs nicht mehr standhalten können — eine Position, die auch in der konservativen Partei ihre Anhänger hat.

Doch die Thatcheristen wollen hart bleiben. Sie wissen um den Vertrauensverlust, sie wissen um den sozialen Konfliktstoff (was deutlich macht, daß bei Law and Order unter dieser Regierung das Ende noch nicht erreicht ist). Sie kalkulieren, daß zur Einleitung

Fortsetzung nächste Seite



Law and Order begleiten den wirtschaftspolitischen Rechtskurs in den USA: ein verhafteter und gefesselter Streikführer der Fluglotsen – ein Streik, den Reagan brutal unterdrücken läßt

Fortsetzung von vorig. Seite

der radikalen Wende noch zwei weitere Jahre Abschwung, die heute schon Großbritannien in die tiefste Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren getrieben haben, notwendig sind, um die gewünschte Wende einzuleiten und erhoffen sich, daß das letzte Jahr bis zu den Neuwahlen ausreiche, um im gewünschten Neuaufschwung einer bis dahin geschlagenen und deprimierten Bevölkerung auf gesunkener Stufe des Lebensstandards neues Vertrauen und Hoffnung einzuflößen und ein Votum für weitere fünf Jahre konservativer Politik zu bekommen.

Mehr noch als in den USA sind aber aufgrund der schwächeren wirtschaftlichen und politischen Position die Ausgangsbedingungen für dieses Ex-
lichen und politischen Position die Ausgangsbedingungen für dieses Ex-
periment schlechter, und das Ausbrechen des Jugendprotestes und die große Unzufriedenheit einer kampferprobten Arbeiterklasse lassen für Thatcher und ihre Gönner nicht nur Gutes hoffen, denn auch ihre Politik als Lösung der Krise basiert stark auf Erwartungen des Kapitals denn auf gesicherten Erkenntnissen — oder wie es der Kommentator der „Financial Times" bereits im August 1979 schrieb: „*Der G l a u b e an die Wirtschaftspolitik der Regierung muß auf der H o f f n u n g aufgebaut sein, daß die Politik des knappen Geldes sich auf die Inflation auswirkt, bevor sie die Profitabilität großer Teile der britischen Industrie zerstört*" (zitiert aus „IPW-Berichte", 7/80).

BRD: Erst ein halber Schritt

Bereits gleich nach der Bundestagswahl 1980 setzte in der SPD/FDP-Koalition die Planung am Sparhaushalt ein. Konsens war, daß zukünftig „mehr Markt" und „weniger Staat" die Wirtschaftspolitik bestimmen soll. Gegenüber dem harten monetaristischen Kurs á la Reagan und Thatcher hat die Bundesregierung versucht, einen „Mittelkurs" zu finden, der allerdings deutlich in Richtung harter Linie weist. Zwei Gründe dürften dafür den Ausschlag gegeben haben: Zum einen ist die politische Situation hierfür in der BRD noch nicht reif — oder — wie es einer der Befürworter der harten Linie ausdrückte: „*Anders als in den USA fehlte bei uns der politische Konsens*" (der ‚Wirtschafts-Weise' und Leiter des Hamburger HWWA, Gutowski, im „Hamburger Abendblatt" vom 4.8.). Zum anderen wäre die Durchsetzung dieser Linie auch gleichzeitig das endgültige Aus für eine Regierungsbeteiligung der SPD unter Einbeziehung der Gewerkschaften gewesen, die mit Sicherheit an dieser Frage zerbrochen wäre.

In reduziertem Maße bestimmen die gleichen Faktoren wie in Großbritannien und den USA die derzeitige Wirtschaftspolitik: die von der Regierung befürwortete Hochzinspolitik der Bundesbank, der Abbau der Staatsverschuldung, die Diskussion um Steuersenkungen, die Reduzierung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt sowie der Abbau sozialer Leistungen (der bei uns unter dem Stichwort „Höherhängen der sozialen Hängematte" läuft).

Ziel der Bundesregierung beim Haushalt 1982 war es, insgesamt 20 Milliarden DM einzuzusparen. Dieses Ziel wurde verfehlt. Insgesamt wird der Haushalt 240,85 MRD DM betragen, das ist gegenüber 1981 eine Steigerung um 4,2% (10 Mrd DM). Die Neuverschuldung wird 26,5 Mrd DM betragen (gegenüber 35 Mrd DM 1981). Diese Neuverschuldung wird zum großen Teil durch die Zinsen (19 Mrd DM) für die alte Staatsschuld (die insgesamt 1980 ca. 450 Mrd DM betrug) aufgefressen, so daß abzüglich der Inflation das Ausgabevolumen nur geringfügig ansteigt.

Eingespart wurden nach Angaben der Bundesregierung 16,6 Mrd DM, wobei allerdings 2,4 Mrd DM Mehreinnahmen (hauptsächlich höhere Verbrauchssteuern) kaum als ‚Einsparung' zu bezeichnen sind.

Der Schwerpunkt der neuen Haushaltspolitik liegt bei den Einsparungen im sozialen Bereich und bei höheren Abgaben sowie Steuern, die alle die weniger verdienenden Teile der Bevölkerung empfindlich treffen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wollen wir hier die wichtigsten maßnahmen aufschlüsseln:

Der größte Schnitt wird bei den A r b e i t s l o s e n gemacht: Das Defizit von 10 Mrd DM der Bundesanstalt für Arbeit wird einmal durch 3 Mrd DM Zuschuß aus dem Haushalt gedeckt, weiterhin durch 3,5 Mrd DM zusätzlicher Einnahmen aus der Erhöhung der Arbeitslosenversicherung von 3% auf 3,5% (zunächst auf 2 Jahre befristet). 3,6 Mrd DM werden durch Einschränkungen der Leistungen der Arbeitsämter eingespart (u.a. durch Verschärfung der „Zumutbarkeit" bei der Arbeitsvermittlung und Verlängerung der Sperrfrist bei Ablehnung von Jobs von 4 auf 8 Wochen; durch geringeres Geld für Umschulungen; durch Aufhebung des Steuerfreibetrags bei Monatseinnahmen unter 390 DM).

Bereits jetzt ist absehbar, daß diese Maßnahmen nicht ausreichen, da die den Berechnungen zugrunde gelegten Arbeitslosenzahlen (1,2 Millionen im Monatsdurchschnitt) zu niedrig sind (vermutlich wird die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr auf über 1,7 Millionen ansteigen und ca. 1,3 bis 1,4 Millionen im Durchschnitt betragen). Dadurch hat die Bundesanstalt zum einen Einnahmeausfälle, zum anderen müssen mehr Leistungen erbracht werden. Für diesen Fall plant Arbeitsminister Ehrenberg eine weitere Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung auf 4 %.

1,5 bis 1,7 Mrd DM sollen beim K i n d e r g e l d gespart werden. Der Modus ist noch nicht festgelegt: Die SPD plant, bei den Höherverdienenden (56000 DM Jahresnettoeinkommen für Familien) die bisherigen Sätze zu halbieren, die FDP überlegt, das Kindergeld für alle Bezieher zu besteuern und für seine Zahlung die Altersgrenze auf 18 Jahre zu senken.

Hart betroffen sind auch die R e n t e n : 3,5 Mrd DM werden der Rentenversicherung durch Übertragung in den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit entzogen. Dadurch wird vermutlich die lang versprochene Zusage, daß Witwen oder Witwer 70% des gemeinsam erworbenen Rentenanspruchs erhalten, hinfällig. Die Einsparungen bei der Rentenversicherung sind mit 400 Millionen DM durch Streichung von Kuren relativ gering.

Insgesamt wird im sozialen Bereich neben der Leistungseinsparung die Belastung der arbeitenden Menschen durch die Abgaben für die Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung stark ansteigen und ab Januar 1982 je nach Verdienst monatlich ca. 30 DM bis 91,50 DM (bei einem Monatseinkommen von 4700 DM brutto) betragen.

Zusätzliche Belastungen bringen außerdem die Steuerbeschlüsse: während die Erhöhung der T a b a k s t e u e r (eine Packung Zigaretten wird danach ab Juni 1982 4 DM kosten!) Mehreinnahmen von 1,6 Mrd DM bringen soll, können die Kapitalisten durch Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten 550 Millionen DM an Steuern einsparen.

Einschränkungen sind auch im



Auf ihr Stillhalten setzt Schmidt: Gewerkschaftsführer beim Sparrapport (von links: Pfeiffer und Vetter vom DGB, Sperner/IG Bau und Hauenschild/IG Chemie)

G e s u n d h e i t s w e s e n angekündigt: So soll vierteljährlich nur noch ein Krankenschein ausgestellt, die Verweildauer in den Krankenhäusern verkürzt (z.B. bei Klinik-Geburten auf 6 Tage), Brillen nur noch alle drei Jahre verschrieben sowie die Genehmigung von Kuren erschwert werden.

Lohnfortzahlung und Ergänzungsabgabe

Bei den Löhnen plant die Bundesregierung einen dreimonatigen L o h n s t o p für den öffentlichen Dienst. Ähnliches erhofft sie sich auch von der Industrie. Allerdings scheut sie sich, dies öffentlich als Appell an die Tarifparteien zu richten, vielmehr soll versucht werden, die Gewerkschaftsführer in dieser Frage auf Kurs zu bringen.

Ein massiver Angriff auf die soziale Sicherung ist noch heftig in der Diskussion:

Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff schlug vor, die sechswöchige Lohnfortzahlung im Krankheitfall anzugreifen und fand Unterstützung bei Finanzminister Matthöfer. Zwei Modelle waren dabei in der Diskussion: entweder im Krankheitsfall nur noch 95% statt 100% des Nettolohns zu zahlen oder den ersten Tag der Krankheit unvergütet zu lassen und vom zweiten Tag ab 100% zu zahlen. So würden ca. 1-2 Mrd. DM freiwerden – eine Maßnahme, die allerdings nicht den Bundeshaulshalt, sondern ausschließlich das private Kapital entlasten würde und mit den Haushaltsberatungen überhaupt nichts zu tun hat. Diese Erwägung ist allerdings symptomatisch für die Entwicklungsrichtung der derzeitigen Wirtschaftspolitik. Selbst wenn der FDP-Vorstoß (von der CDU unterstützt) diesesmal noch abgelehnt wird, dürfte er sehr schnell wieder aufgetischt werden.

Heftig umstrittener Punkt der letzten Tage war die Diskussion um die von Kanzler Schmidt ins Spiel gebrachte „Ergänzungsabgabe". Diese zusätzliche Abgabe in der Höhe von 3% soll für zwei Jahre begrenzt von jedem Steuerzahler abverlangt werden. Die so zusätzlich eingenommenen 6 bis 8 Mrd DM sollen allerdings nicht im Bundeshaushalt zur Stützung der Renten oder der Arbeitslosenkasse benutzt werden, sondern sollen ausschließlich als Investitionsanreize für das Kapital verwandt werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Von Schmidts Plan abweichend sind noch zwei weitere Mo-
zu schaffen. Von Schmidts Plan abweichend sind noch zwei weitere Mo-
delle in der Diskussion: Die Ergänzungsabgabe erst bei 36000 DM Jahreseinkommen (Verheiratete das Doppelte) zu erheben oder, wie der DGB fordert, erst ab 60 000 DM Jahreseinkommen.

CDU und FDP haben bereits kategorisch Nein zu diesem Plan gesagt (den die SPD-Spitze wohl vor allem mit Rücksicht auf die linke Opposition und die Gewerkschaften gemacht hat), so daß die Abgabe kaum Aussicht auf Realisierung hat.

Dieses Nein muß als sehr prinzipiell angesehen werden. Nicht etwa, weil FDP und CDU den positiven Effekt, den die Abgabe für Teile des Kapitals hat, scheuen, sondern weil damit wieder über den Staat Wirtschaftspolitik bzw. Beschäftigungspolitik betrieben würde. Die CDU und die Lambsdorff-Fraktion der FDP wollen einen Neuaufschwung der Wirtschaft und der Profite nicht über staatliche Ausgabesteigerungen, auch wenn sie investitionsfördernd wären, sondern vorrangig über den Abbau der staatlichen Eingriffe und die freie Entfaltung der Unternehmerinitiative erreichen.

Entsprechend dem Vorgehen Reagans in den USA fordert die CDU denn auch zunehmend allgemeine Steuersenkungen bei gleichzeitig wirksamerer Einschränkung sozialer Leistungen (u.a. Senkung des Arbeitslosengeldes). Zusätzlich sollen die Spitzensteuersätze bei der Einkommens- und Kapitalsteuer gesenkt werden. Der Abbau des Staates soll darüberhinaus über die Forderung nach Privatisierung öffentlicher Dienste (Müllabfuhr, Bundesbahn, Bundespost — bei letzterer siehe auch die Drohung der Versandkonzerne, angesichts steigender Postgebühren einen privaten Paket- und Briefdienst aufzubauen) erreicht werden, was mit Sicherheit Massenentlassungen zur Folge hätte.

Fortsetzung nächste Seite

Eine seltsame Koalition von »Sozialstaatskritikern«

Olaf Dinne von der Bremer Grünen Liste erregte im Februar letzten Jahres erhebliches Aufsehen, als er im Zusammenhang mit der Diskussion um den Bremer Staatshaushalt für drastische Streichungen im Bereich „Gesundheit und Umwelt" eintrat. Inzwischen ist die Durchsetzung drastischer Einsparungen in diesem Bereich zu einem wesentlichen Bestandteil sozial-liberaler Regierungspolitik geworden. Sie kann dabei auf ökologische Schützenhilfe rechnen.

So konnte jüngst in der "TAZ" **Götz Aly (das ist der „TAZ"-Kommentator, der vor einigen Wochen der staunenden Linken in der Friedensbewegung den konservativen Strategieforscher Mechtersheimer als „Vorbild" verkaufen wollte – wegen dessen gesundem Verhältnis zum Patriotismus!) davor warnen, gegen die** beabsichtigten Streichungen „*auf dem phantasiearmen ÖTV-Bein ‚Protest' zu schreien*" („TAZ", 19.8.). Vielmehr solle die „gute Gelegenheit" genutzt werden, um „*über Leben, Krankheit und Tod nachzudenken*".

Das Ergebnis seiner eigenen angestrengten Denkversuche ist schnell charakterisiert: ein großer Haufen ökologisch angerichteter, ungenießbarer Quark.

Die Bonner Pläne sehen vor, durch eine "Steigerung des Kostenbewußtseins aller Beteiligten" den Ausgabenanstieg im Gesundheitswesen zu bremsen. Während sich bei den Ärzten und Zahnärzten mit einer vagen Absichtserklärung begnügt wird, soll dem "Kostenbewußtsein" der Versicherten mit einer Reihe drastischer Maßnahmen nachgeholfen werden, die von der Erhöhung der Rezeptgebühr, der Eigenbeteiligung an Zahnersatz, Einschränkungen bei der Finanzierung von Brillen usw. bis hin zur Absicht reichen, nur noch einen Krankenschein pro Quartal auszugeben.

Aber keine Angst: alles halb so schlimm, meint Aly. *"Sinken Lebenslust und Lebenserwartung, wenn bestimmte medizinische Leistungen teuerer und weniger freqentiert werden?"*, lautet seine rethorische Frage. Natürlich nicht ... . Also weg mit dem überflüssigen Luxus gutsitzender Zahnprothesen, das alte Kassengebiß reicht für die Massen auch? Warum alle zwei Jahre eine Kur für den bandscheibengeschädigten Schwerarbeiter, soll er's doch mal mit Selbsthilfe versuchen? Warum immer gleich mit jedem Schnupfen zum Arzt rennen, lieber sich erst mal "selbst mit der Krankheit auseinandersetzen"? Nun, unser wackerer Streiter wider die "totale Krankenver- und entsorgung" meint das tatsächlich so.

"Teuerer und mehr ist nicht unbedingt besser", lautet die platte Begründung, mit der Aly seinen "alternativen" Sparappell versieht, den er in einem ähnlichen Artikel einige Tage später über das Gesundheitswesen hinaus auf das gesamte Gebiet der Sozialpolitik ausgedehnt hat ('TAZ', 26.8).

Also weniger gleich besser? Die Frage, die sich auch ein meilenweit über den Problemen der Massen schwebender TAZ-Kommentator stellen müßte, ist doch: was soll konkret weniger werden? Geht's an die Profite der Pharmaindustrie, um mit den so freiwerdenden Mitteln gravierende Lücken in der Krankenversicherung zu schließen? Sollen die Honorare von sich dumm und dämlich verdienenden Ärzten zur Abwechslung mal beschnitten werden, um die Lasten für die Versicherten zu verringern? Das genaue Gegenteil ist doch der Fall! Da hilft es auch nichts, wenn der Autor versichert, *"alle ernsthaften Vorschläge kostensparend"*. Wo sind denn bitte gegenwärtig "Reformvorschläge", die nicht zu Lasten der medizinischen Versorgung der Bevölkerung gehen?

Es besteht auch nicht der geringste Anlaß anzunehmen, inhaltliche Änderungen im Sinne einer menschlicheren Medizin ließen sich ausgerechnet im Zusammenhang mit der rigorosen Sparpolitik der Regierung in die Diskussion einführen oder gar durchsetzen; es sei denn, man definiert etwa Bettenreduzierungen und Krankenhausschließungen als sozialen Fortschritt.

Wenn Aly in seinem Kommentaren gegen das "Monstrum" Sozialstaat, gegen die "Verstaatlichung des Menschen" und die damit verbundene "Entmündigung", "menschliche Verarmung" usw. zu Felde zieht und als Alternative nur mehr "Selbsthilfe" und "Eigenverantwortung" anzubieten hat, dann ist ein Unterschied zu reaktionären Demagogen, die unter der Flagge der "Stärkung der Privatinitiative" gegen "staatliche Bevormundung" und einen "aufgeblähten Sozialapparat" polemisieren, kaum noch auszumachen.

Schützenhilfe für die Politik der Herrschenden - auf nichts anderes läuft es letztlich hinaus - aus den Reihen der "undogmatischen, ökologisch orientierten Linken" ist inzwischen zwar nichts neues mehr, bleibt aber nichtsdestotrotz unerträglich.

a.,KB Bremerhaven

Erdgasgeschäft mit der UdSSR

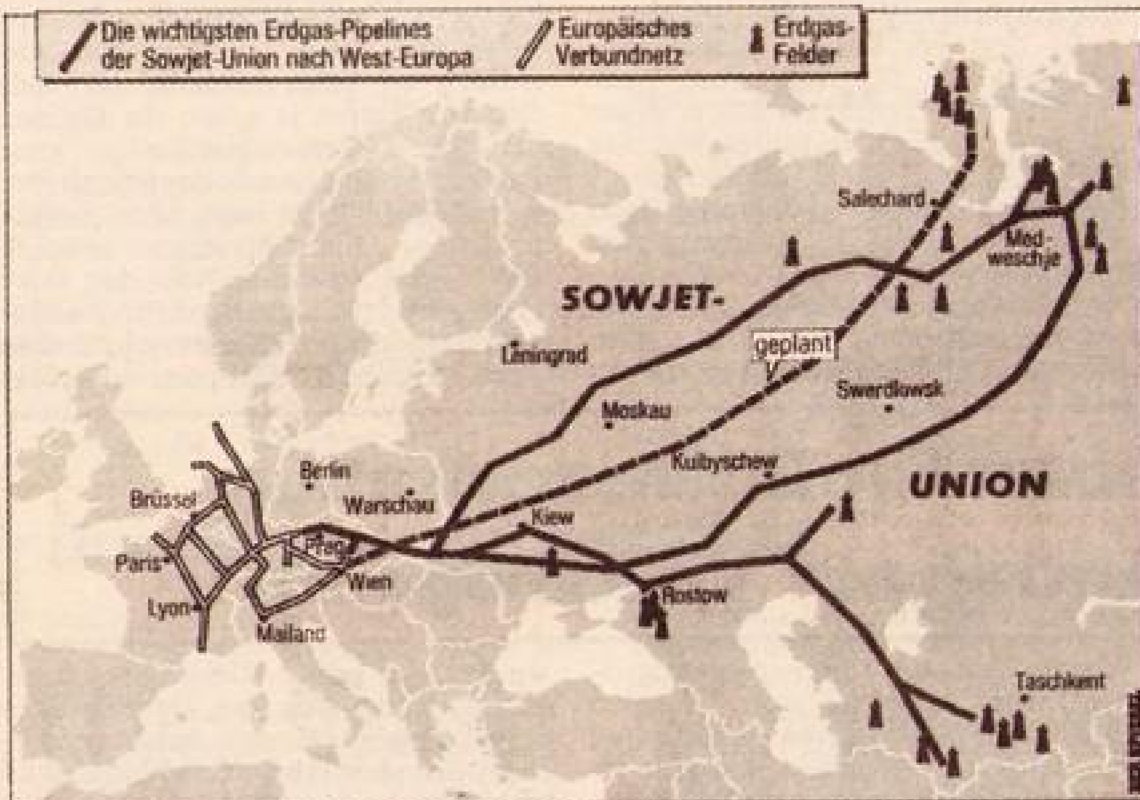
USA wollen Ost-West-Handel einfrieren

Die Bundesrepublik steht kurz vor dem Abschluß eines der größten Geschäfte mit der SU, die es je gab. Mit einem Gesamtvolumen von 15 Mrd. DM soll ein Handel abgeschlossen werden, in dem die SU ab 1985 40 Mrd. Kubikmeter Erdgas liefern soll, für die im Gegenzug eine 5.000 km lange Pipeline nach Westeuropa gebaut werden soll. Das Erdgas sollen mehrere westeuropäische Länder beziehen (Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und die Schweiz), aber die westdeutsche Ruhrgas ist sogenannte Konsortialführerin und wird 12 Mrd. Kubikmeter in der BRD und die restlichen 28 Mrd. Kubikmeter in die genannten Länder verkaufen. Da in dem letzten halben Jahr der Gaspreis an den Ölpreis angeglichen wurde, bedeutet dies für die Ruhrgas eines der besten Geschäfte, die sie je machte. Aber auch der Pipelinebau ist äußerst gewinnträchtig. Für ca. 7 Mrd. DM soll Mannesmann die Röhren und für ca. 5 Mrd. DM AEG die Pumpaggregate liefern. Für die Lieferung der Röhren ist lange über einen Kredit an die SU über 5 Mrd. DM verhandelt worden, dessen Zinsen die Deutsche Bank und mehrere kleinere Banken einstreichen werden. Alles in allem ein äußerst lukratives Geschäft für das westdeutsche Großkapital.

Bekannt geworden ist dieses Geschäft aber nicht nur wegen seines Volumens, sondern aufgrund der zahlreichen Interventionen der USA und hiesiger CDU-Politiker, die eine zu hohe Abhängigkeit von der SU und die Möglichkeit einer Erpressbarkeit beschwören. Bisher machen die Lieferungen an Erdgas aus der SU 17 % aus, die nach dem Geschäft auf 30 % steigen werden. Damit würde dieser Brennstoff einen Anteil von 5,5 % am Gesamtenergieverbrauch der BRD haben. Zum Vergleich ist interessant zu wissen, daß die Importabhängigkeit von der SU beim angereicherten Uran im letzten Jahr 40 % und davor sogar 50 % betrug, hierüber sich aber weder die USA noch eine der bürgerlichen Parteien aufgeregt haben.

Was steckt also hinter der versuchten amerikanischen Intervention? Neben Argumenten, daß die Stromaggregate an der Pipeline der SU westliches Know How liefere, was militärisch nutzbar wäre, ist das hauptsächliche Argument gegen das Geschäft, die Möglichkeit einer Erpressung der BRD durch Lieferstop. So wurde schon im Dezember 1980 in den USA orakelt, ob die BRD bei einem Einmarsch der SU in Polen geplante Wirtschaftssanktionen überhaupt mittragen würde. Schon beim Einmarsch der SU in Afghanistan hatten die USA versucht, eine Wirtschafts- und Handelsblockade aufzubauen, die aber von den EG-Ländern nicht oder nur teilweise mitgetragen wurde. Mittlerweile zielt aber die amerikanische Außenpolitik generell darauf ab, den Handel mit der SU und den anderen RGW-Staaten einzufrieren und dieses auch von den Ländern des EG-Imperialismus zu fordern („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 21.7.81). Hierzu wollen die USA Verhandlungen über eine Neufassung der sogenannten „COCOM"-Listen, in denen all die Produkte aufgeführt sind, die nicht in sozialistische Länder verkauft werden dürfen.

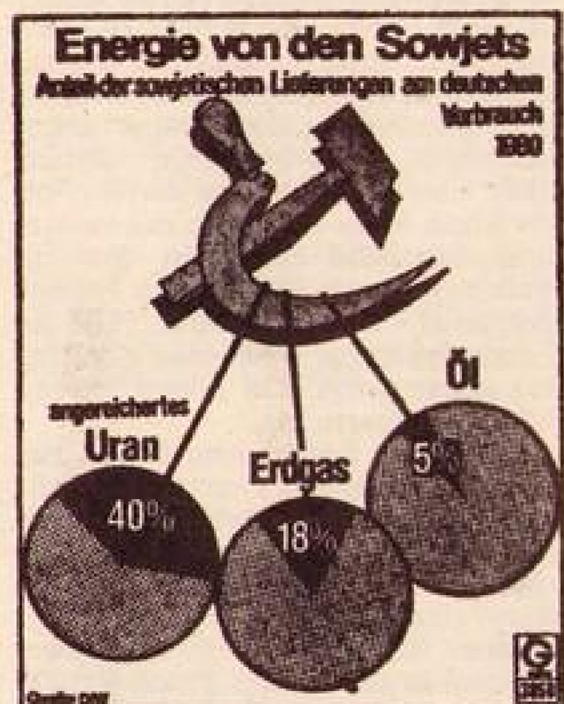
Bekanntlich ist aber der Osthandel für die BRD eines der größten ökonomischen Ventile, um Absatzschwierigkeiten in anderen Bereichen des Weltmarktes auszugleichen. Entsprechend stramm stehen auch sämtliche Kapitalistenverbände und die Bundesregierung hinter dem Vertragsabschluß. Nachdem auf dem „Weltwirtschaftstreffen" in Ottawa die bisher schärfste Kritik von den USA geäußert worden war, gab der Sprecher des „Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft", Wolff von Amerongen, eine scharfe Erklärung ab. Er befürworte eine wirtschaftliche Kooperation zwischen Ost und West „innerhalb akzeptabler Abhängigkeitsmargen", die bei dem geplanten Geschäft nicht überschritten würden. Die amerikanischen Gegenvorschläge (mehr AKWs, Kohle und synthetische Treibstoffe) seien „realitätsferne Schreibtischideen" ... „Gewachsene Märkte könne man nicht einfach durch Reservemärkte ersetzen." Auch sei bedenklich zu glauben, „daß mit einer Reduzierung des Ostgeschäftes der Ausbau der sowjetischen Militärmacht gebremst werden solle" („FAZ", 24.7.81).



Genau dies ist aber der Widerspruch zwischen BRD- und US-Imperialismus. Die BRD ist aufgrund von ökonomischen Gründen nicht bereit, den parallel zur Aufrüstung betriebenen harten Kurs der wirtschaftlichen Isolierung der UdSSR von Seiten der USA mitzutragen. Schließlich ist im Osthandel enorm zu verdienen und zweitens hat die Ruhrgas sich nach übereinstimmender Meinung aller Hofblätter des westdeutschen Kapitals („FAZ", „Handelsblatt", „Welt" etc.) mehrfach abgesichert. Von der Ruhrgas wurde sogar eine Studie in Auftrag gegeben, die Risiken dieses Geschäftes zu prüfen. Fazit: Die geplanten Verträge dienen der Befreiung von der Abhängigkeit vom Nahostöl, die im gleichen Maße sinkt, wie der russische Erdgasanteil steigen soll. Bei Risiken oder Lieferausfällen wird ein Ausgleich über das europäische Verbundnetz bzw. der Bau von strategischen Erdgasspeichern empfohlen („FAZ", 24.7.81).

Schon im AK 187 hatten wir über den Bau riesiger Erdgasspeicher berichtet, insbesondere in Bayern, wo die Pipeline münden soll. Jetzt sollen zusätzlich in den Niederlanden und Frankreich zwei strategische Erdgasspeicher für „Krisenfälle" errichtet werden.

Da den USA offensichtlich klar ist, daß an dem Zustandekommen des Gashandels nicht mehr zu rütteln ist, wollen sie nach Abschluß des Geschäftes „ein enges energiewirtschaftliches Sicherheitsnetz mit den westeuropäischen Staaten" knüpfen („FAZ", 25.7.81). Zu deutsch heißt dies, daß die USA versuchen wollen, den westeuropäischen Staaten Hilfe bei Lieferungsausfällen zu garantieren, für Krisenfälle, die durch den harten Konfrontationskurs der USA ausgelöst werden. Bezeichnend ist, wie selbstverständlich auf Seiten der USA, aber auch der BRD, von einer Verschlechterung der Beziehungen zur SU bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen ausgegangen wird. Beide Seiten sind sich vollkommen einig, daß für „Krisenfälle" vorgesorgt werden muß. Nur ist es natürlich für die USA mit eigenen riesigen Rohstoffvorkommen und einer nahezu monopolartigen Beherrschung des Weltrohölmarktes wesentlich leichter, neben einer offen aggressiven Aufrüstung gegenüber der SU, diese auch noch wirtschaftlich zu isolieren und damit zu schwächen, wie es bei Afghanistan schon einmal versucht wurde. Hier wird der BRD-Imperialismus aufgrund fehlender Rohstoffreserven gar nicht mitziehen können, was natürlich nicht heißt, daß er den militärischen Aufrüstungskurs nicht voll mitträgt.



UNO-Seerechtskonferenz

USA erklären alle Abmachungen für ungültig

Nachdem unter der Regierung Carter die USA dem vorgelegten Konventionsentwurf für ein neues Seerecht zugestimmt hatten, erklärte die Reagan-Administration gleich nach der Wahl dies als nicht bindend für sie und erzwangen damit eine neue Verhandlungsrunde. Als imperialistische Weltmacht Nr. 1 erschienen sie auf der momentan in Genf stattfindenden Konferenz nicht mit bestimmten Änderungsanträgen, sondern die amerikanische Delegation will lediglich erkunden, wieweit die anderen Länder bereit sind, sich voll und ganz den amerikanischen Interessen unterzuordnen oder nicht. Nach der Konferenz will die amerikanische Regierung dann verkünden, welche Position sie in Zukunft einnehmen wird, und ob sie an weiteren Verhandlungen teilnehmen wird. Im wesentlichen geht es um die Institution einer internationalen Meeresbergbaubehörde, die sowohl von Erzeugerländern wie Verbraucherländern besetzt werden sollte und Schürfrechte vergeben als auch selbst wirtschaftlich aktiv werden kann. Dies ist den USA schon zuviel Dirigismus, der die marktwirtschaftlichen Freiheiten gefährde („FAZ", 14.8.81).

Bezeichnenderweise haben auch die USA, Großbritannien, Frankreich und die BRD nach Einigung auf diesen Konventionsentwurf eigene nationale Gesetze zur Regelung des Meeresbergbaus erlassen. Die USA verkündeten, sie hätten sowohl die wirtschaftlichen Mittel als auch die militärische Stärke, diese Unternehmungen alsbald anlaufen zu lassen und schützen zu können.

Auch die BRD hatte nach der letzten Konferenzrunde einen Katzenjammer über die Strangulierung der Industrienationen, die über die Technologie zur Hebung der Meeresschätze verfügen, angestimmt. Besonders die Verpflichtung, Technologie in die zu schaffende Meeresbergbaubehörde einbringen zu sollen, ohne alleine davon profitieren zu können, stieß auf starken Widerstand der interessierten westdeutschen Konzerne. Angesichts der jetzigen amerikanischen Obstruktionspolitik freut sich natürlich das Hofblatt dieser Kreise ungeniert:

„Trotz aller Kritik an der ungenierten Art, mit der die Amerikaner nun auch hier Politik der Stärke exerzieren und ihren nationalen Interessen den Vorrang vor denen des Rests der Welt geben, ist ihnen mancher heimlich dankbar dafür, daß sie damit noch einmal Bewegung in die Seerechtsdiskussion gebracht haben ... Mindestens darauf hoffen die Deutschen, die schon vor den Amerikanern Bedenken gegen die geplante Organisation des Tiefseebergbaus angemeldet hatten" („FAZ", 14.8.81).



Dies ist Nord-Süd-Dialog a la Reagan, bei dem die BRD voll mitzieht. Die Konferenz steht nun vor der Alternative, an dem alten Entwurf festzuhalten, der aber ohne die Zustimmung der imperialistischen Staaten keinerlei Bedeutung erlangen würde. Auf der anderen Seite sind aber zahlreiche Länder der Drittten Welt nicht bereit, vor den USA bedingungslos in die Knie zu gehen und drohen ihrerseits mit einer Aufhebung der in der Konvention vereinbarten Zusage der freien Passage von Kriegsschiffen durch ihre Hoheitsgewässer.

Schon in der Verhandlungsrunde des letzten Jahres war eine Zustimmung der USA nur durch dieselbe Drohung erreicht worden. Doch offensichtlich ist die Reagan-Regierung darauf aus, sich gegebenenfalls auch hierüber hinwegzusetzen.

Fortsetzung von vorig. Seite

Diese Befreiung des Kapitals von den „Staatsfesseln" soll die Investitionsbereitschaft in den profitablen Industrie- und Wirtschaftszweigen fördern. Zusätzlich fordert die CDU den Abbau von „Investitionshemmnissen" im Energiebereich; dazu sollen die Einspruchsmöglichkeiten gegen den Bau von Kraftwerken eingeschränkt werden.

Noch versucht die sozialliberale Koalition, einen „Mittelkurs" zu fahren. Der Streit um die „Ergänzungsabgabe" hat das ganze Dilemma der SPD-Spitze und der Gewerkschaften offengelgt: sie sind nicht mehr in der Lage, Mehrheiten für ihren Kurs eines „gemäßigten Kapitalismus" zu erhalten, so daß der Zug in Richtung ungezügelter kapitalistischer Entwicklung beschleunigt abfährt. Auf der anderen Seite sind ihre Abwehrgefechte angesichts allgemeiner Sparpolitik kaum geeignet, in der Bevölkerung Unterstützung zu finden, würde doch die Abgabe die Belastungen für die lohnabhängigen Massen noch weiter erhöhen.

Das Ende einer SPD-Regierungsbeteiligung rückt immer näher. Was dann kommt, verspricht aber um einiges grausamer zu werden. Zitiren wir abschließend noch einmal einen der Propagandisten des Reagan-Kurses in der BRD, Professor Gutowski, der unverhüllt im „Hamburger Abendblatt" die unsozialen Folgen der Wirtschaftspolitik der Zukunft am Beispiel Großbritannien bejubelt, denn trotz aller Schwierigkeiten seien für die Regierung Thatcher „auch Erfolge zu verzeichnen. Nicht nur die Inflationsrate ist zurückgegangen. Die Unternehmen haben sich auch von überzähligen Arbeitskräften getrennt. Die Gewerkschaften scheinen, wenn auch spät, aus der Erfahrung gelernt zu haben: der Lohnanstieg ist erheblich gedämpft" (4.8.81).

Massenarbeitslosigkeit und sinkender Lebensstandard als glänzende Perspektive der Zukunft?

(Abgeschlossen am 14.8.81)
Ein Hamburger Genosse

Der Steuer-Spartip des Jahres:

Lambsdorffs »Flick Flac«

SPAREN wird jetzt so groß geschrieben wie noch nie. Matthöfer (Finanzminister), Lambsdorff (Wirtschaft), Ehrenberg (Arbeit) u.a. streiten sich darum, ob man besser den Rotstift bei noch weiteren (Sozial-) Etats ansetzt, oder lieber die Steuern erhöht. Und dann schlägt Matthöfer voll zu. In dieser heiklen Situation hat er in letzter Entscheidung eine Maßnahme zur Steuerersparnis gebilligt. Das hört sich doch gut an.

Steuern sparen soll die notleidende Familie Flick, der neue BDI-Präsident von Brauchitsch, beide persönlich haftende Gesellschafter der Friedrich Flick Industrieverwaltung und einige andere Günstlinge wie Prof. Joachim Zahn, Berthold Beitz und auch der IG-Chemie-Vorsitzende Karl Hauenschild darf als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates nicht fehlen.

1975 hatte der Flick-Konzern in einem aufsehenerregenden Transfer einen Teil seiner Beteiligung an Daimler-Benz für rund 1,9 Mrd. DM verscheuert. Danach nahmen die Spekulationen kein Ende mehr, wie die gewieften Manager es schaffen würden, bei der Neuanlage ihrer Verkaufserlöse Steuervorteile einzuheimsen. Dann war es lange Zeit still geworden um den Daimler-Paket-Verkauf. Bis jetzt, 6 Jahre später, das Rätsel gelöst ist.

Als *„volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig"* hat Matthöfer kürzlich eine 210 Mill. DM Beteiligung des Flick-Konzerns an der Gerling-Versicherungsgruppe anerkannt. Damit fällt diese Beteiligung unter den § 6 b Einkommensteuergesetz und wird steuerlich begünstigt. Nicht unzutreffend nannte das „Handelsblatt" diesen Clou einen *„Persilschein für Flicks Gerling-Beteiligung"* (27.8.81). Graf Lambsdorff, der für die Zeichnung der 6 b-Scheine zuständig ist, hatte natürlich seine Zustimmung schon vorher gegeben.

Insgesamt schraubt sich damit die Summe der Gelder, die der Flick-Konzern steuerlich begünstigt wieder anlegen konnte, auf 1,5 Milliarden hoch (wie gesagt, 1,9 Mille waren aus dem Daimler-Verkauf erzielt worden). Bezeichnend ist schließlich noch, daß sich die Flicks von einer Beteiligung an US-Filter in Höhe von ebenfalls 210 Millionen DM wieder getrennt haben. *„Für diese Transaktion hatte Bonn keine Steuervorteile eingeräumt"* (HB, 27.8.81).

Unsere Steuergelder sind wahrlich gut angelegt. Die Flick Industrieverwaltung steht mit einem Weltumsatz von rd. 8,7 Milliarden (1979) auf Platz 29 der Liste der „Großen 500 deutschen Unternehmen". Ca. 47.000 Kolleg(inn)en schuften im In- und Ausland dafür. Mit dem Namen Flick verbinden sich nicht nur Papier (aus der Gruppe Feldmühle), sondern auch härtere Geschütze. Z.B. die von Krauss-Maffei, die Firma ist als Waffenschmiede bekannt. Und Dynamit-Nobel gehört auch dazu.

Über 100.000 Unterschriften gesammelt! ZUGABE!

Weit über 100 000 Unterschriften haben die Bürgerinitiativen und die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren bereits gesammelt, um nach den gesetzlichen Vorschriften offiziell den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens/Volksentscheid-Verfahrens stellen zu können. Allerdings ist erst ein Teil davon bei den Behörden auf Wahlberechtigung bestätigt. Damit kann es als sicher gelten, daß die für diese Phase notwendigen 120 000 Unterschriften zusammenkommen.

Diejenigen, die geglaubt (gehofft) hatten, die Startbahngegner und Umweltschützer Hessens würden schon an dieser ersten Hürde scheitern, haben sich geirrt. Ebenso irrt sich die hessische Landesregierung, wenn sie meint, dieses Volksbegehren entspreche nicht der Landesverfassung. Einmal abgesehen davon, daß es ein beredtes Zeugnis über unsere sog. ,,Demokratie" abgeben würde, wenn die Bürger Hessens nicht einmal entscheiden dürften, ob der Rhein-Main-Flughafen eine zusätzliche Startbahn erhält, ist die AG Volksbegehren auch juristisch bestens präpariert. Besser jedenfalls als die Landesregierung, wenn man den Unfug zugrundelegt, den Börner bislang hierzu abgelassen hat.

Trotzdem besteht kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Gesetzt den Fall, es könnte (möglicherweise über eine Entscheidung des hessischen Staatsgerichtshofes) durchgesetzt werden, daß das Volksbegehren stattfindet, dann müßten innerhalb von nur zwei Wochen in der zweiten Phase 800000 hessische Bürger mobilisiert werden, die sich auf Gemeindeämtern in die Volksbegehrens-Listen eintragen. Es müßten also noch fast 700000 Bürger mehr gewonnen werden als schon geschehen. Das ist eine gewaltige Aufgabe, die wegen des kurzen, gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraums auf den ersten Blick fast unlösbar zu sein scheint. Offensichtlich hat der Gesetzgeber diese rigide Regelung bewußt gewählt, um dem Volk die Lust auf direkte Demokratie schnell zu verleiden.

Angesichts dieser Schwierigkeit ist es offensichtlich, daß *jede zusätzliche Unterschrift, die schon jetzt gesammelt wird,* einen Erfolg in der zweiten Phase des Unternehmens erleichtert. Angenommen, die BIs könnten den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens bereits mit 400000 Unterschriften stellen (statt ,,nur" die erforderlichen 120000 einzureichen), dann wäre die Hälfte dieses schweren Weges gewissermaßen im ,,Vorgriff" schon zurückgelegt.

Entscheidend für den Erfolg ist also die Höhe der „Zugabe", die jetzt schon über die vorgeschriebenen 120 000 Unterschriften hinaus vorgelegt werden kann.

Häufig wird gegen das Volksbegehren von interessierter Seite eingewandt, den Initiatoren ginge es nur darum, die Landesregierung zur Einhaltung eines Moratoriums zu drängen und den Bau der Startbahn hinauszuzögern. Die Landesregierung könne aber nicht ewig darauf warten, daß die Unterschriften endlich mal eingereicht werden. Das ist eine reichlich vorgeschobene Argumentation:

— Erstens geht es uns darum, die Flughafenerweiterung zu Verhindern (und nicht um ein paar Monate Zeit). Wir wollen einen Sieg, keine Beschäftigungstherapie.

— Zweitens hat sich die AG Volksbegehren (übrigens von Anfang an) selber eine Frist für die Beendigung der ersten Phase gesetzt; bis zum 15. November soll der Antrag eingereicht werden. Legt man das Versprechen Börners, bis zum Herbst 81 werde es keine weiteren Rodungen geben, zugrunde, dann sind das gerade sieben Wochen Baustop, die hier gefordert werden ... — wobei klar sein muß, daß jede andere Maßnahme im Wald (Räumung des Hüttendorfs, Beginn mit der Untertunnelung der Okriftelerstr.) genauso ein Versuch wäre, das Volksbegehren zu unterlaufen und vollendete Tatsachen zu schaffen.

Es liegt bei Börner, seinen sog. ,,Respekt vor der Verfassung" dadurch zu dokumentieren, daß er einem urdemokratischen Verfahren wie dem Volksbegehren eine derart lächerliche Forderung (sieben Wochen angesichts einer zehnjährigen Auseinandersetzung!) verweigert.

Es kommt also darauf an, diesen außerordentlich ,,maßvollen" Zeitplan durchzusetzen, aber auch voll für die Unterschriftensammlung zu nutzen. Was heißt das? Das Volksbegehren wurde Anfang Juni gestartet. Wenn die erste Phase bis zum 15. November läuft, so wäre im Moment gerade ,,Halbzeit". Wollten wir beispielsweise die oben genannten 400000 Unterschriften bis dahin erreichen, so müßten wir ab jetzt unsere Anstrengungen beinahe verdreifachen! (Dabei kommt uns allerdings zugute, daß das sog. ,,Sommerloch" vorbei ist).

Es muß immer und immer wieder davor gewarnt werden, sich mit dem Erreichten vorerst zufrieden zu geben. Die für den ersten Durchgang notwendigen 120000 Unterschriften waren den Startbahngegnern — allen Unkenrufen zum Trotz — tatsächlich von Anfang an sicher. Beinahe so viele Stimmen hatten ja schon die Grünen bei den Kommunalwahlen in ganz Hessen erreicht. Auch doppelt so viel zu bekommen, ist nach allen Regeln politischer Einschätzungen möglich und wahrscheinlich. Denn der linke und ,,grüne" Flügel der SPD-Anhängerschaft dürfte mindestens ebenso stark sein wie die Ökopartei. Berücksichtigt man außerdem, daß der Protest gegen die Startbahn West im hauptsächlich betroffenen Kreis Groß Gerau weit über den Bereich von Grünen und SPD-Linken hinausgeht, so kommt man schon auf gut und gern 300000 potentielle Unterstützer. Ihre Unterschriften zusammenzubekommen, ist wahrscheinlich in erster Linie eine organisatorische Frage, eine Fage unserer Präsenz und unserer Anstrengungen.

Doch wir brauchen achthunderttausend!!! Das wären nach dieser groben Rechnung nochmal ca. eine halbe Million Menschen, die wirklich im Gespräch überzeugt werden müssen, die nicht von sich aus oder ohne große Anstrengungen zu uns stoßen.

Das ist die Einmaligkeit dieser riesigen Massenkampagne in Hessen. Doch auch wenn man uns (noch) für verrückt hält, glauben wir, daß es möglich ist, diese Aufgabe zu lösen:

— Daß die vom Flughafen jetzt schon ausgehenden Umweltgefahren (beispielsweise die Trinkwassergefährdung durch die Kerosin-Unfälle) ins allgemeine Bewußtsein geraten;

— daß der Aberwitz einer zusätzlichen Startbahn angesichts explodierender Benzinpreise und eines unvermeidlichen Rückgangs des Luftverkehrs erkannt wird;

— daß die Aussicht, die US-Air-Force könnte auf Rhein-Main Neutronenbomben einfliegen oder andere militärische Abenteuer mithilfe einer erweiterten Basis von dort aus starten, die Menschen nachdenklich macht;

— daß schließlich überall in Hessen das Bedürfnis wächst, eine Politik zu beenden, die unsere Umwelt und unsere Lebensverhältnisse immer unerträglicher macht.

Es gibt viel zu tun, um das Volksbegehren zu einem Erfolg zu machen. Doch weil's um grundsätzliche Fragen der Gestaltung der Umwelt, des Friedens und der Demokratie geht, ist es vergleichsweise wenig.

Keine Startbahn West und Nachtflugverbot!

Schließung der US-Air-Base!

VENCEREMOS ...

KB/Gruppe Frankfurt

14. November: Großdemonstration überreicht Antrag auf Volksbegehren!

Zum Abschluß der 1. Phase des hessischen Volksbegehrens soll am 14. November in Wiesbaden (Landeshauptstadt) eine bundesweite Demonstration gegen die Startbahn West, gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage, gegen Block C in Biblis und die ganze übrige Palette umweltfeindlicher Projekte in Hessen durchgeführt werden. Kurz: Es geht um das, was unter dem Stichwort ,,Atom-, Beton- und Giftpolitik" inzwischen bundesweit berüchtigt ist.

Die Demonstranten werden die gesammelten Unterschriften im Verlauf der Demonstration beim Landeswahlleiter abgeben und ihre Forderung nach einem Moratorium, d.h. dem Stopp aller Arbeiten an der Startbahn bis zum Abschluß des Volksbegehrens-Verfahrens stellen.

Seit Beginn dieser Kampagne hat die AG Volksbegehren immer wieder versucht, mit der Landesregierung einen Termin des Abschlusses der ersten Phase des Volksbegehrens zu vereinbaren. Die Landesregierung hat sich bis heute gar nicht erst bereitgefunden, den laufenden Gesetzgebungsvorgang zur Kenntnis zu nehmen, sondern bezeichnete das Volksbegehren als ,,verfassungswidrig" und ,,illegal". Gleichzeitig argumentierten die Politiker, bei dem Verfahren handele es sich um ein bloßes Verzögerungsmanöver, eine Behauptung, die auch in der Presse immer wieder aufgegriffen wurde.

Nachdem offensichtlich keine Einigung hergestellt werden soll, hat die AG Volksbegehren jetzt erklärt, daß die erste Phase am 14. November definitiv beendet wird. Dabei stellt sich das Problem, daß die Behörden sich dem Ansturm der vielen Unterschriften, die bereits zur Bestätigung eingereicht wurden, in keiner Weise gewachsen zeigen. Sollte sich die Durchlaufgeschwindigkeit bei den bestätigenden Behörden nicht erheblich erhöhen, was wohl nur durch zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möglich ist (mensch sieht, die Startbahngegner tun was für die Arbeitsplätze), werden die Gemeindebeamten wohl noch im Frühjahr an den jetzt eingereichten Unterschriften sitzen. Wir Startbahngegner erwarten, daß von den Behörden alle korrekt eingereichten Unterschriften fein säuberlich bis zum 14. November bestätigt werden, so daß sie der Landes regierung dokumentieren, welch breite Ablehnung gegen ihr Projekt besteht.

Zur Vorbereitung der Demonstration in Wiesbaden sollten sich bereits jetzt alle Startbahngegner(innen) und Umweltschützer(innen) überlegen, wie die Sache riesenhaft und vielfältig wird.

SPD Hessen greift Volksbegehren an

Tief in den Schlamm gegriffen hat der hessische Landesvorstand der SPD, um das laufende Volksbegehren „Keine Startbahn West" zu verleumden. Mafia-Methoden müssen herhalten in der Hoffnung, die Unterschriftensammlung zu stoppen. Doch die Initiatoren der Kampagne lassen sich nicht beirren. Offenbar zeigt das Volksbegehren mittlerweile beträchtliche politische Wirkungen. Denn nur ein Verwundeter schlägt so wild und unkontrolliert zurück.

Zwei erstaunliche Nachrichten gaben die Medien am 28.8. bekannt. Die eine beinhaltet, daß die hessische Landesregierung einen Rückzieher macht, die andere berichtet über ein ,,stürmisches Vorpreschen" der hessischen SPD-Führung. Es ist nicht schwer, darin einen Zusammenhang, eine Arbeitsteilung zu erkennen. Die Landesregierung gab zu, daß das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren für den Bau der Startbahn West nicht korrekt gelaufen sei. Es sei eine ,,Panne" gewesen, die betroffenen Kommunen im Kreis Groß Gerau von jeder Mitbestimmung auszuschließen. Durch diese ,,Panne", die man wiedergutmachen wolle, verzögere sich der Baubeginn für die Startbahn und das Abholzen des Waldes ,,um zwei bis drei Monate". Offenbar muß die Landesregierung in ,,Wasserfragen" derzeit mit einem gewissen Vertrauensschwund in der Bevölkerung rechnen (Kerosin-Unfall!!). Somit kann also die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und die Bürgerinitiative die 1. Phase ihrer Unterschriftensammlung wie geplant bis zum 15. November laufen lassen, ohne damit rechnen zu müssen, wegen bereits begonnenen Waldrodungen zu spät zu kommen.

Damit dieser Rückzieher nicht als Erfolg des politischen Drucks, der von dem Volksbegehren ausgeht, sichtbar wird schickte die Landesregierung die SPD mit einem überaus plumpen Angriff auf die Umweltschützer vor. Diesem Zweck diente eine Pressekonferenz der Herren Willi Görlach (Landesvorsitzender) und Leo Giani (Landesgeschäftsführer) am gleichen Tag. Diese SPD-Apparatschiks präsentierten angeblich interne (,,geheime") Dokumente der AG volksbegehren, aus denen hervorgehe, daß die Initiatoren selber damit rechneten, das Volksbegehren werde ein ,,Schlag ins Wasser". Wenn aber der eigentliche Zweck, die Verhinderung der Startbahn, mit dem Volksbegehren nicht erreicht werden könne, dann ginge es, wie die SPD-Führer meinen, um ,,ganz andere Dinge", nämlich um die Schaffung einer Infrastruktur für den kommenden grünen Landtagswahlkampf, um neue Anhänger, Adressen usw. Facit der SPD-Vorständler: ein Aufruf an die Bürger, die geleisteten Unterschriften wieder zurückzuziehen, um sich nicht ,,mißbrauchen" zu lassen. Daß die Repräsentanten der AG Volksbegehren in Wirklichkeit der direkten Befehlsgewalt der KPdSU-Zentrale unterstehen, und daß es den Russen dabei um die Schwächung westlicher Verteidigungsbereitschaft geht, fiel den SPD'lern zum Glück (noch) nicht auf. Aber das nur nebenbei.

Die wackren Sozialdemokraten müssen sich nun die Frage gefallen lassen, ob sie einen Detektiv auf die AG Volksbegehren angesetzt haben, um an ,,internes Material" heranzukommen. Auch die zweite denkbare Möglichkeit ist nicht besonders ehrenvoll. Demnach hätte die Landesregierung selber das ihr zugekommene Material an die SPD zum Zwecke parteipolitischer Polemik weitergeleitet. Tatsächlich hat nämlich die AG Volksbegehren alle (streng geheimen) Unterlagen über die rechtlichen Aspekte ihrer Initiative der Landesregierung zukommen lassen — darunter auch die als ,,intern" präsentierten Briefwechsel und Gutachten. Bei der angeblichen ,,juristischen Aussichtslosigkeit" des Unternehmens handelt es sich um folgendes: Man knn aus rechtlichen Gründen nicht per Gesetzentwurf einen rechtsgültigen Planfeststellungsbeschluß (wie er der Startbahn West zugrunde liegt) unmittelbar verhindern oder rückgängig machen. Man kann also kein Volksbegehren ,,für oder gegen die Startbahn West" durchführen. Dies ist der Inhalt eines Briefwechsels zwischen Alexander Schubart und einem unabhängigen juristischen Gutachter. Man kann allerdings per Volksbegehren ein ,,Raumordnungsgesetz", betreffend den Frankfurter Flughafen, einbringen, gegen das, wenn es z.B. durch einen Volksentscheid verabschiedet ist, der besagte Planfeststellungsbeschluß verstoßen würde. Dadurch wird die Startbahn West ,,mittelbar" zu Fall gebracht. Nun ist es (rechtlich gesehen) eine Zeitfrage, ob dieses Raumordnungsgesetz, das den Frankfurter Flughafen auf seine jetzige Ausdehnung begrenzt, die beabsichtigte Wirkung erzielt. Wird der Planfeststellungsbeschluß vollzogen, ehe dieses Gesetz per Volksentscheid erlassen ist, so würde das Volksbegehren in der Tat sein Ziel verfehlen. Kommt hingegen der Volksentscheid durch, bevor die Startbahn gebaut ist, dann müßte der Planfeststellungsbeschluß rückgängig gemacht werden.

Rein rechtlich gesehen gibt es aber keine Möglichkeit, einen Baustop zu erzwingen, bis das Volksbegehren-/Volksentscheids-Verfahren abgeschlossen ist. Man muß ein Moratorium für diesen Zeitraum also mit politischem Druck erzwingen (und natürlich den Volksentscheid gewinnen) — dann ist auch juristisch alles o.k.

KB/Gruppe Frankfurt

Kerosin schon vor der Trinkwasserstation

Eine politische Bombe ließen DIE GRÜNEN im Frankfurter Römer am 26.8. vor der Presse platzen. Demnach hat sich das auf dem Rhein-Main-Flughafen in mehreren Unfällen ausgelaufene Flugzeugbenzin (Kerosin) bereits soweit ausgebreitet, daß es im Grundwasser rund um die ca. 2 km entfernte Trinkwasseranlage Hinkelstein nachweisbar ist. Alle Beteuerungen der Flughafen AG, der Landesregierung (SPD/FDP) und des Magistrats (CDU), eine Gefährdung der Frankfurter Trinkwasserversorgung könne „ausgeschlossen" werden, haben sich damit einmal mehr als pure Lügen herausgestellt.

DIE GRÜNEN hatten sich selber zwischen dem 13. und 21. August in den Stadtwald begeben und auf eigene Faust Wasserproben aus den offiziellen Kontrollbrunnen zwischen dem Flughafen und dem Trinkwasser-Pumpwerk entnommen. 19 Proben, die an unterschiedlichen Tagen aus 14 Brunnen geschöpft wurden, schickten sie der Trinkwassergruppe des Bremer Umwelt-Instituts. In allen Proben fanden die Bremer Wissenschaftler Kerosin, und zwar in einer Konzentration von bis zu 3,9 Milligramm pro Liter (Höchstwert). Ebenso wurden weitere gefährliche Giftstoffe (Nitrate, Tetrachloräthylen) in unzulässig hohen Konzentrationen nachgewiesen, die ebenfalls einwandfrei auf den Flughafenbetrieb zurückgeführt werden können. Zusammenfassend beweist dies, wie DIE GRÜNEN schreiben, *„daß der Flughafen bereits jetzt großflächig die umliegenden Wasserwirtschaftsgebiete verseucht"*.

Obwohl die Behörden dreist alles dementieren, kann man als Frankfurter nicht mehr sorglos das Wasser aus dem Leitungshahn trinken. Als Sofortmaßnahme haben DIE GRÜNEN die Stillegung des für die Kerosin-Unfälle verantwortlichen, total veralteten Betankungssystems auf dem Flughafen gefordert.

An Verlogenheit kaum mehr zu überbieten ist die Reaktion des Umweltministers und der Frankfurter Stadtwerke auf die neue Enthüllung. Den GRÜNEN wird unterstellt, die Proben „unsachgemäß" entnommen zu haben. Man habe umgehend eigene Untersuchungen vorgenommen und dabei nichts finden können. Im übrigen müßten **DIE GRÜNEN mit strafrechtlichen Konsequenzen für ihr unerlaubtes Tun rechnen.**

Umweltminister Schneider versuchte gar, im Fernsehen den „Besorgten" zu mimen und gab vor, die GRÜNEN an der Aufklärung der widersprüchlichen Befunde beteiligen zu wollen: *„...darüber hinaus habe ich Vertreter der GRÜNEN in Frankfurt im Stadtparlament gebeten, morgen früh vor Ort in Gegenwart der Fachbehörden mir ihre Untersuchungsergebnisse zu übergeben, möglichst die Proben mitzubringen und mir auch offenzulegen, wo diese Proben entnommen worden sind, um in ihrer Gegenwart (!) eine Untersuchung unsererseits durchzuführen, um eben exakt auflegen zu können, ob dieser Vorwurf berechtigt ist oder ob es Gründe gibt zur Annahme, daß unsere bisherigen Positionen, unsere bisherige Aussage, daß eben Verseuchungen nicht zu befürchten sind, richtig sind"* („Hessenschau", 26.8.).

Gemeinsam entnommene Proben hätten dann sowohl den Behörden als auch den Bremer Wissenschaftlern zur Untersuchung übergeben werden können. Doch Herr Schneider erlag vor den Fernsehkameras offenbar wieder einmal seiner chronischen Sucht zu lügen. Den GRÜNEN, die selbst im Umweltministerium nachfragten, wurde von Staatssekretär Brans in zwei Telefongesprächen lapidar mitgeteilt, *„ein solches Gespräch gäbe es überhaupt nicht, daran sei nicht gedacht"* (aus einem Offenen Brief der GRÜNEN vom 27.8.). Wenn die Behörden solchen Wert darauf legen, daß ihnen bei ihren Untersuchungen niemand über die Schulter schaut, dann kann man sich auch auf die Ergebnisse seinen eigenen Reim machen. Zurecht stellen DIE GRÜNEN daher fest, daß sie in die zuständigen Stellen kein Vertrauen mehr hätten und daß ein unabhängiges Institut beauftragt werden müßte.

Verblüffende Offenbarungen gab es auch von Seiten der Frankfurter Stadtwerke. Schon seit 1978 dürfe der südlichste Brunnen der Hinkelsteinanlage *„überhaupt nicht mehr in Betrieb genommen werden"*. Aber auch die anderen Brunnen der sog. „Südkette" würden *„seit geraumer Zeit"* stilliegen (Südkette: zwischen

Fortsetzung nächste Seite

Flughafen Narita: Wie kann mensch die Bauern von Sanrizuka unterstützen?

BOYKOTTIERT DEN NARITA FLUGHAFEN

... indem ihr den internationalen Flughafen von Osaka benutzt. Sämtliche großen Fluglinien landen dort (Japan Airlines, Northwest, PanAm, Lufthansa, British Airways, Air France, Singapor Air Lines etc.). Außerdem ist die Reise Osaka-Tokio angenehm, wenn der schnelle Zug benutzt wird. Die China Airlines fliegt Nordamerika und Südost-Asien vom Flughafen Haneda in Tokio aus an.

FORDERT DEN SOFORTIGEN STOP DER AUSWEITUNG DES FLUGHAFENS (2. Phase)

– Schickt euren nationalen Fluglinien Protestbriefe gegen die Gefahr, die der neue Flughafen von Tokio für die Piloten, Passagiere und Anwohner darstellt.

– Schickt dem Ministerpräsidenten SUZUKI Briefe, wo ihr den sofortigen Stop der 2. Bauphase fordert.

Ministerpräsident Suzuki
Residenz des Ministerpräsidenten
Nagato-cho, Chiyoda-ku
Tokyo, Japan

UNTERSTÜTZT DEN KAMPF VON SANRIZUKA

– Schickt Gruß- und Solidaritätsadressen an:
Widerstandsliga der Bauern von Sanrizuka und Shibayama gegen den neuen internationalen Flughafen von Tokyo
KITAHARA Koji
Sanrizuka 115
Narita-shi, Chiba-ken
Japan
– Bestellt die Diaserie Sanrizuka (Farbdias), die die Geschichte des Kampfes gegen den Flughafen seit 1966 schildert.
– Bestellt Exemplare der Anti-Flughafenzeitung MUSHIRO-BATA.
– Bestellt Kalender aus Sanrizuka.

Für mehr Informationen wendet euch an:
Pacific-Asia Ressources Center
BP. 5250
Tokyo-International
Japan
– Schickt die folgende Resolution an die Adressen:
Ministerpräsident Suzuki
Residenz des Ministerpräsidenten
Nagata-cho, Chiyoda-ku
Tokyo, Japan
Sendet eine Kopie derselben an:
Akiba Satoshi
Asakura 148
Shibayama Machi
Sanbu Gun
Chiba- Japan
(Mitglied der „Widerstandsliga...").

Resolution an die japanische Regierung

„Seit 16 Jahren riskieren die Bauern von Sanrizuka und Shibayama ihr Leben, um den Bau des neuen internationalen Flughafens von Tokyo (Narita) zu verhindern. Es ist klar, auch für uns in Europa, daß die Bauern deshalb kämpfen, weil sie nie ernsthaft zum Flughafen-Projekt befragt worden sind. Sie kämpfen, weil die japanische Regierung meint, sie könne sie enteignen und ihnen ihre Lebensgrundlagen mit Gewalt entreißen.

Es ist auch klar, daß die Bauern nicht um die Verteidigung ihrer persönlichen Interessen, sondern für die Durchsetzung eines demokratischen Prinzips kämpfen: das Recht der Landarbeiter, in Frieden auf ihrem Land zu leben und selber zu bestimmen; das Recht der Bürger auf Ablehnung von Entscheidungen, die der Staat mit Gewalt aufzwingen will.

Laut einem Flugtechnik-Experten, Eiichi SEGIKAWA, weist der Narita-Flughafen die „schrecklichste Bilanz in der Flughäfengeschichte" auf. Die Verachtung Ihrer Regierung für die lokalen Realitäten hat bei der Bevölkerung einen heftigen Widerstand ausgelöst. Aufgrund dieser beharrlichen Opposition wird es Ihnen nicht gelingen, die zweite Phase des Baus zu Ende zu bringen und die bereits fertiggebaute Hälfte des Flughafens sicher und wirksam funktionieren zu lassen.

In der Tat ist Narita der gefährlichste Flughafen der Welt. Das Leben der Passagiere und der Anwohner wird ständig Gefahren ausgesetzt.

Die Unterzeichnenden fordern im Namen der sozialen Justiz und der humanitären Prinzipien Ihre Regierung dazu auf, dem Ausweitungsplan des Flughafens sofort ein Ende zu setzen. Wir fordern, daß Sie den Bauern von Sanrizuka und Shibayama ihre vollen Bürgerrechte zurückgeben und diejenigen entschädigen, die unter den Mängeln ihrer Flughafenbaupolitik gelitten haben.

Der Flughafen von Narita wirft seit 16 Jahren einen Schatten auf den Ruf Japans als demokratisches Land. Indem Sie die zweite Phase der Bauarbeiten in Narita fallen lassen würden, würden Sie der Welt zeigen, daß soziale Justiz und Demokratie der japanischen Regierung teurer sind als Profit und Staatsraison."

(Dieser Text wurde von der japanischen Delegation auf dem Larzac-Treffen wie auch eine Woche später bei den Startbahngegnern in Mörfelden-Walldorf verbreitet.)

Kerosin schon vor der Trinkwasserstation

Fortsetzung von vorig. Seite

dem Flughafen und der Pumpstation). Dies hatte der Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bereits vor einem Monat festgestellt, um zu beweisen, daß es – entgegen allen beschwichtigenden Behauptungen – in Wirklichkeit doch eine reale Bedrohung der Trinkwassergewinnung gibt. Exakt das, was der BUND vermutet hatte, bestätigten die Behörden jetzt: die Stillegung *„geschehe aus der Überlegung, daß beim Betrieb der Brunnen ein Grundwassertrichter entstehen und das verseuchte Wasser ‚nachlaufen' würde"* („FR", 27.8.).

Vor vier Wochen jedoch hieß es:

Vor vier Wochen jedoch hieß es: **„Bei den Stadtwerken wurde gestern energisch (!) bestritten, daß, wie von Umweltschutzorganisationen behauptet, Brunnen für die Trinkwassergewinnung im Zusammenhang mit dem Kerosin-Unfall stillgelegt wurden"** („FR", 25.7.). Lügen haben eben manchmal „energisch" kurze Beine. Diese Leute haben den schlichten Auftrag, alles abzustreiten. Aber über die Skrupellosigkeit, mit der das geschieht, ist man doch immer wieder überrascht. Immerhin geht es um die Gesundheit der Bevölkerung.

Doch nicht genug: Eher zufällig stießen DIE GRÜNEN bei ihren Waldspaziergängen auf eine Reihe neu – und offenbar in hektischer Eile – errichteter sog. „Schluckbrunnen". Sie stellten fest, daß mithilfe dieser Einrichtungen große Mengen Wasser zusätzlich in das Grundwasser hineingepumpt werden. Genau in diesem Bereich fanden sich später auch die hohen Werte von Tetrachloräthylen. Dieser krebserzeugende Stoff, der in den auf der nahegelegenen Lufthansabasis verwandten Reinigungsmitteln enthalten ist, war schon 1978 im Frankfurter Trinkwasser nachgewiesen worden. Daraufhin mußte damals auf Veranlassung von Bundesbehörden die gesamte Pumpstation Hinkelstein außer Betrieb gesetzt werden.

An diesem Punkt konnten die Stadtwerke nicht dementieren. Die „Schluckbrunnen" seien eingerichtet worden, um den Grundwasserspiegel künstlich zu erhöhen, damit das verseuchte Wasser aus dem Bereich der Lufthansabasis nicht zum Hinkelstein weiterfließt. So nebenbei wird die Öffentlichkeit davon unterrichtet, daß man dieses Spielchen eben seit 1978 treibe. D.h. daß auf dem Flughafen trotz erwiesener Trinkwasserschädigung unbeirrt weitergepfuscht wird (mit denselben Reinigungsmitteln), und daß (natürlich mit Steuergeldern) ein Riesenaufwand betrieben wird, um das verseuchte Grundwasser umzulenken oder soweit zu verdünnen, daß die für Giftstoffe vorgeschriebenen Grenzwerte pro Liter nicht überschritten werden.

Der ängstliche Beobachter freilich fragt sich, woher denn die Wassermengen kommen, mit denen eine solche künstliche Fließsperre errichtet wird. Die Antwort ist einfach: aus dem Main. Das Mainwasser nämlich ist bereits so hochgradig verdreckt, daß man es nicht einfach klären kann. Es soll(te) also, nachdem es eine erste Kläranlage passiert hat, über Sickervorrichtungen allmählich im Stadtwald versickern und sich durch dieses l a n g s a m e Hindurchfließen durch den Waldboden reinigen. Diese schöne Theorie kann man vergessen, wenn das Mainwasser direkt ins Grundwasser gepumpt wird, um dessen Spiegel anzuheben. Offenbar wird also das verseuchte „Flughafenwasser" mit dem verdreckten Mainwasser verdünnt, um die Konzentration von chlorierten Kohlenwasserstoffen und ähnlichen Giften zu senken. Wem das zu kompliziert ist, der stelle sich einfach vor, daß man Salzwasser mit Zuckerwasser mischt, um das Ergebnis genießbar zu machen. Das ist in etwa die Methode, nach der die Frankfurter Stadtwerke verfahren.

Kommen wir zurück zu Karl Schneider, Sonderbeauftragter im Kabinett Börner zur Vertuschung von Umweltgefahren. Er versucht, der offiziellen Bezeichnung seines Ministeriums („Umwelt s c h u t z") insofern Rechnung zu tragen, als er in markigen Wortspielen eine Erneuerung des Betankungssystems auf dem Flughafen „fordert". Man muß dabei sehr genau auf die Grammatik achten, um die „Ernsthaftigkeit" von Hessens oberstem Umweltschützer wirklich zu würdigen. Im Februar bereits „forderte" Schneider eine *„konstruktive Verbesserung"* dieses Systems. Nachdem das katastrophale Ausmaß des letzten Kerosin-Unfalls Anfang Juli bekannt geworden war (über 1 Mio. Liter zurückgepumpt), sprach Schneider von einer notwendigen sicheren *„Neugestaltung"* des Systems. Die Öffentlichkeit verstand das so, daß – ganz handgreiflich gesehen – neue Rohre her müssen, die sich auch

neue Rohre her müssen, die sich auch

sicher überwachen lassen. Die Betreiberin hingegen (Hydrantenbetriebsgesellschaft) protestierte lautstark und meinte, eine spezielle elektrische Vorrichtung könne die Abnutzung der alten Rohre auch verhindern und sei zudem eine „konstruktive Verbesserung". Mittlerweile befaßte sich auch die Landesregierung mit dieser Frage und beschloß eine *„konstruktive Neugestaltung"* der Betankung auf Rhein-Main.

Nun weiß man also, daß die notwendigen Veränderungen sowohl „konstruktiv" als auch „neu" sein müssen, aber wohl doch nicht so richtig neu, daß das gesamte Rohrsystem ersetzt werden müßte (wenn wir das grammatikalisch richtig interpretieren). Diese komplizierte Frage wird allerdings ganz einleuchtend, wenn man sich den preislichen Hintergrund der Debatte ansieht. Ein doppelwandiges Rohrsystem nach den neuesten technischen Erkenntnissen würde wahrscheinlich allein in der Herstellung 300 Millionen kosten. Hinzu kämen die Kosten für die Verlegung, die Beeinträchtigungen bei der Abwicklung der Starts und Landungen usw. Zum Vergleich: Die Startbahn West soll 250 Mio. DM kosten. Und „sparen" müssen „wir" ja auch...

KB/Gruppe Frankfurt



Grüne Wasserexperten bei der Arbeit im Frankfurter Stadtwald

Larzac – 10 Jahre Kampf

Oktober 1970 – September 1972:
Am 11. September 1970 wurde der Plan zur Ausweitung des militärischen Übungslagers auf dem Larzac erstmals bekannt. Am 9. Mai 1971 findet dagegen eine erste Protestdemonstration mit 1.500 Teilnehmern statt. Im März und April 1972 werden von Gewaltfreien Protesthungerstreiks durchgeführt. 103 Landarbeiter vom Larzac verpflichteten sich gegenseitig, das Land nicht zu verlassen. Am 14. Juli 1972 findet in Rodez eine erste Großdemonstration mit 20.000 Leuten (und 70 Traktoren) statt.

Oktober 1972 – September 1974:
Nach Regierungsplänen soll das Armeelager von 3000 Hektar auf 17.000 ha. erweitert werden.

Während der sogenannten „Ermittlung" zur Feststellung der „Gemeinnützigkeit" grasen 60 Schafe aus dem Larzac unter dem Pariser Eiffel-Turm.

Im Januar 1973 fahren Larzac-Landarbeiter mit 25 Traktoren nach Paris.

Im Larzac gründen sie die „APAL": „Gesellschaft zur Förderung der Landwirtschaft auf dem Larzac".

Mit Hilfe von Freiwilligen wird eine große Schäferei in den Jahren 1973 bis 1975 fertig gebaut. Im April 1973 schicken 60 Landarbeiter ihre Militärpapiere der Regierung zurück. Im Oktober wird eine Schule auf dem Larzac eröffnet. Im Dezember wird die erste „GFA" („Landboden Gruppe") gegründet, um die von der Armee gewünschten Ländereien aufkaufen zu können.

Im August 73 kommen 60.000 Menschen; im August 74 sind es 100.000.

Oktober 1974 – September 1975:
Die Enteignungsprozeduren werden vorbereitet. Am 10. März 1974 wird versucht, einen Bauernhof, wo 10 Menschen leben, anzuzünden. Die Antwort der Larzac-Landarbeiter: die Verstärkung und Organisierung des Widerstands.

Im Oktober 1974 besetzen sie einen von der Armee gekauften Bauernhof. Im Mai 1975 wird die Larzac-Universität aufgebaut. Im Juni 1975 wird mit der Herausgabe der Zeitung „Gardarem Lo Larzac" begonnen. In ganz Frankreich existieren mittlerweile „Larzac-Komitees", die sich regelmäßig auch untereinander treffen.

Oktober 1975 – August 1978:
Während dieser drei Jahre scheint die Enteignungsprozedur erstmal zu stagnieren. Die Regierung versucht, zu verhandeln und schlägt den Landarbeitern eine „kleinere Ausweitung" des Militärlagers vor. Gleichzeitig kauft die Armee Boden bei Spekulanten.

Die Landarbeiter besetzen das Gelände der Armee und bestellen dort die Felder. Wege werden geschaffen, Wasserleitungen gelegt, im Oktober 1975 wird ein Forschungszentrum zu gewaltfreien Aktionen auf dem Larzac eröffnet. Am 28. Juni 1976 besetzen 22 Landarbeiter die Büros der Armee, alle werden verhaftet, manche müssen drei Wochen lang im Knast bleiben. Im August 1977 findet das 3. große Larzac-Treffen statt mit über 50.000 Menschen.

September 1978 – April 1981:
Aufgrund ihres Wahlerfolgs bei den Parlamentswahlen 1978 fühlt sich die Regierung wieder stärker, erste Enteignungen werden verfügt. Um ihren Kampf national bekannt zu machen, führen die Landarbeiter einen Marsch von Millau nach Paris durch (über 700 km!). Dort werden sie von 40.000 Demonstranten empfangen.



1979 finden vor allem Aktionen gegen die Richter statt, die die Ländereien schätzen wollen. Im Mai 1980 erringen die Landarbeiter einen ersten juristischen Erfolg: die bisher beschlossenen Enteignungen sind juristisch nicht korrekt. Ende November 1980 sind sie wieder in Paris: dieses Mal campieren sie mit ihren Familien auf dem „Champe Mars".

Im Zusammenhang mit dem Larzac-Kampf werden über 1000 Militärpapiere in ganz Frankreich zum „Absender" zurückgeschickt.

Mai-Juni 1981:
Der neue Präsident der Republik entscheidet den Ausweitungsstop. Am 7. Juni verläßt die Armee die 5 Bauernhöfe, die sie seit 1976 besetzt hatte.

Jetzt soll auf dem Larzac ein neues Modell von Landwirtschaftsorganisation erprobt werden: das Land soll Eigentum eines Gemeindefonds werden, wobei es kollektiv von den Landarbeitern bestellt wird (dies veranlaßte übrigens die faschistische Wochenzeitschrift „Minute" zu einem Artikel mit der Überschrift: *„Die Sozialisten wollen aus dem Larzac eine Kolchose machen"*).

Larzac: »Kämpfen: ja, sich erholen: nein!«



„Nein! Die Landarbeiter werden nicht verkauft!"

„Nein! Die Landarbeiter werden nicht verkauft!"

Kurz nach ihrem Regierungsantritt hat die neue Mehrheit in Frankreich den Stop der Ausweitungspläne für das Militärübungslager auf dem Larzac beschlossen (siehe Kasten zur Geschichte des zehnjährigen Kampfes der Larzac-Landarbeiter). Vom 17. bis zum 23. August fand jetzt ein internationales Friedenstreffen dort statt.

Die drei Hauptthemen des Treffens waren:

- Das atomare Wettrüsten, insbesondere die Militarisierung der Gesellschaft und die internationale Solidarität,
- Der Hunger in der Welt und die Nutzung der natürlichen Ressourcen zum Überleben der Menschheit,
- Die Angriffe auf die Freiheiten und die Demokratie.

An den zahlreichen Diskussionen und Arbeitsgruppen nahmen rund 3000 Menschen teil, das Abschlußfest am 23. August wurde von ca. 10000 Menschen besucht.

Zahlreiche ausländische Delegationen waren dem Aufruf der Larzac-Landarbeiter gefolgt. Unter anderen (die vollständige Liste wäre zu lang..) Delegationen der salvadorianischen FDR, der Sinn Fein, der „Indianischen amerikanischen Bewegung", der Frente Polisario, der „Österreichischen Bergbauernvereinigung", des „Vereins türkischer Arbeiter in Frankreich", der „Gesellschaft zur Unterstützung der arabischen und hebräischen Bewegung", der englischen „CND/END" (Kampagne für nukleare Abrüstung), indianische Genossen aus Guatemala und Bolivien, zahlreiche Arbeiter aus Rüstungsbetrieben („Lucas Aerospace", Großbritannien; „Vickers", USA u.a.), Mitglieder zahlreicher französischer Antimilitarismus- bzw. Anti-AKW-Komitees, eine Delegation aus Plogoff..... Die BRD „vertrat" ein buntes politisches Spektrum: die Grünen, BBU, Rechtsanwalt Klaus Croissant, die AGDF (Arbeitsgemeinschaft für den Frieden), die BI gegen die Startbahn West am Frankfurter Rhein-Main Flughafen und last not least auch der KB.

Die eindeutigen „Stars" des Larzac-Treffens waren jedoch die japanischen Bauern von der „Widerstandsliga gegen den Flughafen von Sanrizuka-Shibayama" und die Vertreter der nationalen japanischen Bauerngewerkschaft.

Es war eine Woche intensiver Diskussionen und gegenseitigen Kennenlernens, die die Larzac-Landarbeiter auf einer Abschlußveranstaltung so bewerteten: „*Unser Ziel war es, der wachsenden Last der gesellschaftlichen Militarisierung im Larzac weiter entgegenzuarbeiten. Wir wollten Kampfgemeinschaften, Organisationen, außerparlamentarische Bewegungen, staatliche (Regierungs-) Organisationen versammeln, um gegen die Kriegstreiberei zu kämpfen. Wir wußten nicht, ob unser Aufruf Gehör finden würde. Er wurde gehört, sowohl in Frankreich als auch im Ausland. 3000 Menschen sind aus Europa und anderen Teilen der Welt gekommen, um sich zu informieren, um selber zu berichten, um Erfahrungen auszutauschen, um die internationale Solidarität zu verstärken. Die offene und internationale Gestaltung dieses Treffens, seine Länge und seine materielle Organisierung haben dieser Initiative einen bisher unbekannten, neuen Charakter verliehen.*

Die geknüpften Kontakte, der Ausbau der bereits vorhandenen Solidarität und der Enthusiasmus der ausländischen Delegationen beweisen die Notwendigkeit solcher Treffen.

Dieses internationale Friedenstreffen war eine Premiere – und bereits jetzt haben wir schon Aussicht auf weitere Initiativen genommen, und auch für weitere internationale Friedenstreffen auf dem Machupiccu auf Vorschlag der indianischen Bewegung Lateinamerikas und im Sanrizuka in Japan".

Sämtliche Diskussionen hier zusammenfassen zu wollen, wäre aufgrund ihres Umfangs nicht möglich, allerdings sei hier darauf hingewiesen, daß es bereits eine Mappe mit Berichten aus sämtlichen AGs gibt (zu beziehen über: paysans du LARZAC, 12100 Millau, oder Comites Larzac, 14, rue de Nanteuil, 75015 Paris).

Dem Anlaß des Treffens entsprechend fanden insbesondere zahlreiche Debatten über die Außen- und Verteidigungspolitik der neuen französischen Regierung statt.

Mit der Eile, in welcher die Mitterrand-Regierung gerade in diesem Bereich die Masken hat fallen lassen, kommen viele – zum Teil wohl auch rein „emotional"..... – nicht mit. Zum anderen ist der von de Gaulle aufgebaute Mythos der sogenannten „unabhänigen französischenn Force de Frappe" von recht zähem Leben.

Dies obwohl Frankreich zwar formell nicht NATO-Mitglied, aber in sämtlichen NATO-Entscheidungsgremien und -kommissionen vertreten ist. Und obwohl zum Beispiel die gerade von der PS-Regierung gepriesenen Atom-U-Boote ohne brüderliche Hilfe der USA gar nicht funktionstüchtig sind. Obwohl auch in Frankreich die mobilen strategischen Atomraketen des Typs „SX" in Kooperation mit den USA stationiert werden sollen.....

Kurz und knapp: die ganze „Independance" der französchischen Verteidigung ist eine reine Farce.

So war auch der abschließende erste französiche Aufruf gegen die Kriegstreiberei eine etwas diffizile Geburt......

Andere Diskussionen in diesem Zusammenhang betrafen die Einschätzung des Ost/West-Kräfteverhältnisses: zwar bestand in der Frage des Hauptkriegtreibers (USA) ein weitgehender Konsens, die Aggressivität der SU wurde allerdings verschieden eingeschätzt. Konsens bestand auch darin, sich im Interesse einer konsequenten, autonomen und pluralistischen Friedensbewegung sowohl gegen die Aufrüstung im Westen als auch im Osten zu wenden.

Zu Positionen, wie sie z.B. RA Klaus Croissant vertritt, bestand der bekannte Widerspruch: Ist die BRD ein reiner Vasallenstaat der USA, oder ist das Verhältnis USA/BRD nicht eher zwischen Konkurrenz und Gefolgschaft anzusiedeln.

Paradoxerweise treffen sich solche Ideen wie von Croissant mit verbreiteten Ansichten gerade unter Sozialdemokraten: die Folgen eines Einsatzes nuklearer Waffen wären dermaßen katastrophal für die BRD, daß die Schmidtschen Entscheidungen nur gegen seinen eigentlichen Willen, aufgrund des US-„Zwangs", getroffen werden. Damit wird jede eigene Verantwortung und jedes eigene imperialistische Interesse der BRD-Bourgeoisie abgesprochen. Inwiefern diese Meinung eine (subtile ?) Variante von Nationalismus oder Chauvinismus ist, ist noch eine andere Diskussion.

Frankreich-Kommission

Neues von den »Gorlebener Aktionstagen«

Vom 1. - 4. Oktober werden bundesweit Atommüll-Sternmärsche nach Gorleben starten. Vor Ort sind konkrete Behinderungsaktionen sowie eine Großkundgebung gegen das geplante Zwischenlager vorgesehen. An diesem Termin soll unabhängig von dem täglich zu erwartenden Baubeginn festgehalten werden. Nach längerem Zögern hat nun auch die BI Lüchow-Dannenberg zugesagt, „*die Aktionstage zu unterstützen und sich auch aktiv, soweit es in ihren Kräften steht, daran zu beteiligen*". Hierzu will sie auch den BBU auffordern. Diese Entwicklung wird von der Lüchow-Dannenberger Vorbereitungsgruppe, bestehend aus „Aktivisten" innerhalb und außerhalb der BI, positiv bewertet, „*da wir bis dahin das Gefühl hatten, hier im Kreis isoliert dazustehen und in der Vorbereitung und Diskussion der Aktionstage zwischen auswärtigen BIs einerseits und der BI Lüchow-Dannenberg andererseits aufgerieben zu werden*" (aus: „Info 2").

Will die BI-Lüchow-Dannenberg eine gleichberechtigte Zusammenarbeit?

Das bisherige BI-Konzept, über Appelle an die Vernunft der Kommunalpolitiker (Einsprüche, Mahnwachen etc.)

das Zwischenlager zu Fall zu bringen, ist bekanntlich gescheitert (nachzulesen im AK 204). Wer innerhalb der BI überhaupt noch auf eigenständigen Widerstand setzt, weiß, daß die Einbeziehung auswärtigerBIs für künftige öffentlichkeitswirksame Aktionen nötiger denn je ist. Auf allen bisherigen Vorbereitungstreffen machten die auswärtigen BI-Vertreter allerdings deutlich, daß sie „Veto"-Vorrechte oder sonstige Gängelungsversuche seitens der BI Lüchow-Dannenberg nicht mehr akzeptieren würden, sondern eine g l e i c h b e r e c h t i g t e Teilnahme dieser BI erwarten.

In Wethen hat sich erneut gezeigt, daß auf dieser Forderung bestanden werden muß: Dort wurden von einzelnen Ortsgrößen sowie dem BBU eine bundesweite Aktion eigenmächtig abgeblasen, ohne überhaupt eine Konferenz der BIs, die „nur" seit Wochen für die geplante Großaktion mobilisiert hatten, abzuwarten.

Ob sich allerdings die BI Lüchow-Dannenberg auf diese Forderung einläßt, ist noch ungewiß: Während einer Vorbereitungsveranstaltung auf die Aktionstage, Anfang August, erklärte deren Sprecher, W. Römmig, daß nur bei Vorgabe eines für alle Teilnehmer verbindlichen Aktionsrahmens die BI zu einer Unterstützung bereit sei: „*Wenn alle Aktionen offen sein sollen, werden wir uns nicht beteiligen.*" Mit derart allgemeinen Äußerungen kann im Vorfeld jeglicher konkreter Absprachen bzw. Verhandlungen natürlich nichts geklärt, sondern muß als Drohung interpretiert werden. Nicht weniger sinnlos und spalterisch waren während der letzten beiden Vorbereitungstreffen die Forderung einiger Autonomer, eine abstrakte „totale Aktionsfreiheit" zur Voraussetzung für eine Beteiligung an der Aktion zu machen. Mit viel Geheimniskrämerei und Muskelspiel vorgetragen, zielte diese Tour geradezu auf Einschüchterung und Angstreaktion bei weniger militanten Bürgerinitiativlern im allgemeinen und den Aktivisten aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg im besonderen, die die Verbindung zu weniger radikalen Atomgegnern ihrer Region nicht völlig aufs Spiel setzen wollen – ein sicherlich berechtigtes Anliegen!

Die bereits erwähnte Vorbereitungsveranstaltung der BI zeigte, daß die von den Medien geschürte Angst auch bei vielen aktiven BI-Mitgliedern in Lüchow-Dannenberg ungebrochen ist. So z.B. bei Lilo Wollny (Gorleben-Frauen): „*Wir haben Angst, daß die Leute kommen, die woanders Krawall machen. Wir erzielen keinen Fortschritt mehr, wenn wir uns auf solche Widerstandsformen einlassen. Es werden sich immer mehr Leute zurückziehen.*"

Andere wiesen darauf hin, daß es in erster Linie darauf ankomme, daß „*40.000 Leute*" nach Gorleben kommen, „*.... und die kriegen wir nur, wenn wir gewaltfrei mobilisieren.*"

Tatsächlich sollen ja die bundesweiten Aktionstage dazu dienen, daß örtliche Kräfte und die gesamte AKW-Bewegung gemeinsam demonstrieren, daß ein Zwischenlager als erster Teil des geplanten Atomparks in Gorleben nicht hingenommen wird. Eine solche Aktion ist nicht zu erreichen, wenn örtliche Kräfte antreten, um generell ein „gewaltfreies" Konzept durchzusetzen. Umgekehrt ist es ein völlig hoffnungsloser und unsinniger Versuch von autonomen Kräften, gegen den erklärten Willen von BI-Kräften durchsetzen zu wollen, daß die totale Aktionsfreiheit erklärt wird. Bisher sieht es noch nicht so aus, daß die Aktionstage zu einer Aktion der gesamten Anti-AKW-Bewegung werden könnten.

AKW-Nein-Kommission

Diemelstadt-Wethen:

Diemelstadt-Wethen:

Doch keine WAA

Am 18. August gab der neue hessische Wirtschaftsminister Hoffie (FDP) bekannt, daß die Landesregierung „aus geologischen Gründen" für eine WAA in Diemelstadt-Wethen keine Baugenehmigung erteilen würde. Es ist schon merkwürdig. Da prüfen die Gutachter der DWK monatelang in engster Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Landesregierung „geeignete" Standorte und benennen dann schließlich einen. Und als die Landesregierung dann ‚nein' sagt, kein Wort des Gezeters, wie man es sonst von den Atomfirmen so kennt. Gentleman-like wird die Entscheidung der Landesregierung zur Kenntnis genommen und eine baldige Standortneubenennung angekündigt. Alle sind zufrieden. Der SPD-Landtagsfraktionsgeschäftsführer lobt die Landesregierung wegen ihres umweltpolitischen Verantwortungsbewußtseins und erklärt, daß deren Vorgehen doch viel sinnvoller sei, als die Hauruck-Politik der CDU; die FDP lobt ihren Karry-Nachfolger Hoffie; in der Frankfurter Rundschau wird das ganze abgefeiert, als handele es sich schon um den Rückzug der Landesregierung von ihren WAA-Plänen.

Alles Schwindel! Tatsächlich handelt es sich um einen wohldurchdachten Standortpoker, ein Spiel mit verteilten Rollen zur D u r c h s e t z u n g der WAA in Nord- und Mittelhessen.

Für den 19. September hatten die hessischen Atom- und WAA-Gegner zu einer bundesweiten Demonstration nach Diemelstadt-Wethen aufgerufen. Die Demonstration sollte sich jedoch nicht allein gegen die WAA richten. Seit längerem schon bestehen gute Kontakte zwischen dem Diemelstädter Anti-Atom-Büro und den Gegnern des Ausbaus des Frankfurter Flughafens; viele nordhessische WAA-Gegner unterstützen aktiv das laufende Volksbegehren gegen die Startbahn-West. Die Demonstration wäre unter Anwesenheit vieler tausend Startbahngegner zu einer Manifestation gegen die WAA, gegen die Startbahn-West, gegen die umweltfeindliche Politik der Landesregierung schlechthin geworden. Das hätte für die Landesregierung die Gefahr gebracht, daß sich neben dem Konflikt um die Startbahn West in Südhessen noch ein weiterer Öko-Schwerpunkt im Nordhessischen bildet, Bewegungen zudem, die sich nicht mehr vereinzeln lassen, sondern den Gesamtzusammenhang der hessischen Atom- und Beton-Politik erkannt haben und ihren Widerstand auch zusammenfassen.

In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich, daß ein Teil der Mitglieder der nordhessischen BIs relativ schnell bereit war, das Projekt der Großdemo am 19.9. zu streichen, nachdem die Landesregierung ihre Aussagen gemacht hatte. „*Der Kelch ist an uns vorüber gegangen*", sagte bezeichnenderweise ein Diemelstädter Pastor und Lokalmatador. Damit meinte er natürlich nicht allein die WAA, sondern auch den Ärger mit den Demonstranten. Insbesondere bestimmte Mitglieder, die in der Regel der sozialen Schicht der Lehrer, Pastoren, Ingenieure etc. angehören, zeigen leider die unangenehme Angewohnheit, sich als Stellvertreter der sogenannten „direkt betroffenen Bevölkerung" aufzuspielen, „die man nicht überfordern dürfe", und dokumentieren damit neben einer gehörigen Arroganz im wesentlichen nur ihre eigenen Ängste und Probleme, sich konsequent gegen den hessischen Atomstaat zu stellen. Ähnliche Probleme stellen sich auch für die örtlichen SPD-Politiker, die die Kurve zum Widerstand großenteils erst nach der Wethener Standortbenennung gekriegt hatten und jetzt z.T. höhnisch den AKW-Gegnern empfahlen, „*doch in Frankfurt zu demonstrieren*". An diesen Herrschaften geht der Kelch wohl kaum vorüber; denn die nächste Standortbestimmung durch die DWK kommt bestimmt. Und ebenso sicher gibt es Widerstand durch die Betroffenen. Mit oder ohne SPD-Bürgermeister.

USA:

Wunder in der WAA-Technik zum Atombombenbau

Obwohl die USA das größte Lager der Welt an Atomsprengköpfen besitzen, kommen sie durch die geplante gigantische Aufrüstung in Plutoniumknappheit, das als Explosivmaterial für Atombomben und Zündmaterial für Wasserstoffbomben dienen soll. Obwohl allgemein drei Reaktioren in Süd Carolina und ein anderer Reaktor in Hanford (Washington) auf vollen Touren laufen, nur um Bombenplutonium zu erzeugen, reicht es immer noch nicht. Schon im Mai letzten Jahres warnte ein Bericht des Verteidigungsministeriums vor der drohenden „Plutoniumkrise" („IHT", 7.4.8o). Seitdem zerbrechen sich die Wissenschaftler den Kopf über eine neue Wiederaufbereitungstechnik, um das Plutonium aus den abgebrannten Brennelementen der zivilen AKWs zurückzugewinnen. Nachdem einer dieser Kriegsphysiker errechnet hat, daß in den Zwischen- und Endlagern Plutonium für 1o ooo Atomsprengköpfe lagert, wurde flugs eine WAA-Technik per Laserstrahl entdeckt, um an den Bombenstoff heranzukommen („Spiegel", 32/81). Ähnlich wie bei dem in allen WAAs heute üblichen Purex-Verfahren, das anfangs ausschließlich für militärische Zwecke entwickelt wurde, zeichnet sich ein weiterer neuer „Erfolg" in der WAA-Technik wieder aufgrund militärischer Zwecke ab. Doch wird gleichzeitig auch eine alte Propagandalüge der Atombetreiber stillschweigend aufgegeben. Denn bisher hieß es hartnäckig, daß aus abgebrannten Brennelementen „ziviler" AKWs kein bombenreines Plutonium zu gewinnen sei. Doch zur Aufrüstung wird schon mal eine Katze aus dem Sack gelassen. Bleibt nur abzuwarten, wann das Verteidigungsministerium in der BRD diese neue Rohstoffquelle für sich erschließen will?

Hamburg:

Bündnisliste mit »grüner Dominanz«?

Das Gerangel um die Bildung einer linken Liste zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1982 bleibt nach wie vor unheimlich alternativ und spannend. Für permanente Bewegung in der Szene sorgt vor allem die Gruppe Z mit immer neuen Taktiken und Projekten. Eben noch war auf Initiative des Z-Chefideologen Thomas ,,Langer'' eine auch von einzelnen Z-unabhängigen Grünen unterschriebene Erklärung veröffentlicht worden, die in sehr scharfer und provokatorischer Form den Ausschluß des KB aus allen Überlegungen über ein Wahlbündnis forderte. Und eben noch warb die Gruppe Z hinter den Kulissen für ihr Modell einer ,,Offenen Grünen Liste'') — d.h. die Ergänzung einer grünen Partei-Kandidatur durch einzelne den Grünen genehme nicht-grüne Personen.

Doch seit dem 25. August ist wieder alles anders und ganz neu: An diesem Tag erschien von Jürgen Reents (Sprecher der Gruppe Z) und Bernd Vetter (autonomer Grüner) ein *,,Vorschlag zur Diskussion''*. Reents und Vetter schreiben, daß sie diesen Vorschlag der Landesmitgliederversammlung der Grünen vorlegen wollen, die am 5. September stattfinden wird. Es besteht demnach kein begründeter Zweifel, daß dies der von der Gruppe Z favorisierte Vorschlag (jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt) ist und daß von den Grünen am 5.9. mit großer Mehrheit entsprechend beschlossen werden wird.

Der Vorschlag von Reents/Vetter sieht die Bildung einer *,,grün-alternativen Bündnisliste''* vor, in der den Grünen eine erheblich privilegierte Stellung zukommen soll. Zwar schreiben Reents/Vetter in der Begründung ihres Vorschlags selbst, daß es in Hamburg d r e i relevante Strömungen der ,,alternativen Wahlbewegung'' gebe, nämlich die Grünen, den ,,Unabhängigen-Block'' (,,Initiative für eine Alternative Liste'') und das Bunte Liste-Initiativentreffen. Aus diesen eigentlich d r e i Strömungen sollen aber zugunsten der grünen Dominanz-Ansprüche nur noch z w e i Strömungen gemacht werden, die sich dann ,,paritätisch'' den Einfluß teilen sollen: Auf der einen Seite die Grünen, auf der anderen Seite eine noch zu bildende Alternative Liste aus auf der anderen Seite eine noch zu bildende Alternative Liste aus ,,U-Block'' und BuLi-Initiativentreffen. Zusammen sollen sie dann die ,,Grün-Alternative Bündnisliste'' bilden.

Viel Sinn macht dieser Vorschlag nicht. Er dient nur einem einzigen Zweck: Der Begründung, warum die Grünen nicht bloß ein D r i t t e l des Einflusses in einer Bündnisliste verlangen (was bei Existenz von d r e i Strömungen wahrhaftig logisch wäre), sondern gleich die H ä l f t e. Konkret fordern Reents/Vetter:

1. **50 % der Kandidaten für die Grünen. (Die Gruppe Z geht in ihren Berechnungen davon aus, daß 6 Kandidaten in die Bürgerschaft kommen könnten, von denen also 3 Grüne sein sollen.)**
2. **„Parität" zwischen den Grünen einerseits und den übrigen Strömungen andererseits in allen Entscheidungsgremien. Das heißt, die Grünen sollen in jedem Fall 50 % der Stimmen haben, ganz egal, wie beispielsweise die konkreten Mehrheitsverhältnisse auf einer Vollversammlung sind.**
3. **Mehrheitsbeschlüsse können nur mit 2/3 Mehrheit („bezogen auf beide Gruppierungen zusammen") gefaßt werden.**

Der Vorschlag stellt in dieser Form eine Zumutung dar und wird außerhalb der Grünen wahrscheinlich überall so interpretiert werden. Es gibt bei der geringen p r a k t i s c h e n politischen Bedeutung der Hamburger Grünen überhaupt kein Sachargument, das die Forderung nach 50 % der Kandidaten und 50 % der Stimmen bei allen Entscheidungen auch nur annähernd begründen könnte. (Tatsächlich wären die Grünen bei einer Drittelung des Einflusses zwischen ihnen, dem ,,U-Block'' und der BuLi schon gut bedient.) Die 2/3-Regelung bei Mehrheitsbeschlüssen gäbe den Grünen zudem ein Veto-Recht, durch das praktische Politik entweder lahmgelegt würde oder nur noch in Anpassung an die Vorstellungen der Gruppe Z und anderer Grüner möglich wäre.

Nicht klar wird aus dem Vorschlag von Reents/Vetter, ob die Grünen einerseits und die übrigen Strömungen andererseits jeweils autonom ihre Kandidaten nominieren sollen — oder ob die Kandidatenaufstellung auch nach dem 2/3-Modell ablaufen soll, d.h. mit einem Veto-Recht der Grünen gegen ihnen nicht genehme Kandidaten (,,Frankfurter Modell'').

Ü b e r z e u g e n wird der Vorschlag von Reents/Vetter in dieser Form jedenfalls außerhalb der Grünen kaum jemand. Seine reale Stärke bezieht der Vorschlag bloß daraus, daß er mit der offenen Drohung operiert, dies sei bereits das Optimum des bei den Grünen gerade noch Konsensfähigen, und jede Ablehnung des Vorschlags werde einen grünen Alleingang (,,Offene Grüne Liste'') zur Folge haben. Diesem Kalkül aus der Z-Chefetage ist ein cleverer Realismus überhaupt nicht abzusprechen. Die Berechnung ist vor allem, daß es in der Bewertung des Vorschlags von Reents/Vetter zu Meinungsverschiedenheiten in den nicht-grünen Teilen der ,,alternativen Wahlbewegung'' kommen könnte. Hieraus sollen sich Ansatzpunkte für Spaltungen und schließlich für ein vorteilhaftes Arrangement mit Teilen des ,,U-Blocks'' (bei gleichzeitiger Isolierung des BuLi-Initiativentreffens) ergeben.

Gegen das ‚Imperative Mandat'

Interessant ist der Vorschlag von Reents/Vetter auch mit Blick auf eine zukünftige Parlamentsarbeit. Die Gruppe Z ist eingestandenermaßen g e g e n die Praktizierung eines ‚Imperativen Mandats', wie es in vielen anderen Alternativlisten (vor allem: AL Westberlin) üblich ist. Der Vorschlag von Reents/Vetter würde konkret bedeuten, daß die von den Grünen nominierten 50 % der Abgeordneten höchstens an Beschlüsse der G r ü n e n gebunden sind, statt an Beschlüsse des g e s a m t e n Spektrums einer sie tragenden Bündnisliste. Ein zentraler Gesichtspunkt der Gruppe Z ist dabei folgender: Man möchte gern ganz große ,,Realpolitik'' im Zusammenspiel mit der SPD machen. In Westberlin hat die Gruppe Z sich darum sehr dafür stark gemacht, daß die AL der SPD ein ,,Tolerierungsangebot'' machen müsse. Das heißt, die AL-Abgeordneten sollten öffentlich ihre Bereitschaft erklären, Vogels AL-Abgeordneten sollten öffentlich ihre Bereitschaft erklären, Vogels Wahl zum Bürgermeister zu unterstützen, falls die SPD im Austausch zu bestimmten Zugeständnissen bereit wäre. In Westberlin scheiterte dieses von der Gruppe Z unterstützte Projekt daran, daß die dortigen AL-Abgeordneten an Beschlüsse von AL-Mitgliederversammlungen gebunden sind und daß die Forderung nach einem ,,Tolerierungsangebot'' klar in der Minderheit blieb. Für die Gruppe Z hat dieser Vorgang nur ihre Einschätzung bekräftigt, daß man mit der Bindung an Basis-Beschlüsse keine vernünftige Parlamentspolitik machen kann, weil vielen Alternativlern ohnehin der Sinn für größere politische Zusammenhänge und geniale Strategien fehle.

Für Hamburg geht die Gruppe Z in ihren kühneren Träumen von einem Szenario aus, bei dem die SPD unterhalb der absoluten Mehrheit bleibt (was äußerst wahrscheinlich ist), bei dem die FDP erneut an der 5 %-Hürde scheitert (was nicht sehr wahrscheinlich, aber immerhin möglich ist) und bei dem eine grün-alternative Fraktion als ,,Zünglein an der Waage'' einen herrlichen Polit-Poker mit der SPD (,,Tolerierungsangebote'' etc.) veranstalten könnte. Von dieser Art ,,konstruktiver Realpolitik'' verspricht sich die Gruppe Z zugleich einiges für ihre weitergehenden strategischen Pläne (Bündnispolitik gegenüber einer sich herausbildenden autonomen linken Sozialdemokratie).

Anbindung der Abgeordneten an ein ‚Imperatives Mandat', also an Basis-Aufträge und Basis-Beschlüsse, wäre bei der Verwirklichung von derart hochfliegenden Plänen nur ein lästiger Klotz am Bein. ,,Autonomie'' für die grünen Abgeordneten wird daher d a s Essential der Gruppe Z in allen kommenden Verhandlungen sein.

Daß die Gruppe Z hierbei mit a l l e n nicht-grünen Strömungen der ,,alternativen Wahlbewegung'' in Konfrontation gehen muß, ist sicher. Es wird der Gruppe Z dabei nicht gerade hilfreich sein, wenn ihr als Antwort auf Mißtrauen gegenüber ihrer Macht- und Intrigenpolitik bloß die Klage einfällt, man habe ihr *,,gewandeltes Politikverständnis''* noch nicht zur Kenntnis genommen. (So lautet tatsächlich die entsprechende Formulierung im Papier von Reents/Vetter.) Gut wird es der Gruppe Z auch nicht bekommen, wenn sich ihre Chefs dazu hinreißen lassen, kopflos gegen Mitglieder des ,,U-Blocks'' zu pöbeln und ihnen z.B. ,,Lumpengesinnung'' vorzuwerfen (M. Stamm). — Am Ende mag es sogar sein, daß sich die Gruppe Z diesmal noch mit ihrem Powerplay durchsetzt — aber viel Freude würde sie an einem solchen ,,Sieg'' nicht haben.

Und was sich sonst noch so tut: Initiativkreis für eine Alternative Liste ...

Der Initiativkreis (,,U-Block'') hat am 22./23. August ein Seminar mit knapp 100 Teilnehmern abgehalten. Dabei wurde die grundsätzliche Absicht, eine Alternative Liste für die Bürgerschaftswahlen 1982 zu schaffen, bekräftigt. An konkreten Ergebnissen hat die zweitägige Beratung gebracht:
— Das schon seit mehreren Wochen diskutierte Selbstverständnis-Papier konnte noch nicht vereinheitlicht werden; zu viele Punkte erwiesen sich als nicht genügend geklärt. Auf der Basis von Protokollen der Arbeitsgruppen und eines diskutierten Thesenpapiers soll die Selbstverständniserklärung auf den wöchentlichen Donnerstagstreffen zu einem vorläufigen Ende gebracht werden.
— Es wurde ein Papier zu den Strukturen einer Alternativen Liste verabschiedet. Dieses Papier sieht für die AL die Einzelmitgliedschaft vor. Unvereinbarkeitsbeschlüsse werden abgelehnt; entscheidend für die Mitgliedschaft soll die Anerkennung einer noch zu schaffenden inhaltlichen Präambel für das Statut sein. Höchstens beschlußfassendes Organ soll die Mitgliederversammlung sein. Beschlüsse sollen nach dem Konsensprinzip gefaßt werden. Kandidaten der AL für die Bürgerschaft sollen von den Bezirksversammlungen gewählt und der Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorgeschlagen werden. Bezirkskandidaten sollen in den Bezirken gewählt werden. Für Abgeordnete soll das ‚Imperative Mandat' und das ‚Rotationsprinzip' (d.h. schrittweise Auswechseln der Abgeordneten innerhalb tationsprinzip' (d.h. schrittweise Auswechseln der Abgeordneten innerhalb einer Legislaturperiode) gelten. Doppelfunktionen werden abgelehnt.
— Ein weiteres konkretes Ergebnis war die Vorbereitung einer AL-Frauenversammlung für den 28. September. U.a. wurde ein Arbeitsthemenkatalog erstellt. Umstritten ist noch, wieweit die Autonomie der Frauen in der Liste geregelt wird. An der Frauen-Arbeitsgruppe beteiligten sich auch Frauen aus den SOST, dem KB, ehemalige Sozialdemokratinnen, der Gruppe Z und der Bunten Liste.

Bereits vor dem Seminar hatte sich der Initiativkreis nach mehreren Diskussionen erstmals zu Teilen der Situation der Hamburger Wahlbewegung geäußert und eine Erklärung beschlossen. Zum einen wird sich darin von den *,,laufenden Polemiken''* zwischen KB und Z distanziert, von denen man *,,ganz schlicht und einfach g e n e r v t''* sei. Zugleich wird festgestellt, daß die Grünen nur e i n e von den bestehenden Wahlinitiativen sind. Die Gefahr der Festlegung auf eine ,,Offene Grüne Liste'' laufe darauf hinaus, *,,Teile der Wahlbewegung eher auszugrenzen, andere auf die Grünen zu orientieren. Die Grünen würden sich damit aber eine b e s o n d e r e Rolle vor den anderen Strömungen in der Hamburger alternativen Wahlbewegung zuschreiben und alle zwingen, gerade i h r e n Ansatz weiterzuentwickeln.*

Einen gemeinsamen neuen Anfang zu setzen bedeutet für uns, entschieden mehr Mitglieder und Bereiche zu aktivieren, als das mit dem bisherigen grünen Ansatz in Hamburg möglich gewesen ist. Es ist für uns nicht akzeptabel, daß sich e i n e Wahlinitiative oder politische Gruppe zur ‚Avantgarde' oder auch nur zum Kristallisationskern erklärt. Besonders die Basisinitiativen in den Stadtteilen, viele, die irgendwo aktiv sind, sollen v o r Gründung einer Alternativen Liste ihre Ansichten und Bedürfnisse einbringen können''. Im weiteren wird gesagt, daß man *,,machtpolitisches Handeln''* durch *,,basisdemokratische Spielregeln''* und die eigene *,,Aktivität und Wachsamkeit''*, aber nicht durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse verhindern will. Die Grünen wie auch alle anderen werden aufgefordert, *,,gleichberechtigt an der AL-Gründung''* teilzunehmen.

Diskussion im Bezirk Bergedorf ...

Hier haben bisher zwei Treffen stattgefunden, an denen Mitglieder aus BIs (Berufsverbote-Initiative, zwei Frauengruppen, DFI, Initiative Unser Haus e.V., BI Umweltschutz, Jugendzentrums-Ini Vierlanden, Boehringer AG) sowie von aus den Gruppen KB, DKP, Gruppe Z, Grünen sowie ehemalige Sozialdemokraten teilnahmen. Dabei wurde folgende Erklärung verabschiedet: ,, ... *Unter den Anwesenden wurde der Wille bekräftigt, unabhängig von der Gesamt-Hamburger Entwicklung in Bergedorf als kommunalpolitische Alternative zu kandidieren ... Es wurde beschlossen, Arbeitsgruppen zu bilden, die die möglichen Übereinstimmungen und Differenzen unter den verschiedenen politischen Strömungen feststellen sollen''*. Diese AGs haben bereits getagt. Das nächste Bündnistreffen ist am 31.8.

Die Bergedorfer Grünen haben in einer Diskussion mit 8 gegen 5 Stimmen ein Bündnis für Bergedorf gegenüber einer ,,Offenen Grünen Liste'' befürwortet.

Diskussion im Bezirk Harburg ...

Am 20.8. fand das zweite Wahltreffen statt, an dem sich neben vielen Einzelpersonen Mitglieder von DKP, SDAJ, Grünen, Gruppe Z, VVN, KB, SOST sowie der Frauengruppe, der SO der Zivildienstleistenden, der Betriebsgruppe ,,Alternative'' von Daimler Benz und des Antifa-Arbeitskreises beteiligt haben. Auch hier soll die Arbeit in Arbeitsgruppen weitergeführt werden. Auf dem nächsten Plenum, am 17.9., soll eine Erklärung zum Selbstverständnis des Harburger Bündnisses vorgelegt werden.

Die Harburger Grünen (bzw. ein Teil des Bezirksvorstands) haben bislang vor allem Wert darauf gelegt, sich distanziert zu zeigen. Zwar sei man nicht gegen ein Bündnis, jedoch wolle man nicht *,,die Katze im Sack kaufen, wenn nicht geklärt ist, welche Inhalte und welches Selbstverständnis das Ergebnis derDiskussion ist''* — was vermutlich niemand will. Dementsprechend heißt es: *,,Ein Persilschein für eine Alternative Liste wurde von den Grünen nicht gegeben''* — auch dieses will wohl kaum jemand. Vielmehr grenzen die Harburger Grünen sich vom KB ab (u.a. unter Hinweis auf ,,Göttingen''), um sich ihre eigenen Entscheidungen unabhängig von den Bündnisbemühungen vorzubehalten. (Zu dieser Haltung der Harburger Grünen haben Z-Kader maßgeblich beigetragen.)

Diskussion im Bezirk Altona ...

Am 24. August fand das erste Altonaer Wahltreffen statt, auf dem die folgende Erklärung verabschiedet wurde: *,,... Unter den ca. 40 Anwesenden wurde der Wille bekräftigt, in Altona in einen Dialog zu treten mit dem Ziel, als kommunalpolitische Initiative für die Bezirksversammlung und möglicherweise auch darüber hinaus gemeinsam mit anderen Hamburgern auch für die Bürgerschaftswahlen zu kandidieren. An dem Wahltreffen beteiligten sich neben zahlreichen Mitgliedern auch Mitglieder aus verschiedenen politischen Organisationen. Es wurde beschlossen, sich weiterhin zu treffen, um die möglichen Übereinstimmungen und Differenzen der Beteiligten festzustellen''*. Das nächste Treffen findet am 14.9. statt.

Die Altonaer Grünen hatten zuvor ein Meinungsbild über die Kandidatur erstellt. Dabei stimmten nach längerer Diskussion 4 Mitglieder für eine ,,Offene Grüne Liste''; 10 stimmten der folgenden Formulierung zu: *,,Die Grünen Altona treten für eine Alternativ-Grüne Liste zusammen mit BIs und Basisinitiativen auf der Grundlage des Konsensprinzips für Programm und repräsentative Kandidatur ein, wobei Alleingänge von Organisationen bzw. Gruppen verhindert werden müssen''*.

•

Der Vorschlag von Reents/Vetter sieht vor, die ,,grün-alternative Liste'' auch bezirklich zu bilden; allerdings sollen die Konditionen jeweils von den einzelnen Grünen-Bezirken ausgehandelt werden.

DKP-Bergedorf — Ein Sommerfest, hoffentlich mit Folgen!

In Hamburg-Bergedorf wird von verschiedenen politischen Strömungen und Organisationen eine gemeinsame kommunale Alternativ-Kandidatur für die Wahl 1982 angestrebt. Die Teilnahme der DKP an diesem Bündnisbemühungen bedeutet eine erhebliche Wendung gegenüber den Bürgerschaftswahlen 1978.

Schon vor einiger Zeit war es z.T. die DKP, die recht initiativ am Treffen der Basisbewegung und der politischen Organisationen in Bergedorf interessiert war. Dennoch wich bei vielen Menschen nicht die Skepsis gegenüber der DKP. Nun ja, mit recht, hatte man und frau doch sehr wenig von den in der DKP Bergedorf vorhandenen Auseinandersetzungen mitbekommen. Dennoch läßt sich schon feststellen, daß ganz persönliche ,,Feindschaften'', wie sie z.T. noch aus der Apo-Zeit stammen, inzwischen abschmelzen.

Ausdruck für diesen begrüßenswerten Trend sind auch Einladungen zu solchen Sommerfesten, wie es die DKP Bergedorf am 22.8. veranstaltete. Hier nun die Eindrücke eines Besuchers: Außergewöhnlich ist es schon auf einem solchen Fest — fast ausschließlich DKP'ler, und du mit dem AK in der Plastiktüte unterm Arm. Später habe ich ihn auf einem Büchertisch ausgelegt. Immerhin 4 verkaufte Exemplare. Ein Ehemaliger aus der DKP fand das schon ein Novum — noch vor einem Jahr undenkbar.

Aber es sollte zu unserer Überraschung noch viel doller (besser) kommen. Bemerkenswert freundlich wird registriert, daß mal welche vom KB da sind.

In einem Zelt wird ein Festprogramm angekündigt. Ohne viel Interesse ergattere ich einen Stehplatz. Doch dann geht's los.

In Form eines Kabaretts aufgezogen wie Werbespots nehmen sich die DKP'ler und SDAJ'ler über eine Stunde selbst auf die Schippe. Es fällt uns wirklich schwer, die Gags auch nur annähernd wiederzugeben. Nur so viel: Honecker zu Besuch bei der DKP-Vorsitzenden Bergedorf, Doris Gehrcke. Bei der vollen Titelbezeichnung des Staatsratsvorsitzenden usw. Lachen und allgemeine Heiterkeit über so viel Obrigkeitsgetue. Doris bietet also Honecker einen Wodka an. Aber nein, nicht den polnischen Bison, das wäre angesichts der politischen Lage in Polen grad nicht angebracht. Stattdessen serviert sie den ,,rein-rassigen, russischen Wodka Rübe runter''!! Ich brauche 'ne Minute, um zu glauben, was ich da eben mitbekommen habe.

Es geht weiter mit nicht endenden Ordensverleihungen, die offenbar dramaturgischer Ausdruck für Partei-Mief und Obrigkeitsdünkel sind (sehr richtig!). Abschluß des Programms, in dem u.a. ein sehr amüsanter Film über den Großgrundbesitzer G(l)runz gezeigt wurde, bildet die Aufführung eines Betriebsfestes in Magdeburg (DDR). Mit sächselnder Stimme führt ein Conferencier durch's Programm. Am Fest nehmen auch die Spitzen der Partei teil. In dem allseits bekannten Stil werden Planerfüllung und Disziplin der Beschäftigten gelobt. (Es herrscht große Heiterkeit in der DKP und bei den Gästen.) Mit Dieter-Thomas-Heck-Manier wird musikalisch durchs Programm geführt. Den krönenden Abschluß bildet Herbert Mies (Vorsitzender der DKP). Mit russischer Pelzmütze und rotem Stern, ansonsten korrekt im Anzug, begrüßt er die DDR-Genossen mit dem Djingis-Khan-Titel ,,Moskau, Moskau''. Rhythmisches Klatschen und lachende ,,Drushba''-Rufe kommen auf. (Russ. ,,Freundschaft'', is so üblich hüben wie drüben.)

Inzwischen hat die Heiterkeit auch uns ergriffen, und dennoch sind wir

Fortsetzung nächste Seite

Göttingen: Abfuhr für Spalterliste GLG

Die Mitgliederversammlung der Göttinger Grünen am 13.8. endete mit einem deutlichen Votum für die alternative Liste AGIL und einer Absage an die zwischenzeitlich von einigen Mitgliedern der Grünen gegründete rechte Spalterliste GLG (vgl. Berichterstattung im letzten AK).

Die Grünen wollen die AGIL „im Rahmen ihrer Möglichkeiten materiell und politisch im Wahlkampf unterstützen" und selber unter dem Motto „Für eine kommunale Alternative – Die Grünen in den Kreistag, AGIL in den Stadtrat" in den Wahlkampf eingreifen.

Die Gründung der GLG wird „*mit großem Bedauern*" zur Kenntnis genommen; die GLG wird aufgefordert, „ihre seitherige Polemik gegen die AGIL im Wahlkampf vollständig zu unterlassen, vor allem darauf zu verzichten, sich als die wahren legitimen Vertreter der Grünen darzustellen". Darüberhinaus schlug die Grünen-MV der AGIL und der GLG vor, ein Wahlkampfabkommen zu treffen.

Daß die Absage an die GLG nicht weit schärfer ausfiel, ist u.a. auf das Eingreifen von Mitgliedern des grünen Landesvorstandes zurückzuführen. Sie appellierten an den Kreisverband, „*die Gräben nicht noch weiter zu vertiefen*", und statt der im Vorstandsantrag ursprünglich vorgesehenen Mißbilligung und Aufforderung zur Zurücknahme der Kandidatur, der GLG eine etwas milder formulierte Absage zu erteilen. (Ein Appell, dem sich natürlich auch die Gruppe Z nicht verschließen wollte).

Die GLGler hatten bereits zu Beginn der MV ihr per Rundschreiben erklärtes Ziel aufgegeben, eine alleinige Unterstützung der GLG durch den KV durchzusetzen. Stattdessen orientierten sie auf einen „Sowohl-als-auch-Beschluß", den sie – wenngleich erfolglos – als „Kompromiß" zu verkaufen versuchten. Ein solcher Beschluß hätte die Spaltung faktisch abgesegnet und der GLG ermöglicht, als von den Grünen offiziell legitimiert aufzutreten, was ihre Aussichten sicher erheblich verbessert hätte.

Das Ergebnis dieser MV ist einerseits eine Bestätigung des landesweiten Kurses der grünen Partei, alternativ-grüne Wahlbündnisse zu unterstützen, andererseits bleibt der GLG-Kandidatur durch die nicht gänzlich eindeutige Absage der Charakter eines „Testballons" – auch für die zukünftige Wahlpolitik der Grünen – erhalten. Für die AGIL jedoch ein zunächst einmal erfreuliches Ergebnis, das ihre Möglichkeiten im Wahlkampf erweitert.

Die AGIL selber, inzwischen ca. 130 Mitglieder und 50 Kandidaten, zeigt sich relativ unbeeindruckt und geschlossen gegenüber der Spalterliste. Auf einer gutbesuchten VV am 20.8., die fast völlig im Zeichen der Wahlkampfdiskussion und -organisation stand, wurde in einer Resolution zur GLG deren Verantwortung für die Spaltung noch einmal bekräftigt und ihr Vorgehen mißbilligt. Ein Antrag, der GLG abermals Gespräche über Wahlkampfabkommen anzubieten, fand keine Mehrheit.

PS: Freundlicherweise haben uns Genossen der Gruppe Z darauf hingewiesen, daß die Abstimmung über die endgültige Kandidatenliste der AGIL am 1.7. von den etwa 85 Anwesenden n i c h t einstimmig erfolgte. Vielmehr habe es aus den Reihen der Gruppe Z nur 1 Fürstimme, einige Enthaltungen und 2 Gegenstimmen gegeben. Für diese ‚unseriöse' Berichterstattung in AK 206 kann es keine Entschuldigung geben!

KB/Gruppe Göttingen

Frankfurter CDU schließt Grüne aus dem Stadtparlament aus!

Zum ersten Mal in der parlamentarischen Nachkriegsgeschichte wurden in Frankfurt, anläßlich der 4. Plenarsitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung am 28. August, die zwei grünen Abgeordneten Jutta Ditfurth und Manfred Zieran aus dem Parlament ausgeschlossen. Beide wurden darüberhinaus von ihren Rechten für die nächsten zwei Plenarsitzungen enthoben.

Der Stadtverordnetenvorsteher Hellwig (CDU) begründete diesen einmaligen Skandal mit „mehreren Verstößen der Grünen gegen die Geschäftsordnung". Was sich allerdings real im Frankfurter Römer zwischen Mitternacht und drei Uhr morgens abspielte, ist der Darstellung schon wert – zeigt es doch die beunruhigende Geistesverwandschaft so manches CDU-Abgeordneten zu faschistischen Verhaltensweisen. Der aus der CSSR stammende Grüne Milan Horacek hatte Einwände gegen den Ausbau eines Kriegerdenkmals in einem Frankfurter Stadtteil angemeldet. Dieses Denkmal wurde anno 1925 von einem „Bockenheimer Kriegerverein" errichtet und soll die 250 „Bockenheimer Helden" verewigen, die für das „geliebte Vaterland" starben. Dagegen forderte M. Horacek die Errichtung eines Denkmals zum Gedächtnis der Frankfurter KZ-Opfer. Daraufhin konnte sich die CDU nicht länger beherrschen: Eine CDUlerin namens Haller von Hallenstein eröffnete die rechtsradikalen Ausbrüche mit Sprüchen wie „*Gehen Sie doch dorthin zurück, wo sie hergekommen!*", „*Sie haben dazu gar nichts zu sagen!*" oder auch: „*Herr Horacek, Sie sind doch erst seit zwei oder drei Jahren BRD-Bürger, meinen Sie nicht, daß Ihnen etwas mehr Zurückhaltung in solchen Fragen besser stünde?*" Kommentare sind wohl überflüssig.

Die anderen grünen Stadtverordneten verlangten daraufhin eine Rüge der CDU. Es lief allerdings umgekehrt: Nach mehreren Verweisen gegen die Grünen selbst wurde zunächst das Wachpersonal, dann die ... Polizei (zwei Streifenwagen plus ein Mannschaftswagen!) gerufen. Schließlich wurden Manfred Zieran und Jutta Ditfurth aus dem Saal herausgebracht.

Es ist nicht das erste Mal, daß die CDU faschistoide Sprüche und Praktiken gegenüber den Grünen an den Tag legt. So wurde z.B. Manfred Zieran von dem CDUler Pfreundschuh gesagt: „*Kommen Sie mir nicht zu nahe, machen Sie mich nicht schmutzig, Sie Schmutzfink*". Während der Römersitzungen laufen permanent solche Anmachen in dem Stil „*Sie blöder Kerl*", oder „*Wenn ich Sie auf der Straße treffen würde, würde ich noch ganz anders mit Ihnen umgehen*". Wenn die Grünen dagegen protestieren, heißt es dann frech: „*Haben Sie denn dazu Zeugen?*".

Das ist parlamentarische Demokratie! Die SPD-Römerfaktion meldete zwar Protest gegen den Ausschluß der beiden Grünen an – meinte aber, sie hätten ja auch die CDU „provoziert"...

Selbstverständlich wollen die Grünen gegen ihren Ausschluß, den sie als kollektiven betrachten, auch juristisch vorgehen.

Der braune Block sollte aufpassen, daß er nicht zu weit geht!

KB-Gruppe Frankfurt

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen

B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Westberlin
Postlagerkarte Nr. 007429B
1000 Westberlin 62

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Atom, Atom, Atom, Atom – Wir lieben die Sowjetunion

Nach langer Zeit der Enthaltsamkeit mischt in Schleswig wieder die DKP in der Basisbewegung mit. Einen passenden Einstand hatte sie, als sie vor einem Monat mit dem freimütigen Bekenntnis „Wir sind für die friedliche Nutzung der Kernenergie" ein erstes Gespräch über eine mögliche alternative Wahlbeteiligung sprengte.

Zum 1.September lud nun die von der DKP gegründete Initiative für Frieden und Abrüstung (IFA) ein, um ein breites Bündnis für eine Aktionswoche gegen den Krieg zu schaffen. Als Leckerbissen bot die DKP zunächst große Zurückhaltung in der Diskussion um ein gemeinsames Flugblatt und akzeptierte sogar, zum KWEA und zur Kaserne zu marschieren.

Als Kröte sollten die Initiative „Nie wieder Krieg", die Umweltschutz-BI (UBUS) und die Grünen eine Veranstaltung über die Friedenspolitik der SU mit dem Generalkonsul aus Hamburg schlucken. Das stieß erwartungsgemäß auf Widerstand. Die DKP aber hatte vorgesorgt und für das zweite Plenum reichlich Freunde und Bekannte mitgebracht. Zudem widerfuhr ihr unverhoffte Schützenhilfe von den Jungdemokraten (FDP), die den „Beginn eines großen Ost-West-Dialogs" witterten und sich auch einen Vertreter der USA wünschten.

Die Ini „Nie wieder Krieg" (NWK) meinte, daß das DKP-Vorhaben ähnlich absurd sei, als lade man zu einer Aktionswoche gegen den Faschismus die Grauen Wölfe ein. Außerdem müsse die Friedenbewegung lernen, die Verwirklichung ihrer Forderungen in die eigenen Hände zu nehmen und nicht auf die selbsternannten Friedenssicherer im Westen wie im Osten zu bauen. Dieser Argumentation schlossen sich auch die BI und die Grünen an.

Der Antrag der NWK, die DKP-Veranstaltung abzukoppeln, wurde – wie bei dem im Saal vertretenen Kräfteverhältnis nicht anders zu erwarten war – abgelehnt. Um die drohende Spaltung abzuwenden, wurde daraufhin der Kompromißvorschlag gemacht, die in der Abstimmung unterlegenen Gruppen mögen das Recht erhalten, in zwei Sätzen ihre Bedenken im Bündnisflugblatt darzustellen. Auch dieser Antrag wurde abgeschmettert. Die Spaltung war perfekt.

Nach diesem Powerplay verließen die NWK, die BI und die Grünen das Aktionsbündnis, das nun auf DKP und ihre Inis plus Judos zusammengeschmolzen ist und die Verhältnisse in der Schleswiger Basisbewegung auf den Kopf stellt. Mit einem Flugblatt, in dem die Machtpolitik der DKP öffentlich gemacht wird, rufen NWK, UBUS und Grüne auf, sich trotz allem an der Antikriegstagsdemo zu beteiligen.

Die DKP hat hoch gepokert. Der Weg zurück ins Abseits ist mit derartiger Politik allerdings bereits vorgezeichnet.

U., Schleswig

---

nicht unbefangen.

Ich frage einen DKP'ler, der zur Unterstützung aus Eimsbüttel gekommen war, ob nicht konsequenterweise nach den politischen Ursachen für diesen kulturellen Schrott in der DDR gefragt werden muß.

Er stimmt zu, meint dann, daß gerade deshalb dieses Kabarett gemacht wurde. Weil vieles natürlich noch umstritten sei in der DKP, grad bei den Älteren. Aber solche Aufführungen sollten die Diskussion darüber anregen.

Gleichzeitig beklagt er sich über das „Schubladendenken" vieler, wenn sie erfahren, daß er DKP'ler ist. Er hätte doch inzwischen andere Standpunkte.

Dies bestätigte sich dann im Laufe des Abends durch andere Diskussionen. Ansichten, wie z.B. AKW's in Magdeburg und Stendal seien genauso unsicher wie in Brokdorf oder Stade, oder selbstkritisch zugegebene Fehler bei der Behandlung von Alternativlisten in der Vergangenheit waren zu hören. Häufige Beteuerungen, dies alles sei keine Taktik. Man würde sich nicht so wie die „Z" verhalten, auf deren Funktionalisierungs-Taktik führende DKP'ler vor einiger Zeit hereingefallen sind.

Der weithin bestehenden Skepsis kann die DKP in Bergedorf und anderswo allerdings am besten entgegenwirken, indem sie beginnt, ihre t a t s ä c h l i c h vorhandenen innerorganisatorischen Auseinandersetzungen endlich öffentlich (z.B. „UZ") zu machen. Dieser Einwand unsererseits fand Zustimmung. Ob er auch in die Tat umgesetzt wird?

Bergedorf sei kein Einzelfall, wurde uns immer wieder versichert, obwohl es wohl derzeitig keinen anderen so auffälligen DKP-Bezirk in Hamburg gibt.

Zwei Besucher des Sommerfestes

Kommunalwahlen in Niedersachsen: NPD macht mobil

Am 21.8.81, 20 Uhr, führte die NPD eine Veranstaltung anläßlich der Kommunalwahlen in Niedersachsen mit ihrem Vorsitzenden Martin Mußgnug in Brettorf, Gemeinde Dötlingen, Landkreis Oldenburg durch. Niedersachsens Nationaldemokraten kandidieren nur in einigen ausgewählten Gemeinden (siehe Tabelle):

1.) Kreisfreie Stadt Wolfsburg
1a) Ortsrat Vorsfelde
1b) Ortsrat Ehmen-Mörse
2.) Landkreis Soltau-Fallingbostel
2a) Gemeinde Rethem
3.) Landkreis Lüneburg
3a) Stadt Lüneburg
3b) Samtgemeinde Ilmenau
3c) Samtgemeinde Bardowick
3d) Gemeinde Bardowick
4.) Landkreis Stade
4a) Samtgemeinde Harsfeld
4b) Gemeinde Harsfeld
4c) Gemeinde Ahlerstedt
5.) Landkreis Rotenburg
5a) Stadt Zeven
6.) Landkreis Oldenburg
6a) Gemeinde Dötlingen
6b) Gemeinde Hude
(entnommen aus: "Deutsche Stimme" 8/81).

In der Gemeinde Dötlingen konnte die NPD bei den Kommunalwahlen 1974 232 Stimmen und damit 9,3 % der gültigen Stimmen auf sich vereinigen und einen Abgeordneten in den Gemeinderat entsenden. Umliegende Kreisverbände helfen den ausgesuchten Regionen, um "dieses Ergebnis erheblich zu verbessern" (Ulrich Eigenfeld, stellvertretender Vorsitzender der NPD-Nds. in "Deutsche Stimme", 8/81).

Über zwei gleichlautende Aufrufe in Delmenhorst und Oldenburg lief auf antifaschistischer Seite die Gegenmobilisierung zu der von der NPD in Brettorf angekündigten "Großveranstaltung", allerdings nur mit mäßigem Erfolg: Trotz des relativ breiten Bündnisses, das von der DKP (nebst nahestehenden Organisationen) über die Jusos, die Falken, die Grünen, verschiedenen türkischen Gruppen, dem KB bis zu den Umweltschützern reichte, kamen nur etwa 200 nach Brettorf. Bedauerlicherweise mußte vor Ort festgestellt werden, daß die DKP nur ihre Unterschrift hergegeben, aber keinen registrierbaren personellen Einsatz zur Unterstützung der Aktion geleistet hatte. Der DKP scheint es hier mehr um ihren eigenen Wahlkampf als um eine praktische Unterstützung der Aktion gegangen zu sein. Dieses eigentümliche Verständnis von Bündnissen muß künftig bei ähnlichen Gelegenheiten problematisiert werden.

Die Aktionsbündnisse führten zunächst eine Protestdemonstration durch den Ort durch. Nach Beendigung dieser Veranstaltung zogen die Mehrzahl der Erschienenen zum Versammlungslokal der NPD. Sie wurden dort mit einer weiträumigen Absperrung durch mit Kampfanzügen, Hundestaffeln und Hubschrauber hochgerüstetes Polizeiaufgebot konfrontiert. Laut Presseberichten waren 100 Polizisten mobilisiert worden; dieses ohnehin große Aufgebot wurde im Laufe des Abends noch verstärkt.

Die Antifaschisten/innen versuchten, mit ihren Fahrzeugen die Zufahrtsstraßen abzusperren, um den Nazis dadurch die Anfahrt zu erschweren. Gegen diese Form des passiven Widerstandes ging die Polizei sofort aggressiv vor: Bei der Räumung der Zufahrtsstraßen kam es zu einem Handgemenge, bei dem der Einsatzleiter sogar seine Pistole zog! Dabei kam es zu drei Festnahmen. An anderer Stelle wurde ein Antifaschist bei der Beseitigung einer Sperre von dem selben Einsatzleiter festgenommen und dabei von 5 bis 6 Polizisten zu Boden geworfen und blutig zugerichtet. Um festgenommen zu werden, reichte es z.B. aus, einen Bullen zu duzen. Dieser skandalöse Polizeieinsatz diente letztlich dazu, ein Treffen von ganzen 60 Nazis zu ermöglichen. Als Ziel im Kommunalwahlkampf will die NPD "...*ein Signal für die Nationaldemokratie schlechthin*" setzen ("Deutsche Stimme" 8/81). Mit solcher massiven Unterstützung durch die Polizei könnte ihr das Vorhaben gelingen.

Als nächste Veranstaltung der Nazis soll ein JN-Bezirkskongreß am 11./12. 9.81 in Wilhelmshaven stattfinden, wobei u.a. der Vorsitzende der NPD-"Bürgerinitiative Ausländer raus" auftreten soll. Die Antifaschisten/innen werden ihre Anstrengungen erheblich verstärken müssen, um dem Treiben der Nazis Einhalt zu gebieten.

KB/Gruppe Oldenburg

Immobilienfirma schickt Schläger-Trupp gegen Hausbesetzer

Aachen, Donnerstag den 27.8.81 morgens gegen 5 Uhr.

Die Hausbesetzer im Höver-Haus (einem ehemaligen Kloster) schrecken aus dem Schlaf auf. Hammerschläge dröhnen durchs Haus. Holz splittert, Glasscheiben klirren.

Ein Trupp von 40 Männern ist mit Vorschlaghämmern, Beilen und Spitzhacken aber auch mit Schlagstöcken eingedrungen. Einer dirigiert die anderen mit einem Megaphon. Haben Sprechfunkgeräte, vertreiben die überraschten Hausbesetzer und zerschlagen alles was ihnen vor den Hammer kommt. Alle Fenster und Türen werden zerschlagen, Spühlsteine und Klos in Stücke gehauen.

Wie sich herausstellt, ist dieses Überfallkommando von der Consulting AG angeheuert worden. Die Consulting (Sitz in Stuttgart, Zweigstelle Düsseldorf) will das Höverhaus abreißen und dort Eigentumswohnungen bauen.

So wendete sich die Consulting an die Kölner Firma für Abriß und Gebäudereinigung Vesper, damit diese die Hausbesetzer vertreibe und das Haus unbewohnbar macht.

Diese Firma stellte dann das Rollkommando zusammen: Lohn 300 DM pro Nase und wenn es brenzlig wird, hilft die Polizei, bekamen die Schläger gesagt.

Es dauerte eine Weile bis die Hausbesetzer genug Verstärkung herantelefonierten. Erst allmählich können sie das Rollkommando zurückdrängen, das mit Schlagstöcken gegen die Hausbesetzer vorgeht. Dabei verletzten sie einen der Hausbesetzer. Schließlich geht der VW-Bus des Rollkommandos in Flammen auf und ein paar Mollies fliegen.

Um ca. 7 Uhr werden die Schläger umzingelt! Einer springt aus dem Fenster und bricht sich ein Bein. Doch jetzt greifen zwei Hundertschaften der Polizei ein, die z.T. auch aus Köln hergekarrt wurden. Sie befreiten das Rollkommando! Was dem Rollkommando nicht gelang, versucht die Polizei. Sie sperrt Flügel des Höver Hauses ab und versucht die Hausbesetzer hinauszudrängen. Doch weil mittlerweile auch das Fernsehen dabei ist, wird die Räumung abgeblasen.

Die zwei Hundertschaften waren auf Bitte der Consulting angereist. Sie hatte für das Rollkommando um Polizeischutz gebeten. Die Stadtwerke Aachen, einen Tag vorher informiert, sperrten den Strom. Und prompt stand auch das Abrißunternehmen MA — Tief aus Aachen vor der Tür. Gleichfalls bestellt.

Durch die Gegenwehr der Hausbesetzer ging die Räumung nicht über die Bühne. Die örtliche Presse berichtete relativ positiv. Sie beschrieb besonders die Zerstörungen des Rollkommandos.

Wie die *„faschistische SA, wie die Reichskristallnacht"*, der Kommentar einiger Anwohner. Vor ihren Augen war ein völlig intaktes Haus zerstört worden.

Auch wenn unklar ist, ob das Haus noch bewohnbar gemacht werden kann, die Hausbesetzer machen weiter. Dabei können sie wohl auf etwas mehr Sympathie rechnen, hat die Consulting doch demonstriert, mit was für faschistischen Mitteln manche Hausbesitzer ihr „Recht" auf Eigentum wahrnehmen.

Der Häuserkampf in Aachen geht weiter.

STU/Aachen







Der Schläger - Trupp trifft auf den heftigen Widerstand der Hausbesetzer (Bild links und Mitte). Oben das Werk dieser "Helden".

TUWAT ist angelaufen

Begleitet von Pogromstimmung (nicht nur) aus der Springerpresse (siehe AK 206) ist TU WAT bereits angelaufen. Trotz Verbot und Beschlagnahmeverfügung gegen den Aufruf und zahlreicher Polizeieinsätze im Vorfeld.

– Am 10.8. wurde die TU WAT-Zentrale im Mieterladen in der Waldemarstraße um 4.30 Uhr zunächst von „Zivilen" heimgesucht. Drei Leute hatten dort übernachtet, um den Laden vor Angriffen aus der Nazi-Szene zu schützen. Die drei hörten gegen Morgen ein Geräusch, das *„stark an einen Glasschneider erinnerte. Schließlich wird auch noch der Vorhang, den wir von innen gegengehängt haben, vorsichtig rausgezogen"* (TAZ, 14.8.81). Die drei verfolgten mit Knüppeln „bewaffnet" die Eindringlinge. Die flohen und zogen plötzlich ihre Knarren. Als Polizeibeamte hatten sie sich immer noch nicht ausgewiesen. Erst später gab sich einer als Polizist zu erkennen. Mit Verletzungen, einem wurde über den Kopf geschlagen und die Pistole an die Schläfe gesetzt, konnten die drei dennoch entkommen.

Durch einen dummen Zufall sind deren Personalien allerdings der Polizei bekannt.

Befürchtet wird, daß sie nun eine Anklage wegen „schwerer Körperverletzung" oder gar „versuchten Totschlags" erwartet. *„Warum schneiden sie (die Zivilbeamten – Anm. AK) ein Loch in die Scheibe, wenn sie einen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluß für den TU WAT-Aufruf hatten? Eine Möglichkeit ist, daß sie Material deponieren wollten, was uns belastet, die andere Möglichkeit ist, daß sie den Laden anstecken wollten"* (TAZ, 14.8.81). In der Nähe des Weddinger TU WAT Ladens (Café Barrikade) wurde in derselben Nacht die Fahrwache der Besetzer angehalten und die drei Insassen des Autos festgenommen. Hier waren schnell 20–30 Leute zusammen. Aus unerfindlichen Gründen hatte der Mannschaftswagen der Polizei, der die drei abtransportieren sollte, mehrere platte Reifen.

Noch am selben Tag fand in Kreuzberg 61 im „Cafe Krautscho", dem regionalen TU WAT-Büro, eine Durchsuchung statt.

Einen Tag später wurde das "Kerngehäuse" in der Cuvrystraße durchsucht und eine ganz erschröckliche Waffenausstellung dabei beschlagnahmt, z.B. Zitronensaft, Schraubenzieher etc.

Ohne größere Zwischenfälle seitens der Demonstranten verlief der Protestmarsch zur Teueren Heimat am 11.8.81 (siehe AK 206). Reine Provokation der Polizei war es dann, die sich im U-Bahnhof Wittenbergsplatz verschanzt hatte, um dort die abziehenden Demonstranten zu erwarten. Auf dem U-Bahnhof kam es zu einer regelrechten Panik. Derweilen fuhr draußen ein großes Polizeiaufgebot vor, und eine kleine Strassenschlacht begann. Die Polizei schlug mit den mittlerweile üblich gewordenen 1,5 m langen Holzknüppeln auf alle ein, die sie für Demonstranten hielt.

Am 15.8. fand ein Straßenfest am Chamissoplatz statt, das von den Mieterinitiativen und den besetzten Häusern im Kiez organisiert wurde. Aus der Nachbarschaft trafen sich hier bis zu tausend Leute, die ganz auf Feiern eingestellt waren. Nicht so die Polizei.

Während das Fest noch lief, durchsuchte die Polizei erneut das „Café Krautscho", das unmittelbar am Chamissoplatz liegt. Zwei dort Anwesende wurden festgenommen. Eine frisch besetzte Wohnung in derselben Straße wurde auch gleich wieder geräumt.

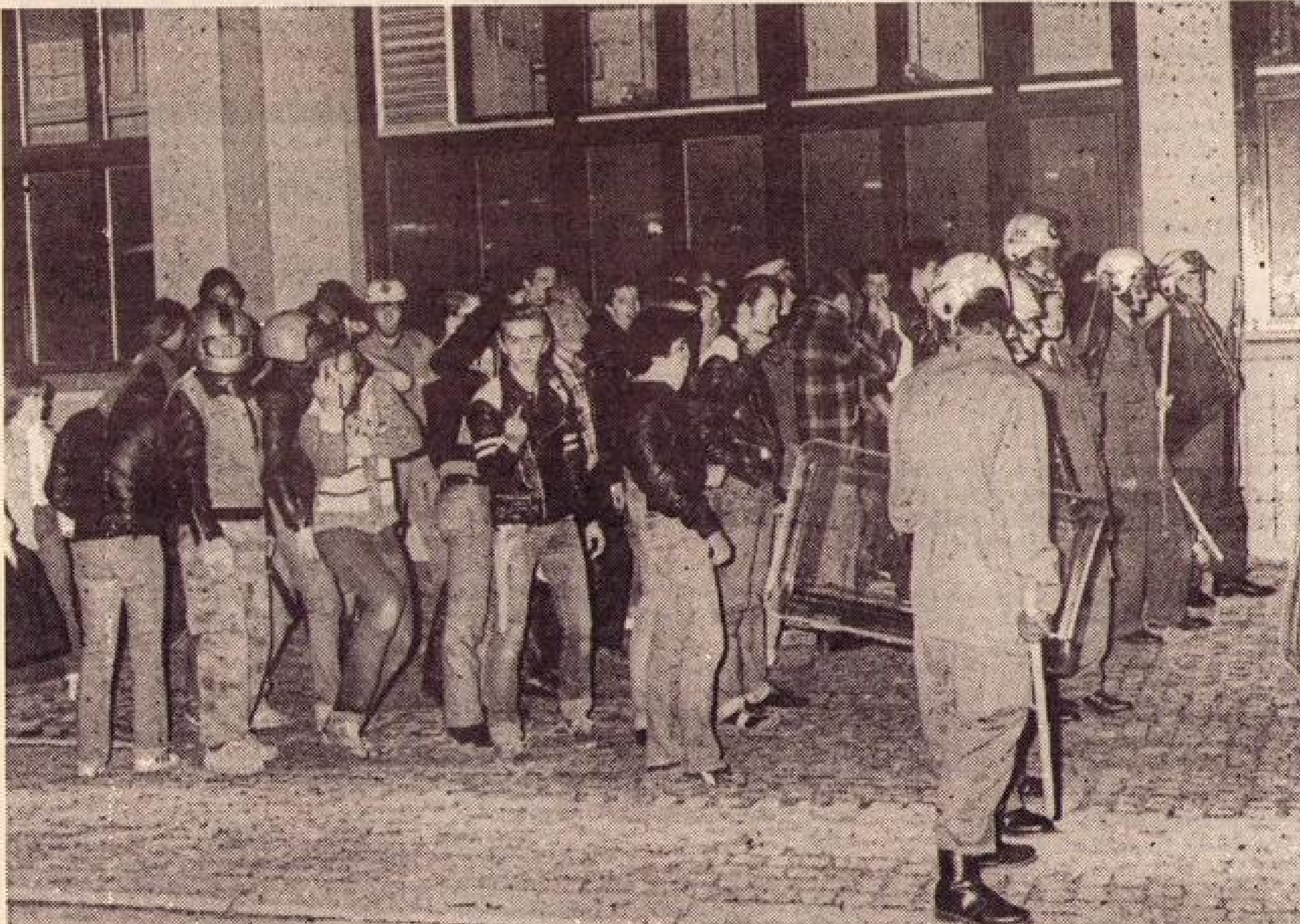
Die Festnahme der Leute wurde auf dem Straßenfest bekanntgegeben. Wenig genug Festteilnehmer zogen zum Revier in der Friesenstraße, in das die Festgenommenen gebracht worden waren. Dort wurden mehrere Fensterscheiben eingeworfen. Die Polizei trieb die Demonstranten auf das Straßenfest zurück.

Eine Frau, die alleine zwischen parkenden Autos und einer Kette von Polizeimannschaftswagen hindurchlief, wurde aus den Mannschaftswagen heraus ohne jeden Anlaß brutal zusammengeknüppelt. Die Polizeifahrzeuge blieben zunächst unmittelbar vor dem Festgelände stehen. Später zogen sie sich ein paar hundert Meter zurück. Von wenigen wurde (leider wurde es auf dem Fest versäumt, zu diskutieren, wie man sich nun am besten verhält) eine Barrikade errichtet, die, als es dunkel wurde, dann angezündet wurde. Zunächst wurde die brennende Barrikade von der Polizei einfach nicht beachtet.

Gegen 22 Uhr wurde der Chamissoplatz bis auf eine Ausfallstraße von der Polizei umstellt. Wo vorher ein Fest stattgefunden hatte, lagen nun schwere Tränengasschwaden in der Luft. Die zahlreichen Verletzten wurden im Mieterladen versorgt. Auch in diesen Laden hinein wurden Tränengasgranaten geworfen. *„Wie Augenzeugen berichteten, griff die Polizei ohne Warnung die Besucher des Festes und umstehende Passanten mit Holzknüppeln an, wobei es zu zahlreichen Verletzungen kam"* (TAZ, 17.8.81). Vereinzelt flogen während der Auseinandersetzungen auch Steine – der Großteil der Festbesucher war freilich überhaupt nicht auf eine Straßenschlacht vorbereitet. Gegen Mitternacht herrschte dann am Chamissoplatz „Ruhe und Ordnung".

„Kurz vor 2 Uhr teilte der Wirt des am Chamissoplatz gelegenen ‚Heidelberger Krug' der Feuerwehr mit, daß in der Nähe ein Bauwagen brenne. Daraufhin erschienen drei Feuerwehrwagen und ein Polizeifahrzeug, welches nach Beendigung der Löscharbeiten aus dem fahrenden Wagen heraus eine Tränengasbombe durch die offene Tür des ‚Heidelberger Krug' warf. Noch bevor sich die Besucher der Kneipe von dem Gas erholen konnten, stürmten zahlreiche Polizisten die Kneipe. Von vorne wurden Eingangstür und Scheiben eingeschlagen. Ein zweiter Polizeitrupp drang von hinten in die Kneipe ein. Als die Polizei die Kneipenbesucher zum Verlassen der Kneipe aufforderte, kam es zu handfesten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf

Fortsetzung nächste Seite



Anläßlich des Beginns von TU WAT wurde ein Fackelzug veranstaltet. Zu Anfang 40, später vielleicht 100 „Teds" rotteten sich zusammen, um die Demo zu provozieren. *„Sie sind bestückt mit Stangen, Latten, Ketten und anderem Gerät. Äußerlich unterscheiden sie sich manchmal kein bißchen von den anderen Demonstranten. Manche tragen die typische ‚Teddylocke', andere sind maskiert mit schwarzem oder weißem Halstuch, tragen auch Motorradhelme, jedoch auch Stahlhelme, Runenzeichen sind zu erkennen. Während die TUWAT-Leute sich indes Kontrollen ‚über unbefugten Waffenbesitz' gefallen lassen müssen, bleiben diese ungeschoren. ‚Die Rockergruppe wurde von der Polizei im Auge behalten', hieß es anderntags auf Nachfrage bei der Polizeipressestelle. Hinweise auf Waffen hätte es nicht gegeben"* **(„TAZ", Berlin, 27.8.)....**

Fortsetzung von vorig. Seite

der Wirt, der zuvor die Feuerwehr gerufen hatte, mit einem Holzknüppel traktiert wurde. Aus der Reihe der Kneipenbesucher wurden wahllos ca. 10 Personen festgenommen. Insgesamt wurden von der Polizei nach eigenen Angaben 15 Personen festgenommen" (TAZ, 17.8.81). Zwei Frauen wurden am nächsten Tag dem Haftrichter vorgeführt! Was Wunder, daß im August bislang bereits so viele Leute im Knast verschwanden, wie an dem an Auseinandersetzungen reichen Monat März (Räumung der Häuser Fränkelufer etc.) *„Bei den nächtlichen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gab es einen Schwerverletzten. Er wurde mit lebensgefährlichen Kopfverletzungen ins Urbankrankenhaus eingeliefert"* (Neue, 18.8.81). Die Ereignisse vom Chamissoplatz können u.E. nur damit erklärt werden, daß es den Politikern und der Polizei darum geht, zu zeigen, daß es alle „treffen" kann, die sich auf irgendeine Weise mit den Besetzern solidarisieren, und sei es, daß sie auf deren Feste gehen. Vor TU WAT soll nochmal kräftig eingeschüchtert werden; ganz nach dem Motto: Wir sind hier die Herren im Land".

Ein neues Horror-Urteil

In zweiter Instanz wurde Jasmin am 20. August zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt, wegen eines Steinwurfs, der einen Polizisten getroffen haben soll. Nachgewiesen wurde freilich überhaupt nichts: Derselbe Polizeieinsatzleiter, der den Einsatz am Chamissoplatz leitete, konnte lediglich aussagen, er habe eine „Wurfbewegung" von Jasmin beobachtet. Zwei andere Beamte widersprachen sich dermaßen, daß ihnen noch nicht mal das Gericht glauben mochte. Trotzdem für 18 Monate reichte es allemal.

Damit entsprach das Gericht der Forderung von Staatsanwalt Möllenbrock. Jasmin war im ersten Verfahren zu einem Jahr mit Bewährung verurteilt worden. Böses ahnen läßt dieses Urteil für die weiteren Berufungsverfahren: In fast allen Urteilen, die zur Bewährung ausgesprochen wurden, hat auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Gefordert wird regelmäßig, Haftstrafen ohne Bewährung auszusprechen.

Jasmin hat gegen dieses Urteil Revision beantragt.

Bis zur Entscheidung soll sie auf freiem Fuß bleiben.

Anti-Repressionskommission KB Westberlin

Statt Amnestie Hetze gegen Hausbesetzer

Die in Kreisen der Besetzerszene umstrittene Forderung einer Amnestie für Hausbesetzer (vgl. AK 206) beschäftigt zunehmend auch andere Kreise. Dabei ist die von Justizminister Schmude angeführte Front derjenigen, die das laute Nachdenken über mögliche „amnestieähnliche Maßnahmen" schon für sicherheitsgefährdend halten, angewachsen und versammelt inzwischen das ganze Spektrum der diversen Herrschaftscliquen hinter sich. Demgegenüber finden sich vereinzelt Stimmen, die im Sinne einer „Wiederherstellung cliquen hinter sich. Demgegenüber finden sich vereinzelt Stimmen, die im Sinne einer „Wiederherstellung des Rechtsfriedens" dem dialogbereiten Flügel der Besetzerszene die Amnestie-Hand zu reichen bereit wären. Diese Kräftekonstellation bestätigt natürlich alle diejenigen, die eine Durchsetzbarkeit der Amnestie-Forderung sowieso für ziemlich aussichtslos halten. Und eine weitere Skepsis bestätigt sich. Selbst diese, einer Amnestie nicht völlig abgeneigten Politiker würden niemals soweit gehen, wirklich alle von einer Anklage bedrohten bzw. bereits abgeurteilten Besetzer zu rehabilitieren und ihnen Straffreiheit zu gewähren. Eine Amnestie nach ihrer Vorstellung differenziert fein säuberlich zwischen den guten, sprich amnestiewürdigen und den schlechten, amnestieunwürdigen Besetzern und zielt so auf eine Spaltung der Bewegung.

Anfang Juli sprach sich der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon zunächst für eine Amnestie für *„im Zusammenhang mit Hausbesetzerkrawallen begangene Straftaten"* (FR, 4.7.81) aus. Nachdem er damit auf Ablehnung gestoßen war, schraubte er leider seine Forderung auf „amnestieähnliche Maßnahmen" (FR, 24. 8.81) herunter. Was er darunter versteht, hat er nicht gesagt. Er gesteht den Besetzern aber immerhin das *„gesellschaftliche Verdienst"* zu, auf *„Mißstände hingewiesen zu haben"*. Gut möglich, daß Herr Simon, ähnlich wie jüngst sein Kollege Hirsch, der kurz vor seiner Pensionierung etwas Demokratie wagte, seinen Abgang aus Karlruhe vorbereitet. Sei es wie es sei, Wittmann, CSU-Sprecher im Bundestag, demonstrierte Empörung, wies entschieden derart anstößige Überlegungen zurück und empfahl dem Richter größere Zurückhaltung. Denn es handele sich bei Hausbesetzern um Leute, denen es um *„die Vernichtung fremder Sachwerte und die Zerstörung der freiheitlichen Rechtsordnung"* gehe. Und die müßten *„verfolgt und als* werte und die Zerstörung der freiheitlichen Rechtsordnung" gehe. Und die müßten „verfolgt und als *Täter bestraft werden"* (FR, 26.8.81). Dem konnte der Zentralverband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer nur zustimmen. In Wirklichkeit, so der Verband, gehe es den Besetzern um eine Auseinandersetzung mit *„dem Staat, den sie hassen"* (FR, 26.8.81).

Aus dieser Kriminalisierungskampagne mochte sich auch die katholische Kirche nicht raushalten. Erwin Briessmann, Vorsitzender des Münchner Diözesanrates, zog mächtig vom Leder. „Terror und Gewalt" sei es, Fensterscheiben mit Steinen zu bewerfen, *„nichts anderes als Rechtsbrecher"*, *„Zechpreller"* und *„Ladendiebe"* seien Hausbesetzer. *„Wer sich ohne Recht eine Wohnung nehme, sei nicht besser als derjenige, der sich sonst seinen Lebensbedarf zusammenstehle"*, fachsimpelt der Pfaffe (SZ, 2.7.81). Fast wohltuend hebt sich dagegen eine Erklärung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Westberlin ab, in der es heißt, Hausbesetzungen seien *„unter bestimmten Voraussetzungen"* eine *„legitime Form bürgerlichen Ungehorsams"* (FR, 19.8.81). Allerdings werden in der Erklärung die Hausbesetzer aufgefordert, sich *„eindeutig von der Gewalt loszusagen und vom Protest zu positiven Zielvorstellungen zu gelangen"*.

Wohnungs-Kommission

Mietwucher ist immer noch Kavaliersdelikt

Mitwucherern juristisch an den Kragen gehen zu wollen, ist schon ein Kunststück. Nach den jetzt veröffentlichten Zahlen für das Jahr 1980, sind im vergangenen Jahr erstmals seit 1977, also erstmals seit drei Jahren, die Verfahren „wegen überhöhter Mieten" wieder gestiegen. 1.329 „Fälle" wurden in 1980 registriert, 6 % mehr als 1979. Davon sind 3.872 Mietverhältnisse betroffen. Diese Zahl liegt natürlich höher als die der „Fälle", da ja ein Hausbesitzer z.B. 20 Wohnungen haben kann. Die besondere „Gastfreundschaft' dieser Herrschaften zeigt sich daran, daß die Ausländer mit 2.723 betroffenen Mietverhältnissen, das sind mehr als 2/3 der Gesamtzahl, die Angeschissensten waren. Soweit der erste Teil der Statistik. Der Zweite folgt sogleich: 26 % der oben genannten 1.329 „Fälle" konnten ‚im Verhandlungswege erledigt werden", was das auch immer heißen mag. Wir kennen auf alle Fälle die Praxis insbesondere sozialdemokratisch orientierter Mietervereine, die den nach Hilfe suchenden Mietern raten, ‚nicht auf Konfrontation "zu gehen, und selbst bei großen Geldabschneidern die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten für die Mieter nicht voll ausschöpfen, sondern im Gegenteil ‚im Sinne der Partnerschaft" zu einer Einigung raten.

31 Prozent der „Fälle" wurden eingestellt. Damit reduziert sich die Gesamtzahl der „Fälle" ohnehin auf 886...

Der interessanteste Teil kommt zum Schluß. *‚Der Anteil der Fälle, in denen vorsätzliches oder leichtfertiges Handeln nachgewiesen werden konnte und ein Bußgeldbescheid erging, war mit 1,9 Prozent wieder sehr gering"*, hieß es lapidar in einer Presseerklärung (zit. nach VWD Konjunktur, 26.8.81). 1,9 % – das sind rd. 25 „Fälle", in denen gegen Mietwucherer ein Bußgeldbescheid verhängt wurde, wobei natürlich noch nichts über die Höhe der Strafe ausgesagt ist.

Wohnungskommission

Nürnberg:

Massenprozesse im Herbst

Nürnberg wird einen „heißen Herbst" im Gerichtssaal erleben: Ab September — nach Vorstellung der Justiz — sollen in drei verschiedenen Prozeßkomplexen Antifaschisten, Demokraten und Jugendliche abgeurteilt werden. Es geht dabei um folgende Verfahren:

1. Die Berufungsverhandlung gegen die 4 Antifaschisten, die im Oktober 1980 gegen eine Wahlkampfveranstaltung der NPD demonstriert hatten (über den aktuellen Stand wird in einem der nächsten AKs berichtet).
2. Die „KOMM-Prozesse", bei denen 66 Leute wegen schweren Landfriedensbruchs (§ 125 a) angeklagt sind. Es geht dabei um die spektakuläre Massenverhaftung im März, bei der 141 Besucher des Nürnberger Jugendzentrums KOMM festgenommen, in sämtliche bayerische Knäste verschleppt wurden und bis zu 2 Wochen hinter Gitter verschwanden (s. AK 197/198).
3. Der sogenannte „Roritzer-Prozeß", bei dem 17 Hausbesetzer u.a. nach § 129 (kriminelle Vereinigung) angeklagt sind. Die Anklageschriften liegen bereits vor; es handelt sich damit um einen der ersten aktuellen Fälle, in denen die Drohung mit dem § 129 wahrgemacht wird.

Justiz-intern werden in Nürnberg alle Vorbereitungen getroffen; schließlich hat man nicht alle Tage über 60 Angeklagte im Gerichtssaal sitzen, das erfordert schon besondere Überlegungen.

Hier gibt es eigentlich nur einen Gerichtssaal mit der notwendigen Kapazität: der sogenannte Schwurgerichtssaal, in dem 1946 die bekannten Kriegsverbrecherprozesse stattfanden. Doch den Gedanken an diesen Verhandlungsort verwarf man rasch; schließlich ist das Ansehen der Nürnberger Justiz in der bundesdeutschen schließlich ist das Ansehen der Nürnberger Justiz in der bundesdeutschen Öffentlichkeit schon genug lädiert. Also wählte man den nächstgroßen, den „Panzerglas-Saal", wie er in Justizkreisen genannt wird. Dessen Zugang wird nun zusätzlich mit einer Sperre versehen, um die Besucherkontrollen besser abwickeln zu können.

Auch über das geschickteste „Timing" ist man sich noch nicht ganz einig. Am liebsten würde man wohl die brisanten KOMM-Prozesse möglichst nach hinten schieben, um vorher gegen die „gewalttätigen und kriminellen" Roritzer-Besetzer verhandeln und damit die Öffentlichkeit entsprechend einstimmen zu können. Andererseits finden im Oktober in Nürnberg die Oberbürgermeisterwahlen statt und es scheint heute längst nicht mehr so eindeutig nur der CSU zu nützen, was sich Polizei und Justiz im März geleistet haben. Die Frage ist also: Vor oder nach den OB-Wahlen?

Unabhängig von dem Ergebnis dieser so wichtigen Überlegungen wollen wir einen Überblick über Konstruktion und Methode der Anklageschriften in den Hausbesetzer-Prozessen geben, weil sie in mancher Hinsicht eine Vorreiterrolle für die bundesweite Kriminalisierungsstrategie gegen Wohnungskampf- und Jugendbewegung spielen könnten.

Die Anklagen in den KOMM-Prozessen: Sympathisant = Teilnehmer = Mittäter = Täter

66 der 141 Personen, die im März der bekannten Massenverhaftung zum Opfer fielen, erhielten kürzlich ihre Anklageschriften.

Gleichlautend werden alle des schweren Landfriedensbruchs beschuldigt, obwohl keinem einzigen eine konkrete Straftat nachgewiesen werden kann.

Der Staatsanwalt stellt lapidar fest: *„Sämtliche Teilnehmer an der ‚Demonstration' sind nach den Grundsätzen der Mittäterschaft Täter des Landfriedensbruchs, auch soweit ihnen eine eigenhändig begangene Gewalttätigkeit nicht nachgewiesen werden kann"* (alle Zitate aus dem Ermittlungsausschuß-Info Nr. 4).

Damit ist der Kernpunkt der Anklageschrift formuliert, das eigentliche Ziel der Massenverhaftung und der Prozesse angegeben: eine faktische Verschärfung des geltenden Demonstrationsrechts. Während bis 1970 jede Beteiligung an einer „gewalttätigen Demonstration" für eine Verurteilung ausreichte, gilt nach der Reform unter de SPD/FDP-Koalition der Grundsatz, daß jedem Angeklagten eine k o n k r e t e Straftat n a c h g e w i e s e n werden mußte. Das war damals die Grundlage für eine bundesweite Amnestie für viele APO-Aktivisten.

Die Nürnberger Staatsanwaltschaft stellt sich also in offenen Gegensatz zu dem seit 1970 geltenden Strafrecht, wenn sie in ihrer Anklage nicht einmal formal den Versuch unternimmt, den Angeklagten strafbare Handlungen nachzuweisen. Sie beschränkt sich ausschließlich auf den Versuch, Belege für eine ominöse „Mittäterschaft" zu finden.

Aber selbst eine Mittäterschaft (dazu könnte z.B. gehören: behilflich sein beim Steinesammeln, anfeuerndes Rufen, gezieltes Abschirmen der steineschmeißenden Personen usw.) muß nach geltendem Recht k o n k r e t n a c h g e w i e s e n werden. Dazu fehlt der Staatsanwaltschaft jedoch jedes Material. Das einzige, was sie in der Hand hat, sind Aussagen von Polizeibeamten und drei V-Männern über die T e i l n a h m e bestimmter Personen an der Demo sowie entsprechende Aussagen und „Geständnisse", die seinerzeit aus einzelnen Inhaftierten rausgepreßt worden sind. Viele sind ja damals nur unter der Bedingung freigelassen worden, daß sie ihre Teilnahme an der Demo zugeben. Ausschließlich darauf baut die Staatsanwaltschaft ihre Anklage auf. Um das Überhaupt möglich zu machen (Teilnahme = Mittäter = Täter), versucht der Staatsanwalt zu „beweisen", daß jede Person, die sich an der Demo beteiligt hat, durch ihre Teilnahme eine bestimmte, bewußt Zuarbeit zu den begangenen Gewalttaten (6 kaputte Scheiben) geleistet habe. Um diesen Nachweis zu erbringen, wird ein völlig entstellter Tathergang konstruiert.

Zwei Punkte stehen dabei im Vordergrund:

1. Die „Vorgeschichte"

1. Die „Vorgeschichte"

Aus verschiedenen Ereignissen, Demonstrationen und Veranstaltungen, die in den Monaten vor dem 5. März zu Wohnungsfragen gelaufen sind, konstruiert der Staatsanwalt eine „Vorgeschichte", die den Eindruck erwecken soll, als sei die besagte Demonstration in ihrem gesamten Ablauf eine lange vorbereitete Aktion der „gewalttätigen Hausbesetzer" gewesen, also keine spontane Aktion (wie alle Beteiligten geglaubt hatten).

In diesem Sinne wird allen Teilnehmern eine gemeinsame, gewalttätige Gesinnung und Absicht unterstellt. Bewiesen werden soll das z.B. durch folgende Beschreibung der Filmveranstaltung, die der Demo vorausging:

„Filmszenen, die sich gegen die Sicherheitskräfte richteten, wie das Werfen von Steinen und das Umkippen von PKW, wurden von den Zuschauern jeweils mit starkem Beifall bedacht".

Auf solchen und ähnlichen Sätzen gründet sich in der Tat die gesamte Anklage nach § 125 a (Höchststrafe: 10 Jahre Knast!). Wer es nicht für möglich hält, sollte sich die Anklageschrift selbst durchlesen.

2. Der „Verlauf der Demo"

Genauso geplant und minutiös vorbereitet wie die Veranstaltung und ihre Folgen soll laut Darstellung des Staatsanwaltes der A b l a u f der Demo gewesen sein. Das wird z.B. so „bewiesen":

„Als die 150 - 200 Personen bereits auf dem Gehsteig versammelt waren, löste sich von ihnen etwa die Hälfte und kam in breiter Front auf das Polizeifahrzeug zu und umschloß es schließlich sehr eng von beiden Seiten und von hinten. [...] *Bereits zu diesem Zeitpunkt waren eine Vielzahl der an dem Vorgehen gegen das Polizeifahrzeug beteiligten Personen mit Tüchern, Schals und Kopfbedeckungen vermummt"*. *„,... eine Maßnahme, die bei beabsichtigter bloßer Meinungskundgebung nicht erforderlich gewesen wäre"*. *„Jeder Teilnehmer wußte auch bereits zu diesem Zeitpunkt, daß er durch sein Mitgehen denjenigen, die zu eigenhändigen Gewalttätigkeiten bereit waren, deren Begehung ermöglichen würde"*.

Hier soll nicht das Steineschmeißen, nicht einmal das Sympathisieren mit den Steinewerfern, sondern allein das Gewährenlassen der „Gewalttäter" kriminalisiert werden.

Von einigen der Angeklagten existieren Aussagen, nach denen sie von den „Gewalttaten" gar nichts mitbekommen hätten und nur am Rande des Demozuges mitgegangen seien. Um diese Aussagen von vornherein unglaubwürdig zu machen, heißt es in der Anklageschrift: *„Einzelne Personen liefen diesem geschlossenen ‚Haufen' weder voraus noch waren Nachzügler in größeren Entfernungen oder Mengen vorhanden. Lediglich einzelne Personen bewegten sich zwischen den dem Aufzug unmittelbar nachfolgenden Streifenwagen, auch diese waren jedoch noch in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang mit der Masse der Teilnehmer, sie waren optisch und akustisch noch einbezogen"*.

Mit dieser Formulierung wollen sich die Ankläger allen weiteren unangenehmen Anforderungen entziehen, die das Gesetz für solche Fälle (noch) vorsieht. In Nürnberg reicht es aus, „optisch und akustisch einbezogen" zu sein.



Angekreidet

In Nürnberg, der Stadt Albrecht Dürers, kann es gefährlich sein, zum Malstift zu greifen. In der Nacht zum 6. August, dem 36. Jahrestag der ersten Atombombenexplosion über Hiroschima, wurden zwölf Mitglieder einer Friedensgruppe festgenommen. Ihr Vergehen: Mit weißer Tafelkreide hatten sie auf dem Pflaster der Fußgängerzone die Umrisse von menschlichen Körpern und den Text „Hiroshima mahnt" gemalt. Im Polizeipräsidium wurden die Übeltäter erkennungsdienstlich behandelt und die Malkreide als Tatwerkzeug beschlagnahmt. Für die Festnahme der Pflastermaler fehlen jedoch die Paragraphen. Dem Chef des Nürnberger Ordnungsamtes ist keine städtische Verordnung bekannt, die Malereien auf dem Pflaster verbietet. Jesus- und Madonnenbilder von Strassenkünstlern werden seit Jahren geduldet. (aus „stern", 27.8.81)

Nachdem der Staatsanwalt die „Vorgeschichte" und den „Verlauf der Demonstration" soweit für seine Zwecke zurechtgebogen hat, gelangt er zu folgender „rechtlichen Würdigung": *„Bei den ‚Demonstranten' bestand aufgrund der Diskussion im KOMM von Anfang an zumindest bedingter Vorsatz in bezug auf die Anwendung von Gewalt. Spätestens zum Zeitpunkt des Angriffs auf das zivile Polizeifahrzeug vor dem KOMM wurde dieser zum direkten Vorsatz. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wollten sämtliche Beteiligte auch die Durchführung von Gewaltaktionen und leisteten einen erheblichen Tatbeitrag. Daß die ‚Demonstranten' die Gewaltanwendung auch selbst wollten, ergibt sich aus ihrem Gesamtverhalten, insbesondere dem Schreien und Johlen, mit dem sie die Aktion begleiteten. Durch ihr Mitlaufen im engsten Verband trugen sie entscheidendem Maße zur Durchführung der Einzelaktionen bei, da diese ohne die Abdeckung durch die eng umgebende Masse nicht möglich gewesen wären und da ohne den Tempowechsel ein Herankommen von Polizeibeamten an die Straftäter leichter durchführbar gewesen wäre. Art, Ablauf und Wirkung ihres Verhaltens waren den Angeschuldigten auch bewußt"*.

Diese Anklageschrift ist mehr als eine *„fiebrige Phantasie"* (taz), sie enthält wichtige Elemente einer faschistoiden Gesinnungsjustiz: sie kommt völlig ohne Beweise aus und spekuliert

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorig. Seite

auf eine entsprechende Mentalität der Richter; sie bestraft nicht bestimmte Personen, sondern pauschal eine ganze Bevölkerungsgruppe und sprengt damit den Rahmen selbst der bürgerlichen Rechtssprechung.

Sie übertrifft damit bei weitem entsprechende Verfahren aus der Vergangenheit, denkt man z.B. an die Grohnde-Prozesse. Wenn damals auch von der CDU versucht wurde, eine ähnliche Debatte in Gang zu bringen wie heute, so bemühte man sich doch zumindest, die Anklagen gegen die betroffenen AKW-Gegner so zu verfassen, daß sie nach g e l t e n d e m Gesetz verurteilt werden konnten. Das war damals zwar nur mithilfe präparierter Polizeizeugen und anderen Tricks möglich, aber immerhin hat man nicht so getan, als gelte schon das CDU-Demonstrationsrecht. Ganz anders in Nürnberg. Die Dreistigkeit, mit der die Autoren der Anklageschrift selbst gegen noch bestehende Gesetze verstoßen, läßt befürchten, daß sie sich zumindest eine Chance ausrechnen, damit durchzukommen. Das wäre allerdings eine schlimme Niederlage für alle Demokraten in diesem Land.

Die Anklage im Roritzer-Prozeß

Während im Fall des „5. März" inzwischen eine breite Solidarität und ein großer Unterstützerkreis für die Betroffenen zustandegekommen ist, regt sich für die „Roritzer" kaum eine Hand, obwohl es gerade da sehr notwendig wäre. Das liegt wohl wesentlich in der Geschichte dieser Besetzung begründet: Einen Monat nach dem inzwischen sprichwörtlichen „5. März" besetzten rund 50 Leute das Haus in der Roritzerstr. 5, das in der Wohnungspolitik in Nürnberg schon seit Jahren eine unrühmliche Rolle gespielt hatte. Um sich vor einer Räumung besser schützen zu können, verbarrikadierten die Hausbesetzer Eingänge und Treppenhäuser und zogen sich in den zweiten Stock zurück. Entsprechend lange hatte das Sondereinsatzkommando der Polizei auch zu tun, um sich bis zu den Besetzern durchzukämpfen. Bevor es zur Räumung kam, wurde aus den Fenstern allerlei Unrat geworfen, allerdings nicht gezielt, wie die Polizei behauptet. Nachdem sich der größte Teil der Leute, die sich in der Nacht der Räumung im Gebäude

die Polizei behauptet. Nachdem sich der größte Teil der Leute, die sich in der Nacht der Räumung im Gebäude befanden, ergeben hatten, zogen sich 5 Besetzer auf das Dach zurück und drohten runterzuspringen, wenn die Polizei nicht mit der Räumung aufhören würde. Nach einigen Stunden gaben sie auf. Alle Besetzer wurden festgenommen, gegen 15 wurde Haftbefehl erteilt. Außerdem kassierte die Polizei 8 Zuschauer, die auf der Straße gestanden und die Räumung beobachtet hatten. Gegen sie wird wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ermittelt; es liegen aber noch keine Anklagen vor.

Von den 17, die aus dem Haus geholt worden waren, sitzen heute, also 5 Monate nach der Räumung, noch 7 in Untersuchungshaft!

Alle 17 sind nun angeklagt wegen Hausfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte im besonders schweren Fall („Gefahr des Todes für die Beamten") und Bildung einer kriminellen Vereinigung (§§ 123, 113 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1, 2, § 129, 25 Abs. 2, 52 StGB).

Die 17 „Roritzer" sollen stellvertretend für die ganze Hausbesetzerbewegung in Nürnberg fertiggemacht und persönlich zerstört werden. Sie alle müssen mit z.T. erheblichen Haftstrafen rechnen, zumal einige bereits Vorstrafen und Bewährung haben. Darüber hinaus soll der Roritzer-Prozeß für die Nürnberger Justiz eine Art Ausgleich werden für die Schnitzer, die sie sich im Fall der 141 vom 5. März eindeutig geleistet hat. Dieser politische Hintergrund bedeutet für die Angeklagten einen zusätzlichen Nachteil, sie haben unsere Solidarität also besonders nötig.

Zentraler Teil der Anklageschrift ist die Passage, die die Anklage nach § 129 begründet. Sie bedeutet auch den schärfsten Angriff auf die Hausbesetzer — in vielen Städten der BRD werden in den kommenden Monaten solche Verfahren anstehen. Staatsanwalt Hubmann begründet die Anwendung des § 129 für die Roritzer so: *„Die zunächst noch nicht als ‚kriminelle Vereinigung' anzusehende Verbindung ‚Chicago-Kollektiv' der ‚Hausbesetzer Roritzerstr.' erfüllte die Voraussetzung des § 129 Abs. 1 StGB jedoch spätestens seit dem Zeitpunkt der Entschlußfassung, sich in jedem Falle im unrechtmäßigen Besitz des Hauses zu erhalten, und zwar — soweit erforderlich — durch tätlichen Widerstand gegen Polizeibeamte. Hierbei ist nicht erforderlich, daß die Begehung der strafbaren Handlung Ziel der Vereinigung ist, sondern daß diese Mittel zur Erreichung eines weiteren Endziels, das nicht unbedingt erhebliche Straftaten beinhalten muß, sind* [BGH St 27, 325]. *Ausreichend ist ferner, wenn sich die Mitglieder der Vereinigung bewußt sind, daß es bei der Verfolgung ihrer Pläne — hier der Erhaltung des besetzten Hauses — zur Begehung erheblicher Straftaten kommen kann und daß sie dies auch zumindest in Kauf nehmen* (BGH a.a.O. S. 328).

Durch die im Anklagesatz und unter Ziffer II des Ermittlungsergeb-

Durch die im Anklagesatz und unter Ziffer II des Ermittlungsergebnisses beschriebenen massiven Verbarrikadierungsmaßnahmen, die sämtliche Angeschuldigte zumindest kannten und deren Schutz sie sich wissentlich und willentlich alle bedienten sowie durch das Verwenden lebensgefährlicher Angriffswaffen [*Mauersteine, Ziegel, Flaschen, schwere Eisenbleche etc.*] *wird offenkundig, daß schwerwiegende Straftaten als ‚Verteidigungsmittel' eingeplant waren.*

Ob sämtliche Angeschuldigte an den aktiven Widerstandshandlungen mit eigener Hand teilgenommen haben, ist für das Merkmal der ‚Beteiligung' unerheblich".

Hier wird deutlich, worin der „Wert" der § 129 besteht: Es reicht aus, irgendeine Gruppe als „kriminelle Vereinigung" zu definieren, um auch Personen verurteilen zu können, denen man keine oder nur unbedeutende Straftaten nachweisen kann. Man behauptet einfach, diese Personen seien Mitglieder in der Vereinigung. Außerdem ermöglicht die Verurteilung nach § 129 ein wesentlich höheres Strafmaß (siehe AK 204 zum § 129).

Die in Nürnberg bevorstehenden Prozesse sollten unbedingt zum Anlaß für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit gegen den § 129 genommen werden.

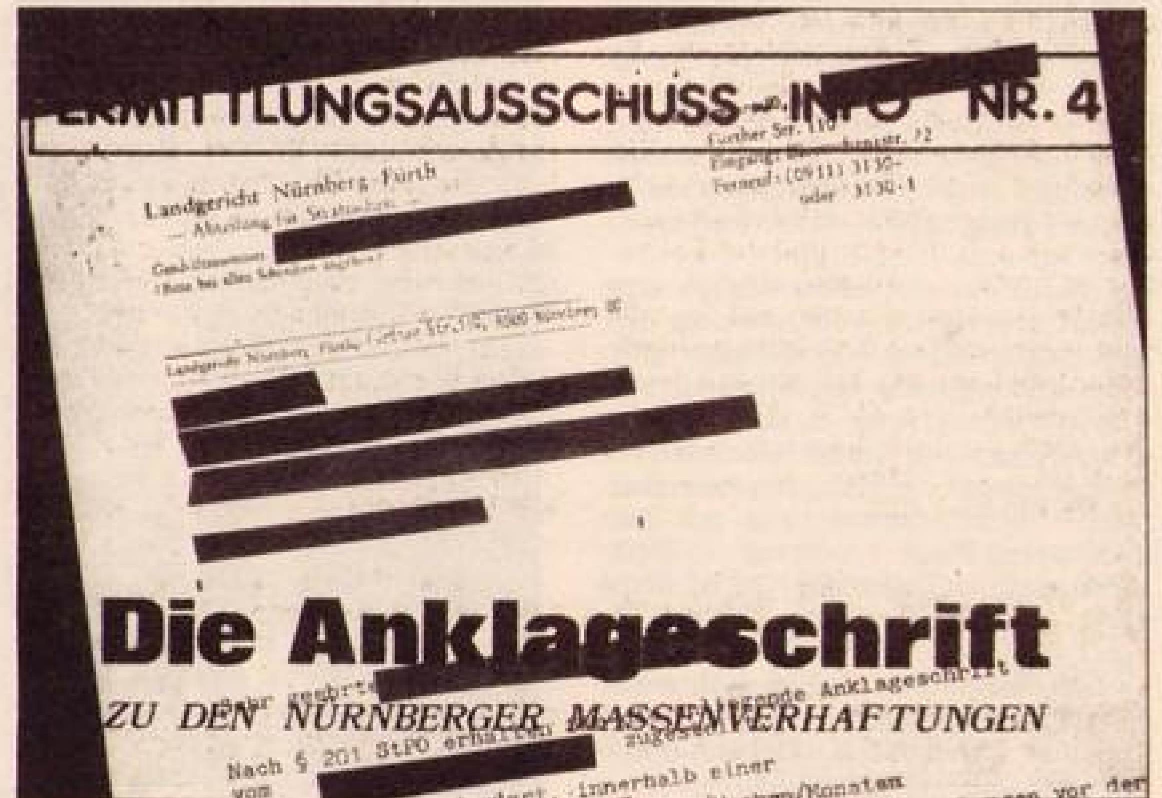
Anklageschriften beschlagnahmt

Kurz nachdem die Nürnberger Staatsanwaltschaft 34 Personen (von 141, die am 5. März verhaftet worden waren) gleichlautende Anklageschriften zugestellt hatte, mußte sie — Ironie der Geschichte — gegen das eigene Machwerk einen Beschlagnahmebeschluß beantragen: Der „Ermittlungsausschuß 5. März" und das Stadtmagazin „Plärrer" hatten die Anklageschrift unabhängig voneinander veröffentlicht, der „Plärrer" in Form einer kommentarlosen Abschrift in seiner August-Nummer, der Ermittlungsausschuß in einer 20-seitigen Dokumentation, die neben einem Faksimile-Abdruck ausführliche juristische und politische Kommentierungen enthält. In der Einleitung zu seiner Dokumentation schreibt der Ermittlungsausschuß: *„Wir sind uns darüber im Klaren, daß wir damit gegen bestehende Gesetze verstoßen, denn es ist verboten, während eines ‚schwebenden Verfahrens' aus gerichtlichen Texten wörtlich zu zitieren oder sie zu dokumentieren. Wir machen das trotzdem, denn wir sind der Meinung, daß die demokratische Öffentlichkeit darüber informiert werden muß, auf welche Art und Weise die Nürnberger Justiz Hand in Hand mit der bayerischen Staatsregierung den ‚5. März' nutzt, um eine ungeheure Einschränkung des Demonstrationsrechts durchzusetzen".*

Der Ermittlungsausschuß wendet sich aber auch gegen die *„Nürnberger Sozialdemokraten, deren Haltung keine Unterstützung für die Angeklagten ist, sondern eher eine Fortsetzung der Politik der SPD in den letzten 10 Jahren, durch die der Boden für Verhaftungsaktionen wie in Nürnberg überhaupt erst geschaffen wurde"* (aus der Einleitung). Kritisiert wird, daß die SPD unterscheidet zwischen „unschuldigen" und „möglicherweise schuldigen" Angeklagten.

Nachdem der „Ermittlungsausschuß 5. März" und der „Plärrer" auf einer gemeinsamen Pressekonferenz ihre Veröffentlichungen vorgestellt und begründet hatten, reagierte die Nürnberger Staatsanwaltschaft wie erwartet: Sie erwirkte einen Beschlagnahmebeschluß, mußte aber feststellen, daß der Plärrer zum größten Teil ausgeliefert und das „Ermittlungsausschuß-Info Nr. 4" nicht auffindbar war. Immerhin konnte die Öffentlichkeit vor rund 4000 Plärrer-Ausgaben und — durch einen Zufallsfund — vor 60 EA-Infos geschützt werden. Das alles nützte aber gar nichts: noch während die Plärrer-Mitarbeiter in mühseliger Kleinarbeit im Gerichtsgebäude die inkriminierten Seiten aus dem Magazin trennten, erschien die TAZ mit einem vollständigen Abdruck der Anklageschrift. Immerhin ermittelt der Staatsanwalt zum einen gegen den Presseverantwortlichen des Plärrer, zum anderen — im Fall des Ermittlungsausschuß — gegen „Unbekannt" nach § 353 d (Höchststrafe: ein Jahr Knast). Und wer die Nürnberger Justiz kennengelernt hat, weiß, daß mit ihr nicht zu spaßen ist.

Allerdings hat die Veröffentlichung der Anklageschrift eine bundesweite Diskussion über Sinn und Unsinn des § 353 ausgelöst, in die sich auch sozialdemokratische Juristen und Politiker eingeschaltet haben. Für die Nürnberger Angeklagten wäre es eine erhebliche Unterstützung, wenn sich die entsprechenden Medien (FR, „Stern", „Spiegel" usw.) ebenfalls zu einem Abdruck der Anklageschrift entschließen würden.



Daß die Veröffentlichung eine beträchtliche Informationslücke füllte, wird an einem kleinen Beispiel deutlich: der Nürnberger Kulturchef und bekannte Sozialdemokrat Hermann Glaser ließ sich über seine vielfältigen Verbindungen in die „Szene" wiederholt Ermittlungsausschuß-Dokumentationen zukommen, um sie dann gezielt weiterzuleiten. So muß das sein.

(Wer an weiteren Informationen über die „Nürnberger Verhältnisse" interessiert ist, kann sich an die örtliche KB-Gruppe wenden.)

KB/Gruppe Nürnberg

Spendenaufruf der Bürgerinitiative 5. März

Die Nürnberger Massenverhaftungen vom 5. März sind noch nicht ausgestanden: es folgen die Nürnberger Massenprozesse. Die Anklageschriften sind bereits zugestellt!

Um die Interessen der ehemals Inhaftierten vertreten zu können und um einer größtmöglichen Öffentlichkeit die Prozeßbeobachtung zu ermöglichen, haben sich Eltern, Interessierte, Rechtsanwälte und ehemals Inhaftierte zusammengefunden und die Bürgerinitiative 5. März gegründet.

Die Verletzung von Grundrechten im Einzelfall hat weitreichende Folgen für alle Menschen in unserem Land, für den Zustand unserer Gesellschaft und Demokratie. Das Ziel der Bürgerinitiative 5. März ist es, diesen sich abzeichnenden Gefahren entgegenzutreten.

Die Bürgerinitiative stellt sich zunächst folgende Aufgaben:
- Information der Öffentlichkeit über Bedrohung und Verletzung von Grundrechten und Rechtsgrundsätzen, insbesondere des Demonstrationsrechts,
- moralische Unterstützung der Betroffenen und ihrer Angehörigen,
- Einschüchterungen und Repression entgegenzuwirken,
- Beobachtung der Verfahrensweise der Nürnberger Justiz und Veröffentlichung von Mißständen.

Diese Initiative steht allen Interessierten, die betroffen sind über die Ereignisse des 5. März, offen. Jeder ist zur Mitarbeit aufgerufen.

Wir werden im Vorfeld und während der Dauer der Prozesse Veranstaltungen organisieren, tägliche Prozeßberichte erstellen und der Öffentlichkeit und vor allem der Presse zur Verfügung stellen, wollen das notwendige Gegengewicht zur Justizpressestelle sein.

Weiter werden wir eine kontinuierliche Prozeßbeobachtung organisieren. International renomierte und in der Prozeßbeobachtung erfahrene Juristen haben uns schon zugesagt.

Um die alles schaffen zu können, müssen wir ein Büro mit mehreren hauptamtlichen — und möglichst auch bezahlten — Mitarbeitern einrichten; Schreibmaschinen, Büromöbel, Telefon, Kopierer sind nötig.

Was wir dazu brauchen ist: Geld !

Bitte, helfen Sie uns mit einer Spende!

Konto: Jutta Miesbach, Sonderkonto 215 509 — 850, Postscheckamt Nürnberg

»Bomben-Walter« widerruft

Über 50 Verfahren, -zig Hausdurchsuchungen in wenigen Tagen, brutale Räumung des „Freiland Indercity", zwei Hauptbeschuldigte in Isolationshaft — so versuchte im Juli die Bundesanwaltschaft mit der Behauptung, eine terroristische Vereinigung namens Schwarzer Block „entdeckt" zu haben, die Frankfurter Hausbesetzer zu kriminalisieren (s. AK 206). Die tollen Anschuldigungen der Staatsschutzbehörden stützten sich in erster Linie auf die Aussagen des Provos Walter Loos, der mindestens seit Mai dieses Jahres für das hessische LKA die Frankfurter Szene bespitzelt hat. So wurden Bernhard und Andi, den beiden Hauptbeschuldigten, Anschläge auf US-Hubschrauber, die Staatsanwaltschaft in Offenbach und das Landgericht in Darmstadt vorgeworfen. Dem Bundesgerichtshof hatten detaillierte Verhörprotokolle vorgelegen, in denen Loos über seine, Bernhard und Andis angebliche Beteiligung an diesen Anschlägen Auskunft gegeben hatte.

Am 20.8. jedoch schien die Sache endlich ins rechte Licht gerückt zu werden: auf einer Pressekonferenz, auf der vom Spiegel über dpa bis zur TAZ alles vertreten war, nahm „Bomben-Walter" seine belastenden Aussagen gegen Bernhard, Andi u.a. zurück und berichtete, wie es zu diesen Protokollen gekommen war: mit psychischem Druck und körperlichen Mißhandlungen sei er von Staatsschutzbeamten dazu gebracht worden, dem BKA das Hirngespinst der „terroristischen Vereinigung Schwarzer Block" zu bezeugen. *„Es kam zu der Aussage, daß ich wieder in den Knast marschieren müsse, wenn ich dies und jenes nicht sagen tue"*, berichtete W. Loos auf der Pressekonferenz von den Verhörmethoden des hessischen LKA. Vor allem mit der Aussicht, man würde seine Bewährung widerrufen, habe man ihn dort erpreßt, bis er *„dann immer irgendwann soweit* [*war*], *daß ich zu allem Ja und Amen gesagt habe, was die mir gesagt haben."*

Aber auch mit körperlicher Gewaltanwendung sollen die LKA-Beamten „fündig" geworden sein: *„An diesem Tag* (gemeint ist der Haftprüfungstermin von Andi und Bernhard, Anm. AK) *sei ihm von Beamten des LKA der Stuhl weggetreten worden und man habe ihm einen Tritt gegen die Innenseite des linken Oberschenkels versetzt. Er* (W. Loos, Anm. AK) *beschreibt weiterhin, daß man nicht sehr zimperlich mit Ellenbogenstößen ins Genick und in die Rippen gewesen sei und ihm auf diese Art und Weise Aussagen abgerungen habe"* („Offenbach Post", 21.8.81). Über das Zustandekommen recht detaillierter Beschreibungen von Einzelheiten der Brandanschläge sagt Walter Loos: *„Man habe ihm vor seiner Aussage die Fotos vorgelegt".*

Nicht nur die Beamten des hessischen LKA, sondern auch die Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof höchstpersönlich nahmen es offensichtlich nicht sehr genau bei der Wahrheitsfindung: *„Der Ermittlungsrichter war ganz scharf darauf, eine bestimmte Frau mit in die Zusammenhänge einzubringen. Er fragte mich mehrmals, und als ich sagte, daß ich darüber nichts weiß, schrieb er den Namen ins Protokoll und ich mußte unterschreiben."*

Wer jetzt denkt, nach diesem Justizskandal ersten Ranges seien Bernhard und Andi endlich frei, die Haftbefehle fallengelassen und alle Verfahren eingestellt, sieht sich eines besseren belehrt: Schon zu Beginn der „Ermittlungen" in Sachen Schwarzer Block (deren Ernsthaftigkeit man ja jetzt genauer kennt!) mußte z.B. die Frankfurter Polizei zugeben, daß es einen Schwarzen Block *„als geschlossene Gruppe ... nie gegeben"* habe („Spiegel", 3.8.81). Kronzeuge Walter Loos, in der Szene durch Gelddiebstähle in WGs und besetzten Häusern, in denen er sich mit besonderer Vorliebe aufhielt, aufgefallen sowie durch das Propagieren des Aufbaus einer „linken" Wehrsportgruppe, war durch seine teilweise nicht zu übersehene Unglaubwürdigkeit als Beweismittel recht bald öffentlich diskreditiert.

Mit diesen Widersprüchen wußte Rebmann jedoch umzugehen: stand z.B. Walter Loos' Aussage, er selbst habe mit Bernhard bzw. Andi diesen oder jenen Anschlag verübt, gegen ein einwandfreies Alibi der beiden, wurde kurzerhand aus dem Vorwurf der Ausübung des Anschlags die Beschuldigung der Planung desselben. Und dagegen kann man schlecht ein Alibi setzen ...

Der Haftprüfungstermin an 12.8., noch in der Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, ergab keine Entscheidung. Man wolle erstmal weiter „ermitteln". Für diese Ermittlung wurden am Montag, den 17.8., drei Mitbewohner von Bernhard auf ihr zuständiges Polizeirevier geladen: Beamte des hessischen LKA waren extra aus Wiesbaden angereist, um die drei einem stundenlangen Verhör zu unterziehen. Bei der Verkündung des Haftprüfungsergebnisses am nächsten Tag erfahren sie, daß ihre Aussagen zu widersprüchlich und zu wenig glaubwürdig seien: Bernhard und Andi bleiben bis auf weiteres in Isolationshaft! (Ja, wer so einen „glaubwürdigen" Kronzeugen hat wie den Walter Loos, der dem LKA seit drei Monaten bereitwillig seine Mitarbeit angeboten hat, der braucht auf andere Zeugenaussagen nicht viel zu geben...)

Am 18.8. wird ein weiterer Mann aus der Frankfurter Gegend verhaftet. Grund: Beteiligung am Schwarzen Block.

Am 20.8. entscheidet die Bundesanwaltschaft, daß dem Verfahren gegen den „Schwarzen Block" nunmehr nur *„eine mindere und regionale Bedeutung"* zuzumessen sei („FR", 21.8.) und gibt die Sache an das Frankfurter Oberlandesgericht ab. Ist ihr die Angelegenheit inzwischen doch zu lästig geworden?!!

Am selben Abend findet die Pressekonferenz in Offenbach statt, auf der Walter Loos auspackt. Dazu will die Bundesanwaltschaft vorerst keine Stellungnahme abgeben. Nur soviel: *„Aber es sind sieben Haftbefehle aufgrund dringenden Tatverdachts ausgestellt worden, und einen dringenden Tatverdacht kann man nicht allein auf die Aussagen eines solch dubiosen Zeugen aufbauen. Es gibt Zeugen, die seine Aussagen bestätigen."* Nur kennt man sie nicht ... Abgesehen davon wurde nur zwei Tage davor noch einmal explizit festgestellt, daß *„der Verdacht ... sich weitgehend auf die Aussagen des Mitbeschuldigten Walter L.* (stützt)" („OP", 21.8.). Die Generalstaatsanwaltschaft hatte noch eine delikatere Erklärung für die peinliche Panne mit dem Kronzeugen parat: während Walter Loos laut Zeitungsberichten während der Pressekonferenz

Fortsetzung nächste Seite

Klassenjustiz

Fortsetzung von vorig. Seite

fix und fertig gewesen sei, sei er „*während der richterlichen Vernehmungen ... sicherlich vernehmungsfähig gewesen*“ („FR“, 24.8.).

Ganz geheuer scheint dem BKA und der Frankfurter Staatsanwaltschaft ihr Spitzel Walter Loos dann aber doch nicht mehr zu sein: während er in den Wochen vorher unter besonderem Polizeischutz in einem Wiesbadener Hotel gewohnt hatte (um „*Gefährdungen seiner Person zu verhindern*“), wird er seit dem 24.8. mit Haftbefehl gesucht. In diesem Zusammenhang bedauert das Frankfurter Oberlandesgericht noch einmal die „*unglückliche Konstellation*“ der Pressekonferenz und des Untertauchens W.Loos', man gehe aber nach wie vor davon aus, daß seine Zeugenaussagen richtig seien. Inzwischen ist er sicherheitshalber wieder festgenommen worden.

Daß Rebmann es tatsächlich ernst meint mit seinem Festhalten an dem „Schwarzer-Block“-Konstrukt, trotz aller Widersprüche im Verfahren, sollten die Frankfurter in den nächsten Tagen zu spüren bekommen: am 24.8. wurde wieder ein Frankfurter, verhaftet — im Zusammenhang mit dem Schwarzen-Block-Verfahren. Bernhard und Andi sitzen — es ist kaum noch nötig zu erwähnen — nach wie vor!

Mit beachtlich geringem Interesse verfolgen die bürgerlichen Medien den Skandal: waren der „Offenbach Post“ und der „FR“ die neuen Aussagen von Walter Loos wenigstens noch längere Artikel wert, so erfährt man über die erneuten Verhaftungen, wenn überhaupt, nur bei sorgfältigem Studieren des Lokalteils. Der „Schwarze Block“ kann nach wie vor als Legitimation für allen möglichen Mist herhalten, ohne daß die bürgerliche Presse es für besonders erwähnenswert hält. So ist z.B. bei einer Verhaftung, die n a c h der Pressekonferenz mit Walter Loos stattfand, das Haus, in dem sich die Wohnung des Verhafteten befindet, mit 400 (in Worten: vierhundert!) Bullen umstellt und gestürmt worden.

Es ist also offensichtlich, daß das BKA und das Frankfurter Oberlandesgericht seine Aufräumaktion in der Frankfurter Linken mit diesem „Schwarzer-Block-Verfahren“ fortsetzen will — trotz aller Pannen, trotz aller öffentlich geäußerten Zweifel und Proteste gegen dieses Vorgehen.

Die Frankfurter Linke wird in den nächsten Wochen einiges tun müssen, um diese Pläne der Staatsschutzbehörden zu durchkreuzen. Solange die Behauptung der „terroristischen Vereinigung Schwarzer Block“ nicht völlig vom Tisch ist, solange in der Öffentlichkeit nicht mit allem Nachdruck deutlich gemacht wird, mit welchen Mafia-Methoden die Justizbehörden hier alle, die sich den herrschenden Verhältnissen nicht unterwerfen, zu kriminalisieren versucht, muß mit weiteren Verhaftungen und Hausdurchsuchungen gerechnet werden.



Der Kronzeuge gegen den „Schwarzen Block“. In der Frankfurter Zeitung „vollautonom“ (Nr. 4) heißt es zu dieser Person: *„Bei Walter Loos ist das schon irre: daß einer, gegen den schon ein ungeheures Mißtrauen besteht, so lange in der scene bleiben kann; daß genossen auf sein militantes gehabe abgefahren sind, seine sprüche für bares genommen haben...“* Weiter meint „vollautonom“, *„daß es eben nicht reichen darf, wenn einer aus dem Knast kommt und die super-militanten sprüche klopft. wie schnell so einer zusammenkracht, dessen identität offenbar darin besteht, der stärkste oder der militanteste sein zu wollen, das konnte man schon oft sehen. mit befreiung, mit perspektive hat das wenig zu tun. um anerkennung, darum, hier der beste zu sein, zu kämpfen — das ist genau die konkurrente und hierarchische struktur dieser gesellschaft, mit der wir nichts zu tun haben wollen. für jemand, der sich davon nicht lösen will, ist der weg zu den bullen nicht weit.* **es ist einfach ein liberales verhalten, so einen typ so lange nicht kritisiert, nicht rausgeworfen zu haben...**“ Tja, irre!

KB Gruppe Frankfurt

P.S. Die Leute, die bislang von dieser Repressionswelle durch ein Verfahren oder gar Haft direkt betroffen sind, bitten um Spenden auf das Konto: Conni Erker, Postscheckamt Ffm., Kto-Nr. 69801-607

Repressionen gegen Antifaschisten

Frankfurt

Mit der Begründung, „*in einer Demokratie muß es einer Partei auch möglich sein, zu sagen, daß sie gegen eine Politik ist, die zum Faschismus führen kann*“, wurden drei Mitglieder der „Volksfront“ Anfang Juli dieses Jahres f r e i g e s p r o c h e n. Sie wurden von Strauß wegen eines Wahlkampfplakates der „Volksfront“ angezeigt, das diesen als wutschnaubenden Stier mit Nasenring darstellte.

Beleidigt fühlt sich Strauß von dem Plakat, weil es den Eindruck erwecke, Strauß sei „*ein Faschist, Reaktionär und Kriegstreiber*“ und vertrete eine Politik, die „*von stierischer Animalität geprägt*“ sei („SZ“, 10.7.81).

Lörrach

Riesen-Protest verursachte jetzt ein Prozeß gegen zwei Antifaschisten, die zusammen mit etwa 2.000 anderen aus der Schweiz, dem Elsaß und Südbaden am 19. Januar 1980 in Grenzach-Wyhlen versucht hatten, die vom Landratsamt Lörrach genehmigte „Reichsgründungsfeier“ (Basler „AZ“, nach „tat“, 17.7.81) der NPD zu verhindern. Fünf Festgenommenen wurde, auf eine Anzeige des Grenzacher NPD-Chefs Kesselbrock hin, vorgeworfen, „*die Versammlungsfreiheit der NPD behindert*“ zu haben.

Der Richter Krauss, der einen Fakkelwerfenden Neonazi freisprach, da dieser „in Notwehr“ gehandelt habe, führt nun den Prozeß gegen die Antifaschisten. Im Falle dreier Festgenommener mußte das Verfahren fallengelassen werden, da Kesselbrock offensichtlich mit Lügen operierte. Zwei sind jedoch noch in der Mangel dieses Richters: der Betriebsrat Herbert Kimmelmann und der angehende Lehrer Dietmar Koschmieder. Wobei ihnen nicht einmal irgendwelche Gewaltakte vorgeworfen werden, sondern „Anfeuern“ und „Megaphondurchsagen“.

Anfragen der Verteidigung bei der Staatsanwaltschaft nach Präzisierung wurden nicht beantwortet, Einwände von Richter Krauss abgeblockt: „*Schonen Sie meine Nerven. Ich will heute abend noch zu einem Kindergeburtstag.*“

„*Dreitausend Personen protestierten in einer persönlichen Erklärung*

burtstag.

„*Dreitausend Personen protestierten in einer persönlichen Erklärung gegen den skandalösen Vorgang beim Landgericht; sie verlangten die Niederschlagung des Prozesses*“, so die „Basler Volkszeitung“, nachdem sie feststellte, „*....daß die Behörden Nazitruppen schalten und walten lassen, Antifaschisten hingegen mittels der Justiz verfolgen.*“

Die „Basler AZ“ fragt sich: „Bundesdeutsche Logik?“ Mit derselben Intention kamen auch Solidaritätsadressen aus Frankreich und der Schweiz. Sogar der Lörracher CDU-Stadtrat Dr. Peter Weil, während des Hitler-Faschismus rassistisch Verfolgter, bezeichnete den Prozeß in einem Leserbrief ans „Margräfler Tagblatt“ als „Skandal“: „*Das verletzt nicht nur die Würde des Gerichts, das beleidigt alle dienigen, für die 'im Namen des Volkes' Recht gesprochen werden soll!*“

Am 16. November soll der Prozeß weiter gehen (nach „tat“, 17.7.81).

Würzburg

Der 69jährige stellvertretende Vorsitzende der Würzburger VVN, Friedrich Kröckel, wurde Ende Juli dieses Jahres zu einer Geldstrafe von DM 200 und zur Verpflichtung, die Kosten der Veröffentlichung des Urteils in der Würzburger Lokalpresse zu übernehmen, verurteilt. Friedrich Kröckel wurde von Franz Josef Strauß angezeigt, nachdem er eine Demonstration aus Anlaß eines Besuches einiger chilenischer Gorillas im Oktober 1980 mit einem Wagen führte, an dem ein Plakat angehängt war, das Strauß bei seinem bekannten Besuch in Chile vor dem dortigen deutschen Ahnenmal zeigte. In dieses Ahnenmal war der Kopf Hitlers montiert worden, worin Strauß und das zuständige Würzburger Schöffengericht eine arge Beleidigung sahen.

Angesichts Kröckels hohem Bekanntheitsgrad als engagierter Antifaschist in Würzburg, wurde eine Verurteilung nach § 86a — Verwendung und Verherrlichung von Nazisymbolen — vom Gericht als „absurd“ bezeichnet. Der bayerische Landesverband der VVN hat gegen das Urteil protestiert und die sofortige Aufhebung verlangt (nach „SZ“, 30.7. und 4.8.81).

Bielefeld

Das erste Auftreten der rechtsradikalen DVU in Bielefeld (Juni 1980) war von einer relativ breiten antifaschistischen Kampagne begleitet. Im Rahmen dieser Kampagne machte die Bielefelder Lokalpresse ein Interview mit dem Bielefelder VVN-Vorsitzenden Christian Lawan, in dem dieser über die Propaganda der DVU berichtete: Die DVU spreche u.a. von der „Auschwitzlüge“, fordere die Zwangsausweisung der Ausländer und strebe die Überwindung des Parteiensystems an.

Da aber die DVU stets darauf bedacht ist, sich als verfassungstreue Organisation der Rechten zu geben, beantragte sie sofort eine „Einstweilige Verfügung“ gegen die VVN, die das Landgericht Bielefeld aber ablehnte.

Gerhard Frey, als Vorsitzender der DVU, legte Widerspruch ein, die Äußerungen des VVN-Vorsitzenden seien „ehrabschneidend“ und daher „nicht statthaft.“ Nun ist Frey gleichzeitig Herausgeber und Chefredakteur der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), die des öfteren klarmacht, daß sie hinter den genannten Positionen steht. Trotz weitgehender personeller Übereinstimmung ist die „DNZ“ aber nicht Organ der DVU, formal jedenfalls nicht. Und vor dem Gericht in Hamm, vor dem der Widerspruch Freys verhandelt wurde, versuchte dieser sich nun, gemäß seiner Funktion als Vorsitzender einer verfassungstreuen Organisation, als aufrichtiger Demokrat und Freund jüdischer und ausländischer Mitbürger aufzuspielen („*Fleißige Türken sind mir lieber als deutsche Faulpelze*“). Das Hammer Gericht konnte jedoch nicht umhin, nach Lektüre einiger von der VVN vorgelegter Artikel der „Deutschen National-Zeitung“, die Berechtigung der Vorwürfe anzuerkennen. Vor allem ein Telefonanruf bei der „DNZ“, bei dem die DVU verlangt wurde, woraufhin freundlichst durchgestellt wurde, überzeugte das Gericht vom engen Zusammenhang zwischen „Deutscher National-Zeitung“ und DVU. Dem Widerspruch Freys, der bisher etwa 500 Prozesse erfolgreich bestritt, wurde diesmal nicht stattgegeben. Ein Erfolg, mit dem weitergearbeitet werden kann! („tat“, 15.5.81).

geben. Ein Erfolg, mit dem weitergearbeitet werden kann! („tat“, 15.5.81).

Göppingen

Dezember letzten Jahres wurde der Göppinger Großhandelskaufmann und Strauß-Gegner Reinhard Basler vom Amtsgericht Göppingen zu einer Geldstrafe von DM 200 verurteilt. Reinhard hatte den berühmten Aufkleber „Stoppt Strauß“ (bei dem Strauß mit SS-Runen geschrieben war) am Auto. Das Gericht hielt dies zwar nicht für beleidigend, aber verurteilte Reinhard wegen „Verwendung nazistischer Symbole“ (§ 86a).

Nach diesem Urteil gingen beide Parteien in Berufung, in der Strauß mit seinem Rechtsanwalt die Nebenklägerschaft antrat. Jetzt wurde Reinhard — angesichts der offensichtlich antinazistischen Intention des Aufklebers — vom Vorwurf des § 86a freigesprochen, jedoch wegen Beleidigung zu DM 700 plus Nebenklägerkosten verurteilt.

Die Staatsanwaltschaft verlangte DM 800 plus Nebenklägerkosten.

Zitiert seien zwei Sprüche des Staatsanwaltes, die vielleicht verdeutlichen, wie das Urteil zustande kam: „*Bei dem Angeklagten wirkt es sich strafverschärfend aus, daß er politisch aktiv ist. Er ist auf dem linken Auge blind und trägt auf dem rechten ein Vergrößerungsglas*“. Oder: „*Was würden Sie denn machen, wenn in der Öffentlichkeit Aufkleber und Buttons mit 'Basler — GPU-Scherge' kursieren würden?*“

Als einige Prozeßbesucher der Lächerlichkeit der Prozeßführung durch herzhaftes Lachen Rechnung trugen, drohte der Richter mit Ausschluß der Öffentlichkeit.

Angesichts dieser Prozeßführung und seiner eh' schon hohen Schulden zweifelt Reinhard jetzt, ob er sich mit diesem Urteil lieber zufriedengeben soll oder ob er noch weiterkämpfen soll. Wir drücken ihm auf alle Fälle die Daumen (nach „NWZ“, 6.6.81 und persönlichen Angaben Reinhards).

Ste., IKAH

Klage gegen Vermummungsverbot

Gegen die gesetzliche Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, wie sie von CDU-regierten Ländern massiv gefordert wird, haben sich SPD-Politiker, insbesondere auch der Hamburger Innensenator Pawelczyk, mehrfach ausgesprochen. Die Praxis hinter der liberalen Worthülse sieht jedoch so aus: Durch Auflagen, die das Demonstrationsrecht drastisch einschränken, wird eine gesetzliche ‚Regelung' vorweggenommen (oder auch tatsächlich überflüssig), die den Intentionen rechtester Politiker voll entgegenkommt. So geschehen durch Auflagen, die den Veranstaltern der großen Mieter-Demonstration vom 11.4. in Hamburg einen Tag vorher ins Haus flatterten. Danach sollte allein das Mitführen von ‚Vermummungsmitteln' wie beispielsweise Schals und Tüchern verboten und dieses Verbot auch vom Veranstalter mit durchgesetzt werden.
Zusätzlich zum durch Polizeieskorte schon beinahe gewohnten Bild eines Gefangenentransportes wird hier auch schon im Vorwege eine Kriminalisierung von Demonstranten versucht, die sich nicht von jedem fotografieren lassen wollen oder einfach nur erkältet sind.
Das Treffen Hamburger Mieter- und Stadtteilinitiativen hat beschlossen, diese ungeheuerliche Beschneidung demokratischer Grundrechte gerichtlich klären zu lassen und als Veranstalter der Demonstration den Rechtsanwalt Bernd Vetter beauftragt, Klage beim Verwaltungsgericht zu erheben. Dazu die folgende Presseerklärung:

Am 11.4.1981 hat in Hamburg eine Demonstration von ca. 6 000 Menschen gegen Wohnungsnot und Wohnraumzerstörung stattgefunden. Veranstalter war das ‚Treffen Hamburger Mieter- und Stadtteilinitiativen'. Die Demonstration war fast drei Wochen vorher angemeldet worden, einen Tag vor der Demonstration erteilte die Polizei den Veranstaltern folgende Auflage:

‚Das Mitführen von Tarnmitteln (z.B. Gesichtsmasken, Tücher oder ähnliches) Gasmasken und Schutzhelmen ist verboten.'

Die von den Veranstaltern gegen die Auflage sofort eingelegten Rechtsmittel im Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht Hamburg blieben im wesentlichen ohne Erfolg. Das Oberverwaltungsgericht hob die Auflage im Ergebnis lediglich soweit auf, als auch das M i t f ü h r e n von Tüchern und nicht erst deren Verwendung verboten wurde.

Wir haben jetzt im Namen der Veranstalter Klage bei dem Verwaltungsgericht Hamburg erhoben und beantragt, die Rechtswidrigkeit der Auflage festzustellen, mit folgender Begründung:

1. Eine solche Auflage verletzt die grundsetzlich verbürgten Rechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 GG) und auf Demonstrationsfreiheit (Artikel 8 GG).

Sie ist lediglich generell mit der Unterstellung begründet worden, daß ‚getarnte' Demonstranten unerkannt aus der Demonstration Straftaten begehen würden. Eine solche unbestimmte Auflage bietet, da praktisch jedes Kleidungsstück (z.B. Mütze, Schal, Sonnenbrille) auch zur Tarnung verwendet werden kann, der Polizei die Handhabe, praktisch jede Demonstration aufzulösen. Auflagen sind aber ge. §§ 15 und 20 Versammlungsgesetz nur zulässig, wenn k o n k r e t e Tatsachen gegeben sind, die gerade bei einer bestimmten Demonstration Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erwarten lassen. Mit solchen konkreten Tatsachen hat die Polizei aber ihre Auflagen für den 11.4. nicht begründen können, da sie nicht gegeben waren.

Die Unzulässigkeit eines solchen generellen ‚Vermummungsverbotes' zeigt sich auch daran, daß gerade in der Öffentlichkeit über eine entsprechende Verschärfung des Demonstrationsrechts diskutiert wird, die ja nicht notwendig wäre, wenn mit solchen generellen Auflagen derselbe Erfolg erreicht werden könnte.

2. Es ist falsch, daß Demonstranten, die sich unkenntlich machen, dies tun, um unerkannt Straftaten begehen zu können. Dies tun sie vielmehr, teilweise ungesetzlichen, Überwachungs- und Ausspähungspraktiken von Polizei und Verfassungsschutz zu schützen, die bei Demonstrationen üblich geworden sind. Es ist ihr legitimes Recht, sich vor ungerechtfertigten Ermittlungen, Verdächtigungen und Verfolgungen zu schützen.

3. Die Auflage verbietet auch das Mitführen und Tragen von Schutzhelmen und Gasmasken. Hierbei handelt es sich gar nicht um Tarnmittel, sondern um Mittel, die dem S c h u t z von Demonstranten dienen. Insofern erfaßt die von der Polizei gegebene Begründung diese Gegenstände schon gar nicht. Es ist auch hier ein legitimes Recht von Demonstranten, sich vor Polizeiübergriffen zu schützen. Gerade in letzter Zeit sind bei Demonstrationen immer wieder friedliche Demonstranten und Passanten von der Polizei durch Knüppel und scharfe Hunde verletzt worden.

4. Letztlich wird durch derartige Auflagen das Demonstrationsrecht praktisch ausgehöhlt. Im Zusammenhang mit der Demonstration am 11.4.1981 hat die Polizei Sperren errichtet (z.B. am U-Bahnhof Schlump) und körperliche Durchsuchungen vorgenommen. Zum Teil auch Motorradhelme und ähnliches beschlagnahmt. Dies führt dazu, daß Bürger ihr Demonstrationsrecht nicht mehr wahrnehmen, weil sie sich nicht als potentielle Straftäter behandeln lassen wollen.

5. Die Erteilung der Auflage erst einen Tag vor der Demonstration — obwohl fast drei Wochen vorher angemeldet — verstößt auch gegen das Grundrecht der Betroffenen aus Artikel 19 IV GG auf effizienten Rechtsschutz. Eine sachgerechte gerichtliche Überprüfung ist derart kurzfristig nicht möglich, wie auch das Oberverwaltungsgericht festgestellt hat.

Für die Veranstalter
gez. Bernd Vetter

Nach Majdanek-Prozeß: 5 NS-Verfahren mit milden Urteilen beendet

Mit ungewöhnlicher Eile beendete die bundesdeutsche Justiz in der Sommerpause fünf weitere NS-Verfahren. Es scheint, daß die Justiz nun mit den NS-Verfahren „kurzen Prozeß" machen will; das Ziel der jahrzehntelangen Verschleppungstaktik ist allemal erreicht: den Tätern gewährte sie jahrzehntelanges Leben und Schaffen in Freiheit. Nun werden den Proteststimmen — vor allem aus dem Ausland — zum Schluß noch ein paar allenfalls symbolisch wirkende Urteile präsentiert.

Die milden Strafen brauchen die so lange verschonten Täter meist wegen Haftverschonung o.ä. nicht mal antreten. Folgende NS-Verfahren sind beendet worden:

— Mit dem Tod des ehemaligen SS-Scharführers im Einsatzkommando 2, Josef Michalsky, der der Beihilfe bei der Massentötung der jüdischen Bevölkerung in Libau/Lettland beschuldigt war, endete das NS-Verfahren vor dem Schwurgericht in Hannover. Am 9.6.81 brach der Angeklagte tot auf der Straße zusammen.

— Nach einem Jahr und annähernd zwei Monaten Dauer ging am 31.7.81 das NS-Verfahren vor dem Schwurgericht Hannover wegen der Tötung von mindestens 27 Häftlingen des ehemaligen KZ-Nebenlagers Hannover-Mühlenberg im März und April 1945 zu Ende. Das Schwurgericht befand den ehemaligen SS-Rottenführer Friedrich-Wilhelm Rex des zweifachen Mordes für schuldig und verurteilte ihn zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren. Der mitangeklagte damalige SS-Rottenführer Alfred Grams wurde freigesprochen. Der SS-Mörder Rex gilt als „haftunfähig".

— Am 23.7.81 wurde in dem NS-Verfahren wegen Beihilfe bei Massenerschießungen und bei der Deportation jüdischer Menschen aus Przemysl in die Vernichtungslager Auschwitz und

die Vernichtungslager Auschwitz und

Belzec nach 64 Verhandlungstagen das Urteil gegen die noch verbliebenen Angeklagten gesprochen: sechs Jahre Freiheitsstrafe wegen Beihilfe zum Mord für den Angeklagten Stegemann, sechs Jahre und sechs Monate Freiheitsstrafe wegen Beihilfe zum Mord für den Angeklagten Benesch. Den Antrag auf Haftbefehl lehnte das Gericht für beide Verurteilten ab.

— Zu sieben Jahren Gefängnis wegen Beihilfe zum Mord an rund 25000 belgischen Juden verurteilte die 8. Große Strafkammer des Landgerichts in Kiel am 8.7.81 den ehemaligen Judenreferenten beim Beauftragten des Sicherheitsdienstes in Brüssel, Kurt Asche. Der „Gehilfe" des Massenmordes wurde vom Gericht als „willfähriger, zuverlässiger Pflichterfüller" bezeichnet; er sei aber kein Mörder, da er nicht an den Beschlüssen zur Judenvernichtung beteiligt gewesen sei.

Von einem Haftbefehl sah das Gericht ab. Gegen das Urteil wurde vom Vertreter der Anklage wie auch der Verteidigung Revision beantragt.

— Am 23.7.81 wurde nach 5 monatiger Verhandlungsdauer in dem Dortmunder NS-Verfahren wegen des Massenmordes an 650 Menschen, unter ihnen auch Kinder, 1943 in dem ukrainischen Ort Srebnoje, das Urteil gesprochen: F r e i s p r u c h für den angeklagten damaligen Leiter des Gendarmeriepostens Srebnoje, Wilhelm Karl Kampmann.

Das Gericht hielt eine Beteiligung des Angeklagten an den Mordverbrechen für denkbar, jedoch nicht für nachgewiesen; viele Aussagen inzwischen verstorbener sowjetischer Zeugen seien „stark widersprüchlich" oder „zweifelhaft".

— Das Stader Schwurgericht sprach am 24.8.81 den ehemaligen SS-Unterscharführer und stellvertretenden Kreishauptmann sowie Leiter des Amtes für Innere Verwaltung in Kamionka-Strumilowa (Galizien) — damals zum Generalgouvernement Polen zugehörig — Joachim Nehring f r e i . Nehring war wegen der Ermordung zweier Juden sowie der Beihilfe bei der Tötung von etwa 3000 Juden durch Erschießen im Raum Kamionka-Strumilowa angeklagt. Laut Gericht konnte Nehring nicht „einwandfrei identifiziert" werden. Nehring wird für die Untersuchungshaft entschädigt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Oberstudienrat Karl Krah — Ein würdiger CDU-Kandidat in Münden

Auf der CDU-Liste zu den niedersächsischen Kommunalwahlen in Hannoversch-Münden kandidiert u.a. auch der Oberstudienrat Karl Krah, Geschichts- und Lateinlehrer am dortigen Grotefend-Gymnasium. Nun wäre an dieser Kandidatur nichts außergewöhnliches, wenn nicht eben dieser



Schulmeister vor 3 Jahren im Mittelpunkt einer Auseinandersetzung gestanden hätte, die weit über Hannoversch-Münden hinaus aus „Schulskandal von Münden" bekannt geworden ist.

Da wurde nämlich 1978 publik, daß am Grotefend-Gymnasium so allerhand Rechtes sich umtrieb: Da gab es eine Pfadfindergruppe „Zugvogel", die unter Leitung des Lehrers Luthardt stramm rechte Jugendbewegungstradition fortführte und aus der sich die meisten Mitglieder des Mündener Ablegers der Hoffmann-Bande rekrutiert hatten. Lehrer Luthardt selber ließ sich im Kollegenkreis auch mal dazu hinreißen, die Nazi-Verteidigungsschriften von Rassinier (es habe keine Vergasungen gegeben) zu rechtfertigen. Da gab es ferner den Schulleiter Kausch, ehedem Aktivist im Umfeld der rechtsradikalen „Deutschen Reichspartei", gut bekannt mit prominenten Pflegern des angeblich „deutschen" (sprich: faschistischen) Kulturerbes wie Holle Grimm und Mitarbeiter an dem rechtsradikalen Schinken „Ein anderer Hitler" (erschienen im rechtsradikalen Druffel-Verlag); Kausch ist zudem Mitglied des „VDA — Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland" und der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS" (HIAG).

Und da gab es und gibt es den Oberstudienrat Krah, der in seinem Unterricht schon mal fotokopierte Nazi-Schriften („Grundgedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung" oder „Kurzer Abriß der Rassenkunde") nahezu unkommentiert verteilte. Und welch Zufall: Wie Kausch ist auch Krah Mitglied der HIAG.

Doch der damalige Skandal wurde mit vereinten Kräften zugedeckt. Da ließ der VDA nichts auf sein Mitglied Kausch kommen, da inszenierte die örtliche CDU eine Sympathiekampagne für die ach so zu Unrecht angegriffenen Lehrer, da „ermittelte" das niedersächsische Kultusministerium sich zu Tode, und da sorgte ein Göttinger Nazi dafür, daß ein Buch, das diesen Skandal enthüllte und sorgfältig dokumentierte, nicht mehr vertrieben werden darf.

Und nun kandidiert dieser Schulmeister Krah für die Mündener CDU — wahrscheinlich gegen die sozialistische Zersetzung unseres Kulturerbes.

Ein Nazi und ein CSU-Mitglied Ein interessanter Prozeß

Wegen Urkundenfälschung, Beleidigung und Anstiftung zur Sachbeschädigung muß sich in Kürze Karl-Fried-

digung muß sich in Kürze Karl-Fried-

rich **Grau**, Weinhändler aus Frankfurt bzw. Amorbach, vor einem Frankfurter Schöffengericht verantworten. Doch was da verhandelt wird, hat nichts mit gepanschtem Wein zu tun: Grau, bis zuletzt Mitglied der CSU, nachdem er 1974 aus der CDU ausgeschlossen worden war, wird beschuldigt, im Wahlkampf 1980 als Geschäftsführer der einschlägig bekannten Hilfsorganisation der CDU, der **„Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e.V."**, Aufkleber mit dem Juso-Zeichen und dem Text: *„Lieber die Russen in Heilbronn als Strauß in Bonn – Die Jungsozialisten"* angefertigt zu haben.

Für den Vertrieb dieser Aufkleber, die u.a. in Frankfurt, Stuttgart, Düsseldort, Nürnberg und Hannover aufgetaucht waren, hatte sich Grau in einschlägigen Kreisen umgesehen – nach eigenen Angaben in einer Peep-Show, wo er deren Geschäaftsführer **Dittel** anheuerte. Pech für Grau, daß eben dieser Dittel ein in der Frankfurter Szene wohlbekannter Nazi ist, der mitsamt Vater und Bruder gerade wegen Hakenkreuzschmierereien etc. verurteilt worden ist (siehe AK 206). Die ganze Sache war aufgeflogen, als Dittel einen Unfall hatte und die Polizei die Aufkleber fand.

Grau hatte schon in der Vergangenheit mehrfach als Kontakt-Vermittler zwischen der CDU/CSU und dem offenen Rechtsradikalismus von sich reden gemacht. So liefen über ihn im Dezember 1973 Gespräche, in denen er mit NPD-Funktionären über

denen er mit NPD-Funktionären über

einen Verzicht der NPD zugunsten der CDU im hessischen Wahlkampf 1974 verhandelte. Als dies bekannt wurde, setzten sich einige prominente CDU-Mitglieder von Grau und der „Studiengesellschaft..." ab; Grau wurde aus der CDU ausgeschlossen, aber wenig später in die CSU aufgenommen. Doch Graus Betätigungsfeld liegt nicht nur in der BRD. So hat er Schwarze Listen demokratischer Personen nach eigenem Bekunden in der Schweiz deponiert, wo er seit Jahren einen Wohnsitz unterhält und vorsorglich den Sitz einer **„Internationalen Studiengesellschaft"** eingerichtet hat. Daß Graus Aktivitäten beileibe keine Spinnereien sind, wurde in der Schweiz aufgedeckt, als dort der Fall „Cincera" ins Rollen kam. Der **Offizier a.D. Ernst Cincera** hatte in der Schweiz einen privaten Schnüffeldienst aufgebaut, Personenakten angelegt, Auskünfte an Firmen erteilt etc. Und eben dieser Cincera wurde von Grau mehrfach als sachkundiger Referent für Veranstaltungen der „Studiengesellschaft" vor erlauchtem Publikum in die BRD vermittelt.

(Näheres zu Grau in dem soeben im buntbuch-Verlag erschienenen Band: „Wer mit Wem? Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis").

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Prozesse gegen Nazis

Hamburg
„Milde Gaben" für NS-Massenmörder

Wegen Teilnahme an Massenerschiessungen von Juden in Polen standen bis zum 23. Juli 1981 die beiden ehemaligen SS-Unterführer Walter Stegemann und Ernst Benesch vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg. Der Richter gab ihnen lediglich sechs und sechseinhalb Jahre. Der Staatsanwalt forderte zwölf Jahre und lebenslänglich („Hamburger Morgenpost", 24.7.).

Kleve

Die beiden Mitglieder der „Wehrsportgruppe Ruhrgebiet", die von dem im Moment ebenfalls einsitzenden Udo Albrecht geleitet wird, Joachim Gröning und Franz Kohnert, wurden am 17. Juli von der Großen Strafkammer des Landgerichts Kleve zu sechseinhalb bzw. zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Joachim Gröning wegen eines bewaffneten Raubüberfalls auf eine Bochumer Bank, bei dem er über 54000 Mark erbeutet hatte sowie wegen mehrerer Kraftfahrzeugdiebstähle in Frankreich und Belgien. Hinzu kamen Verstoß gegen das Waffenkontrollgesetz und illegaler Waffenbesitz.

Der wegen Unterschlagung vorbestrafte Elektromechaniker Franz Kohnert wurde verurteilt wegen Einbruchs und Verstosses gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Die beiden wurden am 13. Mai letzten Jahres geschnappt, bei dem Versuch, Waffen von Holland in die BRD zu schmuggeln.

Gröning, der während des Prozesses sein Vorbild Adolf Hitler und seine Abneigung gegen Juden und Neger großspurig kundtat, kam nach eigenen Angaben über CDU, „Nationalzeitung" und NPD zur „Wehrsportgruppe" Albrechts, den er an einem NPD-Stand kennengelernt habe.

Kohnert habe erste Kontakte zu Albrecht im Knast gefunden, wo dieser mal wegen illegalem Waffenbesitz saß. Der Münsteraner Staatsanwalt teilte inzwischen mit, daß er gegen Albrecht und die WSG-Ruhrgebiet auch wegen Bildung einer Kriminellen Vereinigung ermittelt.

Ein Teilgeständnis Albrechts vom Juni 81 hatte dazu geführt, daß im Dortmunder Stadtteil Berghofen in einem Garten ein umfangreiches Waffenlager mit Maschinengewehren und -pistolen, 6000 Schuß Munition sowie Werkzeugen zur Herstellung gefälschter Kfz-Nummernschilder ausgehoben wurde („tat", 24.7.).

Weinheim

Lediglich 1350 Mark muß der NPD/JN-Schläger Hans-Joachim Sakowski wegen gefährlicher Körperverletzung berappen. Sakowski, im Buch „Die Neonazis" des Weltkreis-Verlages als militantes Mitglied des niedersächsischen JN-Landesvorstandes vorgestellt, hat am 22. September 79 (JN-Bundeskongreß in Weinheim) dem 22-jährigen Georg Hermann derart ins Gesicht geschlagen, daß dieser für einige Wochen ins Krankenhaus mußte. Sakowski gehörte zu einem Schlägertrupp des Weinheimer NPD-Stadtrates Deckert, der einer NPD-Demonstration voranmarschierte, um eine antifaschistische Gegendemonstration zu provozieren.

Der zuständige Staatsanwalt hätte gern eine noch geringere Strafe gesehen, weil seiner Auffassung nach strafmildernd berücksichtigt werden müßte, daß sich der Zusammengeschlagene derart geschützt habe, daß diese Schläge Georg nicht tödlich verletzen konnten (Georg war eingehakt in einer Reihe weiterer Antifaschisten, so daß er nicht aufs Straßenpflaster knallen konnte)!!

Im September sollen die gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Deckert, seinen Schlägertrupps und den Weinheimer Antifaschisten mit drei Prozessen weitergehen. Weitere Infos dazu gibts bei

Stadtjugendring Weinheim
Bahnhofstr. 19
6940 Weinheim

(nach einem Bericht des Antifa-Arbeitskreis Weinheim)

Nürnberg

Weil ihn keiner erkannt habe, konnte der Mitbegründer der „Bürgerinitiativen gegen Kriegsschuld- und antideutsche Greuellügen", Edgar Geiß, ungestraft am 16. Oktober 1980 zu Ehren der am 16.10.1946 hingerichteten 12 Kriegsverbrecher einen Blumenstrauß mit schwarz-weiß-roten Bändern vor die Tür des Schwurgerichtssaals 600, in dem 1946 die Todesurteile gegen die Kriegsverbrecher gefällt wurden, ablegen.

Geiß, dem von der Staatsanwaltschaft Hausfriedensbruch vorgeworfen wurde, da er das Amtsgerichtsgebäude in Nürnberg „ohne berechtigtes Anliegen" betreten habe, ließ während des Prozesses keinen Zweifel an seiner Haltung zu den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen und zum Faschismus. Er verlas eine Einlassung seines Lüneburger Anwalts, in der die beiden kundtun, es sei noch nie (!) in der Geschichte das Recht so mißbraucht worden wie durch die „sogenannten" Kriegsverbrechergesetze. Sie seien „die Rache der Sieger an den Besiegten". Der recht anständige Richter meinte dazu, das Gericht billige diese Ansicht nicht, sondern sei vom Gegenteil überzeugt. Wahrscheinlich seien in Nürnberg nie so große Verbrecher wie damals verurteilt worden. So habe dieser Freispruch auch „nichts zu tun mit den abstrusen Ansichten des Angeklagten". Und er fügte der Urteilsbegründung hinzu: *„So leid es mir tut, ich muß Sie freisprechen".*

Nach dem Prozeß verkündete Geiß, *„es sei keine Schande, der Leute zu gedenken, die am 16. Oktober 1946 in Nürnberg hingerichtet wurden. Es seien Leute wie die Generalfeldmarschälle Jodl und Keitel darunter, die heute mit Sicherheit jedes Gericht freisprechen würde".*

Wie mag er bloß zu einer solchen Auffassung über die bundesdeutsche Justiz kommen . . . ?
(alle Zitate nach „SZ", 12.8.)

Entschuldigungsbriefe vom Senator

Der Bremer Bespitzelungsskandal (s. AK 205 und 206) zieht sich weiter dahin. Nachdem ein Teil des den Verfassungsschutz-Spitzeln abgenommenen Materials zu einer Dokumentation verwertet worden war (u.a. Namen, Telefonnummern und Kfz-Kennzeichen aus den Notizheften der Spitzel), sollen die Mehrzahl der dort Genannten nun Entschuldigungsbriefe von Innensenator Fröhlich erhalten, „um ihren guten Ruf zu wahren". Davon werden ohne Angaben von Gründen d i e j e n i g e n ausgenommen, die nach Meinung des Landesamtes für Verfassungsschutz m i t R e c h t vom VS bespitzelt wurden (werden). Um die umfassende Bevölkerungskontrolle zu rechtfertigen, erklärte der parlamentarische ‚Kontroll'ausschuß zugleich, daß es *„keineswegs rechtswidrig sei, daß ‚alles mögliche notiert' wird. Verhindert werden müsse nur die unrechtmäßige (?) Weitergabe. Und die sei im vorliegenden Fall nicht den Verfassungsschützern anzulasten — schuld seien vielmehr jene, die gewaltsam in das Versteck der Beobachter eingedrungen seien. Deren Handlungsweise erfülle voll den Tatbestand des Raubüberfalls"* („Bremer Nachrichten"; 21.8.).

Nachdem so das politische Urteil über die Angelegenheit gesprochen ist und den Gerichten die Linie für das juristische Vorgehen nahegelegt wurde, erstaunt es kaum noch, daß in der gleichen Ausgabe der Zeitung bekanntgegeben wird, daß die erste Anklage wegen „Verdachts des Raubes" erhoben wurde, weil ein 32jähriger Mann einer Spitzelin eine Handtasche weggerissen haben soll.

KB/Gruppe Bremen

Gericht auf seiten von NPD-Rheingans

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat die Versetzung des als Nazi bekannten stellvertretenden Leiters eines Neustädter Gymnasiums an eine andere Schule aufgehoben. Zur Begründung führte das Gericht aus, Rheingans hätte auch an seiner neuen Schule wieder stellvertretender Schulleiter werden müssen, die Versetzung wäre einer Degradierung gleichgekommen, und dies sei unzulässig.

Mit dieser Entscheidung hat der unaufhaltsame (?) Aufstieg des ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten einen neuen Höhepunkt gefunden. Rheingans war Mitbegründer der NPD in Schleswig-Holstein, 1965 Kreisvorsitzender, 1966 stellvertretender Landesvorsitzender und stellvertretender Bürgermeister von Neustadt. 1967 wurde Rheingans NPD-Abgeordneter im schleswig-holsteinischen Landtag und Fraktionsführer.

1974 wurde Rheingans zum Studiendirektor befördert und 1976 zum stellvertretenden Schulleiter des Gymnasiums in Neustadt — jeweils unter großem Protest von Eltern und der demokratischen Öffentlichkeit. In einem Jahresheft des Gymnasiums konnte Rheingans damals ungehindert Intelligenz-Theorien verbraten, die andersfarbige Menschen als von vornherein weniger intelligent einstufen, die angeblich niedrigere Intelligenz der Portugiesen auf Rassenmischung zurückführen und ähnliches Zeug mehr.

Anfang 1981 endlich schien sich das Kultusministerium dazu durchgerungen zu haben, Rheingans von seinem exponierten Schulleiterposten an eine weniger „brisante" Stelle wegzuloben. Doch: Sein Beamtenrecht bekommt in der BRD jeder staatstragende Diener — auch wenn's ein Nazi ist, und Rheingans darf vorerst wieder ans Gymnasium Neustadt.

Antifa-Kommission
KB/Gruppen Hamburg



Am 21.8.81 demonstrierten in Brettorf (Oldenburg) Antifaschisten gegen den Versuch der NPD, im Kommunalwahlkampf aufzutreten. Die „Freunde und Helfer" durften dabei „natürlich" nicht fehlen.



VS-Agent Lepzien entschuldigt sich bei den Nazis

Hand-Dieter Lepzien, EX-VS-Agent in der Nazi-Szene, Bombenbastler und Vermittler der NSDAP-Bande um den Braunschweiger NSDAP-Chef Otte, hat sich wieder zu Wort gemeldet. In einem Leserbrief in der „Deutschen National-Zeitung" vom 7.8.81 schrieb er: *„Ich möchte mich bei allen nationaldenkenden Männern und Frauen, die durch meine Spitzeltätigkeit für den ‚Verfassungsschutz' in Verruf kamen, ausdrücklich entschuldigen und bitte alle um Verzeihung.*
Hans-Dieter Lepzien, Echternstraße 38, 3150 Peine".

Mit diesem Leserbrief hat sich Lepzien, der selbst jahrelang der NPD angehört hat, wieder eindeutig zu seiner Gesinnung bekannt.

Jahrlang hatte Lepzien als „V-Mann" des Verfassungsschutzes in der NSDAP-Szene gearbeitet, war bis zum „Adjudanten" von Otte und zum „Sicherheitschef" aufgestiegen und hätte — so belegen es Dokumente — jederzeit das gesamte Bandengeflecht schon vor Jahren auffliegen lassen können. Doch stattdessen hatte Lepzien selbst die Bomben bzw. Material für deren Bau besorgt, die er dann eigenhändig unter den Nazi-Terroristen (u.a. auch an Michael Kühnen) verteilt hatte. Einziger „Erfolg" Lepziens: Das Auffliegen jener Braunschweiger Bande, die er selbst zum großen Teil mit aufgebaut hatte.

V-Mann Lepzien wurde Ende 1980 verurteilt, wobei der VS nachträglich signalisierte, daß er zwar höchst unzufrieden sei mit den angeblich eigenmächtigen Eskapaden seines Agenten, ihm aber nach Verbüßung seiner Strafe bei seiner „Wiedereingliederung" behilflich sein wolle. Im niedersächsischen VS-Bericht 80/81 heißt es zu diesem Fall lapidar: *„Mit den Delikten, die ihm (Lepzien) im Urteil zur Last gelegt werden, hatte er jedoch den Rahmen des ihm erteilten Auftrags eindeutig überschritten ... Allerdings glaubt der Senat auch, Fehler des Verfassungsschutzes bei der Führung von L. als V-Mann erkannt zu haben. Worauf diese Annahme beruht, muß anhand der noch nicht vorliegenden Urteilsbegründung geprüft werden".*

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hoffmann nun auch unter Mordverdacht

Am 20. August wurde gegen den schon ..auspacken". Fakt scheint zudem zu

Hoffmann nun auch unter Mordverdacht

Am 20. August wurde gegen den schon seit Ende Juni aus anderen Gründen in Untersuchungshaft sitzenden WSG-Chef Karl-Heinz Hoffmann und seine Freundin Franziska Birkmann Haftbefehl wegen Mordverdacht erlassen.

Nachdem dieser Mordverdacht von den Ermittlungsbehörden, trotz vielfacher Verdachtsmomente, monatelang abgeleugnet worden war, gaben nun offenbar die Aussagen der aus dem Libanon abgehauenen WSG-Mitglieder den Ausschlag, Hoffmann auch wegen Mord anzuklagen.

Hoffmann und Birkmann sollen zumindest dabeigewesen sein, als am 19. Dezember letzten Jahres in Erlangen der jüdische Verleger Shlomo Levin und Frieda Poeschke erschossen wurden. Nach dem Mord wurden in der einschlägig interessierten Presse wilde Verdächtigungen angestellt, Palästinenser hätten Levin getötet; ein anderes Mal sollte es Ghadafi im Auftrag des KGB (sowjetischer Geheimdienst) gewesen sein. Dabei lagen den Ermittlungsbehörden sehr bald konkrete Spuren vor: Am Tatort waren die Sonnenbrille von Franziska Birkmann und Fußspuren mit ihrer Schuhgröße gefunden worden. Die Patronenhülsen paßten zu Waffen, wie sie bei Hoffmann gefunden worden waren, mal — zum Vorführen — mit verschlossenem Lauf und unbrauchbarem Schloß, mal wieder funktionsfähig zurechtgebastelt.

All diese Hinweise reichten aber monatelang nicht zur Festnahme der beiden, die ungehindert — und offenbar sich ihrer Sache völlig sicher — ihren Geschäften nachgingen, Waffen in den Libanon verkauften, dort vorwiegend ihre militantesten, teils polizeilich gesuchten Anhänger ausbilden ließen. Selbst als die eindeutigen Spuren für Hoffmanns Beteiligung am Erlanger Doppelmord öffentlich bekannt wurden, stritten die Ermittlungsbehörden alles ab. Hoffmann und Birkmann wurden erst verhaftet, nachdem mehrere WSG—Mitglieder, die sich im Libanon zu Ausbildungszwecken aufhielten, bei der BRD-Botschaft in Beirut erklärten, sie wollten „auspacken". Fakt scheint zudem zu sein, daß auch der jetzige Haftbefehl wegen Mordverdacht erst erteilt wurde, nachdem diese „Fahnenflüchtigen" offenbar so handfeste Aussagen gemacht hatten, daß nun auch die Ermittlungsbehörden Hoffmann nicht mehr länger Schonung angedeihen lassen konnten.

Der Haftbefehl gegen Hoffmann und Birkmann bestätigt all diejenigen, die von Anfang an im Erlanger Doppelmord die „Braune Spur" gesehen haben. Sie bestätigt erneut all diejenigen, die in Hoffmann auch den eigentlich Verantwortlichen für das Münchner Massaker vermuten und — solange das Gegenteil nicht bewiesen ist — auch beim Mord am hessischen Minister Karry (immerhin ein prominenter Jude) auf einer intensiven Fahndung gegen Nazis bestehen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Antifaschisten aufgepaßt!
NPD-Bundesparteitag in Nordrhein-Westfalen

Voraussichtlich am 17./18. Oktober soll der diesjährige NPD-Bundesparteitag der NPD in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Auf diesem Bundesparteitag sollen auch die alle zwei Jahre anstehenden Neuwahlen durchgeführt werden.

An welchem Ort die NPD sich versammeln will, wird nach den Erfahrungen vom 17. Juni kaum vorher öffentlich angekündigt werden. Dies sollte aber nicht entmutigen, doch alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diesen Parteitag zu verhindern.

Internationaler brauner Terror: Pariser Bombenanschlag (1980) aufgeklärt

Während der faschistische Bombenanschlag auf das Oktoberfest 1980 ein Jahr danach noch immer unaufgeklärt ist und die offizielle Version von dem „Einzeltäter" Köhler noch immer als letzter Weisheit Schluß ausgegeben wird, ist der zweite Anschlag aus der Kette großer faschistischer Bombenattentate des letzten Jahres weitgehend aufgeklärt. Die Täter des Bombenanschlags auf die Synagoge in der Pariser rue Copernic (4 Todesopfer) sind in der spanisch-französischen Faschistenszene ausgemacht worden. Zugleich gibt es Informationen über einige Nazi-Terroristen, die verdächtig sind, am Bombenmassaker von Bologna beteiligt gewesen zu sein.

„Adolf Hitler - Kommando"

Nach übereinstimmenden Informationen der britischen antifaschistischen Zeitschrift „searchlight" und der französischen Zeitung „Quotidien de Paris" ist sowohl der Tathergang wie auch der Täterkreis des Attentats in der rue Copernic aufgeklärt

Verantwortlich für das Attentat ist eine Gruppe spanischer Faschisten, die sich „Adolf Hitler-Kommando" nennt.

Führer des „Kommandos" war **Ernesto Mila Rodriguez**, der auch den eigentlichen Anschlag zusammen mit einem Komplizen selbst ausführte.

Mila, Ex-Biologie-Student aus Barcelona, ist seit Jahren im Nazi-Terror-Geschäft und verfügt(e) über ausgezeichnete - auch internationale - Verbindungen. Im Mai 1980 wurde Mila zusammen mit einem anderen spanischen Faschisten, **Luis Garcia Rodriguez** (der in das kürzliche Putschunternehmen, den Überfall auf die Zentralbank in Barcelona, verwickelt ist), an der spanisch-französischen Grenze festgenommen. Im Gepäck hatten sie zwei Maschinenpistolen.

Bis zur Ermordung seines französischen Faschisten-Freundes **Francois Duprat** war Mila Mitglied der **Spanischen Nationalsozialistischen Partei (PENS)**. Danach baute er sein eigenes „Kommando" auf. Zugleich fungierte Mila als einer der spanischen Kontaktmänner der (inzwischen verbotenen) französischen **Nazi-Terrorgruppe FANE**. Mila gehörte zu dem internationalen Herausgeber-Komitee der FANE-Zeitschrift „Notre Europe". In Barcelona gehörte Mila außerdem zum Vertrauten-Kreis um den italienischen Faschisten **Stefano delle Chiaie**, eine der Top-Figuren der internationalen braunen Terror-Szene. Nach Bekanntwerden der umfassenden Aktivitäten Milas und seiner Kumpane - und nach verschiedenen Polizei-Befragungen - setzte sich Mila aus Spanien und Frankreich ab. Er hat mittlerweile Unterschlupf in Santiago, Chile, gefunden, wo er Politik-Unterricht erteilt.

- Der zweite „Kommando"-Faschist, der die rue Copernic-Bombe legte, ist **Rafael Torna Ancosta**.
- Außerdem gehören zu Milas Gruppe noch **Gomez Benet** sowie
- **Santiago Sanchez Besnat** (der zur Zeit wegen eines Überfalls auf ein Juweliergeschäft eine Haftstrafe in Straßburg absitzt).

Italienische Nazi-Terroristen in Großbritannien und Südafrika

Macht die Aufklärung der „Hitler Kommando"-Aktion erneut die enge Verknüpfung der spanischen mit der französischen Nazi-Szene deutlich (wobei insbesondere auf spanischer Seite behördliche Unterstützung und Rückendeckung oftmals nur allzu bereitwillig gewährt wird), so deuten Meldungen aus der italienischen Nazi-Szene auf weitreichende internationale Kontakte hin, die die Herausbildung neuer Aktionszentren vermuten lassen.

So sind zwei italienische Nazi-Terroristen, die im Zusammenhang mit dem Bombenmassaker von Bologna (August 1980) in Italien polizeilich gesucht werden, in Großbritannien untergekommen.

Es handelt sich um
- **Massimo Morselli** sowie
- **Amedeo de Francisci**;

ebenfalls in England aufgenommen wurde
- **Allesandro Allibrandi**, der wegen der Ermordung eines Richters in Italien gesucht wird.

Diese italienischen Nazis - ebenso wie der BRD-Nazi **Willibald Kraus** (siehe AK 206) - wurden von Kadern zweier britischer Nazi-Gruppen aus dem militanten Spektrum aufgenommen: die **„League of St. George"** sowie das **„British Movement"**. Beide Gruppen, zusammen mit anderen Organisationen der britischen braunen Szene, sind aktuell in Waffenschmuggel- und -handelsgeschäfte verwickelt.

Aktiv bei der Bereitstellung von Auffangpositionen im britischen „Hinterland" war und ist ein anderer italienischer Faschist, **Max Bollo**, der gute Beziehungen zu dem Führungskader des „British Movement", **Ray Hill**, unterhält. Max Bollo, der sich bereits seit geraumer Zeit in Südafrika aufhält, ist dort zur Zeit wegen terroristischer Aktionen eines **„Weißen Kommandos"** (Bombenanschläge, Waffendiebstahl u.a.) angeklagt - zusammen mit einem anderen italienischen Komplizen, **Fabio Miriello**.
(„searchlight" Aug.81)

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frauenpolitik im Nationalsozialismus

Zur Auseinandersetzung um die Antifa-Frauenarbeit



Nazi-Traumfrau

Im ARBEITERKAMPF Nr. 203 stellte Ch. in dem Artikel „Zur ideologischen Ausrichtung einer feministischen Antifa-Arbeit" ihre Vorstellungen von einer frauenspezifischen Antifa-Untersuchungsarbeit vor. Da der Artikel explizit einen richtungsweisenden Anspruch erhebt (also mehr sein will als bloß die Darstellung eines speziellen Arbeitsschwerpunktes oder Diskussionsansatzes) und auch als theoretische Grundlage der sog. „im Aufbau befindlichen Antifa-Frauenkommission" fungiert, halte ich es für notwendig, ihn um einige Aspekte zu ergänzen, die m.E. darin zu kurz kommen.

Co.,Antifa-Kommission und AG Frauen Hamburg

Ch.'s Artikel befaßt sich im wesentlichen mit der frauenfeindlichen Ideologie der Faschisten. Ich meine, für eine „Ausrichtung" der Antifa-Frauenarbeit und nicht zuletzt auch für die Beurteilung der gegen die Frauen gerichteten Nazi-Ideologie ist es notwendig zu untersuchen, in welchem Verhältnis diese Ideologie zu den materiellen und politischen Interessen der Herrschenden an den Frauen stand, anhand der Fragestellung:



Propagandafoto von „Arbeitsmaiden in Ostpommern"

Was wollten die Nationalsozialisten (bzw. die dahinterstehenden Imperia-

Was wollten die Nationalsozialisten (bzw. die dahinterstehenden Imperialisten) von den Frauen und welche Politik wandten sie an, um diese Ziele zu erreichen?

Nur eine solche materielle Analyse macht es uns möglich, in unserer Arbeit die wesentlichen Entwicklungen von weniger wichtigen zu unterscheiden und unsere Schwerpunkte entsprechend zu setzen.

Im Hauptteil des Artikels will ich versuchen, die materiellen Interessen der Nationalsozialisten darzustellen, die politische und wirtschaftliche Situation, in der sie diese durchsetzten, sowie die Rolle, die unter diesen Bedingungen die ideologischen Inhalte spieten. Der zweite Teil soll sich mit der Politik befassen, die sich speziell gegen linke und frauenbewegte Frauen richtete bzw. richten kann. In Ch.'s Artikel — auch bedingt durch den Begriff „Antifeminismus" — entsteht der Eindruck, daß dies den wesentlichen Teil der Frauenpolitik der Nazis ausmacht. Die Bedeutung, die dieser Teil ihrer Politik für die Nazis hatte, hängt m.E. sehr stark von der Stärke der Frauenbewegung und der Linken in der Gesellschaft ab. Unsere eigene Betroffenheit als linke Frauen darf uns nicht den Blick verstellen für die Politik, die gegenüber den „übrigen" Frauen betrieben wird.

Allerdings muß sich diese Sichtweise in unserer Untersuchungs- und AK-Arbeit nicht in genau den entsprechenden Proportionen niederschlagen; denn erstens ist Untersuchungsarbeit ja auch von unseren individuellen Interessen abhängig (und Themen, von denen wir uns stärker betroffen fühlen, haben da sicher die besseren Chancen); zweitens wendet sich der AK und die KB-Politik nicht an einen repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt, sondern an ein linkes Spektrum. Das besondere Gewicht, das wir auf Entwicklungen in der Linken oder Angriffe gegen Linke legen, resultiert also eher aus der Logik unserer Politik als aus der der Rechten.

Zur Lage der Frauen in der Weimarer Republik

Im Ersten Weltkrieg waren die Frauen in die Kriegswirtschaft gedrängt worden, wo sie unter Aufhebung sämtlicher Arbeitsschutzbestimmungen für

Frauen, extremer Arbeitshetze und politischer und rechtlicher Knebelung

Frauen, extremer Arbeitshetze und politischer und rechtlicher Knebelung gearbeitet hatten. Das ambivalente Verhältnis der Frauen zu dieser abrupten „Kriegsemanzipation" äußerte sich u.a. in mangelnder Fabrikdisziplin und mangelndem Arbeitseifer wie auch in den Munitionsarbeiterinnen-Streiks der letzten Kriegsjahre. *„Trotz aller Steigerung ihrer persönlichen Autonomie und ihres politischen Selbstbewußtseins blieben die Kriegserfahrungen der Frauen jedoch an extreme Not- und Belastungssituationen gebunden sowie an die Trennung von und die ständige Angst um die männlichen Angehörigen"*, schreibt S. Kontos (1) und folgert, daß die „Verordnung zur Freimachung von Arbeitsstellen" vom März 1919, die den zurückkehrenden Männern die Arbeitsplätze sichern sollte, bei vielen Frauen durchaus positiv aufgenommen wurde.

In der Weimarer Republik verschoben die Inflation und die Massenarbeitslosigkeit als Folge der Weltwirtschaftskrise die Bedeutung der Arbeit der Hausfrauen gegenüber dem Einkommen der arbeitenden oder arbeitslosen Männer: *„In Zeiten massiver Verelendung, in denen die von den Männern erzielten Lohneinkommen den Bedarf an Waren und Dienstleistungen nicht mehr decken, versuchen die Frauen, den Verlust durch bessere Vorratshaltung, günstigeren Einkauf, d.h. längere Wege auszugleichen und, wenn das nicht mehr möglich ist, die entbehrten Waren (vor allem Kleidung und Nahrungsmittel) durch Eigenherstellung zu verbilligen bzw. zu ersetzen. D.h. mit sinkendem Lohneinkommen wird die Hausarbeit der Frau für das Überleben der Familie immer wichtiger, die ökonomische Bedeutung von Mann und Frau verschiebt sich zugunsten der Frau, denn ihr organisatorisches Talent und ihre haushälterischen Fähigkeiten sind die letzte Absicherung gegen den Hunger"* (1).

Die durch die Arbeitslosigkeit des Mannes bedingte Umkehrung der familialen Machtstrukturen erschütterte die gesamten Familienstrukturen; Männer, die damit nicht fertig wurden, reagierten mit Alkoholismus, Krankheit, Selbstmord. Die Lage der erwerbstätigen Frauen war extrem schlecht, der größte Teil von ihnen (soweit sie verheiratet waren) war gezwungen zu arbeiten, weil der Mann alleine zu wenig verdiente, sie mußten zusätzlich noch Haushalt und Kinder versorgen (bei einem Arbeitstag von acht bis zehn Stunden plus einem Arbeitsweg von ein bis zwei Stunden); dazu kam oft die Sorge um die während der Arbeitszeit der Mütter unbeaufsichtigten Kinder. Die Arbeitslosigkeit wirkte sich auch auf die Frauen aus: Fast alle Arbeitsschutzbestimmungen wurden aufgehoben, die Arbeitszeiten verlängerten sich bis zu 15 Stunden. Aus Angst vor Entlassung unterliefen die Frauen die Arbeitsschutzbestimmungen zusätzlich selbst, z.B. durch Verheimlichung oder falsche Terminangaben bei einer Schwangerschaft. Arbeitslose Frauen bekamen nur zwei Drittel der Unterstützungssätze der Männer und mußten ihre „Bedürftigkeit" nachweisen.

Die Not zwang die Frauen zur Abtreibung: Wurden für das Jahr 1925 von den Ärzten noch 500.000 bis 800.000 Abtreibungen geschätzt, so stieg die Zahl der (geschätzten) Abtreibungen 1928 schon auf 800.000 bis 1.000.000. 90 % der Abtreibungen wurden aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen vorgenommen, 80 % waren illegal. Der § 218 stellte nicht nur die Abtreibung, sondern auch jegliche öffentliche Aufklärung über Verhütungsmittel unter Strafe.

S. Kontos und T. Mason kommen vor diesem Hintergrund zu ähnlichen Einschätzungen über die Familienpolitik der Nazis und die Reaktion der Frauen: Die von der Not diktierte Stärke der Frauen sei geprägt gewesen von der nackten Angst vor Hunger und Obdachlosigkeit. *„Zu sehr sehnten sich die Frauen nach den sogenannten 'normalen' Zeiten, in denen zwar der Mann dominierte, die aber eine gewisse materielle Sicherheit und die Möglichkeit boten, sich in Ruhe um die Familie kümmern zu können. Gerade dieses Versprechen, in Ruhe zuhause*

zu bleiben und die Kinder aufziehen zu können, machte vermutlich die Attrak-

zu bleiben und die Kinder aufziehen zu können, machte vermutlich die Attraktivität der faschistischen Propaganda für die proletarischen Frauen aus." — *„Grundlage der faschistischen Frauenpolitik war, aus unmittelbaren (Reduktion der Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung in der Krise) wie aus langfristigen politisch-ökonomischen Gründen (ökonomische und militärische Stärke) die Propagierung und Förderung der Hausfrauen- und Mutterarbeit als der 'wesentlichen' Arbeit von Frauen. Selbst in der schwülstigen und rassistisch überhöhten Form faschistischer Ideologie formuliert sie damit noch das Interesse von Frauen an einer Aufwertung ihrer primären gesellschaftlichen Arbeit, die vom Bürgertum gesellschaftlich nicht anerkannt und von den Kommunisten als ökonomisch rückständig denunziert wurde"* (1).

„Die Arbeitsbedingungen für werktätige Frauen verbesserten sich kaum, und es wurde nur wenig für Frauen, die gleichzeitig Hausfrau und berufstätig waren, getan. Durch die negativen Auswirkungen der schweren Weltwirtschaftskrise wurden diese Fehlentwicklungen und Versäumnisse noch verschärft; so konnte die Vorstellung, daß Frauen einer geregelten und befriedigenden Arbeit nachgehen können und sollten, in Deutschland vor 1933 niemals richtig Fuß fassen. (...) Das Nazi-Programm konnte daher aus den Unzulänglichkeiten und der Vagheit der liberalen Emanzipationstheorie und -praxis Nutzen ziehen. (...) Hierbei ist zu beachten, daß das Programm in Verbindung mit dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg, der auf Wiederaufrüstung beruhte, tatsächlich an die Nöte, die Hoffnungen und Aversionen zumindest einiger jener Frauen anknüpfte, die nicht zugleich in Fabriken, Büros und Verkaufsläden arbeiten und einen Haushalt führen wollten. Ob sie nun keine oder zwei oder sechs Kinder hatten, ob sie von irgendwelchen anderen Elementen der Nazi-Ideologie überzeugt waren oder nicht, sie wurden durch ihre eigenen Erfahrungen und sicherlich auch durch die Wünsche ihrer Ehemänner davon überzeugt, daß unter den herrschenden Bedingungen reguläre Arbeit nicht viel mehr als ein notwendiges Übel darstellte und daß der 'ihnen vorbestimmte' Platz in der Küche insgesamt angenehmer war. Hitlers Gebote bedeuteten dabei eine Verstärkung und Rückversicherung, waren für die Entscheidung nicht nur nicht ausschlaggebend, sondern nicht einmal nötig" (2).

Auch wenn ich die Aussagen von Kontos und Mason nicht in jeder Hinsicht unterschreiben würde, so halte ich sie insofern für zutreffend, daß sie deutlich machen, wie die nationalsozialistische Frauenpolitik ein verbreitetes, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingtes Bedürfnis aufgriff und für sich nutzbar machte.

Frauenbewegung vor 1933

Die Frauenbewegung in der Weimarer Republik ist mit der heutigen sicher schlecht zu vergleichen; eine mehr oder weniger linksgerichtete feministische Frauenbewegung gab es kaum; es wäre aber falsch, den heutigen Zustand als Maß aller Dinge zu sehen: Einerseits bedeuteten auch die bürgerlichen Emanzipationsbestrebungen damals z.T. eine erhebliche gesellschaftliche Veränderung; andererseits gab es auch in der Linken eine große Zahl politisch aktiver Frauen, die vielleicht ein weniger explizites Frauenbewußtsein hatten, dafür aber ein ausgeprägtes Klassenbewußtsein; zum Dritten gab es auch damals schon Massenkämpfe von Frauen wie die „Hungerkrawalle" und die Bewegung gegen den Abtreibungsparagraphen, die ihren Ursprung in der extremen Notlage der Frauen hatten.

Heutigen Frauengruppen vielleicht am ähnlichsten war die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit", die sich gegen die nationale Aufrüstung im Inland ebenso wie gegen das internationale Wettrüsten richtete, dessen Ursache sie im männlichen Gewaltprinzip der Unterdrückung und Ausbeutung sah; sie orientierte auf gewaltlosen Widerstand, forderte die totale Abrüstung in allen Ländern u.ä.

„Die völlige Gleichberechtigung der Frau war für Augspurg und Heymann nicht Ende, sondern Anfang und unabdingbare Voraussetzung des Kampfes für die genannten Ziele. Doch gerade wegen ihres internationalen Ansatzes, der der nationalen Einstellung der bürgerlichen Kreise widersprach,

Fortsetzung nächste Seite





Plakat der Nationalsozialistischen Frauenschaft, 1932

Fortsetzung von vorig. Seite

konnte die Liga dort keine Massenbasis aufbauen. Von links wurde die Liga angegriffen, weil sie den gewaltsamen Klassenkampf ablehnte. So blieb die Liga erfolglos, weil sie alle Frauen über Klassengegensätze hinweg zu gewinnen suchte und dabei letztlich ohne Basis bleiben mußte" (3).

Das Zitat macht deutlich, wie damals auch die Frauenbewegung durch die Polarisierung der Klassen geprägt war; auf diese Polarisierung mußte sich auch die Frauenpolitik der Nazis einstellen. Aus diesem Grunde halte ich den Begriff ,,Antifeminismus" nur in beschränktem Maße für geeignet, diese Politik zu beschreiben, da er, ebenso wie der Begriff ,,feministisch", sehr vielfältig interpretiert werden kann. Die bürgerlichen Frauenorganisationen waren schon in der Weimarer Republik so nationalistisch ausgerichtet, daß sie die faschistische Ideologie eher begünstigten als daß sie ihr etwas entgegenzusetzen hatten. Inwieweit die von den Nazis erzwungene Auflösung (oder alternativ der Anschluß ans ,,Deutsche Frauenwerk") der Organisationen bei den Frauen Widerstand hervorrief, ist mir nicht bekannt. Jedenfalls gaben die Nationalsozialisten individuellen Emanzipationsbestrebungen durchaus Raum. Nach offiziellen Angaben hatten die Freiwilligenorganisation ,,Deutsches Frauenwerk" und die ,,Elite"-Organisation ,,NS-Frauenschaft" 6 - 8 Mio bzw. 2 Mio Mitglieder; Frauen mit den entsprechenden Fähigkeiten und Neigungen hatten hier einen weiten (für die Nazis ungefährlichen und nützlichen) Rahmen für verantwortungsvolle öffentliche Arbeit, zum größten Teil ehrenamtlich, z.T. auch hauptberuflich; auf diese Weise wurden frauenrechtlerische Bestrebungen kanalisiert und einige wenige Frauen zur Mobilisierung, Schulung, Erziehung und Beratung von anderen Frauen herangezogen. Um die politische Rolle und Stellung der Frau gab es — gerade von seiten solcher in der Partei aktiven Frauen — auch Auseinandersetzungen in der NSDAP (Diehl [8], Lorentzen [9], Rogge-Börner [10]). In den Veröffentlichungen der letzten Zeit, in denen aktive NS-Frauen ihre Vergangenheit aufarbeiten oder auch nicht, wird von diesen z.T. darauf hingewiesen, daß sie damals schon gegen die den Frauen zugeschriebene Rolle Widersprüche hatten (was sie aber in ihrer Mitarbeit nicht erschütterte, weil es mit ihrer eigenen Tätigkeit nicht kollidierte) (Reitsch [11], Maschmann [12]).

nicht erschütterte, weil es mit ihrer eigenen Tätigkeit nicht kollidierte) (Reitsch [11], Maschmann [12]).



„Emanzipierte" Nazi-Frau: „Flugkapitän" Hanna Reitsch mit Kriegsauszeichnungen

Es gab aber natürlich auch innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung Forderungen, die von den Nazis bekämpft wurden, wie z.B. die Bekämpfung der Ehe, die Forderungen nach Verhütung, Abtreibung und freier Sexualität, die der Vermehrung des deutschen Volkes im Weg standen.

Der breiteste Widerstand von seiten der Frauen kam aus den Reihen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Bei den weiblichen Mitgliedern dieser Organisationen handelte es sich bei etwa drei Vierteln um Haus- (und vermutlich auch Ehe-)frauen. Die Erzählungen aktiver Widerstandskämpferinnen lassen vermuten, daß sie zumeist aus linken Elternhäusern und Jugendorganisationen kamen und ggf. mit Männern verheiratet waren, die der gleichen politischen Richtung angehörten. Es gab auch Frauenorganisationen, wie den von der KPD 1925 gegründeten ,,Roten Frauen- und Mädchenbund". In den linken Massenorganisationen der Weimarer Zeit wurden durchaus schon Ansätze alternativer Lebensformen praktiziert, die Lebensweise dieser Frauen war also emanzipierter als frau/man es aus heutiger Sicht aus ihrem Familienstand (Haus-/Ehefrau) vielleicht schließen würde. Die frauenspezifischen Formen des Widerstands leiteten sich allerdings oft gerade aus dieser Stellung her, wie z.B. das Verstecken von Flugblättern in Kinderwagen oder die Unterstützung der gefangenen Männer.

Bestimmende Faktoren der NS-Frauenpolitik

Kriegsvorbereitung und -führung waren die prägenden Bedingungen der nationalsozialistischen Politik; das gilt auch für die Frauenpolitik.

Das Problem der Arbeitslosigkeit wurde ,,gelöst", indem einerseits die kriegsvorbereitenden Produktion verstärkt wurde und andererseits die Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt wurden. Letzteres hatte in zweierlei Hinsicht Vorteile für die Nazis, da die Frauen auch Trägerinnen der Bevölkerungspolitik sein sollten; daß auch die Nazis selber dabei nicht nur Ideologisches im Kopf hatten, zeigt die folgende Äußerung Hitlers (in den ,,Tischgesprächen"):

,,*Unsere Rettung wird das Kind sein! Wenn uns dieser Krieg eine Viertel-Million Tote und 100.000 Verkrüppelte kostet, sie sind uns in dem Geburtenüberschuß wieder geschenkt, den das deutsche Volk von der Machtübernahme an aufweisen kann. Sie werden uns in vielfacher Hinsicht wiedererstehen in den Siedlungen, welche ich in dem deutschen Blut im Osten schaffe.* (...) *Dies, daß wir Kinder haben, die leben wollen, rechtfertigt unseren Anspruch auf den neugewonnenen Ostraum. Daß wir immer Überschuß an Kindern haben, wird unser Glück sein. Denn das schafft uns Not. Und die Not zwingt, sich zu regen*" (4).

Ein weiteres Ziel der nationalsozialistischen Frauenpolitik war die totale Dienstbarmachung der Frau und umfassende Ausbeutung ihrer Arbeitskraft unter besonderer Einbeziehung ihrer hausfraulichen Fähigkeiten; diese Ausbeutung wurde immer weiter vervollkommnet, durch Einführung erst des ,,freiwilligen", später des obligatorischen Arbeitsdienstes, Dienstverpflichtungen, Arbeitseinsätze der verschiedenen Massenorganisationen.

Wie neben der allgemeinen Ausbeutung immer auch die Kriegswirtschaft eine Rolle spielte, wurde selbst in der Propagierung des Hausfrauendaseins deutlich. Schon 1934 begann die ,,Arbeit der volkswirtschaftlichen Aufklärung und der Erziehung der Frauen zu volksbewußter Haushaltsführung", die ein Umdenken der Haushalte durch ,,Verbrauchslenkung" und damit eine Unterstützung der Autarkiebestrebungen der deut-

Haushalte durch ,,Verbrauchslenkung" und damit eine Unterstützung der Autarkiebestrebungen der deut-

schen Wirtschaft zum Ziel hatte: ,,*größte Beweglichkeit der Haushalte bei Ernährungsumstellungen; möglichste Erhaltung volkswirtschaftlicher Werte durch 'Kampf dem Verderb'; Verständnis für die neuen Rohstoffe und deren sachgemäße Behandlung*", (13) wurden als Zielsetzungen der nächsten Jahre festgelegt. Hier lag die Aufgabe von ,,Frauenwerk" und ,,NS-Frauenschaft"; die für die Kampagne ,,Verbraucherlenkung auf weite Sicht" verantwortliche Hauptabteilung des ,,Frauenwerks" formulierte den Leitgedanken: ,,*Wir dienen dem Leben unseres Volkes. Wir betrachten unsere hausfrauliche Arbeit als Mittel zur Erreichung und Erhaltung der Gesundheit unseres Volkes an Leib und Seele aus den Kraftquellen unserer eigenen Volkswirtschaft*" (13).

Die faschistische Ideologie gab der Frauenpolitik zwar ihre jeweilige Verkleidung, prägte sie ansonsten aber erst in zweiter Linie. Das zeigt sich schon daran, daß im Zuge sich wandelnder ökonomischer Erfordernisse auch die Ideologie geändert wurde, was zu immer unglaubwürdigeren Konstruktionen führte.

Das soll nicht bedeuten, daß die faschistische Ideologie nur unter taktischen Gesichtspunkten entwickelt wurde; die NSDAP hatte damit (bei den Kapitalisten) aber nur deshalb Erfolg, weil sie ein geeignetes Gerüst für die gewünschte Politik war; im weiteren Verlauf wurde sie, wann immer sich Ideologie und praktische Erfordernisse entgegenstanden, letzteren so gut wie möglich angepaßt, so zum Beispiel beim Einsatz der Frauen in der Rüstungsindustrie, der Revidierung des Ideals Familie durch Förderung von unehelichen Schwangerschaften, der immer stärkeren Einbeziehung von Frauen in den Kriegsdienst bis hin zum Einsatz an der Front.

Mutterkult und Bevölkerungspolitik

Auf die Bedeutung einer Erhöhung der Geburtenrate ist weiter oben schon hingewiesen worden. Die rassistische Ideologie formulierte als Ziel die Stärkung des ,,Volkskörpers" und degradierte die Frauen als Mittel zu Zuchtzwecken. Dieser Rassismus traf allerdings auch die Männer, da auch diese hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt vererbbarer rassischer Werte und ihrer militärischen Nutzbarkeit betrachtet wurden. Der Mutterkult der Nazis hatte durchaus ein Pendant in der militärischen Heldenverehrung, mit der der Bevölkerung das massenhafte Abgeschlachtetwerden der männlichen Bevölkerung schmackhaft gemacht werden sollte.

Der Mutterkult äußerte sich auch im äußeren Frauenideal: Gefragt waren nicht das zarte Weibchen oder das Sexualobjekt, sondern kräftige Frauen, die hart arbeiten und viele Kinder gebären konnten. Schon in der Schule versuchte man, durch die Leibeserziehung die Mädchenkörper so zu bilden, daß sie den Anforderungen der Mutterschaft entsprachen. Im Naturkundefach des letzten Schuljahres wurden ausschließlich Körperpflege, Hygiene, Samariterdienst, Vererbungslehre, Rassen- und Familienkunde behandelt.

Für Mädchen und Frauen ab 18 Jahren gab es ,,Mütterschulen", die Kurse in Kochen, Nähen, Säuglingspflege, Gesundheitspflege, Erziehung und Heimgestaltung anboten, ,,*zur gründlichen Erfassung der Frauen und Mütter*" (5). Von Juli 1934 bis Juni 1935 nahmen an 8.879 Kursen 247.941



Spalier von „Arbeitsmaiden" vor Reichsarbeitsführer Hierl

Frauen teil, im entsprechenden Zeitraum 1935/36 kamen auf 19.961 Kurse 425.133 Teilnehmerinnen, 1936/37 auf 25.137 Kurse 466.871 Teilnehmerin-

raum 1935/36 kamen auf 19.961 Kurse 425.133 Teilnehmerinnen, 1936/37 auf 25.137 Kurse 466.871 Teilnehmerin-

nen. Fast die Hälfte der berufstätigen Teilnehmerinnen waren Angestellte, 37 % Arbeiterinnen; von den verheirateten waren 34 % Frauen von Arbeitern, 17 % Frauen von Angestellten, 37 % Frauen von Selbständigen und 12 % Frauen von Beamten oder Soldaten (Stand 1937).

Besonderer Wert wurde auf die hausfraulichen Fähigkeiten von SS-Frauen gelegt; die SS-Bräute mußten sich vor ihrer Ehe einer Prüfung durch das Frauenwerk unterziehen; wiesen sie Lücken auf, so waren sie verpflichtet, an entsprechenden Mütterschulungslehrgängen teilzunehmen. Die Mütterschulen beschränkten sich nicht aufs ,,Fachliche", sondern bezogen ,,*die weltanschaulichen Gesichtspunkte als die wesentlichsten*" mit ein und machten sie zum ,,*Ausgangspunkt der Schulungsarbeit*" (5).

Die bedeutendste Maßnahme zur Steigerung der Geburtenrate war die Einführung des Ehestandsdarlehens. Junge Ehepaare erhielten ein unverzinsliches Darlehen bis zu 1.000 Reichsmark, unter den Voraussetzungen, daß die Ehefrau vorher mindestens sechs Monate lang gearbeitet hatte und sich verpflichtete, ihren Arbeitsplatz aufzugeben. Ein durchschnittlich ausgezahltes Darlehen von 600 RM entsprach damals dem vier- bis fünffachen Monatslohn eines Industriearbeiters. Für jedes geborene Kind wurde die Darlehensschuld um ein Viertel gekürzt.

Die Bereitstellung dieser Darlehen (per Gesetz vom 1.7.1933) trug zu einer erheblichen Steigerung der Eheschießungen bei:

1929: 589.000
1932: 516.800
1933: 638.600
1934: 740.200

Nach offiziellen Angaben der Nazis brachten Ehepaare mit Darlehen im Durchschnitt doppelt so viele Kinder zur Welt wie andere Paare.

Jede Empfängerin eines Ehestandsdarlehens konnte zusätzlich 100 RM zum Besuch von Mütterschulungskursen verwenden; im Jahre 1935 machten 13,7 % der Darlehensempfängerinnen davon Gebrauch.

Ab September 1935 gab es die Kinderbeihilfe: eine einmalige Zahlung von 100 RM pro Kind, für das fünfte und jedes weitere Kind monatlich 10 RM zusätzlich (Höchsteinkommen der Eltern: 185 RM monatlich). Ab April 1938 Erhöhung der Einkommensgrenze und der Bezüge: 10 RM fürs dritte und vierte Kind, 20 RM für jedes weitere.

Der Erfolg der Politik war eine beträchtliche Steigerung der Geburtenrate:

1933: 971.000
1934: 1.200.000
1939: 1.410.000

Lebendgeburten pro 1.000 gebärfähige Frauen:

1933: 58,9
1939: 84,8

Die Politik der ideologischen Beeinflussung und wirtschaftlichen Anreize wurde ergänzt durch rechtliche Maßnahmen:

— Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und zum Schutze der deutschen Ehre, 15.9.1935 (gegen ,,Rassenschande");
— Ehegesundheitsgesetz, 18.10.1935;
— Ehegesetz, 6.7.1938.

Nach § 48 des Ehegesetzes konnten Ehen aufgrund der ,,Verweigerung der Fortpflanzung" oder nach § 53 aufgrund der ,,Unfruchtbarkeit" eines Partners geschieden werden.

Dazu kamen repressive Vorschriften gegen Geburtenkontrolle und eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen gegen Abtreibung.

ten gegen Geburtenkontrolle und eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen gegen Abtreibung.

Neben der Nachwuchsproduktion ging es den Nazis mit ihrem Mutterkult aber auch um die Propagierung einer bestimmten weiblichen Grundhaltung: dienen, die eigenen Bedürfnisse hinter die Interessen der Familie bzw. des ,,Volksganzen" zurückstellen. Das wird u.a. deutlich am Begriff der ,,geistigen Mutterschaft", den die Nazis für solche Frauen prägten, die aus unterschiedlichen Gründen zwar kinderlos geblieben waren, deren ,,mütterliche" Dienste man aber dem Staat trotzdem gern erhalten wollte: ,,*Die Nation bringt sich selbst um wichtige Kräfte, wenn sie die unverheiratete Frau geringer einschätzt und zurückdrängt und dadurch nicht alle schlummernden geistigen Mutterkräfte aus ihr herausholt und zum Besten des Volksganzen zur Wirksamkeit bringt*" (6).

Berufstätigkeit der Frau und Kriegswirtschaft

War Hitlers Familienpolitik auch relativ populär, so stieß die rigorose Entfernung der Frauen aus dem Erwerbsleben 1933 natürlich bei vielen Frauen auch auf Protest, bis hinein in die nationalsozialistischen Reihen. Paula Siber, eine führende Nationalsozialistin: ,,*Alle Frauenunruhe und damit alle Frauenfrage ist aus dem Entzug von Aufgabe und Arbeit entstanden.*" Das traf wahrscheinlich besonders für die ,,besseren" Berufe zu, wie auch für die Studentinnen. Insgesamt war es aber wohl so, daß es immer mehr Familien möglich war, sich allein vom Einkommen des Mannes zu ernähren, womit der häufigste Beweggrund für die Berufstätigkeit der Frauen wegfiel.

Die ersten Schwierigkeiten dieser Politik ergaben sich schon 1934, als ein Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft auftrat. Arbeitslosen Städterinnen wurde nahegelegt, sich zu landwirtschaftlichen Tätigkeiten zu melden, was allerdings auf wenig Begeisterung stieß.

1935 wurde das Reichsarbeitsdienstgesetz verabschiedet; Artikel 13 besagte u.a.: ,,*Der vorläufig noch auf freiwilligem Eintritt beruhende Arbeitsdienst für die weibliche Jugend ist planmäßig zur Vorbereitung der Arbeitsdienstpflicht weiterzuentwickeln*"; ledige Frauen unter 25 sollten erst dann eine Beschäftigung in der Industrie oder Verwaltung erhalten, wenn sie vorher mindestens ein Jahr in der Landwirtschaft oder in häuslichen Diensten oder zwei Jahre im sozialen Bereich tätig gewesen waren.

Auch in der Industrie machte sich bald Arbeitskräftemangel bemerkbar; 1936 begann die Reichsgruppe Industrie erstmals, sich ernsthaft Sorgen zu machen, ob künftig genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen würden; nun sollten die Frauen wieder zur Berufstätigkeit veranlaßt werden, was aber im Widerspruch stand zur früheren Familienpolitik und zur Förderung von Familie und Geburt.

Zwischen 1928 und 1939 hatte sich zwar die Gesamtzahl erwerbstätiger Frauen um ca. 2 Mio vergrößert, der Anteil der Frauen mit regulärer Arbeit aber war zurückgegangen. Vor 1939 gab es kaum ernsthafte Versuche, Frauen an einer regelmäßigen Arbeit zu interessieren; erst zwischen 1936 und 1937 war allmählich die Auflage abgeschwächt worden, daß Frauen, die ein Ehestandsdarlehen erhielten, ihren Beruf aufgeben mußten; auch danach mußten sie noch Zinsen von 3 % zahlen.

1937 wurde in den Tarifverträgen die tägliche Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden erhöht.

1938 wurde das ,,Pflichtjahr" für ledige Frauen unter 25 eingeführt; 1939 zusätzlich die sechsmonatige Ar-

1938 wurde das ,,Pflichtjahr" für ledige Frauen unter 25 eingeführt; 1939 zusätzlich die sechsmonatige Ar-

beitsdienstpflicht. Die Arbeitsdienstmädchen waren im Gegensatz zu den Pflichtjahrmädchen, die in den Haushalten wohnten, in Lagern zusammengefaßt. Für Studentinnen war der Arbeitsdienst schon vor 1939 obligatorisch gewesen.

Der Arbeitskräftemangel in der Kriegsproduktion nahm weiter zu; im Februar 1940 fehlten in den Rüstungsbetrieben 250.000 Arbeiter, so daß der Chef des Wehrwirtschaftsstabs persönlich an einer Anwerbeaktion für Munitionsarbeiterinnen teilnahm.

Schon vor Beginn des Kriegs waren Verordnungen herausgekommen, die es ermöglichten, auch die nicht mehr unter die Arbeitsdienstpflicht fallenden Frauen dienstzuverpflichten, gemäß den ,,Richtlinien zur Beschäftigung von Frauen im Mobilisierungsfall", die u.a. besagten: ,,*Im Kriege müssen im weitesten Umfang Frauen in Wirtschaft und Verwaltung eingesetzt werden, um wehrfähige Männer für den Kampf mit der Waffe freizustellen.*" Solche Verordnungen waren die Notdienstverordnung vom 15. Oktover 1938, die die Behörden ermächtigte, eine Arbeitsplatzverwaltung für Aufgaben ,,*zur Bekämpfung öffentlicher Notstände und zur Vorbereitung ihrer Bekämpfung*" zu organisieren und Männer und Frauen zu einem Dienst auf unbegrenzte Dauer zu verpflichten oder die Verordnung zur ,,Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung".

1941 wurde zusätzlich zum Arbeitsdienst eine halbjährige Kriegsdienstpflicht eingeführt. Erst in diesem Jahr überstieg die Zahl der regelmäßig beschäftigten Frauen den Stand von 1928; 1942 betrug der Frauenanteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten wieder 40,8 %.

1943 begannen die Nazis, Mädchen auch für direkte Kriegsleistungen einzusetzen; auch dies stand im Widerspruch zur faschistischen Ideologie, die das ,,Schlachtfeld" der Frau im Wochenbett angesiedelt hatte. Am 12.8.43 befahl der Reichsarbeitsdienstführer den Luftwaffeneinsatz des Arbeitsdienstes der weiblichen Jugend; die Mädchen wurden im Flugmeldedienst und an Flakbatterien eingesetzt.

1944 wurde Arbeits- und Kriegshilfsdienst auf 18 Monate verlängert. Die Meldepflicht für Frauen zwischen 17 und 50 Jahren zur Reichsverteidigung wurde erlassen.

1943 waren im Bereich des Ersatzheeres etwa 300.000 Arbeiterinnen und Angestellte tätig, die Hälfte davon dienstverpflichtet; im Feldheer und in den besetzten Gebieten waren 8.000 Nachrichtenhelferinnen und 12.500 Stabshelferinnen eingesetzt; Luftwaffe und Marine beschäftigten 130.000 bzw. 20.000 Frauen, Luftwaffenhelferinnen und Marinehelferinnen eingeschlossen.

Der Plan zur Aufstellung von Wehrmachtshelferinnencorps wurde aufgrund des Kriegsendes nicht mehr durchgeführt.

Die Wandlungsfähigkeit der nationalsozialistischen Ideologie am Beispiel der Sexualethik

Hitler propagierte in „Mein Kampf“ das asketische Ideal der Reinhaltung des männlichen und weiblichen Wesens bis zur frühen Ehe. Noch 1936 bezeichnete Ritter in „Die geschlechtliche Frage in der deutschen Volkserziehung“ die Familie als „einzige Gralshüterin des deutschen Blutes“, über die allein die „Höherzüchtung der Rasse“ führen sollte. Der erste Hinweis auf staatliche Unterstützung von unehelichen Müttern findet sich in einer Schrift von 1940, aber auch hier wurde die uneheliche Elternschaft noch als „ganz, ganz großes Unrecht“ abgelehnt. Im Zuge des Massensterbens deutscher Soldaten wurde die Hitlersche Sexualethik dann einer immer schärferen Kurskorrektur unterzogen.

Den ersten Ansatz in dieser Richtung hatte SS-Reichsführer Himmler schon 1936 mit der Gründung des „Lebensborn e.V.“ unternommen, wo „rassisch einwandfreie Frauen“, die unehelich schwanger waren, die Möglichkeit zu kostenloser Entbindung haben sollten; bei Bedarf stellte die SS auch „Zeugungshelfer“. Himmler plädierte ferner dafür, als besondere Heldenauszeichnung das Recht zu verleihen, eine zweite Ehe einzugehen; der ersten Frau sollte ihre Vorzugsstellung dann durch die Bezeichnung „Domina“ gesichert werden.

Später trat auch Hitler für uneheliche Kinder ein: *„Durch das illegitime* liche Kinder ein: *„Durch das illegitime* *Kind ist die Nation wieder in die Höhe gekommen. Gesetzlich kann man das nicht regeln. Aber solange man zweieinhalb Millionen hat, die alte Jungfer werden müssen, darf man das uneheliche Kind nicht ächten“.* (7).

Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes schlug vor, alle Frauen im Alter bis zu 35 Jahren zu verpflichten, mindestens vier Kinder zu gebären; Familien, die bereits vier Kinder hätten, müßten ihren Mann zur Zeugung freigeben.

Im Oktober 1939 richtete Himmler einen Aufruf an die gesamte SS und Polizei und befahl die vermehrte Zeugung unehelicher Kinder — unter Wahrung rassenpolitischer Grundsätze. Den Männern wurde zugesichert, daß für Frauen und Kinder materiell gesorgt würde. Die hohen Gefallenenziffern veranlaßten die Nazis vom Jahre 1943 an zur Planung einer Flut von ähnlichen Projekten. Bormann forderte in seiner Schrift zur „Sicherung der Zukunft des deutschen Volkes“ einen ideologischen Wandel des Mädchen- und Frauenbildes, im Rahmen bevölkerungspolitischer Erwägungen wurden gewisse Liberalisierungen in der Frage unehelicher Elternschaft und der Position des unehelichen Kindes und der Ehe angestrebt. Die Aufklärung darüber sollte erst nach dem Krieg einsetzen, da die Soldaten *„mit diesen Gedankengängen“* noch nicht vertraut seien, *„ohne weiteres wird es nicht jedem Soldat erwünscht sein, wenn seine Frau oder Braut nach seinem Tode Kinder von einem anderen Mann bekommt“.* Bormann sah u.a. auch eine Ausrichtung der Dichter und Schriftsteller vor; diese sollten in Zukunft „Ehebruch“ nicht mehr mit „Ehedrama“ gleichsetzen. Es sollte darauf hingewiesen werden, daß viele berühmte Männer unehelich geboren seien.

Uneheliche Kinder sollten vom Staat materiell abgesichert werden; eine sog. „Volksnotehe“ sollte eingeführt werden, die das Prinzip der Einehe aufheben und eine Nebenfrau gestatten sollte. Kinderlose Ehen und Junggesellen sollten schärfer besteuert werden.

Bedeutung der Frauenpolitik für die Nazis und antifeministischer Terror

Ch. schreibt: *„Die Nationalsozialisten hatten die Konsequenz einer wirklichen Befreiung der Frau schon richtig erahnt. Darauf war ihre antifeministische Propaganda ausgerichtet“*, und: *„Wenn frau/man bedenkt, welche Bedeutung gerade dieser Antifeminismus für die Macht-Sicherung und die Bevölkerungspolitik der Nazis hatte, läßt sich erahnen, welche besonders terroristische und sadistische Vernichtungsmaschinerie von Faschisten gegen uns Feministinnen entfaltet werden kann“.*

Diese Formulierungen lassen einige Fragen offen; z.B. ob es sich bei den „Konsequenzen“ einer „wirklichen Befreiung der Frau“ um den Sozialismus handelt, ohne den diese ja bekanntlich nicht möglich ist, und in welchem Verhältnis die Unterdrükkung der Frauenbewegung zur Unterdrückung anderer Emanzipationsbewegungen stand; welche Bedeutung der Antifeminismus für die Macht-Sicherung der Nazis denn tatsächlich hatte?

Die Beantwortung dieser Fragen ist natürlich nicht einfach; dieser Schwierigkeit sollte frau aber nicht dadurch aus dem Weg gehen, daß sie vage Andeutungen in den Raum stellt und alles weitere der Phantasie der Leserschaft überläßt.

In den folgenden drei Thesen stelle ich meine eigene Auffassung über die Bedeutung der Frauenunterdrückung für die Nazis und den „antifeministischen Terror“ zur Diskussion; „beweisen“ kann ich deren Richtigkeit allerdings nicht. Was den zweiten Punkt betrifft, so habe ich das, was ich an Material dazu finden konnte, verwandt; es ist aber so wenig, daß es keine eindeutige Aussage zuläßt.

I. Die Bedeutung der Frauenunterdrückung und -beherrschung leitet sich m.E. in erster Linie daraus ab, für welche Zwecke die Herrschenden die Frauen benutzen wollen sowie von der Stärke des Widerstandes, die dem von Seiten der Frauen (oder einzelner Frauengruppen) entgegengesetzt wird oder zu werden droht. Sie leitet sich meiner Meinung nach nicht her aus einer b e s o n d e r e n revolutionären Potenz der Frauen.

II. Die Umsetzung der faschistischen Frauenpolitik erfolgte auf drei Ebenen:
1. administrative Maßnahmen
2. Repression und Terror
3. „Angebote“ an die Frauen, um sie zur Unterstützung oder zumindest Billigung der Politik zu bewegen.

Die Übergänge sind allerdings fließend; so gibt es z.B. Frauen, die den Arbeitsdienst als durchaus positives Erlebnis in Erinnerung haben bzw. ves Erlebnis in Erinnerung haben bzw. aus verschiedenen Gründen am „freiwilligen“ Arbeitsdienst teilnahmen, bevor er zur Pflicht gemacht wurde. Wer sich dagegen weigerte, seiner Arbeitsdienstpflicht Folge zu leisten, war, wie jeder, der Widerstand übte, dem Terror der Nazis ausgesetzt.

III. Inwieweit gegen Frauen b e s o n d e r e r Terror ausgeübt wurde, läßt sich schwer sagen. Einerseits ist zu vermuten, daß auch die Nazis Frauen sexistisch gequält haben und daß die Dunkelziffer — wie auch heute bei Vergewaltigungen u.ä. — hoch war; viele Frauen konnten später ja auch nichts mehr darüber aussagen. Andererseits läßt sich aus den Berichten ehemaliger Widerstandskämpferinnen etwas Derartiges nicht entnehmen; so wurde allgemein davon ausgegangen, daß (bei Ehepaaren, die ja meistens beide im Widerstand aktiv waren) der Ehemann zuerst und öfter verhaftet wurde. Ein Großteil der Aktivitäten der Frauen war z.B. mit der Haft der Männer verbunden: die Männer zu besuchen, sie mit Lebensmitteln zu versorgen, bessere Haftbedingungen erkämpfen, ihre Arbeit z.T. weiterzuführen, Kontakt zur Organisation halten.

Ein Beispiel von unterschiedlicher Behandlung von Männern und Frauen im „Alltag“ findet sich bei Mason: *„Nach dem Überfall auf Polen wurden Männer, die wiederholt die industrielle Disziplinarordnung verletzten, meist sogleich der Gestapo übergeben, die sie für kurze Zeit in Konzentrations- bzw. Arbeitslager sperrte, während man von den weiblichen ‚Gesetzesbrechern‘ gar nicht erwartete, daß sie in gleicher Weise für ihre Handlungen verantwortlich seien (oder man glaubte, bei ihnen mit weniger harten Abschrekkungsmaßnahmen auskommen zu können), so daß man es in der Regel bei einer Warnung beließ“.* (2)

Einen anderen Aspekt beleuchtet Theweleit in seinen „Männerphantasien“, in denen er Biographien und Romane „soldatischer“ und faschistischer Männer analysiert, insbesondere auch ihre Haltung zu Frauen. Auffallend ist beispielsweise die häufige genußvolle Beschreibung der physischen Zerstörung von Frauen, die aber nicht durch den Autor selbst, sondern durch irgendeine „objektive“ Macht bewirkt wird. In der Haltung gegenüber linken Frauen wird in diesen Berichten durchaus ein besonderer Frauenhaß deutlich, der sich z.B. in Ausdrücken wie „Flintenweib“ (auch heute noch gebräuchlich), „Huren“, „Kommunistenbräute“ niederschlägt; Theweleit formuliert die Theorie, daß die Einheit mit dem sonstigen Frauenbild dadurch gewahrt bleiben kann, daß d i e s e Frauen nie als „r i c h t i g e“ Frauen, nämlich als Mütter oder Ehefrauen, gesehen werden. Das könnte die relative Zurückhaltung gegenüber den oben geschilderten Frauen im Widerstand erklären, die den Faschisten ja ganz bewußt gerade als (deutsche) Ehefrauen und Mütter gegenübertraten.

Für den besonderen Haß, der in Theweleits Zitaten zum Ausdruck kommt, wird auch ganz offen die Norm, gegen Frauen keine Gewalt anwenden zu dürfen, verantwortlich gemacht: *„Die Weiber sind die schlimmsten. Männer prügeln, Weiber spucken auch und keifen und man kann so ohne weiteres nicht die Faust in ihre Fratzen pflanzen“* (Salomon, „Die Geächteten“).

„Sie bauten auf die Schonungspflicht, die der Soldat gegen das weibliche Geschlecht zu üben hat und schimpften und spuckten und krakeelten. Einer meiner Offiziere sammelte fünf Meldereiter und machte eine kleine Polizeiattacke. Das beruhigte auch den weiblichen Teil der Straße“ („Mit Ehrhard durch Deutschland“).

„Es ist ja eine altbekannte Tatsache, daß bei solchen Aufläufen immer die Weiber vorneweg sind. Und wenn ein Führer schießen läßt, und es gehen ein paar olle Weiber dabei drauf, dann schreit gleich die ganze Welt über die blutgierige Soldateska, die unschuldige Frauen und Kinder erschießt. Frauen sind überhaupt immer unschuldig“ (Aus der Rede eines Generals während des Kapp-Putsches).

Es ist zu vermuten, daß das faschistische Frauenbild einerseits einen besonderen Haß auf emanzipierte aktive Frauen entfacht, daß es aber auch eine Hemmschwelle aufbaut, die erst überschritten werden muß, bevor sich dieser Haß in physische Gewalttätigkeit umsetzt. Diese Hemmschwelle ist umso niedriger, je weniger die Frau dem offiziellen Frauenbild entspricht, wenn es sich z.B. um Lesben oder „rassisch minderwertige“ Frauen o.ä. handelt. Diese Theorie legt den Schluß nahe, daß die physische Gewalt gegen linke und feministische Frauen in Zukunft einen größeren Stellenwert einnehmen könnte als im Nazi-Faschismus, weil die Frauenbewegung viele Frauen hervorgebracht hat, die zwar nicht klassenkämpferisch linker sind als damals, aber — äußerlich und in ihrem gesellschaftlichen Verhalten, auch Männern gegenüber — stärker vom rechten Frauenbild abweichen. Die Erfahrungen mit hemmungslosem Vorgehen von Seiten der Bullen und auch männlicher Passanten gegen Walpurgisnachtdemos (wo die Frauen ja gegen sämtliche Regeln fraulicher Sittsamkeit verstoßen) und auch das immer brutalere Vorgehen gegen Frauen auf militanten Demos bestätigen diese Einschätzung; in der „taz“ vom 21.7.81 wird ein Sani zitiert, der berichtet: *„Wir haben in letzter Zeit gezählt, daß rund 70% aller Verletzungen Frauen betreffen, meist sind das die schwereren Verletzungen“*, außerdem wurde beobachtet, daß Polizisten speziell gegen Frauen mit Schlägen auf die Brüste und Tritten in den Unterleib vorgehen.

Konsequenzen für unsere Arbeit

Ergeben sich aus den beiden Artikeln nun unterschiedliche Konsequenzen für die Praxis? Die Ziele und Projekte, die Ch. vorstellt, sind — mit Ausnahme ihres Arbeitsschwerpunkts „Neuer Antifaschismus/Neochauvinismus“ — meiner Meinung nach weniger eine Konsequenz ihrer theoretischen Einschätzung, als vielmehr eine empirische Zusammenstellung dessen, was bereits läuft bzw. was frau sich vorgenommen hat.

Daß zu diesen Punkten gearbeitet wird, ist natürlich in jedem Fall positiv. Bedenklich finde ich lediglich die Formulierungen unter Punkt a. zur Untersuchung der Frauenpolitik von SPD und KPD 1933, *„um besser zu verstehen, warum unter anderem später die faschistische Frauenpolitik durchgesetzt werden konnte“.* Hier wird unter der Hand SPD und KPD die Verantwortung für die faschistische Frauenunterdrückung in die Schuhe geschoben und angedeutet, da sei an sozialdemokratischer oder kommunistischer Frauenpolitik von Nazis gar nichts zu zerschlagen gewesen: *„Da fragt frau/man sich natürlich heute, was da vor den Faschisten eigentlich noch verteidigt werden sollte/konnte“.* Jede Politik, die nicht — nach unseren heutigen Maßstäben — astrein sozialistisch-feministisch ist, gilt demnach als schon fast faschistisch. Bei einer solchen Schwarz-Lilo-Sichtweise birgt auch die Behandlung des Themas Neochauvinismus als A n t i f a - Thema einige Gefahren. Wenn einerseits Faschismus, Neuer Antifaschismus und Neochauvinismus verschiedene Seiten derselben Medaille sind, andererseits aber in jedem Mann (und vor allem dem linken) ein kleiner oder großer Chauvinist steckt, was folgt daraus...? Jeder Mann ein kleiner oder großer Chauvinist steckt, was folgt daraus...? Jeder Mann ein kleiner Faschist? Damit wären wir dann bei einer feministischen Variante des „Tazismus“ gelandet.

Vielmehr eine Konsequenz von Ch.'s theoretischem Konzept als die Punkte, die sie aufführt, sind diejenigen, die sie n i c h t aufführt, obwohl hierzu im Rahmen unserer Frauenpolitik, (wenn auch nicht unter der Rubrik „Antifa“) auch schon gearbeitet worden ist; Punkte, die im Rahmen eines „Ausrichtungsartikels“ genannt werden müssen:

— Einbeziehung der Frauen in Kriegsvorbereitungen; da Faschisierung und Militarisierung eng zusammenhängen, müssen alle diesbezüglichen Vorbereitungen der Bourgeoisie, die Frauen betreffend, genau beobachtet werden: ideologische Ansätze, Strömungen in der Frauenbewegung, Gesetzesinitiativen und Verordnungen, Veränderungen in Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt usw.

— Alles, was mit dem § 218 zusammenhängt; der § 218 ist ja nicht nur ein Instrument der Bevölkerungs- und der Sexualpolitik, sondern auch ein Gradmesser für das Kräfteverhältnis Reaktion/Frauenbewegung.

Insgesamt sollten wir bei unserer Arbeit auf die ideologischen Vorstöße ebenso wie auch auf faktische Entwicklungen bzw. das Zusammenspiel von beidem achten. Unser Augenmerk darf dabei nicht nur auf die Linke und die Frauenbewegung gerichtet sein, sondern muß auch die Lage der „normalen“ Frau berücksichtigen, die als Arbeiterin, Angestellte, Hausfrau letztlich in erster Linie Objekt und Trägerin einer faschistischen Frauenpolitik sein soll.



Für die Ausnutzung der Arbeitskraft der KZ-Insassen hatte die SS einen eigenen Wirtschaftskonzern, das Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt. In den letzten Kriegsjahren wurden in immer stärkerem Maße weibliche Häftlinge eingesetzt, die unter den unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingingen massenweise zugrunde gingen; sie blieben meist nicht länger als neun Monate am Leben.

Bild: Steineträgerinnen (1944), Maria Hiszpansta-Neumann

Bild: Steineträgerinnen (1944), Maria Hiszpansta-Neumann



Polizeieinsatz gegen Walpurgisnachtdemonstration, Hannover 1981

Anmerkungen

1. Silvia Kontos, Die Partei kämpft wie ein Mann
2. T.Mason, Zur Lage der Frau in Deutschland 1930 bis 1940
3. Das Verhältnis der bürgerlichen Frauenbewegung zu Pazifismus und Krieg in der Weimarer Republik, AG: Die bürgerliche Frauenbewegung 1919-1933, Dok. der Historikerinnen-Initiative im Historischen Seminar, Uni Hamburg
4. Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942
5. Deutsches Frauenschaffen, Jahrbuch der Reichsfrauenführung 1938
6. Guida Diehl, Die deutsche Frau und der Nationalsozialismus, 1933
7. siehe 4.
8. siehe 6.
9. Ingeborg Lorentzen, Die Frau in der Rechtspflege, 1934
10. Sophie Rogge-Börner, Der neue Mensch aus deutschem Artgesetz, 1935
11. Hanna Reitsch, Fliegen mein Leben, 1979
12. Melita Maschmann, Fazit, 1979
13. Nationalsozialistische Frauenschaft, 1937

BGH-Urteil

Freibrief für Vergewaltiger



„1. Das bloße Fahren zu einer abgelegenen Stelle, an der die mitgeführte Frau Hilfe nicht erwarten kann, ist nicht ohne weiteres Gewaltanwendung im Sinne des § 177 StGB.
2. Nicht in jeglichem Einschließen oder ähnlicher Beschränkung der Bewegungsfreiheit einer Frau in der Absicht, mit ihr geschlechtlich zu verkehren, liegt bereits Anwendung von Gewalt im Sinne dieser Strafvorschrift.
3. Ob in der einen oder anderen Art eines solchen Vorgehens und ob in der Kombination beider eine tatbestandsmäßige Nötigung mit Gewalt zu sehen ist, hängt davon ab, ob im Einzelfall auf Grund des gesamten Verhaltens eines Täters und der durch ihn für die Frau geschaffenen Lage die in § 177 StGB vorausgesetzte Zwangssituation (körperlich wirksame Zwangseinwirkung) für die Frau eintritt und von ihr als solche empfunden wird" (GBH-Urteil vom 1. Juli 1981).

Mit diesem Urteil revidierte der Bundesgerichtshof die Verurteilung eines mehrfachen Vergewaltigers, der vom Landgericht Wuppertal *„wegen Vergewaltigung in Tateinheit mit sexuellem Mißbrauch einer Schutzbefohlenen in drei Fällen sowie wegen versuchter Vergewaltigung in zwei weiteren Fällen"* zu einer Gesamtstrafe von sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Der Bundesgerichtshof revidierte nun das Urteil dahingehend, daß die Straftat nicht nach § 177 (Vergewaltigung), sondern nur nach § 174 (sexueller Mißbrauch an Schutzbefohlenen) zu verurteilen sei. Das Urteil des Wuppertaler Landgerichts ist damit insgesamt aufgehoben bzw. muß neu verhandelt werden. Des weiteren ist damit auch klar, daß der Vergewaltiger mit einer weit geringeren Strafe als zuvor davonkommt.

Mit dem BGH-Urteil ist erneut eine Gewalt-Definition von höchsten Richtern festgeschrieben worden, die besagt, daß Gewaltanwendung erst dann vorhanden ist, wenn der Vergewaltiger direkt seine körperliche Kraft eingesetzt hat.

Dieses BGH-Urteil hat in der Frauenbewegung und in der Öffentlichkeit Empörung hervorgerufen, so daß sich der Bundesgerichtshof zu einer Pres-

Dieses BGH-Urteil hat in der Frauenbewegung und in der Öffentlichkeit Empörung hervorgerufen, so daß sich der Bundesgerichtshof zu einer Pres-

seerklärung zwecks Interpretation seines Urteils genötigt sah. Dies dürf-

> **Aktionstag**
>
> Am 4. September ist ein bundesweiter Aktionstag in den Gerichten geplant. Um auf nationaler Ebene Öffentlichkeitsarbeit organisieren zu können, sollten sich möglichst alle Notruf-Gruppen und interessierte Frauen am 26./27. September im Kölner Frauenzentrum treffen. Anmeldungen müssen bis zum 20.9. im Frauenbuchladen, 5 Köln 1, Moltkestr. 66, eingegangen sein. Adresse des Frauenzentrums: 5 Köln 1, Eifelstr. 32, Tel. 32 17 92. Für den 3. Oktober ist eine bundesweite Frauen-Demo in Karlsruhe geplant.
> Frauen wehrt euch gegen Vergewaltiger und ihre Handlanger in den schwarzen Roben!

te ziemlich einmalig in der Geschichte des Bundesgerichtshofes sein. Mit den Worten *„Nicht nur bei Gegenwehr der Frau"* versucht nun der Bundesgerichtshof, ein „Mißverständnis", das keines ist, „klarzurücken". Der angeklagte Vergewaltiger soll *„den Geschlechtsverkehr nicht durch Gewalt, sondern allein durch den Mißbrauch seiner Autorität als Lehrherr erreicht haben"* (Presseerklärung im Wortlaut, „FR", 25.8.). Mit anderen Worten, der erzwungene Geschlechtsverkehr hat nichts mit Gewalt zu tun. Dieser Zynismus der höchsten Richter ist kaum in Worte zu fassen. Und das angesichts eines anderen Urteils, nach dem kürzlich ein Autofahrer wegen Gewalt verurteilt wurde, weil er einen vorwegfahrenden Autofahrer wegen Gewalt verurteilt wurde, weil er einen vorwegfahrenden Autofahrer mit der Lichthupe beim Überholen ständig bedrohte ...

Überhaupt scheint hierzulande eine recht eigenwillige Gewaltdefinition vorzuliegen. So sind z.B. Sitzstreiks bei Fahrpreiserhöhungen, Straßenblockaden von Bauern oder andere Aktionen des gewaltlosen Widerstands in Brokdorf usw. als Gewaltstraftat verurteilt worden. Wenngleich wir diese Definition von Gewalt nicht anerkennen, ist es doch recht vielsagend, daß der Gewaltbegriff in der Rechtsprechung bei Vergewaltigungen ganz anders gehandhabt wird.

Doch zurück zum Bundesgerichtshof. Dieser fühlt sich in seiner Presseerklärung bemüßigt einzulenken: *„Jedenfalls, so meint der Senat, müsse die Strafkammer diese bisher nicht erörterten Gesichtspunkte bei der neuen Verhandlung prüfen, wobei es durchaus möglich ist, daß sich auch die zusätzliche Verurteilung wegen Vergewaltigung bestätigt"* („FR", 25.7.). Es kann aber wohl trotzdem kaum ein Zweifel daran bestehen, daß das Urteil für den Vergewaltiger in einem neuen Prozeß – bei einer derartigen Revision durch den BGH – nach § 177 (Vergewaltigung) beibehalten wird. Viel schlimmer allerdings ist, daß die vergewaltigte Frau erneut vor Gericht treten und sich den demütigenden Fragen aussetzen muß. Zudem hat sie sich nach dem BGH-Urteil zu rechtfertigen, weshalb sie keine „körperliche Gegenwehr" geleistet hat.

Das BGH-Urteil ist ein Angriff auf alle Frauen

Im Folgenden soll ausführlicher die Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofes wiedergegeben werden. Dabei werden insbesondere zwei Vergewaltigungen nicht als Gewalt an der Frau angesehen.

Im ersten Fall drängt der Malermeister Horst L. (39 Jahre) die im gleichen Betrieb arbeitende Auszubildende in einen Raum mit einer Liege, stellt sich in die Tür, läßt das Mädchen nicht heraus und sagt: „Ich habe Lust, mach dich fertig". Das Mädchen bittet ihn, sie nach Hause zu lassen. Er drängt weiter. Nachdem das Mädchen keine Möglichkeit sieht, davonzukommen, zieht sie sich aus. Der Malermeister wird jedoch „gestört", so daß es zu keiner weiteren sexuellen Handlung an die-

Nachdem das Mädchen keine Möglichkeit sieht, davonzukommen, zieht sie sich aus. Der Malermeister wird jedoch „gestört", so daß es zu keiner weiteren sexuellen Handlung an die-

sem Tag kommt. Das Landgericht Wuppertal urteilte nach § 177 StGB, der Bundesgerichtshof hingegen kommentiert das Urteil des Landgerichts wie folgt: *„Insbesondere ist nicht ausgeführt, ob und gegebenenfalls warum die Strafkammer angenommen hat, das Verhalten des Angeklagten sei als Anwendung von Gewalt zu werten".* Nachdem der BGH feststellt, daß das Mädchen keine Hilfe herbeigerufen hat (was theoretisch für die Richter möglich war, denn dieser Raum wurde betrieblich genutzt) suggeriert der BGH: *„Aus dem Vorgehen des Angeklagten ergibt sich auch nicht, daß das von ihm allerdings nachhaltig bedrängte Mädchen damit rechnen mußte, er werde ihren dem Verkehr entgegenstehenden Willen unter Anwendung von Gewalttätigkeiten brechen wollen. Daß mit dem Verhalten des Angeklagten ... die unausgesprochene Drohung verbunden gewesen wäre, sie bei einer Weigerung, ohne körperverletzende Gewalttätigkeit, unter Ausnutzung seiner überlegenen Körperkraft mit unmittelbarer Gewalt 'zu nehmen', ist ebenfalls nicht festgestellt. Dabei kann hier dahinstehen, unter welchen Voraussetzungen eine derartige Androhung von Gewalt bereits als Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für den ‚Leib' der Zeugin zu werten wäre. Um so weniger enthält das Urteil die Feststellung, der Angeklagte habe in diesem Sinne drohen wollen und die Zeugin habe sein Verhalten als derartige Drohung verstanden. Schließlich ist dem Urteil auch nicht zu entnehmen, daß von dem Verhalten des Angeklagten eine Wirkung auf die Psyche des Mädchens ausgegangen wäre, die von ihm als körperlich wirksame Beeinträchtigung empfunden worden sei."* Die Tatsache, daß der BGH eine Verurteilung des Vergewaltigers auf den § 174 (sexueller Mißbrauch) reduzieren will, zeigt noch einmal deutlich, daß der erzwungene Geschlechtsverkehr an sich nicht als Gewalt an der Frau/ dem Mädchen gesehen werden soll. In der Konsequenz zeigt sich hier die Lumpengesinnung der höchsten Richter, die eine mündliche Aussage „Ich bringe dich um" oder gar eine Ohrfeige höher bestrafen wollen als den erzwungenen Geschlechtsverkehr.

Im zweiten Fall faßt der Malermeister dem auszubildenden Mädchen an die Brüste, das Mädchen läuft weg, der Malermeister verfolgt sie. Nachdem sie mehrmals darum bittet, in Ruhe gelassen zu werden, droht er ihr an, später wiederzukommen. Aus Angst vor einer erneuten Vergewaltigung nimmt das Mädchen ein Verhütungsmittel. Auf Veranlassung des Malermeisters muß die Auszubildende mit ihm zu einer Baustelle fahren. Doch nicht die Baustelle, sondern der einsame Wald wird von dem Vergewaltiger angefahren, und zwar so, daß das Mädchen nicht aussteigen kann, weil ein Baum vor der Beifahrertür steht. Der Mann bedrängt das Mädchen mit Küssen und Herumgrabbeln an ihrem Körper, das Mädchen wehrt sich mit den Händen, doch der Vergewaltiger wird grob und meint, es sei „sinnlos, sich weiter zu wehren". Er vergewissert sich noch, ob sie ein Verhütungsmittel genommen hat und vergewaltigt sie erneut auf der Ladefläche des Lieferwagens.

Dazu urteilt das Landgericht Wuppertal: *„.... daß der Angeklagte die wehrlose Zeugin an einen abgelegenen Ort brachte, wo sie durch die Art und Weise, wie der Angeklagte sein Fahrzeug zum Stehen gebracht hatte, am Verlassen des Fahrzeugs gehindert war"*, nach § 177. Der BGH hingegen urteilt: *„Nötigung mit Gewalt im Sinne des § 177 StGB ist in der Rechtsprechung, unter Berücksichtigung der jeweils gegebenen Umstände, sowohl in dem Verbringen der Frau mittels eines Fahrzeugs an einen abgelegenen Ort wie auch im Einschließen in einen umschlossenen Raum gesehen worden. Ob in der einen oder anderen Art eines solchen Vorgehens und ob in der Kombination beider eine tatbestandsmäßige Nötigung mit Gewalt zu sehen ist, kann aber nicht – unabhängig von der Gesamtsituation – unterschiedslos bejaht werden."* Mit anderen Worten, wenn ein Mann eine Frau gegen ihren Willen einsperrt oder sie an einen einsamen Ort fährt, ist das

der Gesamtsituation – unterschiedslos bejaht werden." Mit anderen Worten, wenn ein Mann eine Frau gegen ihren Willen einsperrt oder sie an einen einsamen Ort fährt, ist das

noch keine Gewalt; erst wenn der Täter durch den Einsatz seiner Körperkraft *„auf das körperliche Wohlbefinden der Frau nachhaltig einwirkt"*, ist der Tatbestand der Gewalt für den BGH gegeben.

In dem konkreten Fall der Auszubildenden sieht der BGH einige „Besonderheiten": *„Dabei scheint es nach den Feststellungen nicht einmal sicher, daß es der Zeugin, die später auf Geheiß des Angeklagten, ersichtlich vor dem Vordersitz aus, nach hinten auf die Ladefläche des Wagens geklettert ist, tatsächlich unmöglich gewesen wäre, von vornherein auf diesem Wege das Fahrzeug zu verlassen."* Nach dieser Argumentation ist die Frau bzw. das Mädchen in doppelter Hinsicht nicht mit Gewalt bedroht worden: Sie hat keine Gegenwehr geleistet, sich nicht zusammenschlagen lassen, und dies wird ihr hinterher von Richtern zum Vorwurf gemacht.

Doch damit ist es noch nicht genug. Die BGH-Richter spielen die nachweisbare Gewalt gegen die Auszubildende als „Abhängigkeitsverhalten" herunter: *„Es versteht sich danach keineswegs von selbst, daß das Mädchen, das sich kurz zuvor durch Einführen eines Verhütungsmittels bereits auf einen – wenn von ihm auch nicht gewünschten – geschlechtlichen Verkehr mit dem Angeklagten vorbereitet hatte und das sich ersichtlich seiner durch das Ausbildungsverhältnis bedingten Abhängigkeit von diesem bewußt war, sich unter diesen Umständen einer körperlich wirksamen psychischen Zwangseinwirkung ausgesetzt sah, und daß es unter dem Eindruck einer solchen und nicht im Hinblick seiner Abhängigkeit der Forderung des Angeklagten nachgekommen sei."* Nach dieser Interpretation „duldete" das Mädchen nicht nur die Vergewaltigung, sondern bereitete sie durch das Einnehmen eines Verhütungsmittels auch noch vor. Bleibt eigentlich die Frage, warum das Mädchen den Malermeister wegen Vergewaltigung anzeigte?

Das gesamte Urteil des Bundesgerichtshof ist geprägt von den Interessen des Vergewaltigers; mit keinem Wort wird auf die Situation des

zeigte?
Das gesamte Urteil des Bundesgerichtshof ist geprägt von den Interessen des Vergewaltigers; mit keinem Wort wird auf die Situation des

vergewaltigten Mädchens eingegangen. Im Gegenteil hat dies gezeigt, daß die Frau zuguterletzt vor Gericht steht und die „Angeklagte" ist, sich nicht gewehrt zu haben, ein Verhütungsmittel genommen zu haben usw. usf., und somit vielleicht doch nicht so ungewollt vergewaltigt worden zu sein.

Zweifellos ist die Argumentation des Bundesgerichtshofes nichts Neues. So wurden schon die verschiedensten Urteile aufgehoben. Hier noch eine kleine Kostprobe: *„Sie (die Strafkammer) sei vielmehr davon ausgegangen, ihm (dem Angeklagten) sei nicht zu widerlegen, daß er geglaubt habe, das Mädchen sei nach anfänglichem Zieren und Sträuben mit dem Geschlechtsverkehr einverstanden gewesen." „Auf jeden Fall hat das Mädchen, trotz seiner ständigen Erklärungen, doch, wenn auch unbewußt, mit dem Feuer gespielt. Dies alles konnte das letzte brutale Vorgehen des jungen Mannes, so verwerflich es war, doch menschlich irgendwie verständlich erscheinen lassen."* (aus BGH-Urteilen, Kritische Justiz 1978, Gesamtausgabe).

Diese und andere höchstrichterliche Aussagen bestehen seit ca. 700 Jahren; damals sprach man(n) von „leiblicher Beweisung", d.h. die Frauen mußten augenscheinliche Wunden an ihrem Körper vorführen. Heute gilt der Leitsatz aus dem Jahre 1955 vom Bundesgerichtshof: *„Wenn eine Frau nur mit Worten einem Geschlechtsverkehr widerspricht, ohne sich auch körperlich zu wehren, darf der Mann in der Regel ihr Einverständnis dazu und damit ihre Einwilligung in eine sonst vorliegende Ehr- und Körperverletzung als gegeben annehmen."* Wie anders sollte dies verbriefte richterliche Wort verstanden werden, wenn nicht so, daß eine Frau „ja" meint, wenn sie „nein" sagt, und umgekehrt. Das BGH-Urteil vom Juli '81 ist in diesem Sinne eine konsequente Fortsetzung der geschriebenen Gesetze von vor 700 Jahren. Daß der Bundesgerichtshof erstmalig ein solches Urteil in der Öffentlichkeit mit „Mißverständnissen" zu erklären versuchte, zeigt, daß das öffentliche Bewußtsein bzw. die Empö-

ren. Daß der Bundesgerichtshof erstmalig ein solches Urteil in der Öffentlichkeit mit „Mißverständnissen" zu erklären versuchte, zeigt, daß das öffentliche Bewußtsein bzw. die Empö-

rung neue Möglichkeiten bieten, eine Gesetzesinitiative im Interesse der Frauen in Angriff zu nehmen.

Eine Hamburger Genossin

»Herr Degler hat seinen Schwanz im Hirn«

Eine sensible Männernase bewies der „Spiegel"-Redakteur Hans-Dieter Degler mit der Herausgabe des Buches „Vergewaltigt – Frauen berichten". Sein Beitrag daraus wurde Titelgeschichte im Spiegel (Juli '81).

Sensibel – denn seit etwa 3 Jahren hat die Frauenbewegung angefangen, Vergewaltigungen als brutale Machtmittel der Männer unter dem Mantel des Schweigens hervorzuzerren. Mit Sicherheit also auch in der Zukunft ein gewinnträchtiges Thema. Aber noch wichtiger ist die „Männernase": Degler ist auch inhaltlich interessiert, er möchte seine Standpunkte durchsetzen. So beginnt sein Artikel mit einem hemmungslosen Geholze gegen die „hysterischen Emanzen" (so nennt er tatsächlich, ohne Anführungszeichen, alle Frauen, die sich in Wort oder Tat gegen Vergewaltigungen zur Wehr setzen und an die Öffentlichkeit wenden, ob durch Wandzeitungen, Demos oder Aktionen im Gerichtssaal.) Danach folgen viele richtige Tatsachen und Untersuchungen zum Thema Vergewaltigung, abgesichert durch einen richtigen = männlichen Wissenschaftler. Und dann kommt das eigentliche Anliegen Deglers – wenn's nämlich um Ursachen und Lösungen geht. Propagiert werden jetzt selbstverständlich nicht der Zusammenschluß der Betroffenen, die gemeinsame Aktionen vergewaltigter und bedrohter Frauen, die Öffentlichkeitsarbeit – nein, igitt, das tun ja nur „Emanzen".

Propagiert werden zwei von der Bundesregierung unterstützte Projekte: Der Mainzer „Notruf für vergewaltigte Frauen", der von vielen anderen Notrufen wegen seiner Zusammenarbeit mit Bullen und Behörden abgelehnt wird, (die werden natürlich nicht im Artikel erwähnt !) und ein Projekt des Bundeskriminalamtes „SOS Gewalt" (Stelle für die Opfer sexueller Gewalt). Und die Ursachen für Vergewaltigungen liegen laut Degler auch offen auf der Hand: falsche Sexualerziehung, die Normen im Bett müssen nur etwas verändert werden.....

Ob er wohl so dumm ist und tatsächlich selbst dran glaubt ?

Jede(r), die (der) nur ein bißchen nachdenkt, weiß inzwischen, daß Vergewaltigung nichts mit Sexualität, sondern mit Macht zu tun hat. Es ist seit jeher eins der brutalsten Mittel der Männer, Frauen klein zu halten, zu disziplinieren, ausbeutbar zu machen, sie unter ihrer „Herr"-schaft zu halten. Um der allgemeinen Bedrohung vor Vergewaltigung zu entgehen, gehen Frauen in den Eheknast, schränken sich in 1000 „Kleinigkeiten" ein (spazierengehen, allein im Park sein, Bekannte zum Tee einladen...).

Die Vergewaltigung und die permanente Drohung damit ist seit jeher ein Eckpfeiler des Patriarchats.

Genau diese Sicht will Degler mit seinem Buch bekämpfen. In Hamburg versammelten sich deshalb ca. 20 Frauen vor dem „Spiegel" um ihm – öffentlich angekündigt – einen Preis zu verleihen für seine „Verdienste". Nach einigem Hin und Her erschien Degler, in Begleitung eines Herrn, der offenbar für ihn das Reden übernehmen mußte. Eine Frau brachte in einer kurzen Rede unser aller Widerwillen gegen diesen Chauviangriff gegen uns zum Ausdruck und überreichte ihm mit den Worten: „Herr Degler hat seinen Schwanz im Hirn" den Preis auf einer Clobürste. Anschließend zogen wir alle in die Innenstadt und verteilten Flugblätter, die über den wahren Charakter von Vergewaltigungen aufklärten.

Eine Frau aus der Hamburger „Frauengruppe gegen Vergewaltigung"

> **Redaktionelle Anmerkung:**
>
> Bei dem Artikel „Prüde Feministinnen?" im AK Nr. 206 ist die Autorinnenangabe vergessen worden; sie muß heißen: Ch., Antifa-Bereich, KB-Gruppe Hamburg.
>
> **AK-Frauenredaktion**

Vergewaltigungsprozeß in Itzehoe

Haftstrafen von 5 bzw. 5 1/2 Jahren forderte der Staatsanwalt für die beiden angeklagten Bullen Reich und Christiansen, gleichzeitig beantragte er einen Haftbefehl. Für ihn ist es erwiesen, daß die beiden im Februar dieses Jahres in einer Zelle der Revierwache Pinneberg gemeinschaftlich Inge B. vergewaltigt haben. Die Urteilsverkündung wird am 31.8. sein. Wir werden im nächsten AK ausführlich über diesen Prozeß berichten.

»Jede ist ihres Glückes Schmied« oder »Vom Unglück erst zieh ab die Schuld...«

Eine andere Antwort zur Frage »Frauen — Opfer oder Täter« *(AK 206, S. 27)*

Während Ga. in der vorigen Nummer des AK recht ausführlich und anschaulich die „neuen" Theorien der Soziologin Frigga Haug zur Frauenfrage darstellt, bleibt ihre K r i t i k daran recht knapp und farblos. Wir sehen unsere Kritik an diesen Vorstellungen von Frauenbefreiung (s.u.) nicht nur sehr viel schärfer, sondern auch grundsätzlicher.

Ausgangspunkt für Ga.'s Artikel war eine Veranstaltung des Sozialistischen Frauenbundes (SFB, in Westberlin von F. Haug mitgegründet) in Hamburg zum gleichen Thema. Auf diese Veranstaltung geht sie dann im ganzen Artikel nicht mehr ein. Das ist allerdings erklärlich, da dort vorwiegend über die Konsequenzen der Behauptungen von F.H. diskutiert wurde, aber kaum jemand den A n s a t z ü b e r h a u p t infrage stellte. Dies lag zum einen daran, daß die Teilnahme von Lottemi Doormann (DFI), die in starkem Widerspruch zu F.H. steht, nicht zustande kam, was erst kurzfristig bekannt wurde. Zum anderen bestand ein großer Teil der mit 100 Leuten sehr beachtlichen Zuhörerschaft aus (Soziologie-)Studentinnen, die ähnliche Debatten wohl schon in ihrem Fachbereich geführt haben werden; das Ergebnis war auf jeden Fall eine sehr „akademische" Diskussion, sodaß das Debut des SFB in Hamburg insgesamt enttäuschend war.

Zum Verständnis noch einmal (notgedrungen verkürzt) das „Theorem" von F. Haug, das L. Doormann, zugegebenermaßen etwas polemisch, zusammenfaßt: *„Schuld an ihrer Unterdrückung sind immer die Unterdrückten selbst"* („Neue", 5.9.80). F.H. behauptet, daß Frauen zwar die Unterdrückungsstrukturen vorfinden, aber sie auch immer wieder selbst mit herstellen. Daraus schließt sie, daß Frauen „freiwillig" in ihre Unterdrückung einwilligen, und zwar indem sie der Anstrengung, die Veränderung und Entwicklung mit sich bringen, „Nichtanstrengung" vorziehen, die sie als Belohnung für Nichtentwicklung angeblich kriegen sollen. Dabei sind doch nach F.H. die beiden entscheidenden Momente zur Befreiung schon gegeben und es liegt nun an der Frau, bei sich selbst anzufangen: *„Die Möglichkeit, die eigene Natur besser zu beherrschen – Empfängnisverhütung, andere Kindernahrung und die Existenz der Frauenbewegung setzen zusammen die Bedingungen, voranzukommen, sich wirklich zu befreien. D.h. auch, daß die Möglichkeit, sich zu verändern, die Möglichkeit für Frauen, ihre eigene Veränderung in die Hand zu nehmen, voraussetzt, daß die einzelnen bei sich selber verfestigte Strukturen auflösen."* (F.H., „Argument Studienheft" 46, S. 11).

Konkrete Perspektiven weist F.H. nicht auf, außer vielleicht: ein Aufruf, die „Anstrengung" in Kauf zu nehmen und die eigene Persönlichkeitsstruktur zu verändern. Als Rückhalt und als „ Auffangbecken", wenn's schief geht, haben wir ja immer noch die Frauenbewegung. Keine Frau, die einmal für längere Zeit in Frauengruppen gearbeitet hat, wird ernsthaft bestreiten wollen, daß die Frauenbewegung ein enormer, auch persönlicher, Rückhalt sein kann. Aber wenn frau darauf den S c h w e r p u n k t setzt und uneingeschränkte Erwartungen hegt, würden im günstigsten Fall die Gruppen nur noch nach innen arbeiten, Selbstzweck werden (und damit ein Privileg für die Frauen, die rechtzeitig auf den Dreh gekommen sind). Wahrscheinlicher ist, daß die Gruppen an den inneren Widersprüchen zerbrechen würden. Das hieße aber, daß wir unser wichtiges Kampfforum riskieren würden, das doch noch so viele andere Aufgaben zu bewältigen hat: wie an konkreten Fragen, z.B. § 218, Gewalt gegen Frauen, Leichtlohngruppen usw. tatsächliche Veränderungen der Situation von Frauen zu erkämpfen, ohne die doch jede psychologische Veränderung von Frauen ins Leere oder in die Verzweiflung führen muß.

Gefährlich und auch zynisch wird die Theorie von F.H., wenn sie auf die praktische Situation von Frauen übertragen wird. Besonders krass zeigt sich das an dem Hausfrauenbeispiel: Welche Frau wird denn Hausfrau, weil sie auf Nichtanstrengung hofft? Worin liegt denn da die Belohnung für die Nichtentwicklung? Bestimmt nicht im Ausschlafen und freier Zeiteinteilung, das wird jede neugebackene Hausfrau nach spätestens ein bis zwei Monaten feststellen. Höchstens entgeht sie der extremen Überanstrengung, die durch die Doppelt- und Dreifachbelastung durch Haushalt, Kinder, Beruf – also meistens Großraumbürojobs oder Fließband-Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz und mit dem Ehemann entsteht... Der häufigste Grund, die Berufstätigkeit aufzugeben, ist ja wohl, daß Kinder kommen (95%! der „Nur"-Hausfrauen haben Kinder). Immer wieder wird den Frauen eingebleut, daß die ersten drei Jahre so wichtig sind für ein Kind, daß sie da die Mutter ganz brauchen würden, während gleichzeitig kaum menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder da sind. Und später, wenn die Kinder schlechte Zensuren bringen oder was anstellen – wer hat Schuld: die Mutter. Berufstätig, ja deshalb! Ist das denn kein äußerer Zwang, sondern nur „wenn ein Polizist dahinter steht"? Und folgt daraus, daß die Frauen ihre Zustimmung geben, setzt das nicht das Bewußtsein voraus, daß es auch anders geht, und die materiellen Möglichkeiten dazu? Außerdem ist direkter, körperlicher Zwang auch gar nicht so die Ausnahme, wie aus den Untersuchungen der Frauenhäuser reichlich bekannt ist.

Wenn die Frauen wirklich die freie Wahl der Mutterschaft hätten, wie F.H. behauptet, fragen wir uns, welchen Sinn die Parole „Kinder oder keine entscheiden wir alleine" dann noch haben soll. F.H. vergißt dabei, daß wir hierzulande einen, wenn auch „reformierten", § 218 haben, daß die Pille u.ä. nicht von jeder Frau vertragen werden und von vielen wegen der unberechenbaren Nebenwirkungen verständlicherweise abgelehnt werden. Wenn wir das jetzt aber auch mal vernachlässigen, bleibt doch immer noch die Frage: Kann man es den Frauen denn etwa zum Vorwurf machen, wenn sie ihren durchaus natürlichen Kinderwunsch in die Tat umsetzen? D a muß doch nicht der Umdenkungsprozeß einsetzen. Daß die Frauen immer noch fast die alleinige und private Verantwortung für die Kindererziehung tragen, ist doch keine Frage der Naturbeherrschung, sondern der gesellschaftlichen Bedingungen.

Unserer Meinung nach bieten also die Thesen von F. Haug für die Befreiung und Emanzipation der Masse der Frauen keinen Ansatzpunkt. Im Kampf um bessere Lebensbedingungen wird sicherlich mehr „Bewußtsein" geschaffen und mehr verändert als durchs Philosophieren um den eigenen Schuldanteil. Dies gilt unseres Erachtens nicht nur für die Masse der Frauen, sondern auch für die von Ga. angesprochene „politisch bewußte Frau". Es wird wohl niemand infrage stellen, daß mann u n d frau zum politischen Kämpfen nicht gerade wenig Selbstüberwindung und Selbstdisziplin benötigen. Frauen haben durch Erziehung und Umwelt sowieso schon größere innere und äußere Barrieren zu überwinden. Jedoch ist ohnehin eines der größten inneren Hindernisse, daß Frauen sich für alles und jedes zuerst selbst die Schuld geben. Dies zeigt recht deutlich eine Tabelle, die der Zeitschrift „Wechselwirkung" vom Februar 81 entnommen ist; sie macht Aussagen über geschlechtsspezifische Selbsteinschätzung. In den Zeilen ist eingetragen, wie Frauen und Männer ihren

	Leistungsergebnis	
Erklärung durch	Erfolg	Mißerfolg
Fähigkeit/Unfähigkeit	M selbstaufwertend, weitere Erfolgserwartung	F selbstabwertend, weitere Mißerfolgserwartung selbst bei Anstrengung
Anstrengung/mangelnde Anstrengung	bei niedriger Aufgabenschwierigkeit: F selbstabwertend, weitere Erfolgserwartung nicht sicher bei hoher Aufgabenschwierigkeit: M selbstaufwertend, weitere Erfolgserwartung	M Aufrechterhaltung eines positiven Selbstbildes; Erfolgserwartung, wenn Anstrengung
Glück/Pech	F selbstabwertend, keine sichere Erfolgserwartung	M Aufrechterhaltung eines positiven Selbstbildes, weitere Erfolgserwartung uneingeschränkt

M = von Männern angegeben,
F = von Frauen angegeben

Erfolg oder Mißerfolg erklären, und wie das ihr Selbstbild beeinflußt.

Deshalb ist es auch wenig nützlich und kann eher demoralisierend wirken, die Ursache für mangelnde kämpferische Energien in der eigenen Bequemlichkeit zu suchen. Eher ist es oft so, daß sich hinter scheinbarer „Bequemlichkeit" mangelnde Motivation und Perspektive verbergen.

Gerade beim momentanen Stand der Frauenbewegung kommt es darauf an, Perspektiven im Kampf um ein besseres Leben für uns Frauen zu entwickeln. Die Diskussion um die Frage, wo wir Frauen Täter unserer eigenen Unterdrückung sind, bringt uns nur auf ein irreführendes, von uns Frauen schon viel zu oft befahrenes Nebengleis.

Hel., Do.; KB Hamburg-Eimsbüttel



gen wird sicherlich mehr „Bewußtsein" geschaffen und mehr verändert als durchs Philosophieren um den eigenen Schuldanteil. Dies gilt unseres Erachtens nicht nur für die Masse der Frauen, sondern auch für die von Ga. angesprochene „politisch bewußte Frau". Es wird wohl niemand infrage stellen, daß mann u n d frau zum politischen Kämpfen nicht gerade wenig Selbstüberwindung und Selbstdisziplin benötigen. Frauen haben durch Erziehung und Umwelt sowieso schon größere innere und äußere Barrieren zu überwinden. Jedoch ist ohnehin eines der größten inneren

ist es oft so, daß sich hinter scheinbarer „Bequemlichkeit" mangelnde Motivation und Perspektive verbergen.

Gerade beim momentanen Stand der Frauenbewegung kommt es darauf an, Perspektiven im Kampf um ein besseres Leben für uns Frauen zu entwickeln. Die Diskussion um die Frage, wo wir Frauen Täter unserer eigenen Unterdrückung sind, bringt uns nur auf ein irreführendes, von uns Frauen schon viel zu oft befahrenes Nebengleis.

Hel., Do.; KB Hamburg-Eimsbüttel









„Die Belohnung ... liegt damit meistens in der Nichtanstrengung"

Frauen lernen gemeinsam

Liebe Frauen!
Es wird wieder eine Hamburger Frauenwoche geben!
Nachdem die erste Hamburger Frauenwoche gezeigt hat, daß gemeinsames Lernen Spaß machen kann, daß der gemeinsame Austausch Vieles und Viele in Bewegung gebracht hat, war für uns klar: Das soll weitergehen!
So haben wir uns vor drei Monaten zusammengefunden, um die zweite Frauenwoche zu organisieren:
‚ZWEITE HAMBURGER FRAUENWOCHE' vom 1.-6. März 1982 wieder in der Hochschule für Wirtschaft und Politik.
Wir, das sind ca. 20 Frauen, die die Frauenwoche mit möglichst vielen Frauen zusammen gestalten wollen. Deshalb suchen wir noch ganz viele Frauen, die Lust haben, als Referentinnen zu allen uns Frauen betreffende und betroffen machende Themen Veranstaltungen, Ausstellungen, Workshops... vorzubereiten. Jede Frau, die gemeinsam mit anderen Frauen aufgrund eigener Erfahrungen, Vorstellungen, Träume, Utopien ein Thema oder auch mehrere erarbeiten möchte, ist angesprochen. Dabei wenden wir uns in erster Linie an Frauen, die sich der Frauenbewegung verbunden fühlen.
Die Hamburger Frauenwoche soll wieder eine regionale Veranstaltung werden, weil nur so eine kontinuierliche Zusammenarbeit auch über die Frauenwoche hinaus möglich ist.
Also Frauen, wenn ihr Lust habt, euch an der zweiten Hamburger Frauenwoche zu beteiligen, dann schreibt uns bitte bis zum 20. Oktober 81 eure Themen und Vorstellungen an folgende Adresse und legt bitte Rückporto bei:
Thea Decker, Schrammsweg 6, 2000 Hamburg 20 oder
Ulla Jelpke, Faberstr. 23, 2000 Hamburg 19
Wir lassen dann wieder von uns hören und sehen!

Die Organisationsfrauen
der 2. Hamburger Frauenwoche

Wie bei allen Frauenprojekten sieht es auch bei uns finanziell nicht so toll aus. Deshalb bitten wir alle, uns zu unterstützen:
Spendenkonto: Hamburger Frauenwoche
Konto Nr. 30569/209
Postscheckamt Hamburg
Wir freuen uns über jede Mark!



Bremen: Walpurgisnacht wird weiter kriminalisiert

Walpurgisnächte finden bekanntlich am 30. April statt. Am 18. August, also 3 1/2 Monate später, fand in Bremen eine großangelegte Hausdurchsuchungsaktion wegen der diesjährigen Walpurgisnacht statt.

In diesem Jahr waren in Bremen mehrere Frauen – die meisten schon auf dem Weg zur Demo – festgenommen worden, einige wurden erkennungsdienstlich behandelt.

Bei sieben dieser Frauen fanden jetzt die Durchsuchungen statt.

Wahrscheinlich fehlt's an Beweisen, daß die Frauen zur Wahpurgisnachtdemo wollten, denn bislang ist es ja noch nicht verboten, z.B. mit einer Sprühdose in der Handtasche spazieren zu gehen.

Gesucht wurde laut Durchsuchungsbefehl, der übrigens bereits 2 Monate vorher ausgestellt war, sogar nach Aufrufen für die Walpurgisnachtdemo 81 und nach Berichten über die Demo 80 (!).

Durchsucht wurden nicht nur die Zimmer der Frauen, auf die der Durchsuchungsbefehl ausgeschrieben war, die Wohnungen wurden von oben bis unten durchgewühlt und fotographiert. Mitgenommen wurden vor allem persönliche Briefe und Bilder, Notizbücher und Tagebücher a l l e r Mitbewohner.

In einer Wohnung wurde sogar eine Bohrmaschine beschlagnahmt.

Vermutlich sind diese Hausdurchsuchungen der Auftakt einer Einschüchterungskampagne gegen Walpurgisnächte; die erste der damals festgenommenen Frauen hat nämlich gerade ihre Anklage bekommen und die Anmelderin der Kundgebung hat einen Strafbefehl von 1800,- DM ersatzweise 60 Tage Haft erhalten, weil sie eine Kundgebung angemeldet hat und eine Demo daraus wurde

Auf dieser Demo gab es Festnahmen und vor allem brutale Übergiffe durch Bullen und Zivile auf die Frauen, vermutlich die Rache für die kaputten Fensterscheiben von Sex-Shops vom letzten Jahr.

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen

Australien: Sexualstrafrecht gelockert!

Die These, daß in der spätkapitalistischen Gesellschaft nicht mehr die bisherige starke Sexualunterdrückung erforderlich ist, die eine autoritäre Charakterstruktur verursacht, sondern stattdessen ein flexibler, mobiler Mensch als Arbeitskraft benötigt wird, scheint sich zu bewahrheiten: Nach Skandinavien und den Niederlanden hat jetzt auch Australien seine schwule Sondergesetzgebung abgeschafft. Damit hat der fünfjährige Kampf der „Victorian Homosexual Law Reform Coalition" (VHLRC) endlich zum gewünschten Erfolg geführt.

Das jetzt gültige Sexualstrafrecht kennt keine Unterscheidung zwischen den Geschlechtern oder Homosexuellen und Heterosexuellen mehr.

Vergewaltigung in der Ehe wird auf Antrag strafrechtlich verfolgt und sexuelle Kontakte mit minderjährigen Abhängigen sind ebenfalls strafbar.

Das allgemeine „Schutzalter" wurde auf 16 Jahre festgelegt. Zur Abmilderung der Auswirkungen dieser willkürlichen Altersgrenze werden auch unter-16jährigen sexuelle Beziehungen zugestanden, soweit ihr Partner weniger als zwei Jahre älter ist.

Eine böse Falle ist jedoch mit der Bestimmung vorhanden, die ein *„Ansprechen an einem öffentlichen Ort zu unmoralischen Zwecken"* unter Strafe stellt.

Entgegen den Erkenntnissen aus empirischen Untersuchungen und aus coming-out Berichten scheint die VHLRC der Meinung zu sein, daß Schwulsein und andere Formen der Sexualität erst mit 16 einsetzen, denn sie will ihre sexualpolitischen Aktivitäten jetzt einstellen, nachdem noch für eine Amnestie der nach dem alten Gesetzen Verurteilten gesorgt werden soll.

Ein Sprecher der VHLRC bezeichnete die australische Strafrechtsreform als den fortschrittlichsten Versuch in der englischsprachigen Welt. Die Organisation werde sich künftig Gesetzesreformen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, der Einwanderungsbestimmungen und Fragen der Pensionierung zuwenden.

Olaf Stüben

Homosexualität als »Neurose«

Alfred Adlers reaktionäre Theorie zur Lesben- und Schwulenfrage

Uns allen ist bekannt, daß im Faschismus Lesben und Schwule ins KZ kamen. Mit zunehmender Faschisierung der BRD, verknüpft mit der sich rasend entwickelnden Kriegsgefahr und der zunehmend frauenfeindlichen Politik der Herrschenden, die Frauen wieder in „ihre Rolle" als Gebärmaschinen und Reproduktionskräfte für die Männer zu zwingen, um sich die Voraussetzung für ihre Ziele zu schaffen, ist es für uns Lesben wie für die Frauen lebensnotwendig, das gesellschaftliche Bewußtsein zu ändern. Die Themen Homosexualität oder gar Lesbianismus werden totgeschwiegen – in der Familie, in der Schule, in der Zeitung, dem Fernsehen und sonstigen Medien. Stattdessen finden sich in Büchereien noch heute Bücher wie „Das Problem der Homosexualität" von Alfred Adler, zum ersten Mal 1917 verlegt und eindeutig faschistoiden Charakters; im Einklang damit das 1976 verfaßte Vorwort von Wolfgang Metzler.

In diesem Artikel möchte ich den Inhalt des Buches als lesbenspezifischen Beitrag zu der „feministischen Antifa-Arbeit" darstellen.

Adler ist Psychologe und arbeitete nach der Methode der Individualpsychologie.

„Die Homosexualität stellt ein Training des entmutigten Menschen seit seiner Kindheit dar, um auf dem Wege der Ausschließung von Möglichkeiten einer Niederlage, im Falle der Homosexualität auf dem Wege der Ausschaltung des anderen Geschlechts der normalen Lösung der Liebesfrage auszuweichen" (Adler).

Nach Adler ist die Homosexualität auf Unsicherheit mit der Geschlechtsrolle zurückzuführen:

1. der Sexualtrieb werde in den Dienst der Herrschsucht gestellt;
2. Homosexualität lasse sich immer als ein unbewußtes Ausweichen verstehen, wenn die Eitelkeit des Nervösen in Gefahr kommt;
3. die neurotischen Fiktionen von Mädchen brächten oft die männliche Neigung zur Überwältigung des Mannes zum Ausdruck, bei stärkster Sicherung... auch in homosexueller Richtung;
4. die Homosexuellen verdanken diese neurotische Abbiegung von der Norm ihrer Furcht vor dem anderen Geschlecht;
5. Adler vertritt die Meinung daß Homosexualität „heilbar" sei, betont jedoch die Schwierigkeiten dieses Verfahrens: *„Versuchen Sie einen erwachsenen Feigling in einen mutigen Menschen zu verwandeln, so befinden Sie sich in derselben Lage..."*;
6. Homosexualität, auch wenn sie erst an Einzelpersonen und in Kleingruppen auftritt, habe den Hang, zur Massenerscheinung, zur Mode zu werden, sie wirke ansteckend wie der Gebrauch von Rauschgift;
7. Homosexualität sei die Sucht des Entmutigten nach möglichst leichten Siegen;
8. die Meinung, alles menschliche Zusammensein sei ein Kampf, und die Angst, nicht der Stärkste zu sein;
9. die Überzeugung, daß das männliche Geschlecht alle Vorrechte gegenüber Frauen habe, es in der Ehe darum gehe, die Frau zu unterwerfen, wie es auch schon seit ewigen Zeiten bei den Tieren der Fall sei, lasse Männer aus Angst, nicht stark genug zu sein, sich die Frau zu unterwerfen, zu „Übermännern" und aus Angst lieber homosexuell werden;
10. bei Frauen führe der Wunsch, dem Mann nicht unterlegen zu sein, oft zum *„männlichen Protest"*. (Adler faßt männliches Bestreben, die Oberhand zu behalten, und weibliches, sie sich zu erkämpfen, als „männlichen Protest" zusammen), zur Homosexualität;
11. wie bei allen Neurosen führe mangelnde Selbstsicherheit zu dem Bestreben, den Schein zu wahren. Jede Annäherung an das andere Geschlecht sei für solche Menschen eine Gefahr, zu echter Liebe seien sie nicht fähig.

Aus Adlers „Erkenntnissen", daß sich Homosexuelle den für *„das Fortleben der Gesellschaft von der Natur so angeordneten Rollen verweigern"*, kommt er zu folgender These: daß *„mit jeder Zunahme weiblichen Emanzipationseifers auch eine Zunahme der Homosexualität einhergeht"*, was W. Metzler mit den Beweisen der Entwicklung dieses Jahrzehntes nur bestätigen kann.

Metzler weiß, daß aufgrund solcher Entwicklungen dann auch wieder Forderungen an die Öffentlichkeit und die Kirche gestellt werden, Homosexualität nicht als Laster, Sünde oder Verbrechen zu behandeln, was Adler gerade noch akzeptieren kann; die Forderung, Homosexualität als „ebenbürtig" anzusehen lehnt er jedoch entschieden ab: *„Als Flucht vor einer der Grundaufgaben, die die Logik des Zusammenlebens jedem Menschen stellt, gehört die Homosexualität zu den Auswirkungen eines mangelhaft ausgebildeten oder gestörten Gemeinsinnes, sie ist ein Leiden, dessen Heilung man anbieten muß. Verweigert der Homosexuelle die Heilung oder ist sie erfolglos, so wird er nicht mehr als verständnisvolle Duldung erwarten können. Denn die Abstandnahme von einer Lebensweise, die das Fortbestehen der Art gefährdet, ist mit höchster Wahrscheinlichkeit durch die Stammesgeschichte so tief verwurzelt im Verhalten, daß das Verhalten selbst durch gute Vorsätze nicht abgelegt werden kann"*. So sehen es jedenfalls Metzler und Adler.



... gehört die Homosexualität zu den Auswirkungen eines mangelhaft ausgebildeten oder gestörten Gemeinsinnes,....

Adler und die Geschichte

Seine These vom Zusammenhang der Frauenemanzipation und Homosexualität erläutert Adler am Beispiel der griechischen Gesellschaft. Zu einer Zeit, als die „Weiber" rasch an Einfluß und Macht gewannen, die Männer sich über deren Institutionen wie etwa das Frauenparlament lustig machten, wurde die weitverbreitete Homosexualität als etwas Normales angesehen. Die Männer seien ins Zweifeln über ihre Vorzugsstellung geraten und bemächtigten sich der Kunstgriffe, die Frauen zu verachten oder sie zu überidealisieren, während sie sich im Schein ihrer Stärke in die „Knabenliebe" flüchteten. Die heutigen Erscheinungen der Homosexualität hätten wohl die gleiche Ursache, die Flucht der Männer vor den Frauen. In der Wertung der „Schädlichkeit" der Homosexualität macht Adler jedoch einen entscheidenden Unterschied: *„Die damalige volksschädigende Strömung wurde zur Volkserziehung, es fehlte aber nicht an einem starken Gemeinschaftssinn. Die Homosexualität unserer Tage erweist sich als unfruchtbares und unlösbares Nebenprodukt, was den schwach entwickelten Gemeinsinn weiter schädigt"*.

Homosexualität und sexuelle Perversion

Gemeinsam sei der Homosexualität und anderen sexuellen Perversionen wie z.B. Sadismus, Masochismus, Masturbation...

1. daß sie der Ausdruck größerer Distanz zwischen Mann und Frau, sowie
2. Revolten gegen die Geschlechtsrollen und Ausdruck eines gesunkenen Persönlichkeitsgefühls seien.
3. Gehässigkeit und der permanente Kampf gegen den normalen Partner seien vorstechende Züge des Perversen.
4. Die Perversion erwachse aus einem Seelenleben, das Züge verstärkter Überempfindlichkeit, übersteigerten Ehrgeizes und Trotzes, Mangel an Kameradschaftlichkeit und Gemeinschaftsgefühl, egozentrische Züge und Mißtrauen zeige. Das bei Homosexuellen vorgefundene starke Selbstwertgefühl sei auf den Heroismus ihrer Schwäche zurückzuführen. Homosexualität sei die Flucht vor den gestellten Aufgaben; um das Persönlichkeitsgefühl zu retten, würde sie wie die Psychoneurose zum Mittel des Anormalen.

Starke Konkurrenz und der gehässige Kampf ums Dasein greife auch auf die Frauen über; bei herrschsüchtigen Müttern finde man oft Töchter, die ihre harmonische Ausgestaltung in der „Manngleichheit" suchen, sich gegen die Frauenrolle wehrten, und deren Herrschsucht jede Liebesbeziehung verunstalte. Sie litten angeblich oft an Frigidität, Vaginismus, heiraten spät, hätten wenige Kinder und litten an nervösen Erkrankungen. Wie schon diese Beschreibung der Frau zeigt, sind nach Adler „die Homosexuellen und Perversen der Gesellschaft" nicht angepaßt und zwar in allen Beziehungen ihres Lebens; so können sie auch den Forderungen der Gesellschaft und den Aufgaben ihrer Geschlechtsrolle nicht nachkommen.

So sei die Homosexualität natürlich mit dem Volkswillen unvereinbar, da der Volkswille das Ideal einer ewigen Fortdauer in sich trage, die genüge, die Heterosexualität als Norm zu erwzingen und jede Perversion, Masturbation inbegriffen, als Verbrechen, Sünde usw. zu empfinden. Die Einheitlichkeit eines Kulturideals wehre sich mit gerechten und ungerechten Mitteln, mit Gesetzen, Strafen und moralischer Verurteilung. Die Ziele des Homosexuellen ständen im Widerspruch zu den Voraussetzungen eines gesellschaftlichen Lebens, er zeige wenig Gemeinsinn und Wohlwollen gegenüber anderen Menschen, womit das Band der Einigkeit unter den Menschen geknüpft werde. Er habe sich nicht zum Mitspieler der Gesellschaft entwickelt.

Aufgrund der hier von Adler beschriebenen Gefährdung der Gesellschaft durch die Homosexualität rät er: **„Wie auch für andere Leiden ist auch bei der Neurose der Homosexualität ein staatlicher Zwang zur Heilung zu fordern."**

Die psychische Einstellung der Frau zum Sexualleben

Da Adler davon ausgeht, daß alle gesellschaftlichen Einflüsse die Einstellung der Frau zum Sexualleben beeinflussen, kritisiert er die Degradierung der Frau zum Sexualobjekt oder deren einzige Daseinsberechtigung als Mutter. Die Revolte der Frauen gegen die eigene Rolle und die Überlegenheit des Mannes arte zum *„männlichen Protest"* in allen Variationen aus. Und nun kommt, was kommen muß: 70 % der Frauen litten an Frigidität; das Mißtrauen, Sehnsucht nach Zuneigung und Anlehnungsbedürfnis sowie aber auch die Furcht, dem Mann unterlegen zu sein, stiegen an und vergifteten die Liebe der Frauen. *„Körperliches und seelisches Training, das im Falle gesellschaftswidriger Handlungen der Frau entsteht, bringt im Seelenleben andere Wertungen und Interessen zum Vorschein und verändert auch immer sekundär die organische Grundlage der sexuellen Funktion, aus deren Beeinträchtigung sich neue Erschwerungen ergäben. Die funktionsfördernden Reize der Außenwelt würden abgehalten oder verschoben. Das Organ wird in einen künstlichen Ruhestand versetzt und kann durch die zwangsweise geänderte Lebensweise noch weiter geschädigt werden."* Als Beispiel beschreibt er den *„Hungerstreik der Mädchen"*, der wohl immer aus Ablehnung der Frauenrolle entstehe, wobei im Fall starker Abmagerung die Substanz der Keimdrüsen und anderer Drüsen mit Sekretion schwinde. Schon vorher sei jedoch der Sexualapparat durch die Füllung des seelischen Apparates mit Ernährungs- und Entleerungsinteressen seelisch ausgeschaltet. Als Allheilmittel, um die Frau vor der Flucht oder der Revolte gegen die Frauenrolle zu bewahren, empfiehlt Adler, die Mädchen rechtzeitig auf die Frauenrolle festzulegen, ihnen Glauben in die eigene Kraft, einen optimistischen Blick in die Zukunft, die Neigung, Freude zu verbreiten und ein unkritisches Zugehörigkeitsgefühl zum weiblichen Geschlecht zu vermitteln. Vor allem wichtig sei die *„frühzeitige Aufklärung von der Unwandelbarkeit der Frauenrolle und die Bejahung des Lebens und der menschlichen Gemeinschaft.*

Ein kurzer Kommentar

Im gesamten Artikel habe ich mich damit begnügt, Adlers Ausführungen unkommentiert wiederzugeben, da sie meiner Ansicht nach für sich selbst sprechen. Und doch erging es mir beim Lesen des Buches, obwohl ich mir der reaktionären Stoßrichtung bewußt war, oft so, daß ich mich mit vielen, für Homosexuelle angeblich symptomatischen Gefühlen – z.B. Minderwertigkeitsgefühle, Angst und Abscheu vor der Männersexualität –, identifizieren konnte. Das hat mich ganz schön verunsichert, obwohl ich nie daran zweifelte, daß mein Lesbischsein genauso normal ist wie das Heterosein anderer Frauen, daß es eine Folge der zwangsheterosexuellen Erziehung in dieser Gesellschaft und meiner dem widersprechenden Sozialisation ist, daß es seine Ursache in dem Herrschaftsverhältnis zwischen Mann und Frau hat usw. Ich finde es sehr wichtig, solche „Ideologien", auf die die Herrschenden gerne zurückgreifen werden, genauestens auseinanderzunehmen und denke, daß wir als Lesben die Aufgabe haben, öffentlich die reaktionäre Zielrichtung besonders der Schlußfolgerungen dieser Herren zu entlarven. Ich plädiere dafür, unseren Kampf gegen die Zwangsheterosexualität mal auf diese Ebene auszudehnen!

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß in diesem, wie in den meisten Büchern, die Abhandlungen über Homosexualität nur über Männer stattfinden, doch finde ich die Abhandlungen für uns Lesben genauso wichtig.

Eine Genossin der
KB-Gruppe/Frankfurt

Schweiz schneller als BRD?

Expertenkommission für Sexualstrafrechtsreform ohne schwule Sondergesetze

Nach Skandinavien, den Niederlanden und Australien sollen nun auch in der Schweiz schwule Sondergesetze abgeschafft werden. Dies und andere erhebliche Neuerungen im Bereich des Sexualstrafrechts haben Experten im zweiten Teil der Revision des schweizerischen Strafgesetzbuches vorgeschlagen. Die 31-köpfige Kommission setzt sich aus Rechtsprofessoren, Staatsanwälten, Richtern, Rechtsanwälten, Ärzten und Theologen zusammen, sowie dem Bundesanwalt und dem Oberauditor der schweizerischen Armee; den Vorsitz führt Prof. Hans Schultz.

Die Experten gehen davon aus, daß sich die sozialethischen Auffassungen in diesem Bereich geändert haben, so daß sexuelle Handlungen nur dann strafbar sein sollen, wenn sie einen anderen Menschen schädigen oder schädigen könnten oder Personen einbeziehen, die nicht in der Lage sind, dazu in selbstverantwortlicher Weise Stellung zu nehmen, oder wenn jemand davor bewahrt werden soll, sexuelle Handlungen anderer Personen oder Darstellungen solcher Handlungen gegen seinen Willen wahrnehmen zu müssen.

Es wird nicht mehr von „Unzucht" gesprochen, sondern von „geschlechtlichen Handlungen"; auch wird nicht mehr zwischen Beischlaf und „beischlafähnlichen Handlungen" unterschieden, angeblich wegen der schwierigen Abgrenzungsfragen.

Das sog. „Jugendschutzalter" („Geschlechtliche Handlungen mit Kindern") soll von 16 auf 14 Jahre herabgesetzt werden – *„wegen der Beschleunigung nicht nur der körperlichen, sondern auch der seelischen Entwicklung"*, sowie wegen der „kriminologischen Erkenntnis", daß Kinder im oberen Bereich des Schutzalters häufig nicht die Rolle des „schutzwürdigen Opfers" spielen, sondern die Initiative zu sexuellen Handlungen selbst ergreifen. Es ist also nicht mehr nur noch eine Frage des Alters, wer zum „Täter" und wer zum „Opfer" wird.

Um die Willkür, die in jeder Altersbegrenzung liegt, etwas abzumildern, soll künftig von einer Strafverfolgung abgesehen werden, wenn „Täter" und „Opfer" sich altersmäßig entsprechen oder wenn das „Opfer" mit dem „Täter" eine Ehe eingeht. Letzteres ist allerdings gesetzliche Nötigung zur Ehe, um der Strafverfolgung zu entgehen – genau wie der BRD-Paragrph 182 StGB. Schwule Pädos sind dabei benachteiligt: Sie können den Jungen bekanntlich gar nicht heiraten.

Die Kommission schlägt eine besonders kurze Verjährungsfrist von zwei Jahren vor, damit das Kind vor der Schädigung durch spätere Verhöre bewahrt wird, nachdem es die „Tat" längst verarbeitet hat.

Ähnlich der bundesdeutschen Gesetzgebung wird nach dem Fortfall einer moralisierenden Begründung nicht von einem k o n k r e t e n Schaden ausgegangen, wie sonst im Strafrecht üblich, sondern von einem m ö g l i c h e n Schaden der „ungestörten sexuellen Entwicklung" bei frühzeitigem Genuß der verbotenen Früchte. Der Tatbestand „Unzucht mit unmündigen Pflegebefohlenen" wurde ausgedehnt auf „geschlechtliche Handlungen mit Abhängigen" von 14 bis 18 Jahren. Auch hier kurze Verjährungsfrist und Straffreiheit bei Eheversprechen.

Inzest („Blutschande") soll nur noch bestraft werden als Beischlaf mit seinem 14 bis 18 jährigen Kind oder Enkel, da eugenische Schäden nicht nachweisbar seien. Die neue Fassung wird somit nur noch als Jugendschutzbestimmung angesehen.

Bei Vergewaltigung ist die Altersgrenze von über 16 jährigen weiblichen Personen entfallen, gilt also jetzt auch allgemein für Jüngere. Auch Vergewaltigung in der Ehe soll künftig strafbar sein, jedoch nur auf Antrag der Ehefrau, der innerhalb von drei Monaten nach der Tat zu stellen ist.

Homosexuelles Verhalten soll künftig genau wie heterosexuelles behandelt werden, so daß die Vorschrift über „widernatürliche Unzucht" zu streichen wäre. Die Experten sind der Meinung, daß die Entwicklung in homo-, bi- oder heterosexueller Richtung nach dem 14. Lebensjahr festgelegt sei und durch homosexuelle Handlungen nicht mehr beeinflußt werde. Stattdessen soll ein neuer Gummiparagraph eingeführt werden, der nicht nur Frauen, sondern jedermann vor der Ausnützung einer Notlage schützen soll. Dies richtet sich besonders gegen Pädos und Schwule, die minderjährige Ausreißer bei sich aufnehmen. – Im Rahmen des Militärstrafrechts würden homosexuelle Handlungen auch weiterhin strafbar bleiben.

Strichjungen sollen ihren weiblichen Kolleginnen gleichgestellt werden, und Eroszentren, also Bordelle ohne Aufsicht und Leitung, sollen künftig erlaubt sein. Pornografie, auch hard-core, soll künftig für Erwachsene uneingeschränkt erlaubt sein, denn – so die Kommission – es könne nicht Aufgabe des Strafrechts sein, Sittenrichter zu spielen.

Das neu gegeründete Bützberger „Komitee für Sitte und Moral" warnt vor einer Reform des Sexualstrafrechts: *„Dann geht die Schweiz unter!"* ... und mit ihr das Abendland, wenn man den Flugblättern, Vorträgen, Demonstrationen und Petitionen glauben mag, mit denen das Komitee *„einen Damm gegen die erwartete Sündenflut bauen"* will. Für 20 Fränkli kann sich jedermann/frau an der Verteidigung des Abendlandes beteiligen.

Justiz- und Polizeidepartment, sowie der Bundesrat haben zu den Expertenvorschlägen noch nicht Stellung bezogen. Dies wird erst nach ausführlicher Behandlung geschehen, wenn der Bundesrat über die Ausarbeitung einer entsprechenden Gesetzesvorlage für die schweizerische Bundesversammlung entscheidet.

Olaf Stüben



„Komitee für Sitte und Moral", Sektion Zürich

Die WHO und die Schwulen

Die WHO und die Schwulen

Ein Baseler Arzt wollte es wissen: Sind wir Schwulen für die Weltgesundheitsorganisation (WHO)noch krank? Er erhielt einen Antwortbrief vom Leiter der Abteilung für geistige Gesundheit mit einem Auszug aus dem von 1978 stammenden „Register und Führer zur Klassifizierung von Geistesstörungen im Einklang mit der neunten Revision der internationalen Klassifizierung von Krankheiten" (uff!).

Ja, also, sehen Sie ...

Sehr geehrter Herr Dr. E.

Vielen Dank für Ihren Brief vom 8. April 1981. Ich lege Ihnen hier eine Kopie der relevanten Seiten aus der 9. Revision der internationalen Krankheitsbestimmungen bei.

Darf ich Sie auf die Leseanweisungen zur Rubrik 302.3 (Homosexualität) aufmerksam machen. Sie geben an, daß der Gebrauch dieser Bestimmungen für statistische Zwecke nicht unbedingt implizieren muß, daß Homosexualität eine geistige Störung sei. Die Einführung zu den Bestimmungen unter 302 betont den relativen Charakter von Normen bezüglich sexueller Neigungen und sexuellen Verhaltens. Deshalb ist der Gebrauch dieser statistischen Bestimmungskategorie dem Benutzer dieses Bestimmungskataloges überlassen: Sein Gebrauch davon wird je nach kultureller Lage und je nach dem spezifischen Grund für seine an das Gesundheitswesen gerichtete Frage anders sein. Ein Mensch, der eines homosexuellen Problems wegen medizinische Auskunft sucht, wäre deshalb in keiner Weise von dem verschieden, der sich eines heterosexuellen Problems wegen medizinisch erkundigt.

Ich hoffe Ihnen mit dieser Information gedient zu haben,

Mit freundlichen Grüßen
Dr. A. Jablensky

Genf, am 9. Mai 1981

... das ist nun mal so!

302 – sexuelle Abarten und Störungen

Abnormales sexuelles Verhalten oder abnormale sexuelle Neigungen, welche Teile eines Referenzproblems sind. Die Grenzen und das Aussehen von normaler sexueller Neigung und normalem sexuellen Verhalten ist bis jetzt in den verschiedenen Gesellschaften und Kulturen noch nicht vollständig formuliert worden. Man kann normales sexuelles Verhalten allgemein bestimmen, insofern es sozialen und biologischen Zwecken dient. Das sexuelle Verhalten gest-*ter Personen richtet sich in erster Linie nach Personen, welche nicht des gegenteiligen Geschlechts sind, oder nach sexuellem Verkehr, welcher nicht mit normalem sexuellen Verkehr verwandt ist, oder nach sexuellem Verkehr, welcher unter abnormalen Umständen ausgeführt wird. Wenn das abnormale Verhalten nur unter dem Einfluß von Psychosen oder sonstigen geistigen Störungen sich manifestiert, so soll der Zustand unter den Kategorien von den Hauptkrankheiten klassifiziert werden. Es ist vorzuziehen, jene Menschen nicht unter diese Rubrik einzureihen, die abnormales sexuelles Verhalten dann zeigen, wenn keine Möglichkeit normalen sexuellen Verhaltens vorhanden ist.*

302.0 Homosexualität

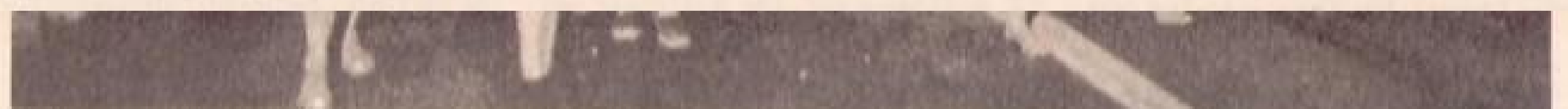
Ausschließlich oder vorwiegende sexuelle Neigungen zu Menschen gleichen Geschlechts, mit oder ohne physischen Kontakt. Homosexualität hier einreihen, gleichgültig ob sie als geistige Störung oder nicht betrachtet wird. –

So, jetzt wissen wir es: Wohl läßt man Schwulität in der Krankheitenliste, aber es liegt an der jeweiligen Kultur und Gesellschaft, wie sie diese Tatsache auswerten will. Warten wir's ab, bis sich irgendwelche Leute auf die WHO berufen wollen – oder fordern wir die längst fällige Streichung der Homosexualität aus der WHO-Liste der Geisteskrankheiten? Die Frage stellen, heißt zu handeln!

(von Fabio im habs-info 6/81 – homosexuelle arbeitsgruppen basel)



„Schutzwürdige Opfer" klagen an



„Schutzwürdige Opfer" klagen an

Neue Anklagepunkte im Prozeß gegen Ulli aus der Indianerkommune

Nachdem schon 2 Verhandlungstage gegen Ulli aus der Nürnberger Indianerkommune wegen angeblicher Verführung Minderjähriger durchgezogen worden sind, wird jetzt der ganze Prozeß neu aufgerollt werden.

Ulli sitzt seit Monaten in U-Haft. Ursprünglich waren 2 Anschuldigungen wegen des § 176 von der Staatsanwaltschaft vorgebracht worden. Die Zeugen, in allen Fällen Jungen im Alter von 12-14 Jahren, sind vorher durch Richter, Staatsanwälte und Gutachter (in Bezug auf ihre Glaubwürdigkeit) in die Mangel genommen worden, um die eigentlichen Anklagepunkte vor Gericht bezeugen zu können. Dies ist jedenfalls nach dem Urteil von Prozeßbeobachtern nicht gelungen.

Ulli bekennt sich vor Gericht offen als Pädosexueller, sagt aber zu allen Beschuldigungen aus, daß er weder vor den Jungen noch mit ihnen irgendwelche sexuellen Handlungen gemacht hat.

Der Staatsanwalt hat daraufhin 3 neue Beschuldigungen bzw. Anklagepunkte vorgebracht. Der Prozeß wurde daraufhin auf unbestimmte Zeit vertagt und es wird eine Nachanklageschrift erstellt werden. Der Prozeß wird also ganz neu aufgerollt werden. Obwohl keine Verdunklungs- und Fluchtgefahr gegeben ist, wird der Haftbefehl, sprich die Untersuchungshaft, weiter aufrecht erhalten. Der Rechtsanwalt von Ulli hat Haftbeschwerde eingelegt, die aber kaum Chancen hat, positiv entschieden zu werden. Gerade in Bezug auf die schlechten (für den Staatsanwalt!) Aussagen der „Zeugen" ist dies allerdings ein mittlerer Skandal. Die Vermutung liegt nahe, daß wegen der Art der „Vergehen" (Sexualstrafrecht – § 176) hier sehr viel schärfer vorgegangen wird. Deutlich wird das auch in einer Ablehnung eines Interview mit Ulli durch die Richterin.

Wir werden weiter über den Stand informieren.

Hier noch einmal das Spendenkonto der Indianer-Kommune in Nürnberg:

Indianer-Kommune
Mittlere Kanalstr. 34
85 Nürnberg
(0911/266786)
Spendenkonto
C. Carl
Commerzbank Nürnberg
5943113/90

In diesem Zusammenhang wollen wir noch darauf hinweisen, daß Peter Schult aus München ebenfalls wegen Pädosexualität z. Zt. in Untersuchungshaft in Bayreuth sitzt. Im nächsten AK soll darüber berichtet werden.

N., Schwulengruppe des KB

An das Amtsgericht Nürnberg
– Jugendschöffengericht
Frau Richterin Holz
Fürther Str. 110
8500 Nürnberg

<u>Prozeß gegen Ulli Reschke</u>

Sehr geehrte Frau Richterin,

Ich/Wir beobachte/n den Strafprozeß gegen Ulli R e s c h k e, einen der Initiatoren der "Indianerkommune" in Nürnberg. Ich/Wir kenne/n Herrn Reschke als jemand, der sich engagiert für die Gleichberechtigung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere für ihre sexuelle Selbstbestimmung einsetzt.

Ich/Wir befürchte/n deshalb, daß in einem konservativ regierten Bundesland starke politische Interessen bestehen an einer Verurteilung von Ulli Reschke und damit an einer Schwächung einer progressiven jugend- und sexualpolitischen Arbeit.

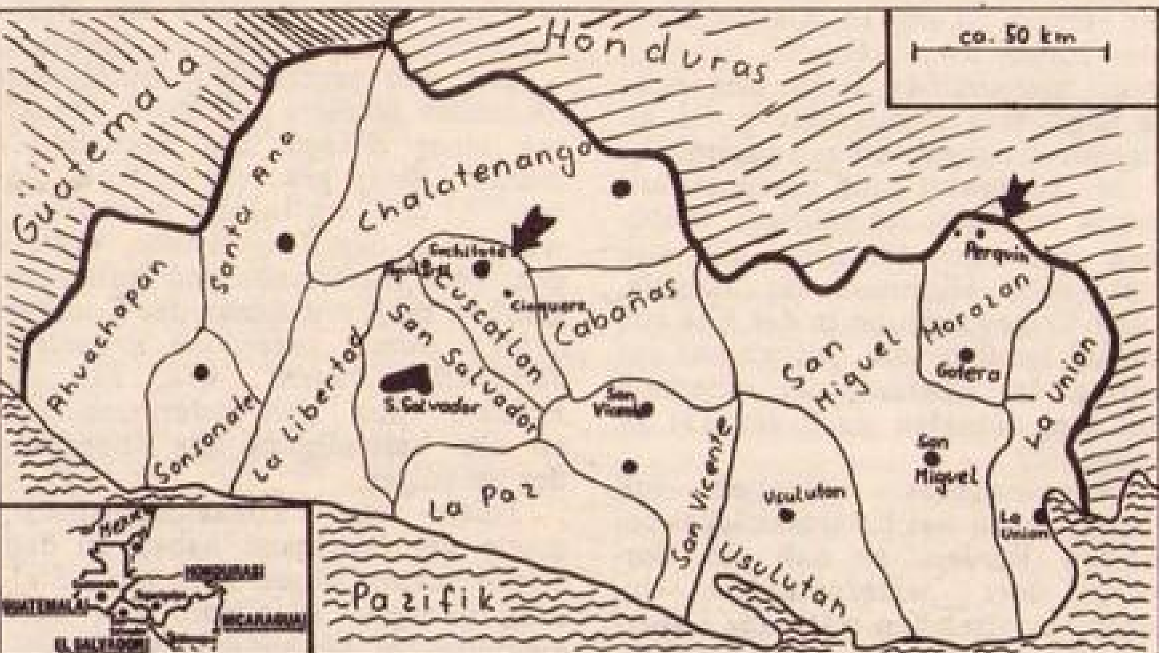
§ 175 und 176 StGB, auf die sich die Anklage bezieht, sind stark umstritten; eine Vielzahl von prominenten Einzelpersönlichkeiten und Vereinigungen aus den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fordern ihre ersatzlose Streichung.

Vor diesem Hintergrund fordere/fordern ich/wir Sie auf, sehr geehrte Frau Richterin, Ihr Urteil nicht auf fragwürdige Zeugenaussagen und grundsätzlich fragwürdige psychologische Glaubwürdigkeitsgutachten zu stützen (ggf. Ihren Ermessensspielraum voll zugunsten des Angeklagten zu nutzen).

Hochachtungsvoll!

Mittelamerika im Kampf – Neue Angriffe der FMLN

Die aktuelle Situation in El Salvador ist gekennzeichnet durch verstärkte Aktivitäten der FMLN-Guerilla und der Gefahr einer Ausweitung des Krieges auf ganz Mittelamerika durch das Eingreifen hondurenischer Truppen in die Kämpfe und Grenzprovokationen gegen Nicaragua.



Nach der Großoffensive der FMLN Anfang des Jahres hatte sich die Guerilla wieder in ihre Schlupfwinkel zurückgezogen, sich reorganisiert und die Erfahrungen der Großoffensive verarbeitet. Außer vereinzelten Anschlägen gab es seitdem kaum nennenswerte militärische Aktionen.

Die Armee versuchte sich in Ausrottungsfeldzügen gegen Guerilla-Stützpunkte, traf damit aber kaum die FMLN, sondern massakrierte z.T. mit Flächenbombardements die Zivilbevölkerung in „guerillaverdächtigen" Gebieten.

Ausländische Beobachter sprachen von einem Gleichgewicht; keine der beiden Seiten sei in der Lage, größere militärische Erfolge zu erringen. Ein Sieg der einen oder anderen Seite sei in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Dieses Gleichgewicht hat die FMLN jetzt durch Angriffe, die in mehreren Landesteilen gleichzeitig ausgeführt wurden, ins Wanken gebracht.

Am 10. August griffen über 100 Guerilleros den Ort Perquin im äussersten Nordosten des Landes an. *„Zunächst war es nur ein Angriff auf einen Ort. Kein besonders großes Ereignis, eher ein Dorf als eine Stadt. Und die etwa 40 Mann Nationalgarde und Paramilitärs haben keine Chance. Ein Ort von etwa 3.000 Einwohnern, seit Monaten isoliert in einer Zone gelegen, die eindeutig der Guerilla gehört, ist gefallen.*

Das Heer setzt sich in Bewegung, um die Scharte auszuwetzen. Sie kommen aus San Miguel, drei große Transporthubschrauber, besetzt mit je 30 Mann Einsatztruppe. Aber sie

Transporthubschrauber, besetzt mit je 30 Mann Einsatztruppe. Aber sie

können nicht landen. Alle Hügel um Perquin sind besetzt, nur einem der Hubschrauber gelingt es, außerhalb des Ortes zu landen und seine Besatzung auszuladen. Auch diese 30 Mann haben keine Chance, werden zum Teil gefangen, der Rest zieht sich zurück.

Aber für diesen Fall gibt es in den Bergen, hautnah an der Zone der Guerilla, den vorgeschobenen Posten „la Gucamaya", besetzt mit 200 Elitesoldaten. Und es gibt die etwa 1.000 Mann starken „Comando" in der Provinzhauptstadt von Morazdn Gotera.

In diesem Fall aber erlebt das Heer eine Überraschung. Die „Mobile Einheit" in Guacamaya ist von der Guerilla eingeschlossen, als sie nach Perquin marschieren will. Nach drei Tagen gelingt es ihr, durchzubrechen – aber im Rückzug nach Gotera. Die von dort in Marsch gesetzten Comandos treffen auf der Straße nach Perquin schon auf Hinterhalte und Sperren, als sie kaum die Stadt verlassen haben.

Sie versuchen eine Woche lang, nach Norden zu kommen. Am Dienstag, den 18. August, ist ersteinmal Schluß: sie ziehen sich zurück, zwei Panzer, sechs Lastwagen und viele Soldaten sind auf der Strecke geblieben. Die Devise ist jetzt: Gotera verteidigen. Nur noch die Luftwaffe greift Perquin an. Die Grenze des Guerillagebiets hat sich in wenigen Tagen bis an die Stadt Gotera verschoben.

Die FMLN hat in Perquin 24 und bei den Kämpfen auf der Straße weitere 11 Soldaten gefangen genommen. Über ihre Sender „Radio Venceremos" bietet sie dem Roten Kreuz an, die Gefangenen zu übergeben. Da die Regierung, die eine Art Nachrichtensperre verhängt hat, weder die Besetzung Perquins anerkennt, noch die Zerstörung der Militärbasis Guacamaya, noch den Verlust der Zufahrtstraße, am allerwenigsten aber die Existenz von Gefangenen, wie soll sie da zulassen, daß das Rote Kreuz nach Perquin fährt und Gefangene abholt. Das Internationale Rote Kreuz schlägt eine 12stündige Feuerpause vor. Die Comandos halten den Konvoy des RK in Gotera auf. Die Regierung hat zu ihrer Niederlage auch noch den schwarzen Peter..." (Paolo Martin, San Salvador in „taz", 21.8.81).

Die FMLN versuchte zunächst, Perquin zu halten und baute in der Stadt Unterstände gegen die ständigen Luftangriffe; auch eine provisorische Revolutionsverwaltung wur-

digen Luftangriffe; auch eine provisorische Revolutionsverwaltung wur-

de aufgebaut. Doch aufgrund der ständigen Bombardierungen und dem Angriff hondurenischer Truppen von Norden her mußten die Befreiungskämpfer die Stadt wieder räumen. Nur drei Tage später griff die FMLN Perquin erneut an.

Zur Zeit ist die Lage in diesem Gebiet schwer zu überschauen und die Meldungen sind widersprüchlich. Offensichtlich ist die Armee aber zumindest zeitweilig in arge Bedrängnis geraten und fürchtete schon den Fall der Provinzhauptstadt San Francisco Gotera.

Nach inoffiziellen Berichten aus Militärkreisen kontrolliert das Militär nur noch 3/4 des Landes. Die Verluste der Armee bezeichnete ein Sprecher des US-Außenministeriums mit 1.300 Toten („FR", 19.8.81).

Gleichzeitig kam es zu Guerillaaktionen in anderen Landesteilen. Im gesamten Osten des Landes wurden Anschläge auf Militärkonvoys und Brücken verübt. In der Hauptstadt San Salvador explodierten Bomben in Banken und Geschäften und sogar im Polizeihauptquartier. Die Stromversorgung der Hauptstadt und der anliegenden Provinzen LaPaz und La Libertad wurde erneut durch Anschläge auf Hochspannungsmasten und eine Umspannstation unterbrochen. In Cuscatlan, im Zentrum des Landes, nördlich der Hauptstadt, wo die Guerilla erst kürzlich mal wieder „endgültig ausgerottet" worden sein soll, griffen Einheiten der FMLN die Städte Aguilares, Suchitote und Cinquera an und belagern sie. Außerdem wurden zahlreiche Eisenbahngleise gesprengt und die beiden wichtigsten Straßen des Landes, die Panamericana und die Küstenstraße, unterbrochen. Das Oberkommando der FMLN hat erklärt, daß die Angriffe der Auftakt zu einer Reihe von bedeutenden Aktionen der Befreiungsbewegung seien (Informationen nach „taz", 18. 8. und 21.8.81; „FR" v. 18.8.81).

Die Regierungen Chiles und Argentiniens helfen der Junta

Die Juntas von Chile und Argentinien haben Duarte Waffenhilfe angeboten. Argentinien bot sogar an, auch Soldaten zu schicken, wenn El Salvador sie anfordert („El Pais"/„FR", beide 22. 8.81).

Todesschwadron wütet im ganzen Land

Die Mittelamerikanische Menschenrechtskommission teilte am 11. August in San José de Costa Rica mit, daß seit dem Sturz von General Romero vor knapp zwei Jahren, rund 30.000 Menschen Opfer des Bürgerkrieges in El Salvador geworden sind. Nach ihren Angaben sind rund 99% davon Zivilisten („FR", 13.8.81). Fast täglich werden neue Massaker enddeckt. Allein am 11. Juli wurden in Chalatenango 46 Leichen und in Nejapa acht weitere gefunden, die alle als Opfer der rechtsradikalen „Todesschwadron" im wesentlichen aus Angehörigen der offiziellen Sicherheitsorgane bestehen. Aber scheinbar hält die Armee nichteinmal mehr diese Tarnung für nötig: Ende Juli verhaftete die Armee nach einem Streit zwischen einem Soldaten und einem Fußballer mehrere Mitglieder der

zwischen einem Soldaten und einem Fußballer mehrere Mitglieder der

Fußballmannschaft samt ihren Angehörigen. In den folgenden Tagen wurden die Leicher alles 42 Verhafteten gefunden („Süddeutsche Zeitung", 19.8.81).

Nach Angaben der Menschenrechtskommission setzt die Armee inzwischen auch chemische und bakteriologische Waffen ein.

Duartes Stuhl wackelt

Staatspräsident Duarte, der erst Ende letzten Jahres auf diesen Posten geholt wurde um der Junta als demokratisches Aushängeschild zu dienen und der Carter-Regierung die Wiederaufnahme der kurzfristig eingestellten Waffenlieferungen zu erleichtern, scheint ausgedient zu haben. Die Unternehmerverbände El Salvadors haben nach einwöchigen Verhandlungen offen durchblicken lassen, daß sie seinen „Cocktail von unverdauter Wirtschaftsphilosophie und übermächtigem Soziologiegeschwätzt" satt haben und von seinem „Quasi-Sozialismus" nichts mehr halten und stattdessen eine Regierung der „Nationalen Einheit" bevorzugen, womit die Einheit von Militär, Landoligarchie und Unternehmern gemeint ist („FR", 15.8.81). Der endgültige Sturz Duartes scheint nur noch von der Zustimmung der USA abzuhängen, die ihn vielleicht noch für ihre Werbekampagnen im westlichen Ausland gebrauchen können.

El Salvador: Erstes Halbjahr 1981

9.250 Morde der Juntatruppen

San Salvador, (Socorro Juridico). Die neueste Nummer des Informationsblattes „Solidaridad" (Nr. 27 v. 12. Juli 81), das vom erzbischöflichen Rechtshilfebüro in San Salvador herausgegeben wird, gibt die Zahl der im Juni 1981 von den Regierungstruppen außerhalb von Kriegshandlungen ermordeten Menschen mit 934 an. Damit hat sich die Zahl der Todesopfer von Januar bis Juni dieses Jahres auf 9.250 erhöht.
Die Ermordeten gehören den folgenden Berufsgruppen an:

Beruf	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Insgesamt
Bauern	176	313	1.224	1.765	187	203	3.868
Angestellte	21	80	84	76	56	51	368
Studenten	46	26	39	87	48	25	281
Arbeiter	36	28	40	50	31	50	235
Händler	12	12	17	21	16	19	97
Lehrer	10	9	9	6	5	5	44
Freiberufl.	4	6	3	-	1		
med. Pers.	3	2	2	-	1	-	8
Journalisten	-	-	-	2	-	-	2
Unbekannte							
Berufe	2.336	427	504	303	192	572	4.334
Priester	-	-	-	-	-	3	3
Insgesamt	2.644	903	1.922	2.311	536	934	9.250

„taz", 25.8.81


In einem Dorf erklärt ein Guerillero der FMLN den Bauern den Gebrauch von Waffen

Der Westberliner Senat, der auf Drängen mehrerer CDU-Bundestagsabgeordneter untersuchte, ob er die Spendensammlung der „taz" zu Gunsten der FMLN verbieten könnte, mußte feststellen, daß er keinerlei rechtliche Handhabe für ein Verbot dieser Sammlung hat.

Die „taz" hat schon über 2,3 Millionen zusaammenbekommen! Also, auf zur dritten Million! Hier noch einmal das Konto:

Spendenaktion
„Waffen für El Salvador"
Postscheck Berlin/West
288 59 - 107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65

Honduras greift aktiv in den Krieg ein

Schon länger ist bekannt, daß Honduras die salvadorensischen Flüchtlinge wie Kriegsgefangene behandelt und zum Teil verhaften und „verschwinden" läßt. Jetzt werden die Flüchtlingslager aus dem Grenzgebiet ins Landesinnere verlegt, damit die hondurensische Armee hier freies Aufmarschgebiet gegen die FMLN hat. Außerdem wurden die humanitären Organisationen aus den Lagern vertrieben und durch die rechte US-Organisation „World Vision" ersetzt, die eng mit den Sicherheitskräften zusammenarbeitet.

Mitte August gab es ein Treffen zwischen den Staatschefs von Honduras, Guatemala und El Salvador. Auch der salvadorensische Kriegsminister nahm daran teil.

Die folgenden Ereignisse deuten darauf hin, daß hier Vereinbarungen über eine gemeinsame Kriegsführung getroffen wurden:

+ Honduras ließ große Armeeeinheiten an den Grenzen zu El Salvador und Nicaragua aufmarschieren („taz", 25.8.81).
+ Honduras griff in die Kämpfe um Perquin ein und besetzte den nahegelegenen Ort San Fernando.
+ Die FMLN meldete außerdem, daß die hondurensische Luftwaffe das Grenzgebiet überfliege, was auf eine bevorstehende Invasion schließen lasse („FR", 22.8.81).
+ Am 17. Juli drangen mindestens 1200 Soldaten der salvadorensischen Elitetruppe „Atlacatl" mit Hubschraubern über die Grenze nach Honduras ein, um der Guerilla im salvadorensischen Grenzgebiet in den Rücken zu fallen. Geplant war das Ganze wohl als Blitzaktion, aber es ging fast alles schief, sie konnten nicht in das Guerilla-Gebiet eindringen und mußten drei Tage auf hondurensischem Gebiet bleiben, bevor sie ergebnislos abzogen. Die Aktion war offensichtlich mit Honduras abgesprochen, da an diesen Tagen „zufällig" keine hondurensische Militärpatrouille das Gebiet kontrollierte. Da die Aktion so lange dauerte, wurde sie in Honduras bekannt und in der Presse wurden Fotos der salvadorensischen Soldaten veröffentlicht. Die hondurensische Regierung sah sich dann 10 Tage später aufgrund der Proteste im eigenen Land genötigt, eine offizielle Protestnote an die Regierung El Salvadors zu überreichen („Informationsdienst El Salvador" Nr. 44).

Desweiteren provozierte Honduras auch Zwischenfälle an der Grenze zu Nicaragua, bei denen es mehrere Tote und Verletzte gab, und es kam am 12. August auch zu einem Zusammenstoß zwischen Kriegsschiffen von Honduras und El Salvador auf der einen und nicaraguanischen Patrouillenbooten auf der anderen Seite („SZ", 19.8.81). All dies sind Anzeichen, die auf eine bevorstehende Ausweitung des Krieges auf ganz Mittelamerika deuten könnten.

Honduras: Erfüllungsgehilfe der USA

Die US-Regierung tut alles, um Honduras für einen solchen Krieg aufzurüsten. So bilden Einheiten der US-Spezialtruppe „Green Barrets" in Honduras rund 4000 Mitglieder der ehemaligen Nationalgarde Somozas aus, und mehr als 100 US-Soldaten aus Puerto Rico sind in Honduras unter anderem mit der Anti-Guerilla-Ausbildung beschäftigt („SZ"). Erst kürzlich wurden erneut 21 US-Militärberater nach Honduras geschickt, die für die Wartung von Hubschraubern und die Ausbildung von Luftlandetruppen zuständig sind. Die Luftlandetruppen werden ausdrücklich für den Einsatz an der Grenze zu El Salvador benötigt („FR", 13.8.81).

Bei einem Interview gaben zwei der Militärberater zu, daß sie die Aufgabe haben, die Armeen von Honduras und El Salvador zu koordinieren („taz", 25.8.81).

Die panamesische Zeitung „El Diálogo" berichtet, daß in der Kanalzone 4000 US-Soldaten auf eine offene Invasion in El Salvador vorbereitet werden. Marine-Einheiten sind zusammen mit salvadorenischen Truppen im Einsatz. Auch Mitglieder der „Green Barrets" sind direkt in 6 Provinzen El Salvadors eingesetzt, z.B. in der von Honduras besetzten Stadt San Fernando (nach „Stimme der DDR", 25.8.81).

Aus Honduras und Guatemala gibt es aber auch gute Nachrichten:

In Honduras wächst der Protest der Bauernorganisationen gegen die staatliche Agrarpolitik. Die Bauern fordern seit langem eine Landreform. Außerdem fordern sie den Abzug der Truppen aus den Grenzgebieten.

„Anderenfalls wird auch für uns der bewaffnete Kampf zum einzigen Ausweg werden", erklärte der Generalsekretär der christlichen Bauernorganisation. Die Guerillaorganisation FMLH erklärte, sie werde nach dem erwarteten Militärputsch in Honduras an vier Fronten den Guerilla-Kampf aufnehmen („taz", 25.8.81).

Die Nachrichten auf „Stimme der DDR" berichteten am selben Tag über schwere Kämpfe aus Guatemala. In sechs der 22 Provinzen soll es zu Gefechten zwischen der Guerilla und der Armee gekommen sein.

Lateinamerika-Kommission

Hamburg – New York – Panama

Kolumbianische Seeleute im Streik

Nachdem der Streik der kolumbianischen Seeleute von Kolumbiens Arbeitsministerium illegalisiert wurde, haben sie sich entschlossen den Streik trotzdem weiterzuführen. Ihnen drohen jetzt hohe Geldbußen und Gefängnisstrafen bis zu 7 Jahren wegen „illegaler Kaperung".

Seit mehr als sieben Wochen kämpfen die Besatzungen von inzwischen 14 der 22 Schiffe der Reederei „Flota Mercante Grancolumbiana" für ihre Forderungen:

+ Lohnerhöhungen von 50%, um zumindest einen Teil der hohen Inflationsrate auszugleichen.
+ Bessere soziale Absicherung: Erhöhung der Renten und Einbeziehung der Familienangehörigen in die Krankenversicherung.

Da in Kolumbien seit 35 Jahren Ausnahmezustand herrscht und die Gefahr von Repressalien gegen einen Streik sehr groß ist, haben sich die Seeleute entschlossen, ihren Streik außerhalb Kolumbiens durchzuführen. Zwei der bestreikten Schiffe liegen im Hamburger Hafen (Schuppen 50 und 61), andere in New York, San Francisco, Panama, Venezuela und Tokio.

Die Streikenden werden unterstützt von ihrer Gewerkschaft „UNIMAR", von der internationalen Vereinigung der Transportarbeitergewerkschaften (ITF), und die in Hamburg liegenden Schiffe erhalten die Unterstützung der ÖTV und eines eigens für sie gebildeten Solidaritätskomitees.

In der Hauptstadt Kolumbiens, Bogota, haben sich 400 Frauen der streikenden Seeleute zusammengefunden, um zur Unterstützung der Streikforderungen zu demonstrieren.

Das Hamburger Solidaritätskomitee hat ein Spendenkonto für die Streikenden eingerichtet.
Hamburger Sparkasse
(BLZ 200 505 50)
Kto. Nr.: 1238/538563
– Raul Torrenegra –

Lateinamerika-Kommission

Lateinamerika-Kommission

Im folgenden drucken wir ein Gespräch ab, daß eine Genossin mit einigen Seeleuten geführt hat.

Wie sieht es derzeit mit dem Streik aus?
Wir haben diesen Steik am 8. Juli begonnen und bis zum heutigen Tag konnte noch keins unserer Probleme von unserer Gewerkschaft UNIMAR mit der Reederei „Grancolombiana" gelöst werden. Wir kämpfen dafür, daß die Reederei unsere Löhne erhöht, nachdem wir über ein Jahr unsere Forderungen gestellt haben, ohne daß die Unternehmensleitung auf auch nur eine eingegangen wäre. Sie haben ständig zu allem Nein gesagt.

Die Reederei hat massig Geld. Sie will jedoch keinen gerechteren Lohn für die Arbeiter des Meeres. Das Unternehmen bietet uns 25% Lohnerhöhung an. Wir hingegen fordern seit einem Jahr 50%. Bis heute gibt es weder 25% noch 50%.

Könntet ihr mal in absoluten Zahlen sagen, was ihr verdient?
Die Löhne bis zum Streikbeginn lagen bei 182 Dollar für einen Matrosen. Für den höheren Dienstgrad liegt der Lohn bei 254 Dollar. In DM wären das etwa 600 Mark im Monat.

Könnt ihr etwas darüber berichten, wie es euch in den 7 Wochen, die ihr jetzt streikt, ergangen ist?
Unser Schiff „Ciudad de Mellin" hat großes Glück gehabt, wir hatten nicht die Schwierigkeiten, die durchaus möglich gewesen wären. Wir haben seitens der deutschen Behörden, des deutschen Volks und des Solidaritätskomitees viel Unterstützung bekommen, moralische und auch finanzielle Hilfe.

Der Streik war bisher sehr beeindruckend. Wir haben auch Solidarität von Kollegen in anderen Ländern erfahren, von den Kollegen anderer Schiffe und hier auch von der ÖTV, die Mitglied der ITF ist. Von dieser Seite haben wir sehr positive Unterstützung bekommen, sie haben uns Büroräume zur Verfügung gestellt, wir konnten Telefongespräche führen, die sonst sehr teuer für uns geworden wären. Wir sind daher nicht eingeschüchtert oder enttäuscht oder haben Angst vor Repressionen, im Stile wie sie in unserem eigenen Land passieren könnten. Natürlich denken viele von uns, wenn wir zurückkommen, daß wir dann unsere Arbeitsplätze verlieren. Das würde uns sehr treffen. Wir sind ein Volk von 25 Millionen Einwohnern und es gibt sehr viele Arbeitslose. Unsere Arbeit bedeutet uns viel wegen unserer Familien. Wir hoffen zwar nicht, daß dieser Fall eintritt, aber das Arbeitsministerium gibt den Reedereien ausreichende Rückendeckung, um Arbeiter, die streiken, zu entlassen. Der Vorsitzende unserer Gewerkschaft UNIMAR könnte zu einer Abmachung mit dem Unternehmen kommen, daß der Streik aufgehoben wird, wenn wir uns bereit erklären, die Arbeit wieder aufzunehmen und wenn die bisher 45 Entlassungen zurückgenommen werden sowie keinerlei Repressionen ausgeübt werden. Die Forderung, daß keine Repression gegen die am Streik Beteiligten ausgeübt werden, ist eine unserer wichtigsten Forderungen und natürlich die Lohnerhöhung. Wir könnten uns auch einigen, daß im ersten Jahr um 40% erhöht wird und im 2. Jahr um 10% oder um 5%, um auf 45% zu kommen bzw. auf die 50%, die wir z.Z. verlangen.

Die Unterhaltung unserer Familien ist z.Z. nicht möglich, weil wir ja keinerlei Lohn bekommen. Und die Ausgaben sind dieselben. Sie müssen alle öffentlichen Dienste bezahlen, Licht, Wasser, evtl. Telefon, vor allem das Essen. Das kostet alles viel Geld. Wir haben fast alle 3, 4 oder 5 Kinder. Wir sehen natürlich, daß dieser lange Streik für unsere persönlichen Interessen schädlich ist, aber nur so ist es möglich in diesem Land Kolumbien zu einem einigermaßen Auskommen zu gelangen. Nur durch einen Streik wird der Betrieb die Arbeitskraft der Arbeiter einschätzen können und sich dann bereit erklären, die Löhne zu erhöhen.

Wir haben erfahren, daß Eure Frauen einen Aufruf gemacht haben, in dem sie Euren Streik unterstützen. Wißt Ihr Genaueres darüber, was sie gemacht haben und welchen Erfolg
Wißt Ihr Genaueres darüber, was sie gemacht haben und welchen Erfolg
sie hatten?
In Kolumbien verteilen sich die Matrosen auf verschiedene Teile des Landes, auf verschiedene Städte. Es hat demzufolge drei verschiedene wichtige Unterstützungskomitees gegeben: das Komitee der Atlantischen Küste, das Komitee des „Departamento del Valle" und das Komitee Condenamarca". Unsere Frauen haben sich an das Zentrum gewandt, also an Bogota und ein breites Komitee gebildet, das vom Vorsitzenden von UNIMAR geleitet wird und die Frauen sind zum Präsidenten der Republik, sie sind ins Parlament gegangen, sie haben bei der Führungsspitze der kolumbianischen Flotte vorgesprochen, um die Ungerechtigkeit der Löhne ihrer Ehemänner anzuprangern. Sie sind empfangen worden und das Echo war sehr breit im ganzen Land. Die Frauen sind auch in die Büros der „Grancolombiana" in Buenaventura gegangen – sie haben, so kann man es ruhig ausdrücken – mit Gewalt die Arbeitsvermittlung dort behindert, um mehr Druck auszuüben, damit unsere Forderungen besser gehört werden. Also die Frauen haben die Eingänge der Reederei besetzt. Das hat ganz schönes Aufsehen erregt. Denn der Hafen von Buenaventura ist einer der wichtigsten Häfen Kolumbiens, über den der ganze Ex- und Import läuft. Das ist das erste Mal in der Geschichte, daß so etwas passiert, daß ein Komitee von Frauen solche Aktionen für die Forderungen ihrer Männer macht, für die soziale Besserstellung.

Wie koordiniert Ihr Euch mit den anderen Schiffen?
Über Briefe. Und jedes Schiff richtet sich an die Gewerkschaftszentrale von UNIMAR in Kolumbien, und über UNIMAR erfahren wir von dem Streikstand auf den anderen Schiffen, bisher halten alle durch.

Wie ist der Stand der Verhandlungen mit der Reederei?
Bei unserem letzten Gespräch mit dem Vorsitzenden von UNIMAR hat er uns gesagt, daß es eine 80%ige Wahrscheinlichkeit gibt, daß es innerhalb kurzer Zeit zu einer Einigung kommen könnte. Wir sind natürlich sehr gespannt darauf. Denn unsere Forderungen sind klar: Wiedereinstellung der Entlassenen, keinerlei Maßnahmen gegen die am Streik Beteiligten, Lohnerhöhung im ersten Jahr um 45 %, bessere ärztliche Versorgung unserer Familien, Verbesserung des Essens, Aufhebung der Einfrierung des Dollars für die Pensionäre und die zukünftigen Rentner. Das ist einer unserer schwierigsten Punkte.

Dabei handelt es sich um folgendes: Vor langer Zeit wurden Vereinbarungen abgeschlossen, wonach ein Wechselkurs von 17,50 Pesos für einen Dollar festgelegt wurde. Das ist ein Kurs, der etwa 15 Jahre alt ist und mit diesem Kurs werden die Pensionäre abgespeist. Die Menschen, die ihre ganze Lebenskraft für die Reederei gegeben haben, bekommen dann eine Pension von 100 oder 150 Dollar. Der momentane tatsächliche Wechselkurs ist zur Zeit auf 54 Pesos für 1 Dollar. Es gibt also Pen-
Wechselkurs ist zur Zeit auf 54 Pesos für 1 Dollar. Es gibt also Pen-
sionäre, die müssen mit 4500 Pesos im Monat leben oder 5600 Pesos, die höchste Stufe sind 8000 Pesos im Monat.

Was unsere Forderung nach ärztlicher Unterstützung für unsere Familien anbetrifft, so hat das folgende Bewandtnis: wir verbringen die meiste Zeit außerhalb des Landes. Wenn nun ein Kind oder die Frau krank wird, und wenn der Ehemann nun nicht ausreichend Geld da gelassen hat, um die Ausgaben für Ärzte oder Medikamente zu bestreiten, dann gibt es von Seiten der Reederei keinerlei Unterstützung. Und wenn unsere Frauen dann zum Unternehmen gehen, dann sagt ihnen der betreffende Angestellte, daß er für solche Sachen nicht zuständig sei, und die Frau oder das Kind können deretwegen ruhig sterben. Und die Reederei könnte diesen Sozialdienst ohne weiteres einrichten. Wir selbst haben ärztliche Hilfe überall, aber unsere Familien nicht.

Ist die „Grancolombiana" die größte Reederei Kolumbiens?
Ja, wir sind 1.500 Matrosen.

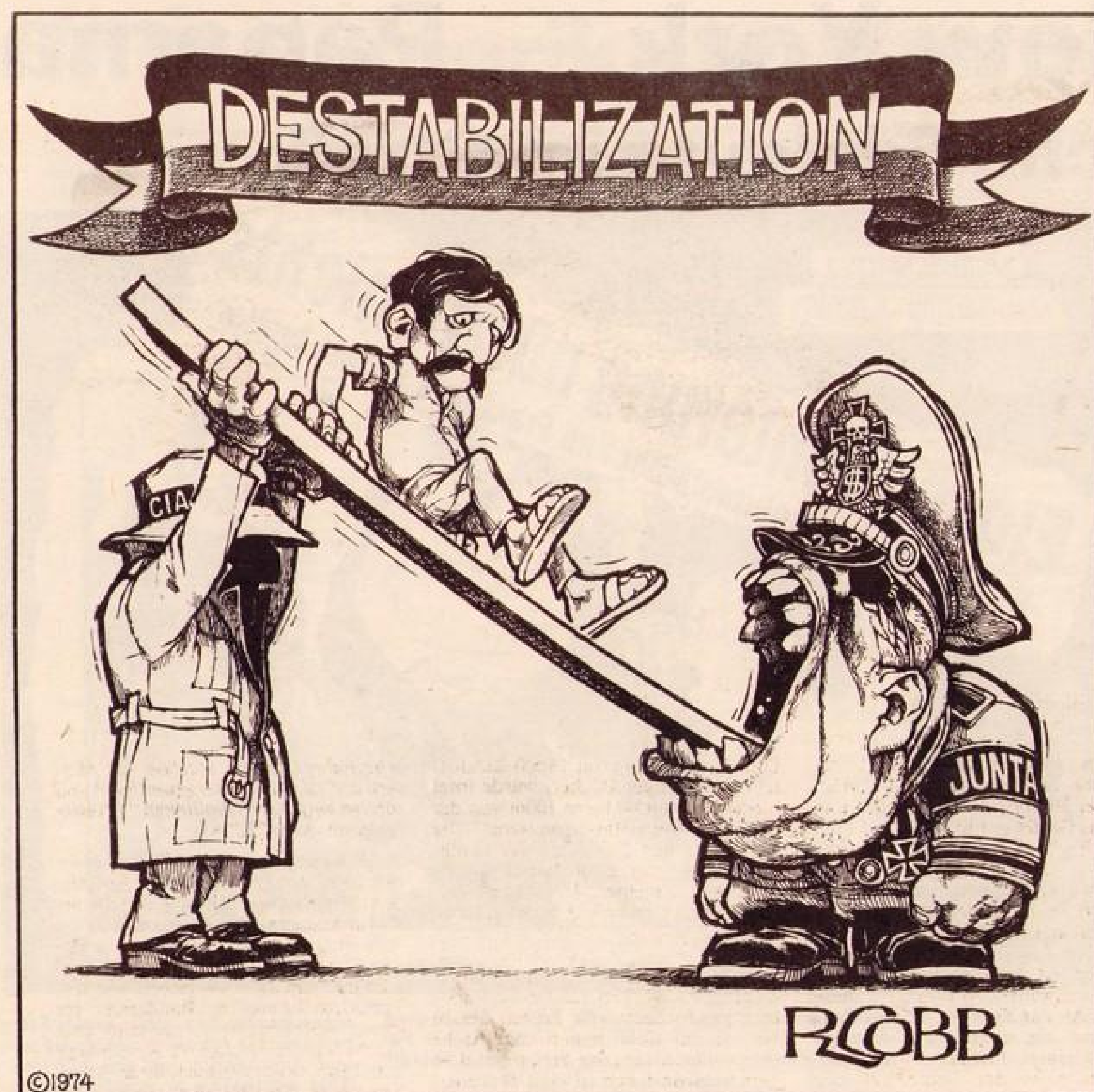
Die müssen ja ungeheure Verluste durch Euren Streik haben...
Ja, man rechnet, daß sie pro Tag und Schiff ungefähr 15.000 Dollar bezahlen müssen. Aber sie ziehen es vor, diese Summe Geld zu verlieren als ihren Unternehmerstolz, um es mal so auszudrücken, einzubüßen und uns die geforderte Lohnerhöhung zu geben. Sie haben uns drei Jahre lang den Lohn nicht erhöht, und es reicht eben hinten und vorn nicht. Die Lebenshaltungskosten sind überall sehr hoch auf der Welt.

Könnt Ihr noch kurz etwas zur Situation Eurer Familie sagen?
Die Situation mit unseren Familien ist sehr schwierig. Wir sehen sie fast nie. Wir leben nicht an der Küste, sondern im Innern des Landes. So dauert es oft Monate, bis wir unsere Frauen und Kinder wiedersehen. Unser Schiff z.B. braucht fünf Monate, um zu dem für unsere Familien nächsten Hafen von Buenaventura zu kommen, es legt öfter an der atlantischen Küste an, und wir leben 1.500 Meilen von der Küste entfernt. Wenn wir dann mal in Buenaventura anlegen, dann ist die Reise ins Innere so teuer, daß wir sie uns auch nicht jedesmal leisten können, und es dauert so lange, daß wir gar nicht die genügende Zeit dafür haben. Wir können ja das Geld zum Unterhalt der Familie nicht mit Reisen zur Familie ausgeben. Das ist ein Dilemma.

Gibt es für Euch nicht einen Punkt, wo Ihr sagen müßt, jetzt müssen wir Schluß machen?
Im Augenblick können wir von Glück sagen, daß sich bisher in unseren Familien keine schwerwiegenden Krankheiten oder Unglücke ereignet haben. Aber bei 1500 Leuten kann das jeden Tag passieren und dann könnte unsere Streikbewegung zusammenbrechen, denn unsere Stärke kommt ja vor allem daher, daß unsere Angehörigen mit uns kämpfen. Aber wir halten es gerade jetzt für wichtig, nicht aufzugeben, nachdem der Streik schon so lange gedauert hat.

Um zur letzten Frage zu kommen, welche Art von Unterstützung braucht ihr von unserer Seite, von unserer Zeitung, unseren Lesern?
...daß Ihr dies Interview überall bekannt macht und daß wir viel Besuch bekommen, auch einfach zum Reden...





Die Militärdiktatur zwingt Argentinien ins Elend

Im März 1976 putschte sich in Argentinien eine Junta an die Macht, die sich nicht weniger als die wirtschaftliche und politische Stabilisierung des Landes zum Ziel gesetzt hatte. Dazu war vor allem die Zerschlagung der organisierten Arbeiterschaft und der revolutionären Linken notwendig. Ihre Berater waren US-amerikanischer Herkunft: Milton Friedman und die Chicago-boys in Sachen Ökonomie, auf dem politischen Sektor die Strategen der Counterinsurgency des CIA.

Mit dem Beifall der internationalen Finanzwelt errichteten Videla und seine Freunde eine der härtesten Diktaturen der Welt, die auch heute, also fünf Jahre nach dem Putsch, noch keine Rechenschaft über den Verbleib ihrer 15.000 „verschwundenen" politischen Gefangenen abgegeben hat.

Die Wirtschaftspolitik konzentrierte sich auf „neoliberalistische" Maßnahmen, d. h. es wurden fast sämtliche Schutzzölle und Investitionsbeschränkungen, Subventionen für einheimische Industrien und Produkte aufgehoben und dem „freien Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage", also der internationalen Konkurrenz, ausgeliefert.

Begünstigungen erhielten vor allem die exportorientierten Großgrundbesitzer.

Während die Gorillas den Getreidebaronen Preisgarantien von 80 % des Weltmarktpreises für die Ernte einräumten, mußten viele Kleinproduzenten den Bankrott erklären, da auf dem Binnenmarkt die staatlich garantierten Ankaufpreise für Ernteprodukte aufgehoben wurden. *„Die kleinen und mittleren Zuckerrohr-, Tee-, Tabak- und Baumwollproduzenten des Nordostens und Nordwestens waren davon besonders hart betroffen: Während der Zuckerrohrpreis auf dem Weltmarkt von 1976 bis 1978 um rund 40 % fiel, senkten die Zuckerraffinerien den Ankaufpreis pro Tonne Rohzucker um 44 % und verminderten die Ankaufquote um 20 %. 400.000 ha Zuckerrohr konnten nicht geerntet werden, weil es keinen Abnehmer dafür gab"* (1).

Die Armut der Bevölkerung nahm katastrophale Ausmaße an: *„Die Lohnquote, die den Anteil der abhängigen Einkommen am gesamten Volkseinkommen beschreibt, sank von 46 % (1976) auf 25 % (1980). (...) Seit dem Militärputsch ist die Zahl der kleinen Straßenhändler, der Lotterieverkäufer, der Altpapiersammler – also all derer, die sich mit winzigen Geschäften über die Runden zu bringen versuchen – um 300.000 Personen angestiegen. Besonders viele Frauen haben ihre Arbeit verloren, viele Jugendliche finden erst gar keine Stelle." ... „Die Situation der Kinder ist erschreckend: 1978 waren 40 % der Kinder unterernährt. Innerhalb von drei Jahren starben etwa 30.000 Kinder an Folgekrankheiten der Unterernährung. Die Kindersterblichkeit ist auf 45 pro 1.000 Lebendgeburten angestiegen, in Spanien sterben von 1.000 Kindern 20, in Kuba 18"* (2).

Es muß wohl nicht weiter erwähnt werden, daß drastische Kürzungen der Staatsausgaben auf dem Sozialsektor zum ökonomischen Instrumentarium der Gorillas zählt. Daß dieser „neoliberalistische" Wirtschaftskrieg nur mit brutaler Repression gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden kann, ist quasi die „politische" Konstante eines Konzeptes, dessen sich die Pinochets, Garcia-Mezas, Figueredos und wie sie alle heißen, bedienen.

1981: Ist der Bankrott noch aufzuhalten?

Der derzeit amtierende Wirtschaftsminister Garcia Martinez vertrat erst kürzlich, daß ohne eine Änderung der Wirtschaftsstrategie ein wirtschaftlicher Kollaps nicht mehr aufzuhalten sei (3). Die argentinischen Auslandsschulden betragen heute das dreifache von denen zur Zeit des Sturzes von Isabel Peron und belaufen sich auf ca. 28 Milliarden Dollar. Allein für den Schuldendienst mußte Argentinien 1980 6 Mrd. Dollar zurückerstatten. Das entspricht dem Exporterlös von acht Monaten. Die Banken fordern einen Zinssatz von 400 %. Im vergangenen Jahr machten an die vierzig Banken und Finanzgesellschaften pleite. Die „London Times" bezeichnete das argentinische System als das korrupteste der Welt. Die Wirtschaft hat die niedrigsten Zuwachsraten auf dem Kontinent.

3 Mio. Menschen, d. h. 40 % der erwerbstätigen Bevölkerung, finden heute keine Arbeit mehr. Buenos Aires ist mittlerweile zur teuersten Stadt der Welt aufgestiegen (4). All dies, obwohl es seit Jahren so gut wie keinen Streik gab, obwohl jegliche Opposition zum Schweigen gebracht wurde und obwohl vier Jahre hervorragende Ernten zu verzeichnen gewesen waren. Zu allem Überfluß stürzt sich Argentinien zur Zeit in ein Atomkraftwerkprojekt, das weitere Milliarden der Volkswirtschaft entziehen wird. Das Atomkraftwerk Atucha II in der Nähe von Buenos Aires wird ca. 2,6 Mrd. DM kosten. Das Geld klingelt in den Kassen der imperialistischen Konzerne und fehlt dem Volk zur Befriedigung der elementarsten Interessen.

Die Rolle der UdSSR

Die UdSSR ist in der letzten Zeit zu einem der wichtigsten Devisengaranten Argentiniens geworden. Noch zu Zeiten von Carters Afganistan-Boykott betrieben die argentinischen Generäle den Abschluß von umfangreichen Weizenlieferungen in das Mutterland des realen Sozialismus, um sich finanziell über Wasser zu halten. Seit 1973 steigerte sich der Handel Argentiniens mit der SU von 30 Mio. Dollar auf 400Mio. Dollar im Jahre 1980. Im vergangenen Jahr nahm die SU Argentinien etwa ein Drittel seiner gesamten Ernte ab, also rund 7,5 Mio. Tonnen. Bis zum Jahre 1986 ist ein jährlicher Export von mehr als vier Mio. Tonnen Futtergetreide vorgesehen, womit die SU zum wichtigsten Kunden Argentiniens aufrückt (5).

Dabei übersteigen die gegenwärtigen Lieferungen offenbar noch die Vereinbarungen. So belaufen sich die Getreideexporte in diesem Jahr bereits auf 12 Mio. Tonnen. Dabei ist die Bilanz für die Revisionisten durchaus negativ: Die argentinischen Exporterlöse beliefen sich 1980 auf 1,8 Mrd. Dollar, denen Ausgaben von nur 45 Mio. Dollar aus der UdSSR gegenüberstanden (6).

Anstatt das bankrotte Regime zu isolieren, verhilft die SU Argentinien zu bedeutenden Wirtschaftsaufträgen. Damit qualifiziert sich die SU zu einer festen Stütze des Subimperialismus im Cono Sur. Und das alles für eine trügerische Hoffnung!

Lateinamerika-Kommission

Quellen

1. Lateinamerika Analysen und Bericht 3, Berlin 1980, S. 200
2. Der Griff nach der Bombe, das deutsch-argentinische Atomgeschäft, FDCL, Mai 1981, S. 101 ff.
3. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 4.6.81
4. Zahlen nach „El Pais" v. 26.3.81
5. Zahlen nach „Der Spiegel" Nr. 19/81
6. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 19.6.81

BUKO
KOORDINIERUNGSAUSSCHUSS

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Nernstweg 32 - 34
2000 Hamburg 50
Tel.: 040 / 3 90 90 41

Postscheckamt Hamburg
Konto 791 12 - 201
BLZ 200 100 20

Pressemitteilung

Bitte beachten:
Sperrfrist 25.8. 0.00 Uhr

OHNE POLITISCHES WOHLVERHALTEN KEIN GELD
- BMZ streicht den entwicklungspolitischen Aktionsgruppen den Zuschuß -

Dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ist jetzt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) der bisher jährlich gewährte Zuschuß für das Jahr 1981 verweigert worden.

Der BUKO, Anfang der 70er Jahre als Zusammenschluß von 150 Aktionsgruppen entstanden, koordiniert Initiativen mit entwicklungspolitischem Arbeitsschwerpunkt in der gesamten Bundesrepublik.

Der BMZ-Zuschuß in Höhe von DM 35.000,- war für die Durchführung des jährlichen Bundeskongresses, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und die Koordination unter den Mitgliedsgruppen Bestimmt. Der Betrag macht mehr als die Hälfte des Etats des BUKO aus. Die Ablehnung bedeutet den finanziellen Ruin der Organisation; ihre Existenz ist jetzt gefährdet.

Als Begründung dient dem BMZ der Abdruck des von Mitgliedsgruppen des BUKO unterstützten Aufrufs "Waffen für El Salvador" im monatlichen Rundbrief, dem "FORUM". Er widerspreche der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, die dem Grundsatz friedlicher Konfliktlösung verpflichtet sei, und verletze das Bestreben, "sich für den Nord-Süd-Dialog auf der Grundlage von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität einzusetzen".

Das BMZ verkennt dabei die Funktion des FORUM und die konsequent demokratischen Prinzipien, nach denen der BUKO aufgebaut ist: Alleinentscheidendes Gremium ist der jährlich stattfindende Bundeskongreß selbst; weder der Koordinierungsausschuß, von dem die Arbeit zwischen den Kongressen getragen wird, noch die Redaktionsgruppe des FORUM sind zu politischen Stellungnahmen im Namen des BUKO berechtigt; andererseits müssen alle Diskussionsbeiträge, Artikel und Resolutionen der Mitgliedsgruppen unverändert im FORUM abgedruckt werden, um eine offene Diskussion zu gewährleisten.

Der Koordinierungsausschuß sieht in dem Vorgehen des BMZ einen offenen Zensurversuch, der sich besonders in dem Angebot zeigt, bei politischem Wohlverhalten und einer Distanzierung von dem Aufruf die Förderung im nächsten Jahr wieder aufzunehmen: Der Koordinierungsausschuß würde sich so zum Zensor und zum verlängerten Arm des BMZ gegenüber den entwicklungspolitischen
Koordinierungsausschuß würde sich so zum Zensor und zum ver-
längerten Arm des BMZ gegenüber den entwicklungspolitischen Aktionsgruppen machen lassen.

Die im Bundeskongreß zusammengeschlossenen, ehrenamtlich arbeitenden Aktionsgruppen erwerben ihr Recht auf Unterstützung aus Steuergeldern durch ihren freiwilligen Beitrag zur breiten entwicklungspolitischen Bewußtseinsbildung, einem zentralen politischen Problem unserer Zukunft, nicht durch politisches Wohlverhalten gegenüber einer verständnislosen Ministerialbürokratie.

Kurze SELBSTDARSTELLUNG des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Postscheckamt Hamburg
Konto 791 12 - 201
BLZ 200 100 20

Hamburg, im August 1981

Der BUKO ist ein Zusammenschluß entwicklungspolitischer Basisinitiativen und Aktionsgruppen, der 1977 unter der Beteiligung von über 200 Vertretern von mehr als 120 Gruppen gegründet wurde. Das Ziel der zum Teil sehr unterschiedlich motivierten und agierenden Gruppen, die an einer stärkeren Kooperation untereinander interessiert sind, ist eine gemeinsame Vertretung der Aktionsgruppen, durch die sie ihre Interessen und entwicklungspolitischen Vorstellungen in der Öffentlichkeit stärker zur Geltung bringen können, da zuvor durch die häufige Isolation in kleinen Orten, unterschiedlichste Themen und äußerst geringe finanzielle Mittel die Arbeit der zahlreichen Gruppen in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung gefunden hatte.

Der BUKO versteht sich in erster Linie:

- als Forum zum Meinungs- und Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsgruppen
- als Koordinator gemeinsamer Aktionen (z.B. Südafrika, Welthandel, Pharmazeutische Industrie in der Dritten Welt)
- als Unterstützung der Arbeit der Gruppen u.a. durch den monatlichen Rundbrief des BUKO, das "FORUM", dessen Artikel von den Gruppen geschrieben werden und unverändert abgedruckt werden und es dadurch allen unterschiedlichen Gruppen ermöglicht, das "FORUM" tatsächlich als "ihren" Rundbrief anzusehen.

Die Arbeitsschwerpunkte des BUKO werden auf dem einmal jährlich tagenden Bundeskongreß festgelegt, an dem alle Mitgliedergruppen teilnehmen können. Zwischen den Kongressen wird die Arbeit vom gewählten Koordinierungsausschuß getragen, dessen wesentliche Aufgaben darin bestehen, für die Durchführung von Seminaren zu aktuellen entwicklungspolitischen Themen zu sorgen, Aktionen bundesweit zu koordinieren, mit entwicklungspolitischen Organisationen und Verbänden auf nationaler und internationaler Ebene zusammenzuarbeiten, die Aktionsgruppen zu beraten und zu unterstützen und die Geschäftsführung des BUKO zu leiten.

Sri Lanka: Menschenjagd im Inselparadies



Spartacist Foto

,,*Entdecken Sie eine alte, vom Buddhismus geprägte Kultur. Geniessen Sie die friedvolle Atmosphäre, die über diesen alten, teilweise vorchristlichen Ruinenstädten ruht*'' — mit diesen blumigen Worten wirbt das ,,Ceylonesische Fremdenverkehrsamt'' in bundesdeutschen Zeitschriften. Sri Lanka — wie die Insel an der Südspitze des indischen Subkontinents heute heißt — war in den letzten Wochen allerdings durch weniger friedvolle Ereignisse in den Schlagzeilen der Welt-Presse erschienen. Anlaß war die Tatsache, daß etwa 1000 Angehörige der tamilischen Minderheit Sri Lankas in Westberlin um poli-

tisches Asyl nachsuchten. ,,*Ceylonesen überfluten Berlin*'' (,,SZ'', 20.7.81) hieß es erschreckt. Die wahren Drahtzieher waren auch schnell ausgemacht: Mit der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft ,,Aeroflot'' wurden angeblich Mit der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft ,,Aeroflot'' wurden angeblich die in Sri Lanka von Schleppern angeheuerten Tamilen über Ostberlin in den ,,freien Teil'' der Stadt eingeschleust. Frei nach seinem US-Vorbild dachte sich der neue Bürgermeister Weizsäcker: ,,Es gibt wichtigeres als das Asylrecht'' und ließ einen großen Teil der Asylsuchenden in ihre Heimat zurückfliegen. Dabei war man wie üblich nicht zimperlich.

So wurden Asylsuchende aus der Schlange verhaftet, in der sie sich vor der Ausländerbehörde angestellt hatten, um einen Asylantrag zu stellen. Außerdem wurde ihnen angedroht, daß sie die Heimfahrt selbst bezahlen müßten, wenn ihre Asylanträge abgelehnt würden, was so nicht stimmt.

Aufgrund des Drucks, der auf sie ausgeübt wurde, erklärten sich schließlich 125 Tamilen bereit, ,,freiwillig'' zurückzukehren.

Der Westberliner Sozialsenator Fink hatte sich besonders für die Rückkehr eingesetzt. ,,*Politische Repressalien in Sri Lanka für die Heimkehrer schloß der Senator aus. Dafür gebe es keine Hinweise*'' (,,SZ'', 23.7.81), wobei er sich auf die Auskünfte der BRD-Botschaft in Colombo stützte, wonach den Tamilen in Sri Lanka ,,*keine politische Verfolgung*'' drohe (,,FAZ'', 24.7.81). So handelte es sich denn im Sprachgebrauch des Senats auch um keine ,,echten'', also politische Asylanten, sondern um ,,Wirtschaftsasylanten'', die nur ins Westberliner Paradies strömen, weil es sich hier so gut leben läßt.

Diese Version erhielt allerdings bereits bei der Landung des vom Senat ,,unbürokratisch'' gecharterten Flugzeugs mit den zurückreisenden Tamilen in Colombo ihren ersten Knacks. Dabei war alles so gut vorbereitet gewesen: 25 Journalisten durften die Rückkehrer begleiten, um über deren glückliche Ankunft anschließend zu berichten und so den Rest ebenfalls zur Heimkehr zu bewegen.

Doch als die Maschine landete, wurde sie sofort ,,*von auffällig unauffälligen Herren sowie mit Maschinenkarabinern bewaffneten Polizisten umstellt*'' (,,Berliner Morgenpost'', 26.7.81). 40 bis 60 der Tamilen wurden festgenommen — ,,nur zur Vernehmung'' — wie es hieß. Offenbar hatte nur die um eine Stunde verfrühte Landung der Maschine verhindert, daß alle verhaftet wurden. Doch die Show von der ,,glücklichen Rückkehr'' gings vollens in die Hose: Zwei Pressekonferenzen — eine mit dem BRD-Botschafter und eine im Außenministerium Sri Lankas — wurden in letzter Minute abgesagt. Ebenso wurde es den Journalisten verwehrt, Kontakt zu Oppositionspolitikern und Sprechern der Tamilen aufzunehmen.

Wenn es nach den BRD-Politiker/inne/n geht, dann gibt es ,,*in Sri Lanka keine Verfolgung von rassischen Minderheiten*'' (Staatsministerin Hamm-Brücher laut ,,FAZ'' vom 21.8.81) oder — besonders frech — ,,*man könne wohl von krawallartigen Auseinandersetzungen in Sri Lanka und auch von wirtschaftlichen Benachteiligungen der Tamilen sprechen, aber das sei nicht erst seit heute der Fall*'' (so der Westberliner Innensenator Lummer laut ,,FAZ'' vom 29.7.81).

Wie kam es zu den blutigen Unruhen auf Sri Lanka?

Bevor der britische Imperialismus den indischen Subkontinent unter seine Herrschaft brachte, hatte es auf der Insel einen tamilischen Staat im Norden und einen singhalesischen im Süden gegeben. Nach der Zerschlagung dieser Reiche wurden von den Briten 1,2 Millionen Tamilen vom indischen Festland auf die Insel geholt, um sie dort als billige Arbeitskräfte auf den Tee- und Kautschukplantagen einzusetzen.

Nach der Unabhängigkeit im Jahre 1947 kamen die von den britischen Kolonialisten provozierten Widersprüche zwischen der singhalesischen Mehrheit und der tamilischen Minderheit bald zum Ausbruch. Die aus Indien umgesiedelten Tamilen wurden kurzerhand für staatenlos erklärt. ,,*1964 schloß die singhalesische Insel-* kurzerhand für staatenlos erklärt. ,,*1964 schloß die singhalesische Insel-* *Regierung einen Pakt mit Indien über eine Zwangsumsiedlung von fast 600000 Tamilen nach Indien. 350000 wurden bislang deportiert. Steigende Armut und Arbeitslosigkeit und die Angst vor den Deportationen gaben dem Haß immer neue Nahrung. Bei Unruhen kamen 1977 und 1979 Hunderte von Tamilen ums Leben, flüchteten Tausende aus ihren Dörfern oder Teeplantagen vor der Polizei*'' (,,Spiegel'', 27.7.81).

Im Sommer 1977 erlitt die bis dahin regierende ,,Sri Lanka Freedom Party'' der Ministerpräsidentin Sirimavo Bandaranaike eine vernichtende Wahlniederlage gegen die ,,Vereinigte Nationalpartei'' (UNP). Diese war unter anderem auch mit dem Versprechen angetreten, sich um die Belange der Tamilen zu kümmern. Insbesondere aber wollte sie die Insel zum Paradies für ausländische Kapitalisten machen. So wurden nach dem Muster vieler südostasiatischer Staaten sogenannte freie Exportproduktionszonen eingerichtet, die so ganz nach dem Geschmack der Kapitalisten sind:

- mit 1,10 DM für einen 8-Stundentag werden die dort beschäftigten Arbeiterinnen als ,,*billigste Arbeitskräfte Asiens*'' angepriesen;
- Gewerkschaften sind verboten und
- ,,*ein neues Gesetz bestimmt ausdrücklich, daß Vertragsbedingungen mit ausländischen Firmen Vorrang vor den Landesgesetzen haben*'' (,,taz'', 12.11.80).

Dagegen wurden innenpolitisch die Zügel angezogen. Ein ,,Gesetz zur Verhütung von Terrorismus'' gibt der Polizei fast unbeschränkte Vollmachten. Zur Verhinderung der Wahl von Minderheitenparteien wurde eine 12,5-Prozent-Klausel (!) eingeführt. Im Parlament kann die UNP mit einer 5/6-Mehrheit schalten und walten, wie sie will.

Nach wie vor bleibt die Unterdrückung der tamilischen Minderheit einer der Hauptwidersprüche des Landes. Das Gebiet mit überwiegend tamilischer Bevölkerung steht praktisch unter militärischer Besetzung, wobei die Soldaten und Polizisten in der Regel der singhalesischen Mehrheit angehören.

Zu den jüngsten blutigen Auseinandersetzungen kam es kurz vor den Kommunalwahlen Anfang Juni dieses Jahres. Als auf einer Wahlkundgebung in der Hauptstadt des ehemaligen Tamilenstaates Jaffna, offenbar von Provokateuren das Feuer auf dort anwesende Polizisten eröffnet worden war, von denen zwei getötet wurden, schlugen die staatlichen Terrorbanden zu: Innerhalb von einer halben Stunde trafen Jeep- und Lastwagenladungen von Polizisten, einige mit, einige ohne Uniform, in Zivilkleidung, am Ort der Kundgebung ein. Nachdem sie einen Tempel der (hinduistischen) Tamilen verwüstet hatten, zogen sie weiter. Im Basar brannten sie eine ganze Straße mit Läden nieder. Die berühmte Bibliothek von Jaffna mit 95000 Bänden, teils einzigartiger Bücher, wurde total niedergebrannt — keine 100m von der nächsten Polizeistation entfernt. Die Maschinen und Fahrzeuge der tamilischen Tageszeitung von Jaffna wurden ebenfalls vernichtet. Der Führer der tamilischen Oppositionspartei ,,Tamilische Vereinigte Befreiungsfront'' (TULF) wurde in ,,Schutzhaft'' genommen, das Büro der Organisation niedergebrannt. Der tamilische Parlamentsabgeordnete von Jaffna, dessen Haus ebenfalls in Schutt und Asche gelegt wurde, kam nur knapp mit dem Leben davon (nach ,,Reign of Terror in Jaffna'', Colombo, Juli 1981).

Die ,,Gesellschaft für bedrohte Völker'' ergänzt dazu: ,,*Etwa 175 junge Tamilen ,verschwanden', d.h. wurden gefoltert oder getötet. Etwa weitere 100 tamilische Zivilpersonen fielen den Übergriffen zum Opfer... In der Umgebung Jaffnas fielen ca. 10 Dörfer den Brandstiftungen zum Opfer. Auf der Eisenbahnlinie Colombo-Jaffna raubten am 4.6. bewaffnete singhalesische Rowdies ungehindert tamilische Fahrgäste aus, stachen mit Messern auf sie ein und vergewaltigten und töteten entführte Tamilinnen*'' (Presseerklärung vom 22.7.81).



Spartacist Foto

Spartacist Foto

Wohlgemerkt, das alles geschah fast zwei Monate v o r der Abschiebung der Asylbewerber aus Westberlin.

Im August wurde bereits wieder der Ausnahmezustand in Sri Lanka verhängt, nachdem abermals bei P ogromen mehrere Tamilen getötet wurden. Trotzdem lehnte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge inzwischen 72 Asylanträge von Tamilen ab, die nach ihren Angaben wegen ihrer Mitgliedschaft in der TULF verfolgt werden. ,,*Dieser Darstellung folgte das Bundesamt jedoch nicht. Vielmehr vertrat es den Standpunkt, daß die TULF eine in Sri Lanka zugelassene politische Partei sei, die sich am politischen Leben*'' (hier wurde vergessen: und Sterben) ,,*beteilige und gewaltlos die Eigenständigkeit der Tamilen anstrebe ... Das Bundesamt stützte sich bei seiner Entscheidung auf Erkenntnisse des Auswärtigen Amtes, sachverständiger Stellen und auf Auswertungen von Presseberichten*'' (,,FR'', 11.8.81).

Leider hat es bisher gegen die Ausweisung der Flüchtlinge nur wenig Proteste gegeben. ,,Amnesty international'' hat Anzeige gegen ,,Unbekannt'' erstattet. Am 24.7. fand in Westberlin eine Solidaritäts- und Protestkundgebung statt, zu der der Bereich 3. Welt der ,,Alternativen Liste'', die ,,Gesellschaft für bedrohte Völker'', Mitglieder der TULF und die ,,Trotzkistische Liga Deutschlands'' aufgerufen hatten und an der sich 300 bis 400 Leute beteiligten.

Asien/Australien-Kommission

Asien/Australien-Kommission

US-Rückendeckung für neuen Überfall Chinas auf Vietnam

Wir haben bereits des öfteren über die ständigen Überfälle chinesischer Truppen auf vietnamesisches Territorium berichtet. Die Gefahr, daß sich diese wie 1979 zu einem Krieg gegen das Nachbarland ausweiten, hat durch die immer engere Zusammenarbeit zwischen den chinesischen Führern und den US-Imperialisten weiter zugenommen. Nach der Zusage von Waffenlieferungen an China hat die Reagan-Regierung jetzt auch erkennen lassen, daß sie selbst bereit ist, sich in Südostasien wieder militärisch zu engagieren. So erklärte der Unterstaatssekretär für Asien und den Pazifik auf einer Ansprache in Peking, daß sie (die US-Imperialisten) *„nach Wegen suchen werden, wenn wir können, um den politischen, wirtschaftlichen und, ja, militärischen Druck auf Vietnam zu vergrössern, in Zusammenarbeit mit anderen und auf eine Art, die, so hoffen wir, einige Veränderung in Hanois Haltung zu der Lage*'' (in Kampuchea) *erreichen wird*'' (,,The Asian Wall Street Journal'', 22.7.81). Andere US-Offizielle versuchten, diese Äußerungen abzuschwächen, aber leider war diese Rede von UPI auf Band mitgeschnitten worden.

„Ob die Anspielung auf militärischen Druck ein Versprecher Mr. Holdridges war, oder ob die Reagan-Administration einen Versuchsballon startete, ist nicht klar. Einige Beobachter hatten den Eindruck, daß Washington beides wollte: Hanoi warnen, daß es den USA ernst ist, Vietnam am Kochen zu halten, aber gleichzeitig sich selbst nicht mit Aktionen in Verbindung zu bringen, die als Beitrag zu weiterer Gewalt gedeutet werden könnten'' (ebenda).

Schon deutlicher wurde dagegen der Staatssekretär Buckley in Bangkok, der andeutete, **„daß seine Regierung keine Einwände gegen einen begrenzten chinesischen Angriff gegen Vietnam erheben werde"** (SZ, 18.8.81).

Diese Äußerungen faßten die chinesischen Führer denn auch offensichtlich als direkte Einladung auf: Kurz danach kam es zum ersten größeren Grenzzwischenfall seit Ende Juni dieses Jahres. Bei dem Grenzkrieg 1979 hatte die US-Regierung – zumindest verbal – das chinesische Vorgehen noch kritisiert.

Da insbesondere die Waffenlieferungen der USA an China (inzwischen hat sich auch Kanada zur Lieferung von Gerät bereit erklärt) zu Unruhe unter den anderen südostasiatischen Staaten geführt hatten, startete der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang vom 6. - 13. August zu einer Tournee durch die vier ASEAN-Staaten Philippinen, Singapur, Malaysia und Thailand. Indonesien, das fünfte Mitglied der Vereinigung, stand nicht auf seinem Fahrplan.

Sehr viel scheint allerdings bei diesen Gesprächen nicht herausgekommen zu sein. Insbesondere die Unterstützung der Kommunistischen Parteien dieser Länder durch die KP Chinas war der Punkt, über die der Gast in die Zange genommen wurde. Zhao versicherte dem thailändischen Außenminister, daß ,,*China lediglich finanzielle und moralische Unterstützung für diese Kommunistischen Parteien gewähre, angesichts ihrer langen Verbindung mit ihnen*'' (Radio Bangkok, 14.8.81). Die in China stationierten Radiosender der KP Thailand und der KP Malaysias waren 1979 bzw. vor einigen Monaten geschlossen worden.

So sehr die chinesische Führung bemüht ist, das Mißtrauen in Südostasien gegen ihre aggressive Politik zu zerstreuen, so wenig ist sie bereit, mit Vietnam Gespräche über die Situation an der Grenze aufzunehmen. Erst im Juni hatte Vietnam angeboten, die bereits im letzten Jahr unterbrochenen Verhandlungen fortzuführen. Dies lehnte die Pekinger Führung ab. Stattdessen gibt es täglich blutige Überfälle auf vietnamesisches Gebiet. Besonders nach dem Scheitern der Kampuchea-Konferenz ist zu befürchten, daß diese Scharmützel mit Hilfe der US-Imperialisten wieder zum offenen Krieg gegen Vietnam eskalieren werden.

Asien/Australien-Kommission

Interview mit dem Führer der Organisation der Volksmodjahedin Massoud Radjavi

Unmittelbar nach der Ausreise der zweiten Gruppe Franzosen aus dem Iran durften sowohl der ehemalige Staatspräsident Bani Sadr als auch der Führer der Volksmodjahedin, Massoud Rajavi, bis dahin im französischen Exil abgeschirmt, wieder Interviews geben. Im folgenden haben wir den größten Teil eines Interviews mit „Le Monde" (16./17. 8.81) übersetzt.

Bani Sadr und Rajavi hatten im Exil die Bildung eines Nationalen Widerstandrates im Iran bekanntgegeben, dem nach Angaben Rajavis, der Führer dieses Rates und von Bani Sadr ernannter Ministerpräsident einer Gegenregierung ist, alle mitarbeiten können, die die Prinzipien der Freiheit und Unabhängigkeit anerkennen und weder mit dem Schah noch Khomeiny zusammengearbeitet haben.

Frage: **Bedeutet das, daß Sie Bani Sadr ausschließen, der während fast eineinhalb Jahren Chef des Islamischen Staates war?**

Antwort: Ich denke nicht, daß das, was sie sagen, richtig ist. Ich möchte nicht die Rolle eines Anwalts Bani Sadrs spielen. Ich möchte nicht seine ganze politische Linie und seine bisher unternommenen Aktivitäten verteidigen. Aber wir haben uns an einem ganz bestimmten Punkt getroffen: dem der Demokratie und der Zurückweisung der Diktatur. Wenn Bani Sadr auch der Tyrannei Khomeinys unterlegen ist, ist er immer noch Präsident der Republik. Er hat vorgezogen, den Weg der Würde und der schwierigen Lebensbedingungen in den Häusern der Modjahedin und im Exil zu wählen.

Frage: **Sie schließen aus Ihrer Front Persönlichkeiten wie die früheren Ministerpräsidenten Ali Amini und Shapour Bakhtiar aus. Trotzdem wiederholen diese seit mehr als einem Jahr, was Sie jetzt beginnen zu sagen.**

Antwort: Sie gehören der Vergangenheit an. Wir wollen nicht mit denen zusammenarbeiten, die schon gescheitert sind. Und dann, es reicht nicht aus, gegen Khomeiny zu sein, um an unserer Front teilzunehmen. Wir müssen außerdem wissen, warum unsere eventuellen Bündnispartner in Opposition zu ihm stehen und welches ihre Ziele sind.

Frage: **Sind Sie für eine Islamische Republik?**

Antwort: Wir sind für ein i s l a m i s c h e s demokratisches Regime, aber anders als das Khomeinys, das in Wirklichkeit reaktionär und antiislamisch ist. Wenn wir Khomeiny verurteilen, dann nicht, um den Monarchisten Vorteile zu liefern, aber unse-

Wirklichkeit reaktionär und antiislamisch ist. Wenn wir Khomeiny verurteilen, dann nicht, um den Monarchisten Vorteile zu liefern, aber unse-

re Verurteilung Khomeinys hat den gleichen Inhalt wie unsere Verurteilung des Schah. Eines der fürchterlichsten Vermächtnisse des Schah ist Khomeiny selbst. Ich wiederhole noch einmal, unsere Probleme können wir nicht durch eine Rückkehr in die Vergangenheit lösen. Wir wollen die Schaffung eines unabhängigen, nichtpaktgebundenen, freien, demokratischen und wirklich islamischen Iran.

Frage: **Sie halten also das jetzige Regime in Teheran für abhängig? Von wem?**

Antwort: Ich würde lieber sagen, daß es sich auf dem Wege der Abhängigkeit befindet. Es hat, um sich zu schützen, seine wirtschaftlichen Bindungen verstärkt, die es zu Israel wegen Waffenlieferungen unterhält, die Repression der fortschrittlichen Kräfte und die Art, wie sich die amerikanische Geiselnahme entwickelt hat. Auf der Bühne beschimpfte man sich, während man sich hinter dem Vorhang die Hand gab.

Frage: **Mit anderen Worten, Sie beschuldigen das jetzige Regime, proamerikanisch zu sein?**

Antwort: Ich sage, daß das Khomeiny-Regime ein reaktionäres Regime ist, daß den Boden für die Rückkehr der Ausbeuter bereitet, also für die USA und alle, die den Iran ausplündern wollen.

Frage: **Erkennen Sie an, daß Khomeiny allen amerikanischen Einfluß im Iran vernichtet hat?**

Antwort: Irrtum, das war nicht er. Er hat nur unter dem Einfluß der revolutionären Kräfte gehandelt. Er tat es einzig, um uns zuvorzukommen. Aber der Inhalt seines Regimes blieb selbst reaktionär. Der Beleg dafür ist, daß die Konterrevolutionäre im Iran beginnen, sich an die Spitze zu setzen. Alles ist bereit für eine Rückkehr des Imperialismus und der Abhängigkeit.

Frage: **Der Schah hat Sie beschuldigt, islamische Marxisten zu sein?**

Antwort: Nicht nur der Schah, auch Khomeiny. Für sie allerdings sind alle, die nicht reaktionär und unterwürfig sind, Marxisten. Wir sind Moslems, unsere philosophischen Ideen unterscheiden sich fundamental von marxistischen Theorien.

Frage: **Welche Aktivitäten haben Sie praktisch im Iran geplant?**

Antwort: Unser wesentliches Ziel ist der Widerstand gegen das Terrorregime, das keine andere Sprache als die der Gewalt versteht.

Frage: **Man beschuldigt Sie, Urheber des Terrorismus zu sein?**

Antwort: Wir verurteilen den Terrorismus. Für uns ist der Terrorismus die Aktion einer kleinen, vom Volk losgelösten Gruppe, die wünscht, ihre Ansichten durchzusetzen, indem sie Individuen und Personen angreift. Wir meinen, daß in jedem Fall Angriffe gegen Individuen keinen Erfolg haben können für die sozialen Veränderungen und die Ziele, für die wir kämpfen. Für uns heißt der Terrorismus Khomeiny: der blutige Scharfrichter, der Gott auf Erden sein will. Wer ist der Urheber des Terrorismus: der, der alle unsere Freiheiten unterdrückt oder wir? Wir nennen unsere Aktion Widerstand! Wenn sie eine andere Art kennen, gegen Khomeiny Widerstand zu leisten, dann sagen Sie es uns, und wir werden Ihnen dankbar sein. Unser Widerstand trifft niemals die Unschuldigen. Wir verurteilen scharf diejenigen, die Bomben in Autos und auf öffentlichen Plätze legen, um die Revolutionäre zu diskreditieren.

Frage: **Sie haben den Bombenanschlag auf den Sitz der Islamischen Republik-Partei weder verurteilt noch gebilligt. Dennoch stellt er einen charakteristischen Akt des Terrorismus dar.**

Antwort: Die IRP ist im Iran
gebilligt. Dennoch stellt er einen charakteristischen Akt des Terrorismus dar.

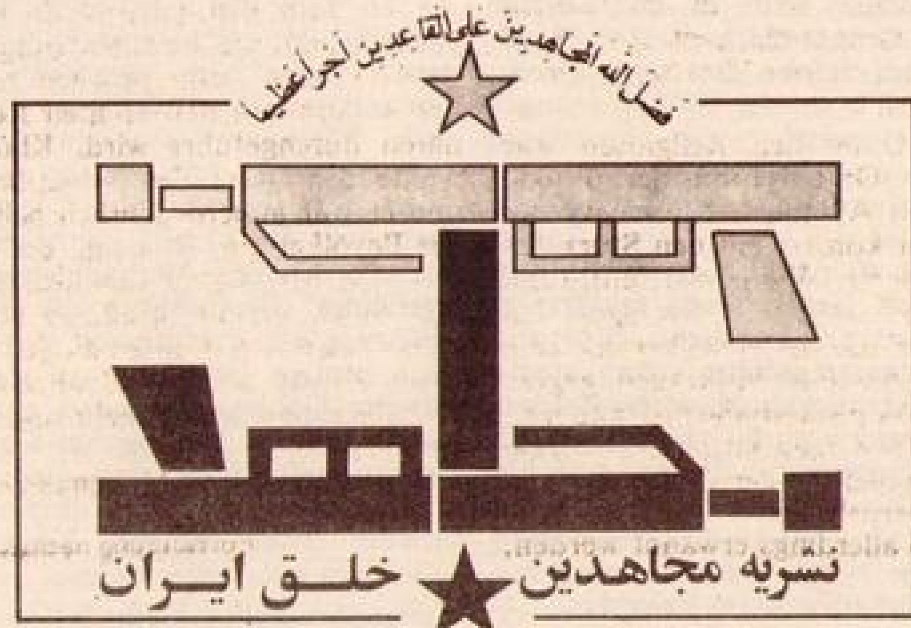
Antwort: Die IRP ist im Iran unter dem Spitznamen ‚Partei der Knüppler' bekannt. Wir haben eine Vielzahl von Dokumenten in unserem Besitz, die belegen, daß die Partei der Urheber der Repression, der kollektiven Ermordung ist. Sie ist sehr unpopulär und verhaßt in der Bevölkerung.

Frage: **Haben Sie, ja oder nein, den Sitz der IRP gesprengt?**

Antwort: Ich habe noch keinen Bericht meiner Freunde erhalten, der diese Sache betrifft. Aber was ich hier sagen wollte ist, daß Widerstand im Iran völlig legitim ist.

Frage: **Glauben Sie nicht, daß eine solche ‚Widerstands'-aktion wie die Sprengung des Sitzes der IRP innerhalb der Partei die reaktionäreren Elemente stärkt, die eine Verstärkung der Repression fordern?**

Antwort: Die einzige Sache, die ich zu diesem Punkt sagen kann, ist, daß das Ende der IRP nahe ist. Vergessen Sie nicht, daß am Ende des Schah-Regimes eine ähnliche Beschleunigung der Repressionsmaßnahmen erfolgte. Die Geschichte scheint sich zu wiederholen.



Iran: Dritte Phase der Revolution

Ausschaltung des „inneren Feindes"

Mit der Absetzung des vor eineinhalb Jahren mit 75 Prozent der Stimmen gewählten Staatspräsidenten Bani Sadr und dem Anschlag auf den Sitz der Islamischen Republik-Partei (IRP) hat für die reaktionäre Machtclique im Iran die dritte Phase der Revolution begonnen: die Ausschaltung der inneren Opposition. Nach der ersten Phase, dem Sturz des Schah-Regimes, und dem erfolgreichen Kampf gegen die äußeren Feinde in der zweiten Phase, womit die Herrschenden die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran meinen, soll nun die Opposition gegen die blutige Diktatur Khomeinys und der IRP nicht mehr nur mundtot gemacht, sondern schlicht ausgerottet werden.

Die Herrschenden fälschen die Wahl des neuen Staatspräsidenten, des früheren Ministerpräsidenten Radjai, als Zustimmung für ihre Politik um: Angeblich hätten sich (nach der zuvor erfolgten Herabsetzung des Wahlalters von 16 auf 15 Jahre) rund 14 Millionen Menschen an der Wahl beteiligt und Radjai, den erklärten Kandidaten der IRP, mit 90% der Stimmen gewählt. Nach diesem Rechenspiel hätte dann Radjai sogar geringfügig mehr Stimmen als Bani Sadr erhalten. Teile der Opposition, insbesondere Bani Sadr und die Volksmodjaheding, sprechen allerdings von nur insgesamt 2'7 Millionen abgegebenen Stimmen. Auf dem Hintergrund der bekannten massiven Fälschungen bei Wahlen in Iran und dem schwindenden Einfluß der IRP ist diese Angabe durchaus glaubwürdig. Außer der Tudeh-Partei und der Volksfedayin/Mehrheit, die zugunsten des IRP-Kandidaten auf eigene Kandidaturen verzichteten, hat kaum eine Gruppe sich an den Wahlen beteiligt. Selbst die „Befreiungsbewegung für den Iran", die nach der Revolution an der Macht beteiligt war, lehnte nach Angaben des ehemaligen Außenministers Yazdi eine Beteiligung ab, da ein freier Wahlkampf nicht gegeben sei („Le Monde", 14.7.).

Alle wesentlichen Oppositionsgruppen, die Volksfedayin/Minderheit, Volksmodjahedin, Peykar, Demokratische Partei Kurdistans, Komeleh sowie die keineswegs kleine Zahl Bani Sadr-Anhänger, riefen zum Wahlboykott auf. Daß diese Opposition erheblichen Einfluß in der Bevölkerung besitzt und keineswegs zerschlagen ist, wie es die Herrschenden im Iran und selbst Ulrich Tilger, Berichterstatter in der „taz" und der „Frankfurter Rundschau", wünschen, deuten die Erfolgs-

selbst Ulrich Tilger, Berichterstatter in der „taz" und der „Frankfurter Rundschau", wünschen, deuten die Erfolgs-

meldungen des Regierungssprechers und eigentlich mächtigen Mann in der Regierung, Nabavi, an: Der Wahlsieg Radjais sei ein Erfolg. Es bestehe allerdings noch immer die Notwendigkeit, gegen die oppositionellen Gruppen vorzugehen, die ein Bündnis zum Sturz der Regierung eingegangen seien. Dem *„nur noch halb lebenden Körper der Konterrevolution"* müsse jetzt der endgültige Schlag versetzt werden („Neue", 19.7.81).

Ausrottung der Opposition

Die Aussagen Nabavis sind wörtlich zu nehmen. Gleich nach dem Aufstand im Februar 1979 hatten die Herrschenden in wirklich rasantem Tempo begonnen, ihren Repressionsapparat auszubauen. Mit der Verhängung der totalen Fernseh- und Rundfunkzensur einen Tag nach dem Aufstand, der totalen Pressezensur und Verbot von Oppositionszeitungen im August 1979, Säuberung der islamischen Komitees, Ausbau eines Unterdrückungsapparates durch Komitees, Revolutionsgarden (Pasdaran), Knüpplerbanden und des alten/neuen Geheimdienstes SAVAMA, Verfolgung, Verhaftung, Folterung und Ermordung von Oppositionellen, Überfälle der Knüpplerbanden auf linke Zeitungsverkäufer, Organisationsbüros und Demonstrationen, Krieg gegen die nationalen Minderheiten, Verbot von Organisationen waren die oppositionellen Gruppen schon ein halbes Jahr nach dem Aufstand praktisch in die Illegalität gedrängt.

Mit der Besetzung der amerikanischen Botschaft begann gleichzeitig die Säuberung der herrschenden Machtclique: Rücktritt Bazargans, Entlassung Yazdis, Ghotbzadehs, schließlich Bani Sadrs, d.h. von Leuten, die den Ausbau dieses Repressionsapparates aktiv mitbetrieben hatten, dem totalen Machtanspruch der reaktionärsten Clique der IRP aber im Wege standen. Botschaftsbesetzung und der damit verbundene angeblich antiimperialistische Kampf der Herrschenden und der Krieg gegen Irak wurden dabei geschickt innenpolitisch ausgenutzt, um die wachsende Unruhe im Volk über die zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme, über politische Unterdrückung und Willkür einzudämmen.

Khomeiny und der IRP ist es bis heute zwar gelungen, ein Herrschaftsmonopol zu errichten, allerdings haben sie die Unterstützung fast aller Schichten der Bevölkerung verloren. Khomeiny, zu Beginn der Revolution von praktisch der gesamten Bevölkerung unterstützt, ist längst nicht mehr der unumstrittene Führer der Revolution, die IRP die bestgehaßte Partei im Iran.

Dem schwindenden Einfluß versuchen sie nun mit der blutigsten Diktatur zu begegnen: täglich werden zig Menschen hingerichtet, nicht selten mehr als 50, die irgendeiner Unterstützung der Opposition verdächtigt werden oder aber sexueller oder Rauschgiftvergehen angeklagt sind. Anhänger der Volksmodjahedin sind am meisten betroffen. Der Führer der Volksmodjahedin, Radjavi, gibt an, daß seit dem Sturz Bani Sadrs über 500 Anhänger der Volksmodjahedin hingerichtet und mehr als 7.000 verhaftet worden seien („Süddeutsche Zeitung", 22./23.8.81). Unter den Hingerichteten befindet sich auch das schon im Frühjahr 1979 verhaftete Zentralkomiteemitglied Saadati, das 1980 wegen „Spionage für die Sowjetunion" zu zehn Jahren Haft verur-

Zentralkomiteemitglied Saadati, das 1980 wegen „Spionage für die Sowjetunion" zu zehn Jahren Haft verur-

teilt wurde und jetzt unter dem Vorwurf, an der Erschießung des berüchtigten Direktors des Evin-Gefängnisses, Katschui durch einen Pasdar, beteiligt gewesen zu sein, hingerichtet wurde („Neue Zürcher Zeitung", 13. 8.81).

Die Zahl der Verhafteten und Ermordeten liegt in Wirklichkeit viel höher. Unter ihnen befinden sich viele Anhänger der Organisationen Peykar, Volksfedayin/Minderheit, Demokratische Partei Kurdistans und Komeleh. Nachrichtenagenturen melden, daß die wirklichen Zahlen nicht mehr zu überblicken sind („LM", 18.8.81).

Das schmutzige Geschäft der Tudeh-Partei und Volksfedayin/Mehrheit

Trotz dieser harten Unterdrückung haben die Herrschenden keineswegs die Situation in der Hand. Immer häufiger wird in Rundfunk und Fernsehen und bei den Freitagsgebeten zu umfassenden Spitzeldiensten aufgerufen. Am 27.8. rief Khomeiny die Bevölkerung dazu auf, *„sich gegen die Saboteure zu mobilisieren."* und sich *„ein Beispiel an der Mutter zu nehmen, die ihren Sohn ausgeliefert hat"* („LM", 26.8.81). Das Fernsehen hatte unmittelbar vor der Exekution die „Mutter" im Gespräch mit ihrem Sohn (Peykar) gezeigt, indem sie ihn noch einmal von der Notwendigkeit seiner Hinrichtung überzeugte. *„Wenn zehn bis zwanzig Tage oder einen Monat lang die gesamte Bevölkerung darauf achtet, was der Nachbar macht und wer dort verkehrt, sind die Sicherheitsprobleme des Landes gelöst"* (Khomeiny nach „SZ", 11.8.81). Parlamentspräsident Rafsandjani erklärte anläßlich eines Freitagsgebetes in Teheran: *„Wenn die Sicherheitsorgane mit dem Terrorismus nicht fertig werden könnten, werde das Volk Haus für Haus durchsuchen und die Terroristen festnehmen und in den Häusern hinrichten."* („taz", 10.8.81). Tatsächlich hat es scharfe Kritik an der Polizei gegeben, der vorgeworfen wurde, die Abgeordneten des Parlamentes nicht vor Attentaten schützen zu können. Ihnen war deshalb von Rafsandjani eine Gehaltskürzung angedroht worden.

Das traurige Geschäft der Spitzeldienste erledigen allerdings seit längerem schon die Tudeh-Partei und die Volksfedayin/Mehrheit. Beide unterstützen das herrschende Regime als antiimperialistisch, alle anderen Widersprüche seien dabei sekundär. Kürzlich betonte das Mitglied des Zentralkomitees der Tudeh-Partei, Amir Khosrovi, die Unterstützung seiner Organisation für das Regime *„in seiner Linie, die gegen den Imperialismus und gegen die Bourgeoisie gerichtet ist"*. Er gab die Existenz einiger *„Mißstimmigkeiten"* zu und beklagte *„einige Exzesse"* in der Repression, im ganzen aber schätzte er die *„Einschränkung der Freiheit"* im Iran als *„sekundär"* ein. Die Monarchisten (im wesentlichen im Ausland) befänden sich derzeit in einer hoffnungslosen Situation und bildeten aktuell keine Gefahr. Die größte Gefahr sei *„inneren, nicht äußeren Ursprungs"* und *„werde sich verfestigen, wenn das Regime die ökonomischen und sozialen Probleme nicht lösen könne"* („LM", 22.8.81). Im Klartext: Die linke Opposition ist die größte Gefahr und die muß unterdrückt werden, aber ohne Exzesse!

Diese Haltung der Tudeh-Partei hat Tradition. Patrick Hartmann berichtet in der „Le Monde" (5.8.81), daß von Januar bis April die Tudeh-Partei in ihrer Zeitung täglich über jeden Streik, über jede besetzte Fabrik, über jeden sozialen Konflikt berichtet habe, nicht um die Streikenden zu unterstützen, sondern um nach Unterdrückung zu rufen (Streiks sind verboten!). Die Zeitung der Volksmodjahedin habe wiederholt aufgezeigt, daß die Unterdrückung der Linken durch diese Berichte erleichtert werde. Seit langem ist außerdem bekannt, daß die Tudeh-Partei Spitzel in linke Organisationen einschleust und Berichte darüber weitergibt. Als Dank dafür genießt die

Partei Spitzel in linke Organisationen einschleust und Berichte darüber weitergibt. Als Dank dafür genießt die

Tudeh-Partei eine gewisse Legalität und konnte bis Juni, im Gegensatz zu allen anderen, ihre Zeitung herausgeben.

Der Generalsekretär der Tudeh-Partei hatte zwar noch die Ermordung des Schriftstellers Said Soltanpour kritisiert, inzwischen ruft auch er offen nach Mord: *„Bani Sadr ist ein Verräter und gleichzeitig ein sehr gefährlicher Verrückter"*. Alle Führer der Volksmodjahedin sollten hingerichtet werden, den einfachen Mitgliedern sollte die Chance durch Umerziehung in Arbeitslagern gegeben werden (gegenüber ap, nach „taz", 30.7.81).

Ein kürzlich aus Iran zurückgekehrter Perser berichtete der „taz" (30.7.), daß auch die Volksfedayin/—Mehrheit die Hinrichtungen legitimieren würden. Als auch einige Mitglieder ihrer Organisation hingerichtet worden seien, habe die Organisation erklärt, die Hinrichtungen i h r e r Mitglieder widerspräche der Linie des Iman (Khomeiny). Außerdem verfüge diese Fraktion aus der Zeit vor der Spaltung über viele Informationen über den Rest der Organisation (Volksfedayin/Minderheit). Die Aushebung vieler Wohnungen sei auf ihre Informationen zurückzuführen.

Bewaffneter Widerstand

Mit Beginn der Terrorwelle nach dem Sturz Bani Sadrs haben die linken Organisationen mit dem bewaffneten Kampf gegen das Regime begonnen. Täglich werden mehrere Funktionäre des Regimes, Abgeordnete, Komiteevorsitzende, Pasdaran, Richter, Gouverneure, Geistliche usw. bei Attentaten in verschiedenen Städten getötet. Am 3.8. z.B. wurde der einflußreichste Abgeordnete im Parlament und Ideo-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorig. Seite

loge der IRP, Hassan Ayyat, vor seinem Haus erschossen. Bisher konnte diese Attentatswelle trotz der zahlreichen Verhaftungen nicht gebrochen werden, was darauf hindeutet, daß die Opposition im Untergrund gut organisiert ist und die Verhaftungen oft nur willkürlich erfolgen.

Die Volksmodjahedin haben inzwischen auch mehrere größere Angriffe unternommen. So wurde versucht, das Evin-Gefängnis, das überfüllt ist mit politischen Gefangenen, zu stürmen (19.8., „SZ", 22./23.8.81). Am 15.8. wurde die Residenz des obersten Richter Ardebili (Nachfolger von Behesti in diesem Amt) angegriffen („LM", 18.8.). Drei Tage vorher war das Hauptquartier der Pasdaran in Teheran mit panzerbrechenden Waffen beschossen worden („NZZ", 15.8.81). Das sind einige Beispiele dafür, daß die bewaffnete Opposition auch zu größeren Angriffen in der Lage ist. Bisher ist es allerdings noch nicht gelungen, trotz der großen Sympathie in der Bevölkerung, die Menschen für Massenaktionen gegen das Regime zu mobilisieren, was aber vor allem seine Ursache darin hat, daß jeder massenhafte unbewaffnete Widerstand mit Waffen blutig unterdrückt wird.

Bildung eines Nationalen Widerstandsrates

Sowohl Bani Sadr und auch der Führer der Volksmodjahedin betonen im Pariser Exil, daß der bewaffnete Aufstand sehr nahe ist, und der Sturz des Regimes bevorsteht. Ob das gelingt, wird davon abhängen, wie weit es möglich ist, die verschiedenen oppositionellen Gruppen in einer Front zu vereinen und die Massen zu organisieren und mobilisieren.

Noch vor seiner Flucht aus dem Iran schrieb Bani Sadr einen Brief an die Führung der Volksmodjahedin, in dem es heißt, er habe im Untergrund die Ideen und Grundsätze der Modjahedin studieren und sich mit ihnen identifizieren können. Radjavi, der Führer der Volksmodjahedin, sei beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, die zum Sturz Khomeinys führten. Radjavi wurde mit der Bildung eines Widerstandsrates beauftragt („NZZ", 13.8., „taz", 24.7.).

Bisher liegt als Grundlage für den Nationalen Widerstandsrat eine von Bani Sadr formulierte Plattform vor, die von den Standpunkten der Modjahedin beeinflußt ist (eine Übersetzung liegt bisher nicht vor). Die Volksmodjahedin versuchen mit ihrem ganzen politischen Gewicht ein Bündnis der oppositionellen Kräfte unter Einbeziehung Bani Sadrs — und damit seiner zahlreichen Anhänger — durchzusetzen. Allerdings haben sie sich bei der Herstellung dieses Bündnisses zuerst mit Bani Sadr zusammengesetzt, eine Antwort auf die Vorschläge, die die Einbeziehung eines Teils der Bourgeoisie bedeuten (aber auch die klare Absage an Monarchisten und Reaktionäre), liegt bisher von keiner linken Organisation vor. Abgelehnt werden wird es wahrscheinlich von Peykar.

Während Bani Sadr sich nach wie vor als legitimer Präsident auf Grundlage der bestehenden Verfassung betrachtet, hat Radjavi in einem Interview in persischer Sprache die Unterstützung Bani Sadrs als gewählten Präsidenten betont (ohne die kritische Haltung gegenüber der Vergangenheit Bani Sadrs aufzugeben), die bestehende Verfassung aber abgelehnt und die Erarbeitung einer neuen Verfassung gefordert, auf deren Grundlage dann auch Neuwahlen für das Präsidentschaftsamt stattfinden sollen. Staatsform soll ein demokratischer islamischer Staat sein. Mit Khomeiny wird sehr klar und deutlich abgerechnet. Trotz der kritischen Haltung der Modjahedin gegenüber Bani Sadr bleibt dessen Teilnahme und bevorzugte Stellung im Bündnis allerdings für die linken Organisationen ein Problem.

•

Nahost-Kommission

Die Organisation der Volksmodjahedin Irans (PMOI)

Ein Interview mit zwei Mitgliedern des Moslemischen Studentenverbandes (Europa)

Die Organisation der Volksmodjahedin hat sich in den zweieinhalb Jahren nach dem Aufstand gegen das Schah-Regime zur stärksten und organisiertesten revolutionären Opposition gegen das diktatorische Khomeiny-Regime entwickelt. Mit dem folgenden Interview möchten wir diese Organisation vorstellen.

Frage: *Wie ist die Organisation Volksmodjahedin entstanden?*

Antwort: Die Organisation der Volksmodjahedin wurde 1965 gegründet, sie gehört zu den ältesten revolutionären Organisationen im Iran. Nach der Unterdrückung des Aufstands von 1963 — damals wurde auch Khomeiny ins Exil geschickt — haben revolutionäre Kräfte gemerkt, daß die alte Form des Widerstandes in eine Sackgasse geraten war. Nach sechs Jahren Vorarbeit im Untergrund nahm die Organisation den bewaffneten Kampf gegen das Schah-Regime 1970/71 auf, etwa gleichzeitig mit der Organisation der Volksfedayin. Die Volksfedayin vertraten eine marxistisch-leninistische, aber revolutionäre Ideologie, während die Volksmodjahedin eine islamische Ideologie besitzen. Ihre Ansichten über den Islam sind revolutionär (verändernd), antireaktionär, antikapitalistisch und gegen jede Unterdrückung dernd), antireaktionär, antikapitalistisch und gegen jede Unterdrückung gerichtet. Durch ihre islamische Ideologie und durch ihre revolutionären Ansichten konnten sich die Volksmodjahedin besser in der Bevölkerung verankern.

Von 1971 an bis zum Beginn der antidiktatorischen Bewegung 1978/79 haben Kräfte wie die Volksmodjahedin oder die Volksfedayin durch ihren bewaffneten Einsatz gegen das Schah-Regime eine Durchbruchatmosphäre geschaffen, sie haben als Vorkämpfer für das Volk gezeigt, daß die herrschende Friedhofsruhe zu durchbrechen ist. Im Volk wurde die Hoffnung geweckt, daß Widerstand geleistet werden kann. So konnte der Weg freigemacht werden für den unwahrscheinlichen Einsatz der Bevölkerung, der sich dann im Februar 1979 wirkungsvoll und erfolgreich gegen die Diktatur im Iran gezeigt hat.

Im Jahre 1975 wurde von einigen Linksopportunisten innerhalb der Führung der Organisation der Volksmodjahedin ein Putsch durchgeführt, mit dem die Organisation in eine marxistisch-leninistische Organisation umgewandelt werden sollte. Der Putsch erfolgte in einer Zeit, in der die Mehrheit der führenden Mitglieder der Organisation entweder vom SAVAK getötet worden waren oder in den Gefängnissen saßen. Die Linksopportunisten innerhalb der Organisation, die sich zum Marxismus-Leninismus bekannten, meinten, daß die Ideologie der Organisation eine Mischung aus Islam und Marxismus sei. Der Islam sei von den Herrschenden reaktionär ausgenutzt worden und seine Ideologie sei nicht geeignet, um Klassen und Unterdrückung abzuschaffen.

Die Linksopportunisten sagten, daß die Organisation der Volksmodjahedin bei diesem Schlag zerfallen muß: in islamische Reaktionäre und in Marxisten-Leninisten, als die sich die Linksopportunisten selbst verstanden. Dieser Angriff auf die Organisation konnte vom Schah-Regime ausgenutzt werden. Die Volksmodjahedin seien eben nichts anderes als „islamische Marxisten". Mit diesem Schlagwort hatte das Schah-Regime schon immer gegen die Volksmodjahedin Propaganda gemacht. Die Spaltung in Marxisten-Leninisten und islamische Revolutionäre wurde jetzt als Beweis angeführt.

Diese Propaganda hat dem Vertrauen der Bevölkerung in die Organisation sehr geschadet. Außerdem konnten die fanatischen Religiösen diesen Schlag für sich ausnutzen, die immer schon total antimarxistisch waren. Sie galten als lose Sympathisanten der Volksmodjahedin — sie standen in keinerlei organisierten Zusammenhang —, weil sie aufgrund der gesellschaftlichen Situation bis dahin nicht die Möglichkeit hatten, sich als Alternative zu den scheinbar religiösen, den „islamischen Marxisten" zu zeigen. Politische Kämpfe fanden nicht mehr statt, es gab nur den bewaffneten Kampf, der von den Volksmodjahedin und Volksfedayin geführt wurde. Jeder, der Widerstand gegen das Schah-Regime leisten wollte, genoß nur dann Sympathie bei der Bevölkerung, wenn er eben diesen Kampf unterstützte. Deshalb bekannten sich diese rechten Religiösen damals zu den Volksmodjahedin. Zu ihnen gehörten Ayatollah Khamenei (heute Imam des Freitagsgebetes in Teheran), der im Gefängnis war, weil er eine Schrift der Volksmodjahedin besaß, der ehemalige Ministerpräsident und heutige Staatspräsident Radjai, Parlamentspräsident Rafsandjani, Innenminister Kani und viele andere, die heute im Iran herrschen. Der Schlag gegen die Organisation ermöglichte, daß die Reaktionäre früher offen auftreten konnten.

Durch diesen Putsch wäre die Organisation beinahe zerschlagen worden.

Bis Mitte 1978 waren die restlichen Mitglieder im wesentlichen damit beschäftigt, sich neu zu organisieren. Sie wurden darüber hinaus von den Linksopportunisten hinterhältig terrorisiert, Bruder Madjid Sharifwaghefi z.B. wurde getötet, was das Mißtrauen in der Bevölkerung erhöhte. Die wichtigsten Mitglieder des Zentralkomitees sten Mitglieder des Zentralkomitees saßen in den Gefängnissen und leisteten dort Widerstand gegen die Linksopportunisten.

Der Putsch innerhalb der Organisation ist auch ein Grund dafür, daß die Führung der antidiktatorischen Bewegung im Iran, der demokratischen Bewegung im Februar 1979, aus den Händen der Volksmodjahedin geraten ist. Die Reaktionäre haben das Erbe der Volksmodjahedin geschluckt.

Frage: *Ich würde gern ein bißchen genauer wissen, warum es die rechten Religiösen in so kurzer Zeit, also 78/79 geschafft haben, den Staatsapparat zu übernehmen.*

Antwort: Unter den Religiösen war neben der Organisation der Volksmodjahedin Ayatollah Khomeiny der einzige, der konsequent den Sturz des Schah forderte. Wie gesagt, aufgrund des opportunistischen Schlages bestand innerhalb der Bevölkerung zum einen ein gewisses Mißtrauen gegenüber den Volksmodjahedin, andererseits war die Organisation auch organisatorisch nicht in der Lage, die Führung zu übernehmen.

Es muß allerdings erwähnt werden, daß gerade während der großen Demonstrationen 1978/79 sichtbar wurde, daß die Volksmodjahedin wieder breitere Unterstützung genossen. Besonders deutlich wurde dies auf der Demonstration am Ashura-Tag (Dezember 1979), der größten Demonstration überhaupt, deren Hauptorganisator die Volksmodjahedin waren. Scharen der Bevölkerung trugen das Emblem der Volksmodjahedin und die Bilder der Gründer der Organisation und riefen entsprechende Parolen.

Nach dieser Demonstration fand die Guadeloupe-Konferenz statt, auf der sich die Imperialisten entschieden, den Schah abzusetzen. Danach erst haben die religiösen Reaktionäre mit ihrem Kampf begonnen und sofort die Volksmodjahedin als den Hauptfeind bezeichnet, stellten sie doch für deren Machtansprüche aufgrund ihrer revolutionären islamischen Ideologie die größte Gefahr dar.

Khomeiny konnte sich, aufgrund seines festen Standpunktes gegenüber dem Schah-Regime, an die Spitze der antidiktatorischen Bewegung stellen. Er genoß das Vertrauen der Bevölkerung, obwohl er in der Vergangenheit keinerlei praktischen Widerstand geleistet hatte, sondern im Exil nur die Ansicht vertreten hatte, daß der Schah Ansicht vertreten hatte, daß der Schah wegmüßte. Die Reaktionäre stellten sich in dieser Situation kurzfristig hinter Khomeiny und seine Forderung.

Frage: *Khomeiny hat in seinen Schriften über den islamischen Staat doch schon vor Jahren dargelegt, was heute im Iran verwirklicht wird. Am reaktionären Charakter seiner Politik konnte man im Grunde nicht zweifeln. Seht ihr das auch so oder meint ihr, daß Khomeiny unter den Einfluß noch reaktionärerer Kräfte geraten ist?*

Antwort: Khomeiny besitzt die Ideologie der traditionellen Kleinbourgeoisie, deren Politik ausgesprochen reaktionär ist und von den rechten Reaktionären durchgeführt wird. Khomeiny wollte den Sturz des Schah-Regimes und er war außerordentlich beliebt in der Bevölkerung. Er besaß die Fähigkeit, die Massen zu mobilisieren, sie tatsächlich auf die Straße zu bringen. Diese Tatsachen mußten die revolutionären Kräfte sehen und akzeptieren, deshalb haben sie ihn mehr oder weniger unterstützt.

Besonders die Stellungnahmen, die

Fortsetzung nächste Seite





"And God will turn the oppressed into the leaders and inheritors of the earth." – the Quran

In one word, history is the on-going flow of all the peoples of the world towards freedom.



„Und Gott wird die Unterdrückten in Führer und Erben der Erde verwandeln"
Der Koran

Mit einem Wort, Geschichte ist der fortlaufende Fluß aller Menschen der Welt zu Freiheit.

Fortsetzung von vorig. Seite

Khomeiny in seinem Pariser Exil abgegeben hat, haben bei den revolutionären Kräften eine gewisse — wenn auch winzige — Hoffnung geweckt, daß dieser Führer der antidiktatorischen Bewegung vielleicht später die Führung des antiimperialistischen Kampfes übernehmen könnte. Das hat sich nicht bestätigt, sondern er hat sich auf die andere Seite geschlagen.

Die antidiktatorische Haltung Khomeinys war gegen das Schah-Regime gerichtet und bedeutet nicht, daß er demokratisch ist. Obwohl er in Paris Stellungnahmen abgegeben hat, daß, nach dem Sturz des Schah, alle Kräfte ihre Meinung sagen und beteiligt werden müssen.

Frage: *Er hat aber immer eine Reihe von Leuten ausgeschlossen, nämlich alle die, die unter ausländischem Einfluß stehen und gegen den Islam sind — seine Umschreibung für Linke und Kommunisten.*

Antwort: Ja, das hat er gesagt, aber er hat auch gezeigt, was er unter dem Islam versteht, und die gesamte Bevölkerung im Iran ist gegen diesen Islam.

Frage: *Welchen Standpunkt habt ihr zum Marxismus?*

Antwort: Die Volksmodjahedin sehen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ideale des Marxismus als fortschrittliche Ideale an, die auch von den Volksmodjahedin stark genutzt werden. Man lehnt sie nicht ab, man erkennt sie an und nennt die Marxisten die strategischen Bündnispartner. Wir glauben allerdings, daß die materialistische Philosophie die gesellschaftlichen Ziele des Marxismus, d.h. eine klassenlose Gesellschaft, nicht dynamisch beantworten kann, und meinen, daß eine realistische philosophische Antwort zu allen Bereichen des Lebens innerhalb der islamischen Ideologie (Tohid) gegeben wird.

Frage: *Nach dem Aufstand im Februar 1979 wurden sehr schnell die demokratischen Freiheiten eingeschränkt: Rundfunk- und Pressezensur, erneute Verfolgung, Folter und Mord an Oppositionellen, Verbot von Zeitungen, Krieg gegen die Kurden, Schließung der Universitäten, um nur einige Maßnahmen zu nennen. Wie hat die Organisation der Volksmodjahedin sich gegenüber diesen Machenschaften verhalten? Oft wird behauptet, ihr hättet euch immer wieder zurückgezogen, seid Kompromisse eingegangen, um die innenpolitischen Widersprüche nicht anzuheizen und keinen Anlaß für eine bewaffnete Konfrontation mit den Reaktionären zu geben.*

Antwort: Die Volksmodjahedin sind eine der wenigen Gruppen gewesen, die nach der Revolution eine klare politische Linie vertreten haben. In drei Büchern sind sämtliche Kommuniques und politischen Stellungnahmen der Volksmodjahedin seit der Revolution erschienen, dort kann man das nachprüfen. Das wichtigste und grundsätzlichste Problem für die Volksmodja-

prüfen. Das wichtigste und grundsätzlichste Problem für die Volksmodja-

hedin war, genau mit den Volksmassen voranzuschreiten, um das reaktionäre, antidemokratische Wesen des herrschenden Regimes und seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Imperialismus — das den Volksmodjahedin ja bekannt gewesen ist, vor den Volksmassen zu entlarven. Schließlich genoß das Regime zu Beginn der Revolution und kurz danach die Unterstützung der Massen.

Viele Organisationen haben das nicht beachtet, und es ist der Reaktion gelungen, sie auf zweierlei Arten außer Gefecht zu setzen. Organisationen, die das Regime zu früh angegriffen haben und eine linkssektiererische Politik machten, konnten isoliert werden. Sie besaßen kein politisches Ansehen mehr und wurden in Gebiete verdrängt, wie z.B. nach Kurdistan oder Turkmenistan, in denen es offene Auseinandersetzungen mit dem Regime gab. Ein anderer Teil, der das Khomeiny-Regime als antiimperialistisch betrachtete, konnte in das System integriert werden wie die Tudeh-Partei und nach der Spaltung der Organisation der Volksfedayin die Volksfedayin/Mehrheit.

Die Volksmodjahedin verfolgten hingegen die Linie, Schritt für Schritt das antirevolutionäre und reaktionäre Wesen des Systems aufzuzeigen und daneben den gerechten Kampf der revolutionären Kräfte für die Volksmassen aufzuzeigen. Nur so kann man erreichen, daß bei der letzten Konfrontation, der Stunde Null, die man nicht verhindern kann, die Verantwortung für die Anzettelung eines Bürgerkriegs, sämtlicher Antidemokratismus und alle gegen das Volk gerichtete Politik der Reaktion angelastet wird und nicht den Volksmodjahedin. Nur auf diese Weise kann man den Volksmassen den falschen Glauben nehmen.

Für die Richtigkeit und für den Erfolg dieser Politik spricht, daß bei allen Reden während der Freitagsgebete, in allen Reden Khomeinys und vor dem Parlament, in allen Massenmedien von morgens bis abends gegen die Volksmodjahedin Propaganda gemacht wird. Daß die meisten Knüppeleinsätze der Hezbollahs, daß die übergroße Mehrzahl der Verhaftungen, (bisher 7.000), der Folterungen und Hinrichtungen die Volksmodjahedin zu tragen haben, in einer Zeit, in der Herr Khomeiny selbst die Führung hat.

Diese Angriffe erfolgen, obwohl die Reaktionäre sehr genau wissen, daß die Volksmodjahedin bisher nicht eine einzige Kugel verschossen haben, außer in den Kriegsgebieten. Dabei sind die Volksmodjahedin seit 16 Jahren eine militärische Kraft, die heute stark bewaffnet ist und über eine Miliz verfügt. Nur mit der politischen Arbeit ist die Organisation zu einer Hauptgefahr der Reaktion geworden.

Frage: *Welche Organisationen konnten Eurer Meinung nach isoliert und in die Minderheitengebiete abgedrängt werden?*

Antwort: Kräfte wie Peykar und die Gruppe von Ashraf Deghani (Volksfedayin Guerillaorganisation) arbeiten tatsächlich nur in Gebieten, in denen es nationale Minderheiten oder nationale Probleme gibt. Die Volksfedayin/Minderheit hingegen hat nach der Spaltung sich wieder in der Gesellschaft verankern können. Sie betreiben nicht mehr eine so vorschnelle Politik wie damals in Kurdistan und können sich langsam wieder politisch behaupten.

Frage: *Welchen Standpunkt habt ihr zu den Kämpfen in Kurdistan?*



Rajavi, Führer der P.M.O.I., und Arafat

Rajavi, Führer der P.M.O.I., und Arafat

Antwort: Schon etwa zehn Tage nach der Revolution haben die Volksmodjahedin in ihrem Programm zu Kurdistan das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, besonders des kurdischen Volkes gefordert. Sie haben immer die Kämpfe des kurdischen Volkes unterstützt.

Die Parole des kurdischen Volkes lautet: Autonomie für Kurdistan, Demokratie für den Iran. Das heißt doch, daß ohne Demokratie für den Iran die Rechte des kurdischen Volkes nicht zu verwirklichen sind. Parolen, die die Bildung eines kurdischen Staates losgetrennt vom Iran fordern, werden vom kurdischen Volk verurteilt.

Die Volksmodjahedin haben sich bis jetzt nicht an den Kämpfen in Kurdistan direkt beteiligt, so, wie es in Kurdistan erwartet wurde. Einer unserer Gründe dafür ist, daß die Kämpfe in Kurdistan in einer Zeit stattfanden, in der sie dem iranischen Volk nicht politisch vermittelt werden konnten. Die militärischen Kämpfe in Kurdistan ließen sich mit den politischen Kämpfen im Iran, wo eben die militärische Auseinandersetzung nicht auf der Tagesordnung stand, sondern das Regime erst politisch entlarvt werden mußte, nicht verbinden.

Besonders seit den Präsidentschaftswahlen im Januar 1980 wurden mit den kurdischen Organisationen, besonders mit der Demokratischen Partei Kurdistans, mit Persönlichkeiten wie Scheich Ezzedin Husseini und Komeleh, gute Beziehungen hergestellt. Diese Organisationen haben das Programm der Volksmodjahedin zu den Präsidentschaftswahlen und deren Kandidaten Rajavi unterstützt. Sie sind heute der Meinung, daß die Volksmodjahedin die wichtigste mobilisierte Kraft im Iran sind und politische Schritte für die Verwirklichung der Ziele des kurdischen Volkes gemacht haben, indem sie den Kampf des kurdischen Volkes mit dem iranischen Kampf verbunden haben.

Frage: *Das kurdische Volk hat sich doch die Zeit der militärischen Konfrontation nicht ausgesucht. Kurdistan ist von Armee und Pasdaran überfallen worden.*

Antwort: Das ist richtig, das kurdische Volk hat sich den Zeitpunkt nicht gewählt, wir wissen, daß die Angriffe vom Regime unternommen wurden. Aber wir sind der Meinung, daß die politischen Gruppierungen solange hätten Geduld haben müssen, wie unsere Organisation sie bisher gehabt hat. Der militärische Widerstand hätte immer wieder nach hinten verschoben werden müssen, bis das Regime auch bei diesem Problem entlarvt worden ist. Wir meinen, daß ein reaktionäres Regime nur dann geschlagen werden kann, wenn ihm zuvor politisch-gesellschaftlich ein Schlag versetzt worden ist, nur dann kann man mit dem Regime kämpfen.

Allerdings wird die qualitativ neue Phase, in die der Kampf des iranischen Volkes eingetreten ist, auch hier neue Bedingungen und neue militärische Verbindungen mit dem kurdischen Volk schaffen.

Frage: *Weshalb sprecht ihr von einer qualitativ neuen Phase? Welches sind die Bedingungen dafür?*

Antwort: Sehr kurz gesagt: dieselben Bedingungen, die zum Sturz des Schah geführt haben.

Die Politik des Schah-Regimes seit der sogenannten weißen Revolution 1960, die ja auf Druck der Imperialisten durchgeführt wurde, hatte wirtschaftliche Veränderungen in der Gesellschaft zur Folge, die die Ausbeutung der unteren Schichten ungeheuer vergrößerte, insbesondere der Massen von Bauern, die durch die Landreform keinerlei Existenzmöglichkeit in den Dörfern mehr hatten und als schlechtbezahlte Arbeiter in die Städte abwandern mußten. Der Klassenunterschied vergrößerte sich, die Kämpfe der Arbeiter nahmen zu. Auf den untersten und mittleren Schichten lastete der schwerste imperialistische Druck, hinzu kam die Unterdrückungspolitik des Schah-Regimes. Die Massen radikalisierten sich, es kam zur Explosion. Nicht einmal Bakhtiar, der letzte vom Schah eingesetzte Ministerpräsident, konnte diesen Radikalismus abschwächen, auch nicht, als der Schah schon das Land verlassen hatte. Dieser Radikalismus besteht trotz der lügnerischen Politik der Reaktion und ihrer Propaganda auch heute noch. Das zeigt sich im wachsenden Mißtrauen, in der Gleichgültigkeit und in dem Abscheu gegen die Herrschenden. Beispiel dafür ist die rapide sinkende Teilnahme der Massen an den Wahlen: Referendum zur Islamischen Republik (März 1979) 22 Mio Stimmen, Verfassungsreferendum (November 1979) 15 Mio, Präsidentschaftswahlen (Januar 1980) 14 Mio, Parlamentswahlen 1980 erster Wahlgang 10,5 Mio, zweiter Wahlgang 8 Mio, Präsidentschaftswahlen nach der Absetzung Bani Sadrs 2,7 Mio Stimmen. Noch deutlicher wird das an den immer kleiner werdenden Demonstrationen zur Unterstützung der Herrschenden: In Teheran ist die Zahl der Teilnehmer von 4 Mio auf 100.000 bis 300.000 geschrumpft.

Auf der anderen Seite wächst natürlich die Unterstützung der Massen für die antireaktionären und revolutionären Bewegungen. Auch Persönlichkeiten, die volksfreundlich und antireaktionär waren, erhielten die Zuneigung der Bevölkerung, wie auch Bani Sadr, der zunehmend mehr gegen die Reaktion aufgetreten ist.

Frage: *Hat die Entwicklung im Iran nach der Revolution, die totale Unterdrückung aller demokratischen Freiheiten, nicht auch eine große Resignation und Müdigkeit bei erheblichen Teilen der Bevölkerung hervorgerufen?*

Antwort: Das ist die größte Gefahr für die Revolution. Man kann diese Gefahr nur durch die Schaffung eines revolutionären Gegenpoles umgehen und versuchen, die Polarisierung in der Gesellschaft voranzutreiben, was die Reaktion natürlich mit allen Mitteln verhindern will.

Besonders nach der Verhinderung der Kandidatur Rajavis zu den Präsidentschaftswahlen im Januar 80 und während der sogenannten Kulturrevolution, in deren Rahmen alle Universitäten geschlossen wurden, war die Gefahr der Resignation und Ratlosigkeit groß. In dieser Zeit hat Khomeiny auch seine bekannte Rede gegen die Volksmodjahedin gehalten (Juli 1980), in dieser Zeit ist die amerikanische Intervention in Tabas gewesen und ein Putschversuch in der Fliegerkaserne Noje.

Gleichzeitig ist es aber auch den Volksmodjahedin gelungen, einen revolutionären Gegenpol zu schaffen, besonders durch die Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen, in denen breite Volksmassen den Kandidaten der Volksmodjahedin und ihr Programm unterstützt haben. Die Zeitung der Organisation hat eine Auflage von 600.000 erreicht, die P.M.O.I. ist die stärkste Organisation im Lande und wird auch international anerkannt. Sie steht in Verbindung mit den Befreiungsbewegungen (z.B. PLO und Polisario) und fortschrittlichen Kräften in der Welt und mit fortschrittlichen Ländern wie Kuba und Algerien.

Die Phase der Gleichgültigkeit liegt hinter uns, wie auch die breite Unterstützung der Demonstration nach der Absetzung Bani Sadrs zeigt. Die Reaktion will natürlich die Bereitschaft der Massen zu kämpfen zunichte machen. Deshalb bedient sie sich nicht mehr wie früher der reaktionären Propaganda, sondern greift zum Mittel der wilden und ziellosen Hinrichtungen (inzwischen täglich 30 bis 40, und es ist zu erwarten, daß die Zahl zunehmen wird), um Angst und Furcht zu erzeugen. Sicherlich ist ihr das gerade bei den bessergestellten Volksmassen gelungen.

Auf der Demonstration am 20.6. hat das Regime sich zur Einschüchterung erstmals nicht seiner üblichen Mittel, der Hezbollahs und Knüppelschwinger bedient, sondern hat mit der Erschießung der Demonstranten begonnen. Wie das Schah-Regime beim Aufstand in Teheran 1963 und am Schwarzen Freitag (18.9.78), so ist diesmal das Khomeiny-Regime vorgegangen: Die Pasdarane haben sich auf die Straße hingekniet und gezielt in die Demonstranten geschossen.

Dieses Vorgehen zeigt aber auch die totale Ratlosigkeit des Regimes. Die revolutionären Kräfte werden die Atmosphäre der Ratlosigkeit und Angst durchbrechen. Man kann die Bereitschaft der Volksmassen zu einem Aufstand gegen die Reaktion fühlen. Und die Reaktion hat fast keine Massen mehr hinter sich.

Frage: *Wie wird es weitergehen? Wie stark sind Eure Kräfte. Ihr habt weiter oben gesagt, daß die Volksmodjahedin und andere linke Gruppen sehr gut bewaffnet sind. Kommt es zwangsläufig zu einem Bürgerkrieg oder gibt es Kräfte, die einen Militärputsch durchführen können, um ein reaktionäres Regime zu etablieren, das nach dem Chaos als Erleichterung empfunden werden könnte?*

Antwort: Kurz gesagt wird geschehen, was zwischen dem Schwarzen Freitag im September 1978 und dem Aufstand im Februar 1979 geschah. Solange Herr Khomeiny lebt und besonders, wenn es gelingt, die revolutionären Kräfte absolut und total zu unterdrükken und noch Teile der Gesellschaft gegen sie zu mobilisieren, werden die Konterrevolution und der Imperialismus keinen Putsch gegen Khomeiny und die islamische Reaktion machen, sondern ihnen Rückendeckung geben. Aber wenn der Imperialismus merkt, daß Herr Khomeiny dazu unfähig ist, wird er selbst einschreiten. Aber dann wird er mit einem neuen Vietnam konfrontiert.

Die Reaktion hat mit der bewaffneten Unterdrückung breiter Volksmassen, die zu jedem Widerstand gegenüber der Reaktion bereit sind, jeden friedlichen Weg verschlossen. Das Regime wird in Zukunft mit einer Massenexplosion, die bewaffnet sein wird, im ganzen Iran konfrontiert sein. Die Reaktion wird sich dann auf den Imperialismus stützen. In einer inneren Situation, in der das Regime und die revolutionären Kräfte schwach sind, könnte er versuchen, einen Puts ch durchzuziehen. Dabei werden die konterrevolutionären Elemente, die bedauern, daß der Schah gehen mußte, sicherlich tüchtig mitarbeiten. Aber ohne direkte Unterstützung des Imperialismus hätten diese Kräfte selbst keine Möglichkeit zu einem Putsch.

Möglich aber ist auch, daß die Imperialisten versuchen — mit direkter und indirekter Unterstützung der Reaktion — das Erstarken der revolutionären Kräfte zu verhindern, indem sie Kriege anzetteln, z.B. in Belutschistan, Fars, in den Gebieten der nationalen Minderheiten, wie im Gebiet der Ashayer (Nomadenvölker).

Frage: *Auf der einen Seite stehen die Pasdaran und die Armee, die zumindest noch das Regime unterstützt, auf der anderen Seite die bewaffneten revolutionären Organisationen. Wie würdet ihr das militärische Kräfteverhältnis einschätzen?*

Antwort: Das wichtigste Problem liegt in der Armee, die heute wieder 400.000 Mann stark ist und zum größten Teil aus Wehrpflichtigen besteht. Die Befehlshaber, die das monarchistische System in der Armee beibehalten wollen und sich gegen die Rätebewegung gestellt haben, genießen die Unterstützung Khomeinys (weshalb sie sich wohl auch nicht hinter Bani Sadr gestellt haben, der Oberbefehlshaber war). Sie sagen, Khomeiny sei der Oberbefehlshaber, was aber nichts anderes heißt, als daß sie selbst den Oberbefehl in der Hand haben.

Auf der anderen Seite stehen die unteren Schichten der Armee, Soldaten, Flieger, junge Offiziere, die Leute, die während des Revolutionsprozesses die Armee verlassen haben, zum Volk

gekommen sind und eine große Rolle

die Armee verlassen haben, zum Volk

gekommen sind und eine große Rolle im Februar 1979 gespielt haben, die sich aber auch nach der Revolution für eine tohidistische Veränderung des Armeesystems eingesetzt haben, d.h. für die Abschaffung der Hierarchie und die Einrichtung von Räten. Dafür haben sie mit Sitzstreiks und Demonstrationen gekämpft.

Khomeiny hat dagegen schärfstens Stellung bezogen und in seinen letzten Reden vor politischen Aktivitäten in der Armee gewarnt. Am 9.7. hat er seinen Vertreter, General Namdju beauftragt, eine Informationsorganisation zur Kontrolle der Armee aufzubauen. Gleiches wird für die Polizei auf die Beine gestellt, die im Radio kritisiert worden ist, weil sie sich geweigert hat, auf der Demonstration am 20.6. wie unter dem Schah-Regime gegen die Demonstranten vorzugehen.

Die Pasdaran umfassen etwa 60.000 bis 80.000 Mann. Auch hier finden laufend Säuberungen statt, obwohl nur solche Personen ausgewählt werden, die auf Seiten der Reaktionäre und Khomeinys stehen. Als Beispiel für eine Opposition auch bei den Pasdaran kann man die Erschießung des Direktors des Teheraner Evin-Gefängnisses nennen, Katschui, der selbst bei vielen Folterungen anwesend war. Er wurde von dem Pasdar Kazem Afdjei Hawaze erschossen.

Das Volk kann also auf die unteren Schichten der Armee hoffen. Die Volksmassen selbst werden durch die revolutionären Kräfte bewaffnet werden. In den befreiten Gebieten, in Kurdistan oder im Gürtel am Kaspischen Meer, wird das Volk den größten Widerstand, auch in den kleinsten Dörfern, leisten. Wichtig aber ist, daß die militärischen Aspekte nicht entscheidend sind, sondern die gesellschaftlich-politischen. Und sie werden noch entscheidender werden. Die Kasernen werden offene Türen für die Volksmassen haben, wie damals, am 9. Februar 1979. Aber das ganze wird organisierter und vorbereiteter sein.

»Alternativen europäischer Sicherheitspolitik« – unter Ausschluß der Friedensbewegung?

Seit dem Frühsommer arbeitet die Westberliner Friedensbewegung mit Elan daran, daß der kommende Herbst wirklich, wie es Peter Glotz (SPD) bereits im April mit sorgenvoller Miene prophezeit hat, zu einem „organisatorischen Höhepunkt der Friedensbewegung" wird: Zu einem Friedenskonzert vor dem Reichstagsgebäude mit Tangerine Dream am 29.8., zu einer Kundgebung des DGB und einer Demonstration der GEW und HBV am 1.9. anläßlich des Antikriegstages, zur europäischen Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn und zu einer Protestdemonstration gegen den Besuch Haigs in Westberlin am 13.9. werden jeweils viele tausend Menschen erwartet. Parallel dazu laufen zahlreiche dezentrale Veranstaltungen, Aktionstage, Infostände kirchlicher und gewerkschaftlicher Gruppen und verschiedener politischer Parteien und Organisationen.

Alle zentralen Aktionen werden – wie es in Westberlin seit gut einem Jahr Tradition ist – von breiten Aktionsbündnissen sehr unterschiedlich orientierter Organisationen und Gruppen getragen bzw. unterstützt und auf monatlichen Treffen des Informationskreises Frieden (Koordination) (1) gemeinsam besprochen und organisiert. Der bislang größte Erfolg war die Demonstration am 8. Mai, zu der 50 000 Menschen mobilisiert werden konnten. Ein Unterstützungsaufruf für DGB-Aktivitäten am 1.9. wurde von bisher 105 Gruppen unterzeichnet. Über viele der dezentralen Aktivitäten wird auf der Koordination zumindest frühzeitig informiert. Kurzum: In der Westberliner Friedensbewegung hat es sich seit einiger Zeit eingespielt, sich über geplante Aktivitäten rechtzeitig gegenseitig abzusprechen.

Mit einiger Überraschung reagierten deshalb viele Friedens-Aktivisten, als sie vor einigen Tagen ein fertiges Programm für einen Kongreß „Alternativen europäischer Sicherheitspolitik" zu Gesicht bekamen, der am 23.–25. Oktober in Westberlin stattfinden soll. Als Veranstalter fungiert ein bislang unbekannter „Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa". Wie aus einem von Rudolf Steinke unterzeichneten Anschreiben vom 12.8. hervorgeht, arbeiten in diesem Arbeitskreis „*die Mitglieder des ‚Projektbereiches Friedensarbeit der Internationalen Liga für Menschenrechte', der Friedensarbeitskreis der Undogmatischen Jungsozialisten, des ‚Arbeitskreises Berlin am Tropf'*" sowie eine „*Reihe von Leuten, die sich keiner der oben genannten Gruppierungen zurechnen und entweder im Bereich kirchlicher Gruppen, verschiedener Friedensgruppen oder der Alternativen Liste*" tätig sind.

ternationalen Liga für Menschenrechte', der Friedensarbeitskreis der Undogmatischen Jungsozialisten, des ‚Arbeitskreises Berlin am Tropf'" sowie eine „*Reihe von Leuten, die sich keiner der oben genannten Gruppierungen zurechnen und entweder im Bereich kirchlicher Gruppen, verschiedener Friedensgruppen oder der Alternativen Liste*" tätig sind.

Laut Programm soll der Kongreß (**„verantwortlich für die Vorbereitung und Koordination: Rudolf Steinke"**) mit einer Podiumsdiskussion eröffnet werden, in deren Mittelpunkt „*–ausgehend von der gegenwärtigen Abrüstungsdiskussion und bestehenden Kräftekonstellationen – die Frage nach einem ‚Atomwaffenfreien Europa – mögliche Aktionsperspektive?' stehen*" soll. Als Podiumsteilnehmer, von denen einige schon zugesagt haben sollen, sind Olof Palme (Schweden), Daniel Elsberg (USA), Vladimir Dedijer (Jugoslawien), Claude Bourdet (Frankreich), Gert Bastian, Alois Mertes, Dorothee Stefenski-Sölle, Hans-Jochen Vogel und Mary Kaldor (Großbritannien) vorgesehen.

Desweiteren sollen elf Arbeitsgruppen stattfinden zu den Themen: Alternative Verteidigungspolitik am Beispiel Skandinaviens, Österreichs und Jugoslaviens; Diskussionsansätze in der Bundesrepublik: Gewaltfreie Aktion, defensiv-reaktive Verteidigung (Afheldt), Ökologie und Friedensbewegung: Die deutsche Frage im Brennpunkt der europäischen Friedensbewegung – in der Vergangenheit (Rapacki-Plan usw.) und Perspektiven; Rüstungskonversion (Modelle, Probleme und Erfahrungen bei der Umwandlung von Rüstungs- in sozial nützliche Produktion); Traditionen und Strömungen der kirchlichen Friedensbewegung; Ursachen des Scheiterns der ‚Kampf-dem-Atomtod'-Bewegung in den 50er Jahren; Frauen für den Frieden; Formen, Probleme und Perspektiven der Bewegung für ein atomwaffenfreies Europa; Die aktuelle Diskussion um die NATO-Nachrüstung; Feindbilder, Aggressionspotentiale – Entwicklung einer Friedenspädagogik; Internationale Konfliktherde, Neuorientierung der US-Sicherheitspolitik – Zusammenhänge und Auswirkungen auf die europäische Sicherheitspolitik.

Auch für die AGs – als Referenten bzw. Gesprächsteilnehmer – soll viel Prominenz eingeladen werden: neben den erwähnten Podiumsrednern u.a. Lucio Lombardo-Radice (Italien), Horst Afheldt, Theodor Ebert, Robert Jungk, Peter Bender, Günter Gaus, Rudolf Bahro, E.P. Thompson (Großbritannien), Erhard Eppler...

So weit, so gut. Dennoch löste es im Informationskreis Frieden eher Fragen und Unbehagen als Begeisterung aus, als eine Vertreterin des „Arbeitskreises atomwaffenfreies Europa" auf der Sitzung am 23.8. erstmals (2) von dem Kongreß-Projekt berichtete (bzw. zunächst einmal nur das Programm verteilte). Verwunderung und Fragen, warum der Kongreß völlig an der Koordination vorbei (die in Westberlin die Friedensbewegung weitgehend umfaßt) organisiert wurde. Eine Antwort darauf wurde zwar nicht gegeben, dafür wurden aber die versammelten Vertreter(innen) der Friedensbewegung für den 8.9. zu einer „Diskussion des vorläufigen Programmentwurfs" eingeladen. Nun, so „vorläufig" sind Programm und Planung wohl nicht: Das Programm liegt bereits gedruckt vor; Referenten und Redner sind bereits angeschrieben worden, ein Programmheft und Reader sollen bald erscheinen. So ist es auch nur konsequent, daß in dem Anschreiben Steinkes für den 8.9. „*zu Absprachen und einer Diskussion über unser Projekt*" eingeladen wird.

Unbehagen löste es aus, daß bei der Organisierung des Projekts offensichtlich mit recht zweifelhaften Methoden operiert wurde. So soll zunächst für den Kongreß im Namen der Internationalen Liga für Menschenrechte eingeladen worden sein, ohne daß diese ihr O.K. dafür gegeben hatte. Dementsprechend liegt das Programm in zwei unterschiedlichen Fassungen vor: In der ersten Auflage heißt es unter der Überschrift „Veranstalter":„*Der Kongreß wird veranstaltet von der* Internationalen Liga für Menschenrechte, *unterstützt von einer Reihe Gruppen und Initiativen in Berlin. Um die übergreifende Funktion des Kongresses zu betonen, soll ein* Trägerkreis *gebildet werden, dem u.a. angehören werden...*" (Es folgen die Namen einiger Westberliner und westdeutscher Persönlichkeiten). In der zweiten Auflage heißt es stattdessen:„*Die* **Schirmherrschaft** *dieses Kongresses ist von der INTERNATIONALEN LIGA FÜR MENSCHENRECHTE übernommen worden. Wir wollen in den nächsten Wochen bis zur Drucklegung des endgültigen Programms auch noch die*

folgen die Namen einiger Westberliner und westdeutscher Persönlichkeiten). In der zweiten Auflage heißt es stattdessen:„*Die* **Schirmherrschaft** *dieses Kongresses ist von der INTERNATIONALEN LIGA FÜR MENSCHENRECHTE übernommen worden. Wir wollen in den nächsten Wochen bis zur Drucklegung des endgültigen Programms auch noch die*

‚Heinemann-Initiative', Berlin(West), das ‚Komitee für die Grundrechte' und die ‚Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit' gewinnen. Als vorläufige Veranstalter bzw. Organisatoren sind vorhanden der ‚Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa', die Friedensgruppe der Undogmatischen Jusos, der Projektbereich Friedensarbeit der Internationalen Liga für Menschenrechte und der Arbeitskreis ‚Berlin am Tropf'. In Gesprächen und Treffen mit den unterschiedlichsten Gruppen, Organisationen und Friedensinitiativen in den nächsten Wochen wollen wir einen großen Kreis von Mitveranstaltern bzw. Unterstützern gewinnen, die sich auch selbst in den Kongreß einbringen".

Grund für diese Neufassung war eine Diskussion in der Internationalen Liga für Menschenrechte, in der es diese abgelehnt hatte, als Veranstalter des Kongresses (mit dem damit verbundenen Finanzrisiko) aufzutreten, allerdings mit Mehrheit den Beschluß gefaßt hatte, die Schirmherrschaft zu übernehmen. Nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden der Liga, Wolfgang Schaar, im Informationskreis Frieden am 23.8. sei in diesem Zusammenhang die Erwartung geäußert worden, daß die Friedensbewegung breit daran beteiligt werde...

Der Clinch innerhalb der Liga ist damit jedoch noch nicht ausgestanden. So wies Eleonore Kujawa, gleichfalls Liga-Mitglied, darauf hin, daß der als Mitveranstalter genannte „Projektbereich Friedensarbeit der Internationalen Liga für Menschenrechte" gemäß Satzung der Liga überhaupt nicht existiert. Der Etikettenschwindel, so scheint's, geht also weiter.

Im Dunkeln blieb desweiteren die Finanzierung, da die z.Z. 40 Miglieder des „Arbeitkreises atomwaffenfreies Europa", „*wovon etwa 25 sich kontinuierlich an der laufenden Arbeit und Diskussion beteiligen*" (lt. Anschreiben Steinkes), kaum in der Lage sein dürften, ein so ehrgeiziges Kongreßprojekt aus eigener Kraft zu tragen. Die Vertreterin des Arbeitskreises verwies auf erhoffte Einnahmen aus dem Verkauf des vor dem Kongreß erscheinenden Readers (ca. 15,- DM); entsprechende Erfahrungen habe man bereits bei der Finanzierung des Bahro-Kongresses gesammelt. Gewiß ist, daß sich die SPD – wie bereits am „Tropf–Kongreß" (3)– mit einem kräftigen Betrag beteiligen will.

Namentlich Rudi Steinke sei gefragt: Für welchen Preis? Art und Weise der Kongreßplanung (unter Umgehung der Westberliner Friedensbewegung, mit zweifelhaften Methoden bei der Kongreß-Organisierung) sowie frühere Erfahrungen mit einigen der Organisatoren lassen jedenfalls den begründeten Verdacht aufkommen, daß es nicht allen an dem Projekt Beteiligten darum geht, die Einheit der Westberliner Friedensbewegung zu festigen.

Aus gegebenem Anlaß sei noch einmal daran erinnert, welche Strategie die SPD im Frühjahr dieses Jahres gegenüber der erstarkenden Friedensbewegung ausgab: Das **„größte Problem für die SPD"** – so formulierte es der Hintergrund-Dienst des der SPD-Bundestagsfraktion nahestehenden Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes – bestehe darin, daß in der Friedensfrage „*vor ihr schon andere auf dem Plan*" waren. Die SPD müsse „*verlorenen Boden' wieder gutmachen*". Und an anderer Stelle: Für die kirchliche Friedensbewegung liege „*eine Herausforderung besonderer Art*" darin, daß man sich im Rahmen der Friedensbewegung „*mit kommunistisch orientierten Gruppierungen*" in einem Boot sähe. Der NATO-Beschluß zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa habe einen „*längst überfälligen Ausdifferenzierungsprozeß innerhalb der Friedensbewegung dadurch unterbrochen, daß er zur vorübergehenden Solidarisierung von in sich widerstreitenden Politikansätzen geführt hat*". (zit. lt. „Neue", 28.4.81).

J., Westberlin

Anmerkungen:

1) Der Informationskreis Frieden (Koordination) fand sich im April 1980 zusammen und trifft sich seitdem regelmäßig einmal im Monat. Mittlerweile nehmen über 60 verschiedene politische Organisationen, kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen, bezirkliche Friedensinitiativen etc. an den Treffen teil. Der Kreis arbeitet – bislang sehr erfolgreich – als informeller Zusammenschluß, ohne gemeinsame politische Plattform oder Statut; gemeinsam besprochen und organisiert wurden im Informationskreis Frieden z.B. die Friedensdemos am 12.12.80 (1. Jahrestag des „Nach"rüstungsbeschlusses) und 8.5.81.

2) Vor dem 23.8. hatte der „Arbeitskreis" überhaupt noch nicht am Informationskreis Frieden teilgenommen, entgegen anderslautenden Angaben von Organisatoren des Kongresses „Alternativen europäischer Sicherheitspolitik".

3) Kurz vor den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus, im April 81, organisierte Steinke mit den Undogmatischen Jusos einen Kongreß „Berlin am Tropf?", um im AL-Wählerpotential noch fehlende Stimmen für die SPD fischen zu können. „Berlin am Tropf" war damals gleichfalls kräftig von der SPD bezuschußt worden, gleichzeitig von Glotz (bei dem Steinke zeitweilig als Referent gearbeitet hatte) dazu genutzt worden, dem Westberliner Juso-Landesverband des Wasser abzugraben. Kurz nach den Wahlen in Westberlin verfaßte Steinke i.A. der „Vorbereitungsgruppe Kongreß ‚Berlin am Tropf'" einen Brief, in dem er seine Gruppe als „*Element der sich notwendigerweise erneuernden Berliner Sozialdemokratie*" vorstellte:

Anstatt sich Gedanken über die dringend erforderliche Neuorientierung der politischen Zielsetzungen und praktischen Erfordernisse der Arbeit zu machen, schwelgt diese Strömung weiterhin in sektiererischer Denunziation der mühseligen Erneuerungsbestrebungen der Berliner Sozialdemokratie. Dieser politische Imobilismus und Abstenzionismus ist nur vergleichbar mit der Phase der Vorherrschaft der ML-Gruppen in der Nachfolge-APO".

„*Die erklärte Absicht der Berliner SPD, in der jetzigen Situation in die Opposition zu gehen, schafft*" – so Steinke – „*gute Voraussetzungen, um eine Reihe von grundlegenden Fragestellungen aufzuwerfen, die wir auch bereits auf dem Kongreß versucht haben zu thematisierten*". In der erklärten Absicht, „*den politischen Immobilismus sowohl der Rechten wie Linken*" in der SPD aufheben zu wollen, ritt Steinke eine scharfe Attacke gegen die Westberlinder Jusos:„*Der LV der Jusos ist sicherlich einer der trägsten und immobilsten Gliederungen der Sozialdemokratie. Kaschiert wird dies hinter pseudomarxistischem Vokabular.*



3. Sozialistische Konferenz zum Thema »Krieg und Frieden«

Noch in diesem Jahr soll in Bochum die 3. Sozialistische Konferenz stattfinden. Dies wurde am 15./16. 8. auf einer Sitzung der nationalen Koordinationsgruppe beschlossen. Als Tagesordungsvorschlag wurde folgender Text verabschiedet:

„*Übergreifende Fragestellung*
Reicht es aus, daß die verschiedenen Kräfte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik darin einig sind, die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe zu bekämpfen? Was sind die Ursachen der wachsenden Kriegsgefahr? Welche Positionen müssen die Sozialisten in der Friedensbewegung vertreten, um der gegenwärtig weltweit wachsenden Kriegsgefahr wirksam entgegenzutreten? Bieten die Konzepte der atomwaffenfreien Zone, Neutralität, der Blockfreiheit, des Pazifismus, der alternativen Verteidigung usw. eine realistische Perspektive für die Friedensbewegung?

Auf einer Podiumsdiskussion am Freitagabend sollen geladene Referenten unterschiedlicher Positionen diese übergreifende Fragestellung diskutieren.

Samstagvormittag: Arbeitsgruppen zum Thema: Triebkräfte der Kriegsgefahr.

AG 1: Politik der USA – Kurs auf den 3. Weltkrieg? (Weltmarktkrise, Offensive des Imperialismus, Militärisch-industrieller-Komplex, Exterminismus/Drohsysteme, Rivalität USA–Westeuropa usw.)

Samstagvormittag: Arbeitsgruppen zum Thema: Triebkräfte der Kriegsgefahr.
AG 1: Politik der USA – Kurs auf den 3. Weltkrieg? (Weltmarktkrise, Offensive des Imperialismus, Militärisch-industrieller-Komplex, Exterminismus/Drohsysteme, Rivalität USA–Westeuropa usw.)

AG 2: Sowjetunion: Friedensmacht? Kriegstreiber? oder was sonst? (Realer Spzialismus, Großmachtpolitik, Verhältnis der blockfreien Bewegung)

AG 3: Weshalb gibt es im Bundestag eine „Allparteienkoalition" für die NATO und deren Militärstrategien? (imperialistische Interessen der BRD, Übereinstimmung und Differenz zur USA, Versall der USA?)

AG 4: Militarisierung der Köpfe und des Alltagslebens

AG 5: Soziale und ökologische Folgen der Hochrüstung

Samstagnachmittag: Arbeitsgruppen eingeleitet von Referat und Koreferat zu folgenden Themen:

AG 1: Neutralismus und Blockfreiheit, Austritt aus der NATO, atomwaffenfreie Zone und die politischen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungn und Konsequenzen

AG 2: Wie kann sich die Friedensbewegung auf Widersprüche und friedenspolitische Ansätze von SPD und Gewerkschaften beziehen?

AG 3: Braucht die Friedensbewegung alternative Verteidigungskonzepte? Wenn ja: gegen wen? Ist der Pazifismus eine Alternative?

AG 4: Wie kann die Friedensbewegung auf staatliches Handeln Einfluß nehmen, ohne integriert zu werden?

Sonntagvormittag: zusammenfassendes Plenum unter der Fragestellung: Aufgaben der Sozialisten in der Friedensbewegung (Berichte aus den AGs und Diskussion)."

Der Kreis, der diesen Vorschlag diskutierte und schließlich beschloß, hat an Repräsentanz erheblich nachgelassen. Am stärksten war der Block der modernen Sozialisten präsent mit einem Vertreter der Gruppe Z, der Komitees für Demokratie und Sozialismus, F. Wolf und K. Nolle (beide Redakteure der „Moderne Zeiten");

Der Kreis, der diesen Vorschlag diskutierte und schließlich beschloß, hat an Repräsentanz erheblich nachgelassen. Am stärksten war der Block der modernen Sozialisten präsent mit einem Vertreter der Gruppe Z, der Komitees für Demokratie und Sozialismus, F. Wolf und K. Nolle (beide Redakteure der „Moderne Zeiten");

weiterhin waren anwesend Vertreter der SoSt, des KB, des MSB, verschiedene Einzelpersonen (wie z.B. W. Harich); fast völlig aufgelöst haben sich die örtlichen SK-Gruppen (bis auf wenige Ausnahmen). Endgültig hat die Bremer SK-Gruppe um Bahro ihre Mitarbeit aufgekündigt. Sie hält „*das Projekt Sozialistische Konferenz für tot*" (aus einem Brief an die SK). Auch das SB arbeitet an dem Projekt nicht mehr mit, ohne hierfür jedoch eine Begründung zu geben. Ausgestiegen sind fast vollständig die Kräfte um die ehemalige „KPD".

Keinen Anklang fand das Projekt bisher bei den aktiven friedenspolitischen Gruppen. Dies ist sicherlich nicht verwunderlich, wenn man sich die Konzeption dieser Konferenz ansieht, die in Richtung der Diskussion von praktischer Politik keinen Raum läßt. Auch wenn viel über die Aufgaben der Sozialisten in der Friedensbewegung geredet wird, so wird die reale Bewegung fast vollständig ignoriert oder im schlimmeren Fall auf die Diskussionen in der SPD beschränkt. Dies äußerte sich krass in einer ersten Diskussion um die Einladung von Referenten. Es wurden viel akademische Namen gehandelt, der Parteienproporz wurde sorgfältig gewahrt, aber der Vorschlag, einen Vertreter einer pazifistischen Organisation sprechen zu lassen (z.B. Graswurzelrevolution), wurde *ohne* jede Begründung abgelehnt, obwohl der Pazifismus in der heutigen Antikriegsbewegung einer der stärksten Elemente ist. Absolut keinen Zweifel gab es allerdings, daß jemand von der SPD, der DKP, der Komitees, der Z, der SoSt usw. dabeisein müsse. Nun mag man fragen, weshalb dann nicht auch jemand vom KB? Dies nun wieder wurde mit der originellen Begründung verweigert, der KB habe keine originäre Position in der Kriegs- und Friedensfrage! Im übrigen sitzen hier

Elemente ist. Absolut keinen Zweifel gab es allerdings, daß jemand von der SPD, der DKP, der Komitees, der Z, der SoSt usw. dabeisein müsse. Nun mag man fragen, weshalb dann nicht auch jemand vom KB? Dies nun wieder wurde mit der originellen Begründung verweigert, der KB habe keine originäre Position in der Kriegs- und Friedensfrage! Im übrigen sitzen hier

fast die gleichen Leute zusammen, die auf der 1. Konferenz oder in den „Modernen Zeiten" beklagen, die Sozialisten hätten nicht früh genug von der ökologischen Bewegung gelernt. Dieser Fehler soll gegenüber der Friedensbewegung noch einmal gemacht werden.

Die Modernen Zeiten und der Kampf um Demokratie

„ich wünsch dich nicht anders,
ich wünsch dich modern.
Wir sind modern."
(Kiev Stingl)

Was monatelang hinter verschlossenen Türen vorbereitet wurde, stellt sich nun mit einer cleveren Werbe-Kampagne vor: Der organisatorische Zusammenschluß um die neue Zeitschrift „Moderne Zeiten". Man will „unbequeme Fragen aufwerfen, Konflikte nicht scheuen und Dogmen mit Argumenten zersetzen und Themen zur Diskussion stellen, die dem linken Alltagsverstand unbehaglich sind" (Man vermutet bei sich selbst in aller Bescheidenheit einen höheren Verstand); man will aber trotzdem „nicht als vermeintlicher Inhaber schlußendlicher Weisheiten schreiben"; man will auch nicht „schulmeistern und fertige Antworten vortäuschen", sondern ganz im Gegenteil „die reale Vielfalt und Gegensätzlichkeit der Auffassungen in der sozialistischen Linken unzensiert vermitteln". (Zitate aus einem Werbezettel für die „Modernen Zeiten").

MODERNE ZEITEN

Die Werber kennen den Geschmack ihrer Zielgruppe und verstehen es, sich anzubieten. Soviel ist sicher. Alles andere muß die Praxis zeigen. Immerhin liegt die erste Ausgabe der „Modernen Zeiten" zur Prüfung vor. Ihren Hauptteil bilden mehrere programmatische Artikel, die eine Art (vorläufiger) Plattform für den neuen Zusammenschluß darstellen sollen. Anzumerken ist allerdings, daß diese Artikel nicht wirklich Produkt eines kollektiven Diskussionsprozesses aller beteiligten Gruppen und Personen sind, wie es dem naiven Leser vielleicht erscheinen könnte: Der erste Artikel („*Über die Aktualität des Sozialismus und die Krise der Arbeiterbewegung*") geht, unwesentlich verändert, auf eine Vorlage der Komitees für Demokratie und Sozialismus (KBW-Abspaltung) zurück; die Artikel „*Sozialisten im Verhältnis zu Massenbewegungen und Staat*" und „*Sozialisten und alternative Wahlbe-*
kel „*Sozialisten im Verhältnis zu Massenbewegungen und Staat*" und „*Sozialisten und alternative Wahlbe-*
wegung" kommen im Wesentlichen aus der Schreibmaschine des Vorsitzenden der Gruppe Z (KB-Abspaltung). Die Rolle der übrigen Beteiligten (Personen aus der Prokla, der SOAK und der Westberliner SEW-Abspaltung SI) bei der Erarbeitung dieser Plattform kann als minimal veranschlagt werden. Minimal ist vorerst auch ihre Vertretung in der Redaktion der „Modernen Zeiten", in der jeweils vier Redakteure aus den Komitees für Demokratie und Sozialismus und aus der Gruppe Z (zusammen also acht) mit jeweils einem Mitglied von SI, Prokla und SOAK (zusammen also drei) zusammensitzen.

Die Kritik am „abstrakten Politizismus"

Ein zentraler Punkt in der Plattform der „Modernen Zeiten" ist ihre Kritik am „*abstrakten Politizismus*", d.h. an einer Überbewertung und Überbetonung des Kampfes um Demokratie durch die bisherige Linke. Formuliert ist diese Kritik vor allem von W. Maier (Komitees für Demokratie und Sozialismus) in dem Artikel „Über die Aktualität des Sozialismus...". Der DKP und den K-Gruppen wird dort vorgeworfen, sie hätten in mechanischer Nachäffung Lenins „die Propagierung eines demokratischen, auf die Umwälzung der Staatsverhältnisse gerichteten Programms" zum „Kern ihrer Programmatik" gemacht. Das sei „*ein Fehler*" gewesen. Daß sich dieser vermeintliche Fehler bei den einzelnen Gruppen „*in sehr unterschiedlicher Ausprägung*" darstellt(e), wird in dem Artikel zwar als Hinweis angesprochen, ohne sich aber in die Mühen der Differenzierung und überhaupt der Darstellung der konkreten Erscheinungsformen des „Fehlers" zu begeben. Die Kritik folgt insofern der allgemeinen Tendenz der „Modernen Zeiten", die Darstellung der gesamten Linken (mit Ausnahme sozialdemokratischer Strömungen, die gezielt umworben werden) möglichst groben Rastern und Verallgemeinerungen zuzuordnen, ohne sich dabei auf konkrete Beweisführungen, Unterschiede und störende Details einzulassen.

So dürftig wie die Beschreibung des vermeintlichen Fehlers fällt in dem Artikel auch die Begründung für die angebliche Fehlerhaftigkeit der beschriebenen „Linie" aus: „Der entscheidende Punkt, an dem die Notwendigkeit der radikalen Umwälzung der Verhältnisse sichtbar wird und entsprechend die Kritik und die Bewegung sich konzentrieren, ist bei uns nicht die politische Unterdrückung. Das ist nirgends der Fall, wo das Kapital seine Herrschaft in Form der parlamentarischen Republik über entwickelten kapitalistischen Verhältnissen organisiert und die Volksklassen bestimmte konstitutionelle Rechte formell wahrnehmen können. Demokratische Forderungen können nur dort zum Kernpunkt werden, wo die politische Unfreiheit selbst die entscheidende Frage ist, an der die Gesellschaft leidet...", (Hervorh. von mir).

Hier könnte es so scheinen, als werde in den zitierten Sätzen der Kampf um Demokratie reduziert auf den Kampf gegen politische Unterdrückung. Nur unter einer solchen Voraussetzung kann der Verfasser darauf verweisen, daß hier und heute die politische Unterdrückung nicht das Hauptproblem sei, da dem Volk bestimmte politische Rechte sehr wohl zur Verfügung stehen (übrigens nicht bloß „formell", sondern auch praktisch) – und folglich der Kampf um Demokratie sich nicht als entscheidender Punkt stelle.

Nunmeint aber Demokratie tatsächlich sehr viel mehr als nur das Fehlen diktatorischer Formen politischer Unterdrückung und Unfreiheit.
sächlich sehr viel mehr als nur das Fehlen diktatorischer Formen politischer Unterdrückung und Unfreiheit.
Im vollen Sinn des Wortes bedeutet Demokratie „Volksherrschaft", d.h. in den Worten des Papiers formuliert: „*die volle politische Souveränität der Volksklassen*". So verstanden ist Demokratie geradewegs das Gegenteil von ‚bürgerlicher (parlamentarischer) Demokratie', die unabhängig von ihren äußeren Erscheinungsformen doch nichts anderes ist als eine Hülle der politischen Herrschaft der Bourgoisie.

Daraus ergibt sich, daß der Kampf um Demokratie sich nicht durch den Hinweis erledigen läßt, daß in unserem Land die politische Unterdrückung sich nicht als Hauptproblem für die Volksmassen stellt. **Real ist es in der Tat gerade der Mangel an Mitsprache- und Entscheidungsrechten des Volkes auf allen Ebenen der politischen Macht, mit dem alle sozialen und politischen Bewegungen konfrontiert sind.** Es erscheint mir unverständlich, wenn in dem Artikel betont wird, das Kernproblem sei heute nicht der Kampf um Demokratie, sondern sei „*die Entfaltung der subjektiven und objektiven Produktivkräfte und die Kontrolle über die Produktivkraftentwicklung*". Der Kampf um „Kontrolle über die Produktivkraftentwicklung" ist seinem Wesen nach doch überhaupt nichts anderes als ein Teil des umfassenderen Kampfes um Volksherrschaft, um Demokratie! Das Teil kann nicht verwirklicht werden, ohne das Ganze zu verwirklichen.

Die „*Kontrolle über die Produktivkraftentwicklung*" liegt heute zu erheblichen Teilen beim Staat, der diese Kontrolle im Interesse der Bourgeoisie ausübt. Der Kampf um die Durchsetzung einer „Kontrolle" durch das Volk hat es darum nicht bloß mit einzelnen Kapitalisten und deren Management zu tun, sondern ebenso mit dem Staat, der zudem die „Kontrolle über die Produktivkraftentwicklung" auch dort polizeimäßig garantiert, wo er sie nicht selbst ausübt. **Der Kampf um die „Kontrolle der Produktivkraftentwicklung" muß darum die „Umwälzung der Staatsverhältnisse" sehr wohl zu seinem wesentlichen Inhalt haben.** Andernfalls bleibt er auf der Ebene der Phantasterei und der Phrasendrescherei.

Derselbe Fehler an anderer Stelle des Papiers: Der Verfasser macht den Parteien der III. Internationale (Komintern) den Vorwurf, sie hätten „*die Eroberung der politischen Macht als unmittelbaren Programmpunkt gestellt*". Ich möchte hier nicht näher drauf eingehen, daß das so schlicht vielleicht doch nicht ganz genau zutrifft, sondern nur darauf verweisen, daß der Verfasser seinerseits das Postulat formuliert: „*Der Kampf der Arbeiterklasse bedarf heute eines neuen Anlaufs, bei dem es unmittelbar um die Aneignung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und die Gestaltung ihrer weiteren Entwicklung geht*" (Hervorh. von mir). Ist die „Aneignung der gesellschaftlichen Produktivkräfte" und deren „Gestaltung" („Kontrolle") wirklich etwas anderes als die „Eroberung der politischen Macht" bzw. als ein Teil aspekt davon?! Sind „Aneignung" und „Kontrolle" irgendwie abstrakt vorstellbar OHNE „Eroberung der politischen Macht"? Ob man nun von der „*Aneignung und Kontrolle der Produktivkräfte*" her formuliert oder, was umfassender ist, von der „*Eroberung der politischen Macht*" her (die ja auch früher von den Kommunisten nicht 'um ihrer selbst willen' propagiert wurde, sondern als Voraussetzung zu bestimmten Zwecken), so läuft am Ende doch beides auf einen äußerst erbitterten und gewalttätigen Klassenkampf hinaus, dessen Entscheidung schließlich in einem bewaffneten Kräftemessen („Bürgerkrieg") ausgetragen werden könnte. Auf diese Problematik geht die Plattform der „Modernen Zeiten" nur ganz am Rande ein, obwohl Ereignisse der praktischen Politik (Chile, Türkei u.a.) hierzu doch einige Denkanstöße geben könnten, und obwohl das Thema seit langem Gegenstand von wichtigen Kontroversen unter Sozialisten ist (vgl. etwa die Artikels Berlinguers nach dem Putsch in Chile). Aus der Sicht der „Modernen Zeiten" scheint das ganze Thema so sehr mit dem Ekelsgeruch der „dogmatischen K-Gruppen" belastet, daß man es gleich links liegen lassen kann. Und mehr noch: **Die Plattform der „Modernen Zeiten" scheint die Aneignung und Kontrolle der gesellschaftlichen Produktivkräfte durch das Volk künstlich von der Eroberung der politischen**
trolle der gesellschaftlichen Produktivkräfte durch das Volk künstlich von der Eroberung der politischen
Macht trennen zu wollen. Es fehlt jede Andeutung, unter welchen Voraussetzungen und in welchen Formen sich die „Aneignung der gesellschaftlichen Produktivkräfte" durch das Volk praktisch vollziehen könnte.

Auch aus einem weiteren Grund scheinen mir die zitierten Überlegungen nicht akzeptabel: Gerade weil weithin der Staat (und nicht die einzelnen Kapitalisten) als Kontrolleur und Organisator der Produktivkraftentwicklung auftritt, stößt der Kampf um konkrete Teilziele (AKW's, Flugplatz-Projekte, Straßenbau usw.) die Volksbewegungen unvermeidlich und immer wieder auf die Tatsache, daß hierzulande zwar politische Freiheitsrechte formal garantiert sind, daß solche Rechte sogar praktisch in nicht unerheblichem Maße bestehen, aber daß trotzdem die zentralen Entscheidungen von der betroffenen Bevölkerung kaum zu beeinflussen sind, geschweige denn von dieser „souverän" selbst zu bestimmen sind. Daher münden alle Teilkämpfe ein in einen Kampf um „mehr Demokratie". Wenn beispielsweise die Forderung erhoben worden ist: „Kein AKW gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung!", so drückt diese Forderung ihrem Wesen nach genau die Kritik an der 'bürgerlichen Demokratie' und das Verlangen nach Volksherrschaft aus. Dieselbe Tendenz kommt in den Aktivitäten zum Ausdruck, in Hessen einen Volksentscheid gegen die Startbahn West zu organisieren.

Hinzu kommt noch, daß derartige Volksbewegungen nicht bloß mit dem Fehlen von Volksherrschaft konfrontiert sind, sondern daß sie auch die politischen Freiheiten des bestehenden Systems als zwar formal garantierte, aber praktisch widerrufbare und mit Polizeigewalt unterdrückbare Rechte erfahren. Zu dem Verlangen nach Volksherrschaft tritt deshalb in der Praxis vielfach der unmittelbare Kampf gegen Formen politischer Unterdrückung hinzu.

Dabei zeigt sich, daß genau der Kampf um Demokratie (unmittelbar als Kampf gegen politische Unterdrückung, tendenziell als Kampf um Volksherrschaft) „der entscheidende Punkt" ist, „an dem die Notwendigkeit der radikalen Umwälzung der Verhältnisse sichtbar wird", ganz im Gegensatz zu den Anschauungen im Papier „Über die Aktualität des Sozialismus...". Aus den Volksbewegungen heraus, beispielsweise gegen das AKW Brokdorf oder gegen die Startbahn West, ergibt sich „an sich" überhaupt noch keine Einsicht in die „Notwendigkeit der radikalen Umwälzung der Verhältnisse". Die meisten Volksbewegungen sind von der Illusion getragen, ihre konkreten Forderungen auf dem Boden der herrschenden Verhältnisse verwirklichen zu können. Das kann auch zunächst gar nicht anders sein, denn unmittelbar ist überhaupt nicht einsichtig, warum die Verhinderung solcher Projekte wie AKW's oder Flugplätze nicht im Rahmen der herrschenden Eigentums- und Machtverhältnisse möglich sein sollte. Aus gutem Grund sucht die Propaganda der Herrschenden die Spaltung zwischen den „anständigen" AKW-Gegnern, Startbahn-Gegnern usw. einerseits und den „Feinden des Staates" andererseits. Der Kampf solcher Bewegungen bringt „an sich" nicht mehr hervor als den Willen, bestimmte, beschränkte Teilaspekte der gesellschaftlichen Verhältnisse zu reformieren. Erst aus dem Punkt, **wo in der eigenen Erfahrung offensichtlich wird, daß der Staat sich um die Willensbekundungen der betroffenen Bevölkerung einen Dreck schert, und wo er womöglich mit Unterdrükkung gegen die Volksbewegungen vorgeht, kann die tiefere Einsicht reifen, daß grundlegend „etwas faul im Staate" ist, daß die politische Macht in feindlichem Gegensatz zum Volk steht – und daß diese Verhältnisse einer „radikalen Umwälzung" bedürfen.** Gerade einen solchen Prozeß der Bewußtseinsbildung müßten die Sozialisten unterstützen, statt von der „Staatsfrage" wegzulenken und die Bewegungen hinter einen Stand zurückzerren zu wollen, den diese weitgehend spontan schon erreicht haben.

Die Polemik der „Modernen Zeiten" gegen eine vermeintliche Überbetonung des Kampfes um Demokratie scheint mir noch aus einem weiteren Grund fragwürdig: Die Plattform argumentiert etwas allzu schlicht und vordergründig, daß die BRD eine parlamentarische Demokratie sei. –
argumentiert etwas allzu schlicht und vordergründig, daß die BRD eine parlamentarische Demokratie sei. –
Übersehen (?) wird dabei die Entwicklungstendenz der BRD in den letzten zehn Jahren, die von einem rasanten Abbau realer Demokratie und von einer nicht weniger rasanten Aufrüstung des Polizeiapparates gekennzeichnet ist. Übersehen wird ebenso, daß diese Entwicklungstendenz keineswegs zum Abschluß oder zu einem Umkehrpunkt gekommen ist, sondern sich eher noch verschärft. Und übersehen wird schließlich auch, daß die von den Herrschenden der BRD betriebene Kriegspolitik an der Seite der USA zunehmende Repression nach innen erfordert und mit der Existenz demokratischer Formen immer weniger vereinbar sein wird. (**Überhaupt: Die Plattform der „Modernen Zeiten" erwähnt zwar beiläufig die Tendenzen zum atomaren Weltkrieg auf dem Schlachtfeld Mitteleuropas, aber man ist dort entweder außerstande oder nicht bereit, die Konsequenzen auch praktisch zu denken.**)

Die vielgescholtene Linke war in den letzten zehn Jahren sicher die wichtigste, und manchmal leider sogar die einzige politische Kraft dieses Landes, die gegen die Demontage des bürgerlich-demokratischen 'Rechtsstaats', gegen die Polizei-Praktiken, gegen den Nazi-Terror und dessen Tolerierung durch den Staat gekämpft hat. Gemessen an dieser Tatsache ist der Vorwurf, die Linke habe den Kampf um Demokratie überbewertet, nur noch als makaber zu werten.

Möglich ist dieser Vorwurf wohl auch nur, weil die Plattform der „Modernen Zeiten" nahezu vollständig auf eine Analyse der realen gesellschaftlichen Entwicklungen verzichtet, insbesondere die „Rechtsentwicklung" des BRD-Staates nicht zum Thema macht. Buchstäblich die einzige Aussage in der Plattform der „Modernen Zeiten" zu diesem Punkt lautet: Der KB habe „*einen Antifaschismus (betrieben), bei dem alle Katzen braun wurden und die Katzengefahr allgegenwärtig*". Eine sachliche Auseinandersetzung ist das sicher nicht, erst recht kein Angebot positiver Alternativen. (Auf diesem niedrigsten Niveau bewegt sich übrigens in der Plattform der „Modernen Zeiten" durchgängig die Polemik gegen die nicht-sozialdemokratische Linke). Beim Wort genommen besagt das zitierte flapsige Sätzchen, daß der KB Leute zu Faschisten erklärt habe, die gar keine sind (wen?) und daß er Gefahren wittere, wo gar keine sind. Um aus dieser Andeutung eine sinnvolle Auseinandersetzung zu machen, müßten konkrete Beweise und Argumente angeführt werden. Nun mag sich W.Maier immerhin einbilden, daß die Faschismus-Debatte mit dem KB vom KBW schon 1973/74 glänzend bewältigt worden sei, so daß man bei aller dargestellten Modernität wortlos darauf zurückgreifen kann. Schwieriger ist die Situation der Gruppe Z, die bis Ende 1979 die Politik des KB entscheidend mitgeformt und mitgetragen hat – und von der bisher kein (selbstkritischer) Beitrag zur Faschismus-Debatte vorliegt.

So oder so ist es für die „Moderne Zeiten" ein Armutszeugnis, wenn sie
mus-Debatte vorliegt.
So oder so ist es für die „Moderne Zeiten" ein Armutszeugnis, wenn sie
in ihrer Plattform zum gesamten Problem der „Rechtsentwicklung" nicht mehr zu sagen wissen als: Es sei alles nicht so schlimm, wie es vom KB dargestellt wird. Sowenig Sachverstand und soviel Ignoranz muß einem linken Alltagsverstand in der Tat unbehaglich sein.

Kt., Hamburg



Polen: Kirchen, KOR, Kommunismus?

Die beiden Leitungsmitglieder des DKP-Studentenverbandes MSB-Spartakus Werner von Haren und Franz Sommerfeld haben kürzlich gemeinsam mit anderen DKP-Funktionären ein Buch über Polen mit dem Titel „Polen: Kirche, KOR, Kommunismus?" herausgebracht. Die Autoren erklären mit der der DKP eigenen Bescheidenheit im Umschlagtext, ihr Taschenbuch sei die „erste umfassende Analyse der polnischen Entwicklung aus marxistischer Sicht". Die Verfasser stützen sich außer auf Presseveröffentlichungen und anderen Quellen vor allem auf Eindrücke einer Polenreise Anfang dieses Jahres.

V.Haren und Sommerfeld räumen ein, daß in Polen *„prokapitalistische Konzeptionen nicht ohne Basis sind"* und daß die sozialdemokratisch orientierte Oppositionsgruppe KOR sowie die Kirche *„Kräfte hoher politischer und moralischer Autorität"* in Polen sind (S.19).

Wer sich nun die Frage stellt, wie die hohe Autorität, das große Ansehen des KOR einerseits und der Kirche andereseits historisch entstanden und zu erklären sind, sucht in der „marxistischen Analyse" der Herren v.Haren und Sommerfeld vergeblich nach einer Antwort. (Vergl. hierzu die Analysen des KB: „Polen: Zur Politik des KOR", in: AK 192, 5.1.81; S.43 und „Pfaffen, Päpste, Demagogen – Zur Politik des Klerus in Polen" in: AK 197, 16.3.81, S.45).

V.Haren und Sommerfeld bezeichnen die Solidarnosc sogar, im Gegensatz z.B. zum „Neuen Deutschland" der SED, als Gewerkschaft (S.35). Der Leser erfährt, daß *„der größte Teil der ‚einfachen' Solidaritätsmitglieder nicht gegen den Sozialismus"* sei. Denn es ist *„die Mehrheit der Arbeiter in der ‚Solidarität' organisiert"* (S.27). Gleichzeitig erklären v.Haren und Sommerfeld: *„Heute ist die Soli-*

(S.27). Gleichzeitig erklären v.Haren

und Sommerfeld: *„Heute ist die Solidarität' der wichtigste Träger für das Konzept der schleichenden Konterrevolution"*. (S.35).

Die polnische Arbeiterbewegung ist also einerseits „für den Sozialismus', andererseits aber ‚Träger der Konterrevolution'. Die Konfusion ist offenkundig groß.

Teilweise argumentieren die Autoren direkt mit Lügen, um ihre Thesen von der „konterrevolutionären" Solidarnosc zu untermauern. So behaupten sie, es gebe in der Solidarnosc einen „Unvereinbarkeitsbeschluß" (S. 33), ein „Funktionsverbot für Kommunisten" (S.156), also gegen Mitglieder der PVAP.

Sollte v.Haren und Sommerfeld entgangen sein, daß 1 Mio. PVAP-Mitglieder in der Solidarnosc organisiert sind, und daß z.B. Bogdan Lis, neben Lech Walesa und Andrzej Gwiazda die „Nummer 3" in der Solidarnosc-Führung, Mitglied der PVAP ist?

Ursachen der Krise

Die Autoren beschreiben ausführlich eine Reihe von Aspekten der polnischen Krise (z.B. die Krise der zu 80% privaten Landwirtschaft).

Interessant ist ihr Versuch, Ursachen für die Krise zu benennen. Da ist von *„Verletzung klassischer Prinzipien des Marxismus"* (S.35), von „Verletzung der sozialistischen Demokratie" (S.152) die Rede.

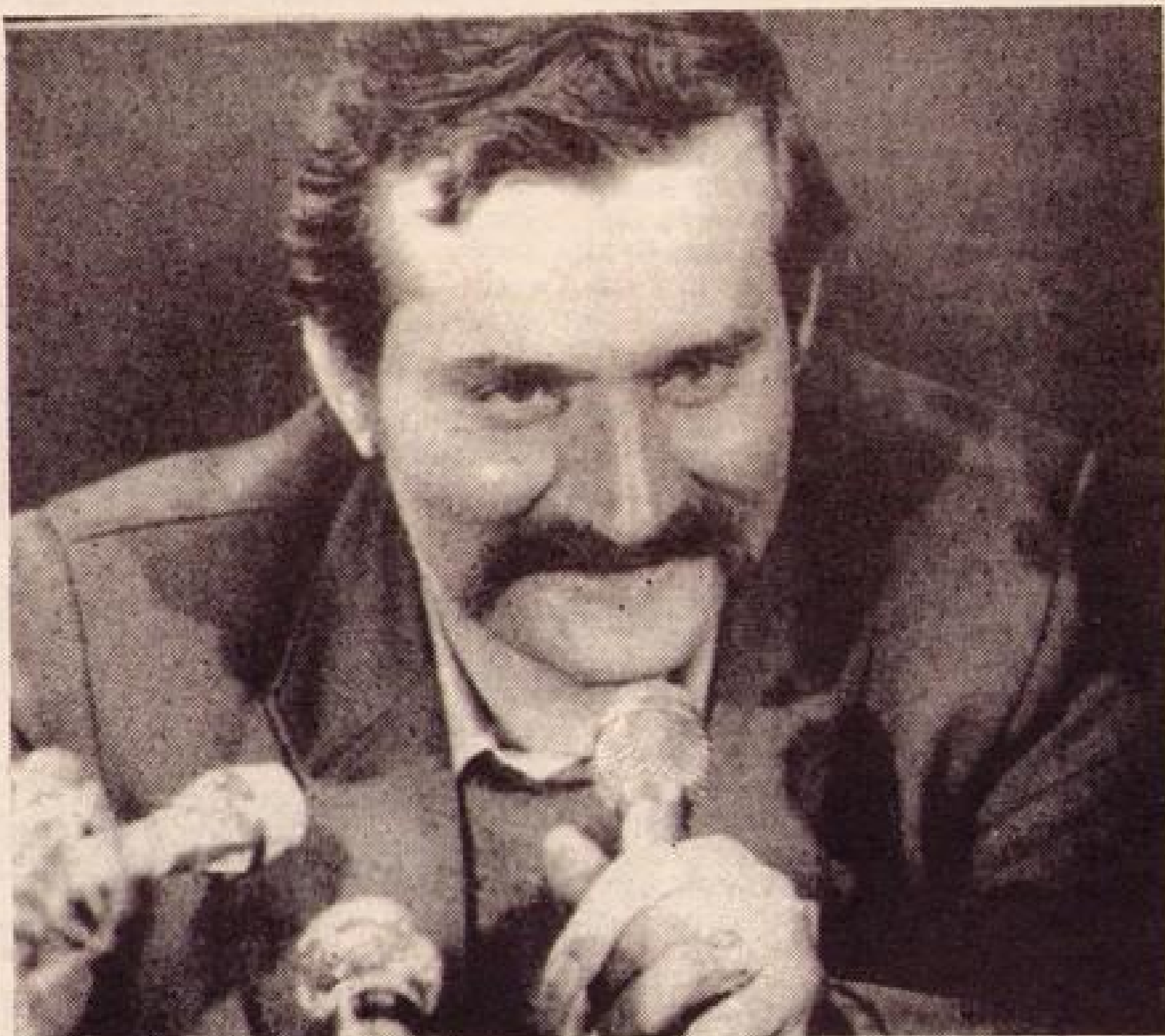
In wessen Interesse und durch wen diese „Verletzungen" zustande kamen, darüber erfährt der Leser des Buches recht wenig. **Kein Satz über die enormen Previlegien von Bürokraten, nichts über die blutige Niederschlagung von Arbeiterstreiks 1956, 1970 und 1976 mit Hunderten von Toten und Verletzten.** Es wird nur lapidar festgestellt: **„Die alten Gewerkschaften hatten keinen realen Einfluß auf die ökonomischen und politischen Entscheidungen"** (S.34).

Die 13 Millionen in der alten Gewerkschaft organisierten Werktätigen hatten also „keinen realen Einfluß" auf politische und ökonomische Entscheidungen. Richtig, aber wer dann? **Welche Gruppe von Menschen, welche Klasse hatte bzw. hat im „realsozialistischen" Polen ein Interesse daran, den Einfluß der Arbeiterklasse zu unterbinden?**

Nebenbei bemerkt hätten die Autoren des Buches und hat die DKP noch vor rund einem Jahr jeden, der diese Feststellung traf, in der wüstesten Weise als „Antikommunisten" beschimpft ...

Und wenn die Arbeiterklasse im Gierek-Polen keinen realen Einfluß auf die Politik hatte, wie ist es dann zu erklären, daß die Gierek-Führung noch im Mai 1980 bei den Wahlen zum Sejm (Parlament) eine über 99%-ige Zustimmung des polnischen Volkes erhielt? Sollte etwa das Wahlsystem im Polen Edward Giereks doch nicht so demokratisch gewesen sein, wie die DKP bislang behauptete? Wenn ja, wie unterscheidet sich dann das Wahlsystem z.B. der DDR von dem Polens?

Die Buchautoren zeigen sich verwundert darüber, daß der PVAP-Studentenverband SZSP an der Krakower Universität sich außer Stan-



‚Kirche, KOR oder Kommunismus? Kollegen, ich bitte um das Handzeichen"

de sah, eine politische Diskussion mit dem KOR-Chef Jacek Kuron zu führen, da der SZSP diesbezüglich über „keine Erfahrungen" verfüge (S.46). Man muß sich an die polnische Sozialistin Rosa Luxemburg erinnern, die schon vor über 60 Jahren darauf hingewiesen hat, daß ohne Presse- und Versammlungsfreiheit für unterschiedlich orientierte Gruppen das politische Leben erstirbt, zum Scheinleben wird, in dem „die Bürokratie allein das tätige Element ist". *„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung"*, erklärte Rosa Luxemburg, *„nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur die Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit', sondern weil all das Belehrende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit' zum Privilegium wird."*

Das Demokratieverständnis der Autoren wird u.a. deutlich, wenn sie vor der *„Gefahr der Fraktionsbildung in der Partei"* warnen und sich darüber aufregen, daß die „Gazeta Krakowska", Zeitung der PVAP in der Wojewodschaft Krakow, kritisch zur Wahl der neuen Bezirksleitung der Partei Stellung nahm (S.45).

Zudem sollte man nicht vergessen, welche konkrete Alternative die Autoren des Buches der polnischen Arbeiterklasse anzubieten haben: Eine Ordnung wie in der DDR und CSSR, wo Leute, die ähnliche Vorstellungen wie „Solidarnosc", KOR oder der unabhängige Studentenverband NZS vertreten, für Jahre in den Knast gesteckt oder ausgebürgert werden, wo Streiks verboten sind und die Staatsgewerkschaften in völliger Übereinstimmung mit der Partei- und Staatsführung zur Steigerung der Arbeitshetze aufrufen („Aus jeder Mark, jedem Gramm Material, jeder Stunde Arbeitszeit einen größeren Nutzeffekt" – wie ein SED-Slogan besagt).

„Entspannung" und imperialistisches „roll back"

Breiten Raum nimmt in dem Taschenbuch die Darstellung imperialistischer „Zersetzungs"-Aktivitäten inklusive ihrer sozialdemokratischen Variante gegen Polen ein.

Es werden dabei eine Reihe von Fakten geliefert, die man bei der Auseinandersetzung mit der Entwicklung in Polen nicht unberücksichtigt lassen sollte. So z.B., daß in den siebziger Jahren bis zu 120.000 Amerikaner polnischer Abstammung die Volksrepublik Polen besuchten, daß der rechtslastige und vom CIA durchsetzte Gewerkschaftsverband AFL/CIO einen „Informationsdienst" in polnischer Sprache mit 12.000 Auflage für Solidarnosc-Funktionäre herausgibt.

Freilich sollte man nicht vergessen, daß der Zweck dieses Buches letztlich in einer Vorab-Rechtfertigung einer sowjetischen Intervention oder einer sonstigen gewaltsamen Niederschlagung der polnischen Arbeiter- und Volksbewegung besteht, auch wenn das Büchlein „wissenschaftlicher" und „niveauvoller" gehalten ist, als die für an Plattheiten gewohnte Leser bestimmten Produkte der „UZ" und des „Neuen Deutschland".

Die Gefahr einer sowjetischen Militärintervention und ihrer möglichen Folgen wird von den Autoren intelligenterweise gar nicht erst angeschnitten. Daß sie gegen eine solche Wendung der Ereignisse nichts einzuwenden hätten, zeigt u.a. die positive Hervorhebung der *„Zerschlagung der Konterrevolution in der CSSR 68"* (S.80).

Bemerkenswert ist die in dem Buch vorgenommene Beurteilung der sozialdemokratischen „Neuen Ostpolitik". So heißt es, **„das eigentliche Ziel der ‚Neuen Ostpolitik' " sei „nicht in erster Linie Frieden und Entspannung, sondern Konterrevolution in den sozialistischen Ländern"** (S.80).

Noch vor wenigen Jahren wurde jeder Linke, der in der von der BRD-Regierung betriebenen „Ostpolitik" in erster Linie Betrebungen zur Zersetzung der osteuropäischen RGW-Länder sah, von der DKP mit übelsten Beschimpfungen überhäuft. Als der ARBEITERKAMPF 1975 die Volksverarschungs-Konferenz ‚KSZE' in Helsinki als „großen Rummel" bezeichnete und feststellte: „Die Kriegsgefahr nimmt weiter zu" (AK 66) stellte die DKP den KB in eine Reihe mit Strauß und der Springer Presse (1) und meinte, die KSZE sei *„ein großer Erfolg der Entspannungspolitik"*, der *„Entspannungsprozeß"* müsse *„unumkehrbar gemacht werden"* usw. (2).

Dem KB wurde vorgeworfen, *„die Entspannungspolitik zu diffamieren"* (1). Als der KB 1975 erklärte, *„daß sich hinter der angeblichen ‚Entspannung' die tatsächliche Verschärfung internationaler Spannungen verbirgt ... und daß sich hinter der angeblichen ‚Rüstungsbeschränkung' in Wirklichkeit die zahlenmäßige Verfielfachung und die qualitative Weiterentwicklung ... jener Waffen verbirgt, von denen schon heute eine weitgehende Vernichtung der Menschheit droht"* (AK 56, 18.2.1975), warf uns die DKP „Borniertheit" (2) vor ...

Als Ursache der Wirtschaftskrise in Polen bezeichnet das Buch *„das Scheitern der weltmarktabhängigen Industrialisierungspolitik"* (S.102). Während die Buch-Autoren bei der Landwirtschaftspolitik die polnischen Verhältnisse mit denen der DDR vergleichen, tun sie das bei dem Problem des Außenhandels bzw. der „weltmarktabhängigen Industriealisierungspolitik" nicht.

Es wäre ihnen wohl auch schwer gefallen, zu erklären, worin die grundsätzlichen, qualitativen Unterschiede zwischen der DDR und der VR Polen in Bezug auf die Außenhandels- bzw. Verschuldungspolitik gegenüber den kapitalistischen Ländern liegen.

Die ideologische Begründung für die von Gierek & Co., aber auch von anderen Führungen der RGW-Länder betriebene Außenhandelspolitik lieferte vor einigen Jahren der DDR-Außenminister Oskar Fischer: *„Je besser es gelingt, der Entspannung eine feste materielle Grundlage zu schaffen, umso stabiler werden die ökonomischen zwischenstaatlichen Beziehungen"* (zitiert in: AK 69, 1975).

Als der ARBEITERKAMPF 1975 schrieb, *„daß Krisenerscheinungen und Inflation sich in den RGW-Ländern breitmachen"* (AK 69), meinte die DKP, der KB würde mit dieser Ansicht „Schiffbruch erleiden" (1).

Nun das ist fünf, sechs Jahre her. Schiffbruch erlitten haben die Gierek & Co., die bis zu ihrem unrühmlichen Abgang von DKP und MSB stets und ständig als gute Sozialisten gelobt und mit keinem kritischen Wort bedacht wurden. Demgegenüber hat der KB seit seiner Gründung 1971 die Politik der herrschenden Bürokratien in Osteuropa, insbesondere der polnischen, als arbeiterfeindlich, krisenbringend und letztlich prokapitalistisch eingeschätzt.

In dem Abschnitt über Versuche westlicher Einflußnahme auf Polen wird in dem Buch die These aufgestellt, der sogenannte „demokratische Sozialismus" der SPD sei *„die zu Diversionszwecken am besten geeignete bürgerliche Ideologie" (S.82).* Der Frage, warum dies so ist, gehen die Autoren leider nicht nach. Hängt die in Osteuropa (und nicht etwa nur in Polen) sehr verbreitete Sympathie für sozialdemokratische Theorien vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" nicht vielleicht damit zusammen, daß Millionen von Werktätigen in den Ländern des RGW den „realen Sozialismus" aus eigener Erfahrung als nicht besonders demokratisch und menschenfreundlich ansehen?

nicht besonders demokratisch und menschenfreundlich ansehen?

Recht informativ und hilfreich zum Verständnis der Entwicklung in Polen sowie der Geschichte des polnischen Volkes ist der Beitrag von Günther Judick (Sekretär des Parteivorstandes der DKP) in dem Polen-Buch. Lächerlich und wenig originell ist allerdings Judicks Versuch, die Auflösung der Kommunistischen Partei Polens durch die Komintern-Führung 1938 zu ‚erklären'. Dies lag nämlich, so Judick, am *„Personenkult um Stalin"* (S. 129). Auch wenn Judick damit unbeabsichtigt eingesteht, daß die „Kommunistische Internationale" damals bereits zum Werkzeug der sowjetischen Führung herabgesunken war: Wurde die KP Polens etwa aufgelöst, weil es in der UdSSR damals zu viele Stalin-Bilder und Denkmäler gab? Spielten großmachtpolitische Interessen der sowjetischen Führung dabei keine Rolle?

Bewußt verschwiegen wird von Judick die Tatsache der Ermordung einer großen Zahl von Genossen der KP Polens in der UdSSR Ende der 30er Jahr durch die stalinistische Geheimpolizei GPU (u.a. Wera Kostrzewa, Mitbegründerin der Partei, und Julian Leszcynski, Generalsekretär der KP Polens).

Solidarität mit Solidarnosc?

Auch wenn die Autoren zugestehen, daß die Mehrheit der polnischen Arbeiterklasse in der Solidarnosc organisiert und Solidarnosc im Kampf gegen nicht gerade arbeiterfreundliche und demokratische Verhältnisse entstanden ist, so polemisieren sie dennoch heftig gegen die Forderung nach Solidarität mit der Solidarnosc. *„Diese Kampagne"*, so der MSB-Führer Werner v.Haren, *„baut auf massiven Verleugnungsprozessen und Realitätsverlust"* (S.148).

Denn *„als Linker muß man sich fragen lassen, vielmehr sich selbst die Frage stellen: Warum man sich plötzlich im Gleichklang mit reaktionärsten Politikern, imperialistischen Geheimdiensten und bürgerlichen Medien befindet"* (S.149).

Wo sich zwie „Großmächte" oder Machtblöcke feindlich gegenüberstehen, ist jede Seite stets an allem interessiert, was den Gegner in irgendeiner Weise schwächen könnte.

Wenn ein kapitalistisches Land einer oppositionellen Bewegung in einem gegnerischen Land in irgendeiner Form „Unterstützung" zuteil werden läßt, wäre es töricht, daraus sogleich zu folgern, die entsprechende Bewegung sei eine Marionette des

gleich zu folgern, die entsprechende Bewegung sei eine Marionette des

„Unterstützers". Ebenso wäre es Unfug, z.B. Angola und Mosambik auf Grund ihrer Zusammenarbeit mit der UdSSR als „sowjetische Marionetten" zu bezeichnen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, daß die deutschen Imperialisten 1917, im ersten Weltkrieg, dem Genossen Lenin die Durchfahrt durch Deutschland nach Rußland gestatteten. War Lenin deshalb ein Agent des deutschen Imperialismus? Rechte Demagogen in Rußland, bis hinzu den sozialdemokratischen Menschewiki haben damals tatsächlich so argumentiert.

Nun liegt es uns wirklich fern, Lech Walesa mit Lenin auf eine Stufe zu stellen. Es geht vielmehr um die Widerlegung einer „Theorie", die seit

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorig. Seite

Stalins Zeiten von den „Realsozialisten" vertreten wird, und die in jeder oppositionell zur jeweiligen Regierung orientierten Bewegung ein Werk imperialistischer Geheimdienste sieht. Es gibt eine Reihe von Beispielen der Unterstützung kapitalistischer Staaten für fortschrittliche Bewegungen, die sich gegen imperialistische Konkurrenten richten (Hilfe Deutschlands für den irischen Befreiungskampf im 1.Weltkrieg, Unterstützung Schwedens für Vietnam und für die Swapo in Namibia, Unterstützung der eng mit den EG-Imperialisten verfilzten „Sozialistischen Internationale" für die Befreiungsbewegung FDR in El Salvador).

Den Initiatoren der Kampagne „Solidarität mit Solidarnosc" wirft Werner v.Haren vor, *„sich in praktischer Übereinstimmung mit einer vom Imperialismus betriebenen Kampagne zu befinden"* (S.152).

Zu den Initiatoren der Kampagne gehört u.a. das Sozialistische Büro (SB). In einem Solidaritätsaufruf für Solidarnosc erklärt der Arbeitsausschuß des SB: *„Um ‚Solidarität', um Sozialismus und Demokratie in der Volksrepublik Polen zu befördern, gilt es hier vor allem gegen Aufrüstung und Militarisierung anzukämpfen"*. Ist das „Gleichklang mit reaktionärsten Politikern" und imperialistischen Geheimdiensten (S.149)?

Hart ins Gericht gehen die Autoren des Buches vor allem mit dem neuen, an Solidarnosc orientierten unabhängigen Studentenverband NZS. Der NZS ist nach Meinung der v.Haren und Sommerfeld eine Organisation, *„die nicht nur offen für konterrevolutionäre Ideen ist, sondern ihre Verbreitung fördert und organisiert"* (S.42). – In der DDR und CSSR, den Musterländern der Autoren, gäbe das gut und gerne 5 Jahre Knast für jeden Beteiligten ... (Der NZS hat etwa 90000 Mitglieder).

In einem Interview kommen in dem Buch einige NZS-Mitglieder zu Wort, die zum Teil konservative Auffassungen vertreten.

Die Autoren werfen dem NZS vor, keine Position zur NATO-Hochrüstung, zur Politik der Reagan & Co. zu haben.

Der NZS ist erst wenige Monate alt, erst seit knapp einem Jahr besteht in Polen die Möglichkeit, kontroverse Diskussionen öffentlich zu führen, politische Verbände zu bilden usw. Der NZS wird sicherlich in einer Reihe von Fragen unterschiedliche Vorstellungen diskutieren und Positionen erarbeiten. Es gibt unterschiedliche Strömungen im NZS (ebenso wie in der Solidarnosc), und mit den rechten Strömungen sollte man sich selbstverständlich kritisch auseinandersetzen.

Man sollte aber z.B. auch nicht vergessen, daß sich Vertreter des NZS auf einer Veranstaltung in Hamburg im Mai dieses Jahres mit dem „gerechten Kampf des Volkes von Bolivien" gegen die faschistische Militärjunta solidarisierten, und daß der 1.Kongress des NZS am 5.4.81 erklärte: *„Besonders nahe stehen uns alle Bewegungen und Bestrebungen für Abschaffung aller Formen von politischer, ideologischer, ökonomischer und militärischer Verherrschaft, die die Freiheit der Völker, gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Personen beschränkt. Wir wollen die Rechte des Menschen überall verteidigen, wo sie angegriffen werden, und das nationale Selbstbestimmungsrecht verteidigen, überall da, wo es vergewaltigt oder bedroht wird"*.

Ist das konterrevolutionäre, imperialistische Propaganda?

Es ist schlicht unredlich, wenn die Leute, die jahrelang die Einschränkung demokratischer Rechte und die Repression in Polen gebilligt haben, heute dem NZS vorwerfen, er habe zu bestimmten Fragen noch keinen Standpunkt.

Den Autoren stünde eine Selbstkritik hinsichtlich ihrer Haltung und der der DKP gegenüber dem Gierek-Regime besser zu Gesicht, als solch eine „Kritik". Selbstkritische Töne jedoch wird man in dem Buch vergeblich suchen.

U., RGW-Kommission

Werner von Haren/Franz Sommerfeld (Hrsg): Polen: Kirche, KOR, Kommunismus? Verlag rote Blätter, Bonn 1981, 189 Seiten, 9.80 DM: ISBN 3-881142-264-1

Anmerkungen:

1 Günther Weiss: KB gegen Entspannung und Abrüstung, in: Opportunismus unter „linker" Flagge – Eine Auseinandersetzung mit Politik Praxis des KB Nord, herausgegeben vom DKP-Bezirksvorstand Hamburg 1976, S.24

2 ebenda, S.25

Zur Kritik der Programmthesen von Solidarność

In diesen Tagen findet der 1.Kongreß der autonomen polnischen Gewerkschaft Solidarnosc statt. Die Delegierten haben dabei u.a. über ein Dokument zu diskutieren und abzustimmen, das den Titel „Richtlinien für die Tätigkeit der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft ‚Solidarnosc' in der gegenwärtigen Situation des Landes" trägt.

Dieses Dokument wurde am 22. Februar 1981 von der Landeskoordinierungskommission der Solidarnosc als Diskussionsgrundlage verabschiedet und wird seitdem in der Gewerkschaft diskutiert.

In diesen Thesen heißt es, Solidarnosc sei *„aus dem Protest gegen das Unrecht, die Erniedrigung und die Ungerechtigkeit geboren"*. Sie wolle das Leben in Polen *„entsprechend den Idealen des Patriotismus, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie für alle Bürger formen"*. *„Die besten Traditionen des Volkes, ethische Grundsätze des Christentums, politische Forderungen nach Demokratie und sozialistischer Gesellschaftsgedanke – das sind die Hauptquellen unserer Inspiration"*.

Zu den Grundsätzen der Gewerkschaft sollte nicht zuletzt *„die Idee der Brüderlichkeit unter arbeitenden Menschen an ihrer gemeinsamen Front gegen die Ausbeutung gehören, ohne Rücksicht darauf, unter welchen Parolen diese Ausbeutung sich tarnt"*. Solidarnosc geht davon aus, *„daß alle Menschen ihrem Wesen nach gleich sind. Darum werden wir zu Verhältnissen sozialer Gleichheit streben"*. Solidarnosc *„knüpft an die Traditionen der Arbeiterbewegung an"*, für sie spielt der 1.Mai *„eine sehr wichtige symbolische Rolle"*. Dieser Tag müsse *„ein Feiertag der arbeitenden Bevölkerung und nicht ein Feiertag des staatlichen Arbeitgebers"* sein, *„ein Feiertag ohne Aufteilung in Tribüne und Demonstrationszug, ein feierliches Treffen solidarischer und gleicher Werktätiger"*. Solidarnosc sei „eine Organisation mit vielen Weltanschauungen, sie steht offen für Menschen aller Glaubensrichtungen wie auch für Nichtgläubige".

Das Dokument kritisiert *„das Fehlen demokratischer Mechanismen beim Fällen von Entscheidungen"* und stellt fest: **„Im bürokratischen Regierungssystem des Landes und der Wirtschaftsverwaltung hat sich eine geschlossene Gruppe von Regierenden herausgebildet, die jeglicher Kontrolle durch die Regierten entzogen ist".**

Diese Erklärungen unterstreichen deutlich den Charakter von Solidarnosc als Organisation der polnischen Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Interessen gegenüber der herrschenden Neuen Bourgeoisie, die die Mobilisierung der Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen ermöglicht. Gleichzeitig wird jedoch in diesen Äußerungen deutlich (insbesondere im Hinweis darauf, Solidarnosc sei eine „Organisation mit vielen Weltanschauungen", daß die Gewerkschaft Solidarnosc keine sozialistische Organisation ist und unter den gegebenen Umständen auch gar nicht sein kann.

Insofern halten wir es auch für unsinnig, Solidarnosc zum „Beispiel sozialistischer Demokratie" zu verklären, wie es ein wesentlich von der trotzkistischen GIM und sozialdemokratischen Kräften (u.a. Jakob Moneta, Heinz Brandt und Ingeborg Drewitz) unterstützter Solidaritätsaufruf tut.

Parlamentarische Demokratie für Polen?

Als „Garantie für die Zukunft" wird in den Programmthesen *„die Wiederherstellung der vollständigen Gesetzlichkeit in den Beziehungen zwischen den Organen der Staatsmacht auf der einen und der Gesellschaft und dem Bürger auf der anderen Seite"* gefordert. Die Thesen fordern eine „Verfassungsgerichtsbarkeit" und die Einrichtung eines „Staatstribunals" zur Aburteilung von Amts- und Machtmißbrauch. Eine „Rechtsstaatlichkeit" wird gefordert, die neben der gerichtlichen auch die *„gesellschaftliche Kontrolle über die Tätigkeit der Organe der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit"* beinhalten soll. Die Parlamente (das zentrale Parlament ‚Sejm' und die Bezirksparlamente) sollen regelmäßig und öffentlich über die Tätigkeit dieser Organe beraten.

Des weiteren fordern die Programmthesen die gesetzliche Festschreibung der gewerkschaftlichen Freiheiten, die Wahl der Gerichtsschöffen in allgemeiner Wahl sowie eine *„gesellschaftliche Kontrolle der Massenmedien und das Recht auf Kritik und Meinungsfreiheit"*.

Diese Forderungen sind aus der Erfahrung der polnischen Arbeiterbewegung zu erklären, der die Bürokratie nach den großen Arbeiterkämpfen 1956 und 1970 jeweils zwar Versprechen und Zugeständnisse machte, die aber bald wieder rückgängig gemacht wurden.

Bedeutsam sind die Forderungen der Thesen in bezug auf die Wahlen. Die Solidarnosc-Thesen stellen fest: *„In der bisherigen Praxis haben die Bürger keinen Einfluß auf die Zusammensetzung ihrer Vertretungsorgane. Die Wahlen haben in hohem Grade fiktiven* (scheinbaren – Anm. AK) *Charakter. Die Abgeordneten brauchen sich nicht um die Unterstützung der Wähler und demnach auch nicht um deren Interessenvertretung zu bemühen"*.

Die Thesen fordern daher *„die Schaffung einer neuen Wahlordnung für den Sejm und die Nationalräte"* (Bezirksvertretungen – Anm. AK). Es sei dabei **„die ungehinderte Aufstellung von Kandidaten durch Organisationen und Gruppen der Bürger zu garantieren und die freie Wahl ihrer Vertreter aus dem Kreis dieser Kandidaten".**

Das ist nichts anderes als die Forderung nach einer parlamentarischen Demokratie. Bislang liefen Wahlen in der Volksrepublik Polen ab wie in den anderen „realsozialistischen" Ländern: Die von der Partei (PVAP) geführte Nationale Einheitsfront, der neben der Partei, der Staatsgewerkschaft und dem Jugendverband noch kleinere Parteien angehören, stellt als einzige Liste Kandidaten auf. Dabei stellt die PVAP die Mehrheit der Kandidaten; die Anzahl der Abgeordneten anderer Gruppierungen wird vor den Wahlen genau festgelegt. Die so zustande gekommene Liste erhält dann durchwegs über 99% der Stimmen. Daß dies keine demokratische Form der Interessenvertretung des Volkes ist, liegt auf der Hand. Doch was würde die Einführung eines parlamentarischen Systems nach westlichem Muster bedeuten, wie in den Solidarnosc-Thesen vorgeschlagen? Es würden bald mehrere anti-sozialistische Parteien mit finanzkräftigen Unterstützern antreten (Parteien des reaktionären Klerus, Parteien im Interesse von Betriebsdirektoren, Parteien reicher Bauern u.ä.). Die Parlamentsabgeordneten, auf 4 Jahre gewählt und nur ihrem (käuflichen) „Gewissen" verantwortlich, wären der Kontrolle des Volkes, ihrer Wähler, nicht weniger entzogen als heute. Alle Systeme bürgerlich-parlamentarischer Demokratie zeigen dies. Eine derartige Entwicklung würde zudem den erklärten Interessen der NATO-Imperialisten entsprechen; an westlicher Hilfe für reaktionäre Parteien vom Schlage der KPN (Konföderation Unabhängiges Polen) würde es nicht mangeln.

Die Realisierung eines solchen parlamentarischen Systems würde eine Wiederherstellung des Kapitalismus in Polen begünstigen.

Daß die Solidarnosc-Thesen auch Arbeiterräte fordern, ändert daran nichts. Arbeiterräte, Betriebsräte o.ä. innerhalb eines solchen Systems haben noch nirgends zu realer Macht der Arbeiterklasse geführt und können auch nicht dazu führen.

Innergewerkschaftliche Demokratie

Solidarnosc gliedert sich im Gegensatz z.B. zum DGB in Regionalverbände und nicht in Branchenverbände. Allerdings sollen nach den Thesen innerhalb der regionalen Struktur Branchensektionen gebildet werden. *„Die Sektionen bilden Räte oder Koordinierungskommissionen der regionalen Ebenen, auf deren Initiative die Sektionsleitungen der Landesebene berufen werden. Auf diese Art wird ein Schutzmechanismus für die Interessen der Berufsgruppen gegenüber der regionalen Leitung der Gewerkschaft geschaffen. Andererseits sichert die Unterordnung der Berufs- und Branchenkommissionen unter die regionalen oder Landesleitungen der Gewerkschaft den Schutz der einheitlichen Interessen aller Werktätigen"*.

Die Thesen schlagen vor, alle Solidarnosc-Funktionäre zur *„ständigen und vollständigen Information über gefaßte Entscheidungen und ihre Quellen"* zu verpflichten.

„Daraus ergibt sich auch das Prinzip der Möglichkeit der Abberufung von der bekleideten Stellung in der Gewerkschaft, immer dann, wenn das der Wille der Wähler ist".

Solidarnosc solle sich eine „besondere Mäßigung" auferlegen bei der Frage der hauptamtlichen Funktionäre, nicht zuletzt aufgrund der schlechten Erfahrungen mit der alten Staatsgewerkschaft. *„Die Löhne der hauptamtlichen Beschäftigten dürfen nicht höher liegen als in der übrigen Volkswirtschaft"*. Die Thesen betonen die Notwendigkeit der *„öffentlichen Tätigkeit aller Gewerkschaftsorgane. Öffentlich müssen vor allem jegliche Verhandlungen mit der Regierung und den Arbeitgebern geführt werden. Das Mitglied der Gewerkschaft muß die Möglichkeit der Einsicht in die Dokumente der Leitung und ihrer Organe haben"*. – Daran sollte sich der DBG mal ein Beispiel nehmen!

Diese Vorschläge für innergewerkschaftliche Demokratie in der Solidarnosc ähneln z.T. den basisdemokratischen Prinzipien der Pariser Kommune (jederzeitige Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht der Abgeordneten, Bezahlung nach Arbeiterlohn, Öffentlichkeit der Tagungen der gewählten Vertreter). Die in den Thesen enthaltenen Vorschläge zur innergewerkschaftlichen Demokratie, gegen Bürokratismus und Korrumpierung durch die Herrschenden sind beispielhaft, auch und gerade für Gewerkschafter in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern. *„Kritik und Konflikte zeugen von der Gesundheit der Gewerkschaft"*, heißt es in dem Dokument. Und: *„Es gibt keine bessere Disziplin als die derjenigen, die selbst aktiv an der kollektiven Beschlußfassung teilgenommen haben. Wir können es uns also nicht leisten, daß uns das Denken in Kategorien einer belagerten Festung aufgezwungen wird. Wir würden sonst die Mängel des öffentlichen Lebens, mit denen wir zu kämpfen uns vorgenommen haben, übernehmen"*.

Auf Basisdemokratie will Solidarnosc trotz der vielfältigen Angriffe auf die Gewerkschaft, die ein hohes Maß an Organisiertheit und Disziplin erfordern, erfreulicherweise nicht verzichten. Die Betriebsorganisationen der Solidarnosc werden von den Thesen als „Grundlage des gewerkschaftlichen Lebens" bezeichnet, die höheren Ebenen der Organisation sollen verpflichtet werden, deren Interesssen „in ständigem Kontakt" mit der Basis zu vertreten.

Als konkrete Aufgaben für die Betriebsorganisationen von Solidarnosc geben die Thesen an: *„Kontrolle der Leitung des Betriebes und einzelner seiner Abteilungen"* sowie *„ständige Kontrolle der Arbeitsbedingungen und die Einsicht in alle die Löhne, Beförderungen, Versetzungen, Prämien, Sozialleistungen oder den Urlaub betreffenden Angelegenheiten"*.



Darüber hinaus soll sich Solidarnosc für die Schaffung von Arbeiteruniversitäten mit einem breiten Spektrum von Themen einsetzen.

Im letzten Teil der Thesen wird nochmals die Notwendigkeit von Kritik und Kontrolle der Gewerkschaftsführung durch die Mitglieder sowie die Möglichkeit der Abwahl hervorgehoben. Am Schluß der Thesen heißt es: *„ ‚Solidarnosc' ist die Hauptgarantin des Erneuerungsprozesses in Polen. In Polen existiert keine andere gesellschaftliche Kraft, die sie bei dieser Aufgabe ersetzen kann... Entweder gelingt es der ‚Solidarnosc', ihre gesellschaftliche Umgebung zu verändern, oder es werden ihr selbst die Normen und Ziele des Systems aufgezwungen, all unsere Bestrebungen paralysiert* (zersetzt – Anm.AK), *wir alle zusammengeschlagen und all unsere Hoffnungen auf eine Wiedergeburt zunichtegemacht. Auf unserem Wege gibt es kein Zurück, wir müssen zur völligen Erneuerung des Landes vorwärtsschreiten"*.

Damit bezieht Solidarnosc in diesem Punkt deutlich eine Gegenposition zur PVAP-Führung, auch zu deren „Reformflügel" um den stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski, die die Partei als Hauptgarantin und führende Kraft des „Erneuerungsprozesses" sehen. Die Thesen halten die Tatsache fest, daß nur durch den Druck der von der Solidarnosc geführten Volksbewegung die Partei einen „Reformkurs" einschlug.

Widersprüche

Die Programmthesen der Solidarnosc sind widersprüchlich, widersprüchlich wie die Gewerkschaft Solidarnosc selbst. Solidarnosc – eine Organisation, die die Klasseninteressen der polnischen Arbeiter zum Ausdruck bringt, die erklärtermaßen gegen Ausbeutung und für soziale Gleichheit kämpft. Eine Organisation, die im Kampf gegen die Privilegien der Neuen Bourgeoisie und den Polizei-

"Realer Sozialismus"

terror des bürokratischen Regimes entstanden ist.

Eine Organisation aber auch, deren führende Vertreter aus ihrer Sympathie für die bürgerlich-parlamentarische „Demokratie" westlichen Musters keinen Hehl machen.

Eine Organisation, die sich bemüht, eine Korrumpierung ihrer eigenen Reihen durch das Regime zu verhindern – die aber gleichzeitig Vorschläge zur Reformierung eines Systems erarbeitet, das ebensowenig im Interesse der Werktätigen zu reformieren ist wie das kapitalistische System.

Diese Widersprüche und die Reformvorstellungen müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, daß das polnische Volk bislang noch keine Gelegenheit hatte, mit bürgerlich-demokratischen Verhältnissen im allgemeinen und sozialdemokratischer „Reformpolitik" im besonderen hautnahe, eigene Erfahrungen zu machen.

Das Verhältnis der „Richtlinien" zur Wirtschaftsreform

In dem Teil „Hauptursachen der Krise" wird die Krise des „realen Sozialismus" in Polen hauptsächlich auf *„bürokratische Regierungsmethoden"* zurückgeführt. Dazu heißt es im Text: *„Die Leute des Machtapparats fällen Entscheidungen, die im Grunde an ihren persönlichen Interessen, partiellen Privilegien und ihrem Aufstieg, und nicht an den gesellschaftlichen Interessen orientiert sind"*. Daneben ist die Rede von *„sich gegenseitig stützenden oder bekämpfenden Interessengruppen"* innerhalb des Machtapparates. Über die gesellschaftliche Grundlage derartiger Verhältnisse wird nichts ausgesagt; die Verhältnisse werden mehr beschrieben als analysiert.

„Zu den Grundlagen der Krise zählt der Schwund demokratischer Institutionen und die damit verbundene tiefe Kluft zwischen der Gesellschaft und der Macht im bisherigen System des öffentlichen Lebens". Die Auffassung einer einheitlichen Gesellschaft gegenüber „der

Gesellschaft und der Macht im bisherigen System des öffentlichen Lebens". Die Auffassung einer einheitlichen Gesellschaft gegenüber „der

Macht", die von den Widersprüchen z.B. zwischen den Interessen der privaten Bauern und denen der Arbeiterklasse abstrahiert, zieht sich als Leitfaden durch den ganzen Abschnitt; als ob der Staat keine soziale Basis in den gesellschaftlichen Verhältnissen hätte, sondern diesen quasi aufgepfropft worden wäre. Dieser von der Gesellschaft losgelöste Staat habe durch *„falsche, doktrinäre Konzeptionen und Entscheidungen, u.a. bezüglich der Landwirtschaft (mit dem ausschließlichen Ziel der Beseitigung des bäuerlichen Privateigentums), der Bevorzugung der Produktionsgüterindustrie und der Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie, die die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt, bei gleichzeitiger Übernahme des Genossenschaftswesens und der kleinen Privatwirtschaft durch den Staatsapparat"* die Krise verursacht.

Der zentrale Kritikpunkt an der Politik der PVAP ist für die Autoren der „Richtlinien" nicht, daß es in Polen keine Arbeitermacht gibt; ist nicht, daß Polen kein sozialistisches Land ist. Die Kritik ist eher liberalistisch begründet, denn der Bürokratismus wird hauptsächlich wegen des Fehlens „demokratischer Institutionen" und den Hindernissen für die Privatwirtschaft kritisiert.

Um Mißverständnissen von vornherein vorzubeugen: Es geht uns keineswegs darum, die Verhältnisse im „realen Sozialismus" zu verteidigen, sondern allein darum, welche Alternative die „Richtlinien" vertreten. Es darf nicht übersehen werden, daß in den „Richtlinien" nicht versucht wird, die Entstehung des „realen Sozialismus" oder, was dasselbe wäre, seine gesellschaftliche Grundlage zu analysieren. Die Frage, auf welcher Grundlage der Machtapparat herrscht, warum er herrscht, wird völlig ausgeklammert. Das Ausklammern dieser Frage kann nicht als Nebensache angesehen werden, weil von dieser Analyse die Entwicklung einer grundsätzlichen Alternative zum „realen Sozialismus" abhängig ist. Es ist klar, daß ein Gesellschaftssystem, das weder der bürgerlichen noch einer sozialistischen Gesellschaft entspricht, grundsätzlich von zwei Standpunkten aus kritisiert werden kann und wird. Vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft aus argumentiert die Kritik am Fehlen des „freien" Marktes, des Leistungsprinzips, an der „bürokratischen" Behinderung der Privatwirtschaft usw. – kurzum: kritisiert wird, was der bürgerlichen Gesellschaft im Wege steht. Vom Standpunkt des Kommunismus aus richtet sich die Kritik naturgemäß gerade gegen die Elemente des „realen Sozialismus", die der Überwindung der Klassengesellschaft im Wege stehen. Trotz der antagonistischen (unversöhnlichen) Standpunkte kann die Kritik durchaus an den gleichen Erscheinungen ansetzen (Machtmonopol der KP, politische Repression, bürokratische Zentralisierung usw.). Wichtig für die Einschätzung ist daher nicht so sehr, was kritisiert wird, sondern wie kritisiert wird, d.h. mit welcher Perspektive.

Die „Richtlinien" über die Wirtschaftsreform und die Aufgaben der Solidarnosc

Zur Wirtschaftsreform selbst enthalten die „Richtlinien" keinen grundsätzlich anderen Standpunkt, als den von Teilen der Herrschenden in Polen selbst vertretenen Standpunkt der ‚Liberalisierung'. Der Unterschied liegt wesentlich darin, daß die „Richtlinien" den Schutz der Belange der Arbeiter vor den sozialen Folgen der geplanten Wirtschaftsreform fordern: *„Aufgabe der Gewerkschaft ist jedoch, darüber zu wachen, daß die eingeführten Reformen im Endergebnis zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen führen"*. Die Wirtschaftsreform sei Sache des Staates, nicht der Gewerkschaft, heißt es in dem Papier. Jedoch wird gleichzeitig erklärt: **„Unsere Gewerkschaft unterstützt voll die Wirtschaftsreform und betrachtet sie als Anliegen ihrer Mitglieder und der ganzen Gesellschaft".**

Nun wäre es sicherlich unsinnig, die Solidarnosc als Ursache der geplanten ‚Liberalisierung' anzusehen und daraus zu schließen, die Gewerkschaft sei ‚Schuld' an der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien. Ursache der geplanten Reform sind die Widersprüche des „realsozialistischen" Gesellschaftssystems und die ökonomische Misere Polens. Festzuhalten ist aber, daß die „Richtlinien" keine grundsätzliche Alternative vertreten, sondern die von der Expertenkommission (unter Vorsitz des damaligen Ministerpräsidenten Pinkowski) im Ja-

sondern die von der Expertenkommission (unter Vorsitz des damaligen Ministerpräsidenten Pinkowski) im Ja-

nuar 1981 vorgelegten Vorschläge unterstützten.

Die „Richtlinien" benennen die Grundzüge der Wirtschaftsreform als

- *„Selbständigkeit und Befreiung der Betriebe vom System der Anweisungen und Direktiven"*;
- für die Betriebe *„das Recht auf Änderung des Beschäftigungsniveaus gemäß ihren Bedürfnissen"*;
- *„Die Festlegungen für die Betriebe sollten nur durch Anwendung ökonomischer Instrumente (z.B. Preise, Steuern u.ä.) getroffen werden. Die zentralen Pläne sollten nur strategischen und keinen operativen Charakter besitzen ..."*;
- *„Schutz der selbständigen vergesellschafteten Betriebe und Familienbetriebe vor Anordnungen und Beschränkungen seitens der Wirtschafts- und Staatsadministration"*;
- *„Die vergesellschafteten Betriebe sollten im Bereich der Festlegung des Produktionsprogramms und der Wahl der Produktionsmethoden Selbständigkeit erhalten. (...) Die Bedingung für die Funktionsfähigkeit eines Betriebes im neuen System ist die Entmonopolisierung des Marktes und die Entwicklung eines gewissen Grades von Konkurrenz der Produzenten untereinander"*;
- *„Im einzelnen sollen jegliche Beschränkungen bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe sowie der privaten Familienbetriebe des Handels und des Dienstleistungsbereichs aufgehoben werden"*.

Das Ergebnis dieser Reformvorstellungen wird „Plan- und Marktwirtschaft" genannt. Die „Richtlinien" benennen als eine Ursache der jetzigen Krise eine „voluntaristische Politik", die u.a. zu Disproportionalitäten zwischen dem Konsum- und dem Investitionssektor geführt habe. *„Die Konzentration von Entscheidungen in einigen wenigen Zentren, das Fehlen einer Wirtschaftsrechnung und ein Preischaos machten eine gesellschaftliche Kontrolle unmöglich"*.

Weiterhin heißt es: *„Dies nennt sich Wirtschaftsverwaltung durch ein System der Anweisungen und Zuteilungen. Die Betriebe haben in dieser Lage keinerlei Freiheit bei der Festlegung ihrer Produktionsprogramme und bei der Wahl der Produktionsmethoden; demzufolge ist die Wirtschaftsrechnung auf der Ebene der Betriebe gegenstandslos. Die Wirtschaftsrechnung kann auch kein zentraler Planer machen, weil entsprechende Informationen über die Warenpreise fehlen"*.

Es ist in der Tat ein zentrales Problem der „realsozialistischen" Gesellschaften, staatliches Preissystem und Wirtschaftsrechnung mit der Rentabilitätsforderung an die Betriebe in Einklang zu bringen. Von „ge-



sellschaftlicher Kontrolle" über Produktionsmethoden und Planung kann in der Tat nicht die Rede sein (das wird sich auch durch die Wirtschaftsreform nicht ändern). Allerdings kann nicht übersehen werden, daß trotz aller richtigen Feststellungen in den „Richtlinien" eine Wirtschaftsreform unterstützt wird, die keineswegs darauf hinausläuft, die Widersprüche des Systems in eine sozialistische Richtung zu lösen, und daß die „Richtlinien" selbst in bürgerlichen Kriterien argumentieren. Wenn es beispielsweise in den „Richtlinien" heißt: *„Dies alles führte zur riesigen Verschwendung menschlicher Arbeitskraft und anderer Bestände. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß wir für die Produktion einer Einheit des Nationaleinkommens viel mehr Rohstoffe, Energie, Transportleistungen und Arbeit aufwenden als die Wirtschaften Frankreichs oder der Bundesrepublik"* – dann wird die Intention der Kritik doch – gelinde gesagt – etwas merkwürdig. Selbstverständlich spricht sich niemand für die Verschwendung von Rohstoffen usw. aus. Aber bei der angeblichen Verschwendung von Arbeitskraft liegt die Sache doch wohl etwas anders. Wieviel Arbeit für die Produktion einer „Einheit des Nationaleinkommens" eingesetzt wird, ist nicht allein eine

beit für die Produktion einer „Einheit des Nationaleinkommens" eingesetzt wird, ist nicht allein eine

Frage des Standes der Technologie, sondern auch eine Frage der Arbeitsintensität, oder um deutsch zu sprechen: der Antreiberei. Wenn sich beispielsweise Wirtschaftsexperten des Machtapparats in Polen darüber aufregen, daß die Betriebsbelegschaften in Polen zu groß seien (da werden Zahlen bis zu 20% gehandelt), dann mag das, vom Standpunkt der größtmöglichen Rentabilität aus betrachtet, ja durchaus stimmen; vom Standpunkt der Arbeiter aus aber nicht unbedingt. Es leuchtet doch ein, daß die Reduzierung von Betriebsbelegschaften für die verbleibenden Arbeiter mehr Arbeit bedeutet (oder will jemand behaupten, daß ein Fünftel der Arbeiter bislang nicht arbeite?). Der Begriff „Verschwendung von Arbeitskraft" ist relativ und eine Frage des Standpunktes. Graf Lambsdorf seinerseits behauptet auch für die BRD eine derartige Verschwendung und hat damit vom Standpunkt der Profitmaximierung aus wohl recht. Nur, deshalb würde hierzulande kein Linker auf die Idee kommen, diesen Standpunkt zum Gewerkschaftsprogramm zu machen.

Völlig richtig ist die Aussage der „Richtlinien" über die Folge einer Reduzierung der Betriebsbelegschaften: **„Es ist zu erwarten, daß mit dem Anwachsen der Krisenerscheinungen in einigen Bevölkerungsgruppen Arbeitslosigkeit auftritt. Es ist damit zu rechnen, daß dieses Problem in der Anfangszeit der Einführung der Wirtschaftsreform zur Quelle ernster Schwierigkeiten wird ..."**

Die „Richtlinien" fordern ein „Allgemeines Recht auf Arbeit" und erklären, daß *„die Regierung weiterhin für die Verwirklichung der Vollbeschäftigung verantwortlich ist. Mit dieser politischen Aufgabe kann man nicht die Betriebe belasten"*. Es bedürfe daher „einer aktiven Politik der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen" und „durch den Staat finanzierter" Umschulungsprogramme. D.h. zusammengefaßt: Entfaltung der „Marktwirtschaft", Konkurrenz, Rationalisierung, Preisbildung über den Markt usw.usf. bei Wahrung der sozialen Rechte der Arbeiter durch den Staat.

Mit diesem Programm wird, für diese Aussage muß man wahrlich kein Prophet sein, sich nicht die gehoffte Wirkung einstellen (Ausgleich von Angebot und Nachfrage, Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Reallohnerhalt ...). Die Erfahrungen in Jugoslawien, dessen Wirtschaftsordnung diesen Vorstellungen am nächsten kommt, zeigen das ganz deutlich:

Die Wirklichkeit dieses Modells heißt Inflation, Arbeitslosigkeit, Reallohnabbau usw. Es liegt ja auf der Hand, daß der Staat, wenn er z.B. großangelegte Umschulungsprogramme und Investitionen zur Schaffung der neuen Arbeitsplätze realisieren wollte, die dafür notwendigen Gelder irgendwo abziehen müßte. Nach Lage der Dinge könnte er diese Gelder nur entweder von den Unternehmen eintreiben (die ja nicht belastet werden sollen) oder von der Bevölkerung, was ‚Solidarnosc' natürlich ebenfalls ablehnt.

Die Regelung der Preise durch Konkurrenz statt staatlicher Festlegung mag zwar zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage führen, aber dieser Ausgleich würde drastische Preissteigerungen bedeuten. Preissteigerungen insbesondere für Grundnahrungsmittel wurden bereits angekündigt.

Es liegt in der Logik derartiger Reformen, daß die Preiserhöhungen nicht völlig durch Lohnerhöhungen kompensiert werden, denn damit würde nicht die Schere zwischen zu kleinem Angebot und (in Relation dazu) zu großer Kaufkraft beseitigt, sondern lediglich die Inflation angeheizt.

„Authentische Selbstverwaltungsorgane der Belegschaften"

Da die Autoren der „Richtlinien" selbst davon ausgehen, daß *„das Funktionieren einer solchen Plan- und Marktwirtschaft bestimmte gesellschaftliche Probleme schaffen"* wird, machen sie deutlich, daß zwischen der von ihnen unterstützten Wirtschaftsreform und der gewerkschaftlichen Vertretung der Arbeiterinteressen ein Widerspruch besteht. *„Die Selbständigkeit der vergesellschafteten Betriebe ermöglicht und macht es zugleich notwendig, authentische Selbstverwaltungsorgane der Belegschaften zu berufen. Unser Verband steht auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterselbstverwaltung ein unerläßliches Element der Wirtschaftsreform ist. (...) Unsere Gewerkschaft wird die Basis der Arbeiterselbstverwaltung sein und wird sie voll unterstützen. Die Kompetenzbereiche der Arbeiterselbstverwaltung und der Gewerkschaftsorganisation im Betrieb müssen klar getrennt sein, wobei Kriterium der Trennung das Prinzip sein sollte, daß die Gewerkschaften alle Interessen der Lohnabhängigen und das Selbstverwaltungsorgan die Produktions- und Wirtschaftsinteressen des Betriebes repräsentiert und für sie verantwortlich ist"*.

Die Autoren behaupten, wie man an diesem Zitat deutlich sehen kann, keineswegs, daß die Interessen der Lohnabhängigen mit der geplanten Wirtschaftsreform zusammenfielen, sondern ihre Vorschläge beziehen sich auf die Gewerkschaftsarbeit innerhalb des (geplanten) Wirtschaftssystems und seiner Widersprüche. Die Forderung nach einer klaren Abgrenzung der Selbstverwaltung des Betriebes und der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation beinhaltet nichts anderes als eine Institutionalisierung des Widerspruchs zwischen den ökonomischen Interessen „des" Betriebes und den (unmittelbaren) Interessen der Arbeiter; d.h. diese Vorstellungen entspringen nicht irgendwelchen (von Oppositionellen, Agenten oder sonstwem) eingeschleppten Ideen, sondern diesem realen Widerspruch. Die Institutionalisierung des Widerspruchs beseitigt selbstredend nicht die Situation, daß die Arbeiterklasse nicht über die Produktionsbedingungen herrscht, sondern sich vor ihr fremden Interessen schützen muß. Es handelt sich bei dem in den „Richtlinien" vertretenen Programm daher nicht um ein revolutionäres, sondern um ein reformistisches Konzept.

Die von Kania vertretene Fraktion der PVAP zielt darauf ab, sich die inhaltliche Schwäche der Arbeiterbewegung zunutze zu machen, indem sie die Solidarnosc in den Prozeß der Wirtschaftsreform integriert und darauf hofft, der Arbeiterbewegung durch die Umwandlung der Solidarnosc in einen ‚Sozialpartner' den Zahn zu ziehen. Die Gefahr, daß die Solidarnosc durch ihre Unterstützung der Wirtschaftsreform eine Art Sozialdemokratisierung durchmacht, ist keineswegs auszuschließen. Die Tatsachen, daß sich die polnische Arbeiterbewegung bzw. ihre Repräsentanten auf eine Jugoslawisierung einlassen, ist Ausdruck davon, daß ihr eine revolutionäre Alternative zu den Reformplänen der Herrschenden fehlt.

Man hat in der Linken – nicht zuletzt bei den Freunden von der Gruppe Z – viel gelacht über unsere Behauptung, daß auch im „realen Sozialismus" eine sozialistische Revolution ohne revolutionäre Partei unmöglich sei. Gerade die polnische Entwicklung zeigt, daß Massenorganisationen die Rolle einer kommunistischen Organisation nicht ersetzen können, daß sich eine revolutionäre Perspektive nicht urwüchsig herausbildet und durchsetzt.

Solidarnosc wird natürlich trotz der Unterstützung der Wirtschaftsreform die sozialen Interessen der Arbeiter verteidigen. In diesen Kämpfen wird aber zugleich auch das Bewußtsein wachsen, daß die Wirtschaftsreform keine grundsätzliche Umwälzung, keine Lösung der Probleme darstellt, sondern eine (um unabhängige Gewerkschaften ergänzte) Reform des bestehenden Systems, d.h. um eine Alternative innerhalb des „realen Sozialismus". Die politische Folge dieses Prozesses für die Arbeiterbewegung wird Resignation und Radikalisierung sein, wobei es entscheidend darauf ankommt, welche politische Kraft von dieser Radikalisierung profitieren wird – eine bürgerliche oder eine sozialistische. Von der Entwicklung in Polen zu lernen, heißt nicht nur zu erkennen, daß es zu einer gesellschaftlichen Veränderung einer Millionen starken Bewegung bedarf, sondern das heißt ebenso zu erkennen, daß es entscheidend darauf ankommt, welche politische Kraft die Dominanz oder, um ein sehr modernes Wort zu benutzen, die Hegemonie innerhalb

daß es entscheidend darauf ankommt, welche politische Kraft die Dominanz oder, um ein sehr modernes Wort zu benutzen, die Hegemonie innerhalb

der Bewegung ausübt. Die Massenbewegung ist zwar Voraussetzung jeder revolutionären Umwälzung, aber der Massencharakter einer Bewegung allein ist keine Garantie für eine revolutionäre Perspektive. In dem „realsozialistischen" Polen steht die Herausbildung einer revolutionären Organisation mit Masseneinfluß vor besonderen Schwierigkeiten. Erstens ist der Marxismus durch die in seinem Namen ausgeübte Herrschaft der PVAP tiefgreifend diskreditiert; zweitens haben in Polen bürgerliche Kräfte – allen voran die Katholische Kirche – in der Opposition starken Einfluß, der keineswegs abgenutzt ist; drittens schließlich hat es in Polen nie eine bürgerliche Demokratie gegeben, so daß die polnische Arbeiterklasse nicht über eigene Erfahrungen mit dieser Gesellschaftsform verfügt. Auf dieser Grundlage verbreiten sich Illusionen über die bürgerliche Demokratie, die als demokratische Alternative gegenüber dem „realen Sozialismus" erscheint, weil die Unterdrückung durch ‚Sachzwänge', die den bürgerlichen Verhältnissen scheinbar naturwüchsig entspringen, gegenüber der unmittelbaren Bevormundung durch den Staatsapparat („Voluntaristisch") als größere Freiheit für die Individuen erscheint. Hinzu kommt die höhere Produktivität der kapitalistischen Länder, die diese auch ökonomisch als Alternative zum „realen Sozialismus" erscheinen läßt.

Solange diese Ideologie in der Arbeiterbewegung nicht überwunden wird und sich die Vorstellungen nur innerhalb der Alternative Bürokratischer Zentralismus oder „eigenständige" Wirtschaftseinheiten (Marktwirtschaft) bewegen, solange wird die Arbeiterbewegung nicht in der Lage sein, eine Perspektive zur Überwindung der Klassengesellschaft zu entwickeln, und unter der Dominanz ihr fremder Interessen bleiben. Die Zusammenarbeit der polnischen Arbeiterbewegung mit der bürgerlichen Opposition, den privaten Bauern, der Kirche usw. ist keine taktische Angelegenheit, sondern bürgerliche Kräfte haben immer noch die ideologische Dominanz innerhalb der Bewegung.

RGW-Kommission

Der vollständige Text der Solidarnosc-Programmthesen (in deutscher Sprache) ist zum Preis von 1 DM erhältlich beim:

Buchvertrieb Hager
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt

M. Massarrat • U. Albrecht
K. Mellenthin • K.H. Roth • J.P. Vigier
H. Birckenbach • P.K. Kelly
K. Coates • W. v. Bredow • B.C. Hesslein

Friedens- und Abrüstungsappelle

200 Seiten
ISBN 3-88653-010-8

DM 16

verlag buntbuch lindenallee 4 2 hamburg 19

Auch die Neger sind doch Menschen

Deutscher Zustand: Schere im Kopf. Arbeitslose Lehrer en masse und ein 34-jähriger Studienrat, der Angst hat, im Unterricht faschistisches Gedankengut seiner Schüler zur Diskussion zu stellen, weil dieses auch in den Medien verbreitet wird und *„was einer im Radio redet, darf kein Lehrer im Schulheft streichen."* (1)

Der das schreibt, kritisiert nicht den „Extremistenbeschluß" der deutschen Innenministerkonferenz; der das schreibt, kritisiert nicht die Verfügung Az 407a - 51 406 der Bezirksregierung Oldenburg, die auf Wunsch des niedersächsischen Kultusministeriums Erkundigungen einzieht über *„mögliche Einflußnahme radikaler politischer Gruppen auf die Jugendinitiativen oder innerhalb der Jugendinitiativen"*. (2)

Der das beschreibt in seinem Roman „Jugend ohne Gott", Ödön von Horvath, schreibt über *„den Menschen im faschistischen Staat"*, (3) wie er in einem Brief 1937 äußert.

Ödön von Horvath, Ungar, 1901 geboren, seit 1913 in Deutschland, 1933 ins Exil nach Wien. Die SA durchsucht das Haus seiner Eltern. 1936 wird Horvath jegliche Aufenthaltserlaubnis für Deutschland entzogen. 1938 stirbt er im Exil, von einem stürzenden Baum erschlagen. So die Kurzbiografie des Autors, der den Faschismus mit am präzisesten und radikalsten literarisch erfaßte.

Die Wurzel der faschistischen Ideologie liegt für Horvath in der *„millionenfachen Beschädigung des ‚kleinen Mannes'* " (Kroetz) – so diese endet, endet der Faschismus. Diesen beschädigten Kleinbürger, aus dem Deutschland seiner Meinung nach zu 90 % besteht, läßt er in seiner ganzen Brutalität und Engstirnigkeit auf der Bühne oder in den Romanen auftauchen, entlarvt nur durch die Sprache.

„Der Spießer ist bekanntlich ein hypochondrischer Egoist, und so

Die Wurzel der faschistischen Ideologie liegt für Horvath in der *„millionenfachen Beschädigung des ‚kleinen Mannes'* " (Kroetz) – so diese endet, endet der Faschismus. Diesen beschädigten Kleinbürger, aus dem Deutschland seiner Meinung nach zu 90 % besteht, läßt er in seiner ganzen Brutalität und Engstirnigkeit auf der Bühne oder in den Romanen auftauchen, entlarvt nur durch die Sprache.

„Der Spießer ist bekanntlich ein hypochondrischer Egoist, und so *trachtet er danach, sich überall feige anzupassen und jede neue Formulierung der Idee zu verfälschen, indem er sie sich aneignet"*, (4) schreibt Horvath erläuternd über seinen 1930 vollendeten Roman „Der ewige Spießer".

Ein solcher ist auch der 34-jährige Studienrat, der Ich-Erzähler in Horvaths 1937 vollendetem vorletzten Roman „Jugend ohne Gott". Horvath selber schreibt über die Figur: *„...ich ohne Absicht auch zum ersten Mal den sozusagen faschistischen Menschen (in Person des Lehrers) geschildert habe, an dem die Zweifel nagen – oder besser gesagt: den Menschen im faschistischen Staate."* (5)

Charakterisiert wird der Lehrer und Ich-Erzähler als ein *„junger, an humanistischen Idealen orientierter"* (6) Pädagoge, der versucht, einer härter gesottenen Schulklasse Bildung zu vermitteln – eine Bildung freilich, die staatlich verordnet und kontrolliert wird, nach dem Grundsatz „Gut ist, was der eigenen Sippschaft frommt". Seinen Schülern gegenüber ist der Lehrer recht kritisch, weiß wohl um ihre Gewalttätigkeit und ist zu feige, dagegen anzukämpfen. Als die Osterferien abgeschafft werden und an ihre Stelle eine vormilitärische Ausbildung im Zeltlager durch ausgediente Feldwebel tritt, fährt auch der Lehrer mit und nicht einmal unwillig: *„und wir ... freuten uns auch, denn wir spielen gerne Indianer."* (7)

Im Zeltlager nun nimmt eine interessante Kriminalgeschichte ihren Ausgang, an deren Anfang eine alte Frau von obdachlosen Kindern beraubt wird und einem der Schüler eine Kamera abhanden kommt und an deren Ende ein Mord, ein Selbstmord und die Emigration des Lehrers nach Afrika stehen, weil dieser, nachdem er einmal Zivilkourage bewiesen hat, keine Stelle mehr in Deutschland findet.

Horvath gelingt es im Verlauf der knapp 120 Seiten, ein genaues Bild der verschiedenen Klassen des faschistischen Deutschlands zu zeichnen. Er skizziert verschiedene Haltungen zu dem nie explizit erwähnten oder genau festgelegten System, die von innerer Emigration bis zu begeistertem Mitmachen und Denunzieren reichen.

Dieses Anreißen des politischen Zustandes, ihn aber dann doch außerhalb des Romans zu lassen, ermöglicht uns heutigen Lesern – jenseits aller Verallgemeinerungen und lediglich germanistischer Analogien – Situationen und Zustände zu erkennen, mit denen auch wir ständig konfrontiert sind. *„Alle Neger sind hinterlistig, feig und faul"* (8) liest der Ich-Erzähler im Aufsatzheft eines Schülers und läßt daraufhin in der nächsten Geografiestunde die Bemerkung fallen, auch Neger seien doch Menschen, was ihm eine Verwarnung durch den Rektor beschert, einen Schüler, der unter der Bank alles mitstenografiert und eine Bitte seiner Klasse, einen anderen Lehrer zu bekommen. Der Rektor hat selbst noch vor einiger Zeit Flugblätter gegen den Kolonialismus mitunterzeichnet und klärt nun seinen jüngeren Kollegen auf: *„Ich könnte ja dem Zeitgeist widersprechen und mich von einem Bäckermeister einsperren lassen, ... aber ich will nicht. Denn ich möchte die volle Pension beziehen können."* (9)

Heute sind nicht notwendigerweise die Neger hinterlistig und faul, die Sehnsucht nach dem Pensionsanspruch und der Weg des kleinsten Widerstandes – dieser Grundbestandteil spießiger Ideologie – sind die gleichen.

Nach dem Krieg war Horvath ein vergessener Autor, kaum gelesen und auf der Bühne wenig gespielt. 1970, der Sturm der Studentenrevolte war vorüber, erlebte der ungarische deutsche Exilautor eine erste Renaissance als Dramatiker. Die Romane, überhaupt sein gesamtes Spätwerk, sind relativ unbekannt; von der Kritik wenig geliebt, schmoren sie in germanistischen Seminaren und Deutschlehrerregalen. Das bedrohliche an ihnen ist die Radikalität, mit der sie sich auf Bewußtseinszustände konzentrieren, diese als Sumpf entlarven, in dem der Faschismus modert und so nicht nur den typischen braunbehemdeten Neonazi angreifen, sondern auch den sogenannten linken Leser zwingen, bei sich nachzufragen, wie Reaktionen und Aggressionen behandelt werden. In einer „Gebrauchsanweisung" für seine Volksstücke, die Horvath 1932 verfaßte, die aber auch für seine Romane zutrifft, führt er aus: *„Es wird ein Kommunist auf der Bühne ermordet, ... von einer Überzahl von Bestien. Die kommunistischen Zuschauer sind voll Haß ... gegen die Weißen – sie leben eigentlich aber das mit und morden mit und ... der Haß steigert sich, weil er sich gegen die eigenen asozialen Wünsche richtet. ... Es ist doch eigenartig, daß Leute ins Theater gehen, um zu sehen, wie ein Mensch umgebracht wird, der ihnen gesinnungsmäßig nahe steht – und dafür Eintritt bezahlen und hernach in einer gehobenen und weihevollen Stimmung das Theater verlassen."* (10)

Weil Horvaths Stücke den „Richtlinien für eine lebendige deutsche Spielplangestaltung", die das „dramaturgische Büro des Kampfbundes für deutsche Kultur" im September 1933 aufstellte, in keinster Weise entsprachen, mußte er seitdem auf die Aufführungen seiner Stücke ganz verzichten, es sei denn, es fand sich eine kleine ausländische Emigrantenbühne, die das Risiko auf sich nahm, z. B. in dem 7-Akter „Italienische Nacht": faschistische Schlägertrupps und die Hilflosigkeit deutscher Sozialdemokratie, die nach einer blutigen Saalschlacht nur zu sagen weiß: „Solange es einen republikanischen Schutzverband gibt, solange kann die Republik ruhig schlafen." Oder mit dem Zeitstück „Sladek oder die schwarze Armee", in dem die brutalen und faschistischen Machenschaften der illegalen schwarzen Reichswehr aufgedeckt werden.

Der Stoff, aus dem Horvaths Faschisten und deren Brutalitäten und Empfindlichkeiten sind, gibt auch heute noch und leider heute gerade wieder einiges her – mehr als mancher in das eigene Leiden verliebte neudeutsche Schriftsteller uns auf absehbare Zeit zu bieten haben wird. Horvath hat die Entwicklungen seiner Zeit seismographisch genau erfaßt. Er war keiner von denen, die von allem nix gewußt haben. Die KZs entstehen in den Hirnen seiner Kleinbürger, und die sind zählebig, werden bis zu tausend Jahre alt und steigen noch in mancherlei Ämter und Würden.

„Schupo: Ich bin ja nur froh, daß es schon heute ist. Ständig erhöhte Alarmbereitschaft – gut, daß die blöden Wahlen vorbei sind! Erst vorgestern Nacht haben's wieder einen Kameraden von mir erschossen.
Elisabeth: Es müssen halt immer viele Unschuldige dran glauben.
Schupo: Das läßt sich nicht umgehen in einem geordneten Staatswesen.
Elisabeth: Das seh ich schon ein, daß es ungerecht zugehen muß, weil halt die Menschen keine Menschen sind – aber es könnt doch auch ein bißchen weniger ungerecht zugehen." (11)



»Erich! Denk an die Kinder, und du willst doch auch mal weiterkommen!«

1) Jugend ohne Gott (JoG) Werkausgabe, Ffm 1978, Bd. 6, S. 283
2) FR 4.6.81
3) Horvath an F.T. Csokor, s.o., S. 540
4) Horvath, Leben und Werk, Ffm 1972, S. 61
5) siehe 3)
6) Kindler Literatur Lexikon Bd. 12
7) JoG, S. 302
8) JoG, S. 283
9) JoG, S. 287
10) Horvath, s.o., Bd. 8, S. 661
11) Horvath, Glaube Liebe Hoffnung, zit. nach 4)

Fassanbass